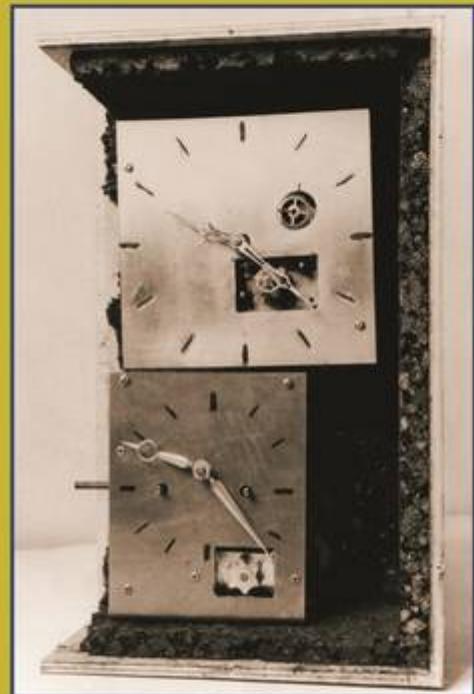


Herausgegeben von Achim Rogoss,
Eike Hemmer, Edgar Zimmer

Georg Elser – Ein Attentäter als Vorbild



EDITION TEMMEN

Georg Elser – Ein Attentäter als Vorbild

Herausgegeben von Achim Rogoss, Eike Hemmer, Edgar Zimmer
für die Georg-Elser-Initiative Bremen

EDITION TEMMEN

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Veröffentlichung dieses Essaybandes wurde gefördert durch:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bremen,
Landeszentrale für politische Bildung Bremen,
Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen und Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin,
Stiftung Die Schwelle – Beiträge zur Friedensarbeit, Bremen

1. Auflage 2006

© EDITION TEMMEN
Hohenlohestr. 21
28209 Bremen
Tel. 0421-34843-0
Fax 0421-348094
info@edition-temmen.de
www.edition-temmen.de

Alle Rechte vorbehalten
Gesamtherstellung: EDITION TEMMEN

ISBN 3-86108-871-1
ISBN 978-3-86108-871-4

Inhalt

Bürgermeister Jens Böhrnsen

Vorwort des Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen 7

Achim Rogoss

Initiativenarbeit im Kontext des Vermächtnisses von Georg Elser 9

Karl-Heinz Knorr

Die strategischen und handwerklichen Leistungen Elzers 24

Peter Steinbach

Bereit zur Gewaltanwendung – aus Verantwortung. Johann Georg Elzers
Kampf gegen den Terrorismus an der Macht 42

Claus Christian Malzahn

Hitler-Attentäter Elser – Dreizehn Minuten, die der
Weltgeschichte fehlen 47

Dietrich Milles

Vom Selbstwert des Attentäters. Historische Überlegungen zur
subjektiven Handlung in finsternen Zeiten 52

Karen Parschat

Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus –
einige Beispiele 58

Kurt Pätzold

Georg Elser – ein deutscher Charakter? 69

Karl Heinz Roth

Das Elser-Problem: Die Misere der Geschichtsschreibung über den
antinazistischen Widerstand in der Ära des Kalten Kriegs und ihre
Auswirkungen auf den Paradigmenwechsel der neunziger Jahre 72

Jörg Wollenberg

Folgen einer Denunziation. Zum Schicksal von Hermann Joseph,
der mit Georg Elser verwechselt wurde und nach Auschwitz kam 86

Dietrich Milles	
Die Qualität des Schadens. Psychische und physische Belastungen unter dem NS-Regime	91
Thomas Schneider	
Die Instrumentalisierung des Attentates von Georg Elser und die Berichterstattung der Medien über aktuelle internationale »Konflikte«	98
Jutta Limbach	
Georg Elzers Attentat im Lichte des legalisierten Widerstandsrechts	105
Jörg Wollenberg	
Georg Elser und »Hitlers Volksstaat«	111
Rolf Gössner	
»Wenn Recht zu Unrecht wird ...« Widerstand, Zivilcourage und sozialpolitisches Engagement gegen Ungerechtigkeit und Willkür im demokratischen Rechtsstaat	118
Wolfgang Edelstein	
Demokratie lernen: Kompetenzen für die Zukunft und Lehren aus der Vergangenheit	133
Christian Gudehus	
Helfen lehren	141
Sabine Leidig und Pedram Shahyar	
Antifaschistisches Erbe und Globalisierungskritik	148
Anhang – Die Georg-Elser-Initiative Bremen	156
Adressen	159
Literatur	162
Die Autorinnen und Autoren	165
Danksagung	168
Bildnachweis	168

Bürgermeister Jens Böhrnsen

Vorwort des Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Nach 1945 haben wir Deutsche lange gebraucht, uns der eigenen Vergangenheit zu stellen. Als besonders schwierig erwies sich der deutsche Umgang mit dem Widerstand.

Der Widerstand in Deutschland richtete sich gegen die eigene Regierung, gegen das eigene Land, dessen Niederlage man herbeiwünschen musste, um Europa vom Nationalsozialismus zu befreien.

Jahrzehntelang wurden vor allem die Männer des 20. Juli hervorgehoben.

Ihr Handeln gilt zu Recht als patriotische Tat. Den sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfern sprach man dagegen oft ehrenhafte Beweggründe ab, obwohl sie von Anfang an gegen die Nazi-Diktatur kämpften, und nicht erst dann, als die Niederlage des Deutschen Reiches sich schon abzeichnete.

Erst in den 70er Jahren findet der Widerstand aus der Arbeiterbewegung größeres Interesse. In vielen Städten bilden sich nun Initiativen, die auf »Spurensuche« gehen, auch hier in Bremen. Von den Zeitzeugen, die nun eingeladen werden, erfahren alle, die es wissen wollen, wie der Alltag im Nationalsozialismus aussah. Sie erfahren vor allem, wie einsam und isoliert jene waren, die gegen den Strom schwammen, die für Menschenrecht und Menschenwürde eintraten, die gegen das Morden und den Krieg kämpften und dabei ihr Leben und oft auch das ihrer Familie und Freunde aufs Spiel setzten.

Widerstand hieß: in ständiger Angst vor dem Verfolger leben, sich verstecken müssen, auf Freundschaften verzichten, in andauernder Sorge um das Leben der Nächsten sein. Und alle wussten, dass am Ende die Folter und der Henker warteten.

Wir können nur ahnen, wie es in Georg Elser ausgesehen hat, als er sich zum Handeln entschloss. Er glaubte an eine bessere Zukunft und eine gerechtere Gesellschaft. Von den höchsten Zielen wurde er dann in die tiefste Niedrigkeit geworfen.

Menschen wie Georg Elser bezeugen, wie im äußersten Niedergang eines Landes dennoch eine Kraft lebendig bleiben konnte, die an Menschlichkeit und Würde erinnert. Wenn in Deutschland überhaupt ein eigener demokratischer Neuanfang möglich war, dann nur, weil es jene gegeben hat, die sich der Barbarei widersetzt hatten.

Georg Elser verkörpert das andere Deutschland, ein Deutschland der Demokratie und der Humanität. Was Menschen wie er damals auf sich genommen haben, ist uns Ansporn und Orientierung.

Was uns Georg Elser als Vermächtnis hinterlassen hat, ist die Pflicht, politisch wach zu sein. Es darf nie wieder dazu kommen, dass sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht zuständig fühlt für das, was in unserem Land passiert. Es reicht nicht, Unrecht schweigend zu missbilligen. Nur aktive Demokraten können die Demokratie lebendig halten.

Deshalb ist auch das Erinnern von entscheidender Bedeutung. Im NS-Staat wurden ganze Gruppen von Menschen für wertlos erklärt und dann zur Vernichtung freigegeben. Unsere Botschaft heute heißt: Jeder Mensch ist wertvoll und besitzt eine Würde, jeder hat Anspruch auf Respekt und Anerkennung.

Das Vermächtnis der Frauen und Männer, die wie Georg Elser Widerstand geleistet haben, die dafür gequält, gefoltert und häufig ermordet wurden, verlangt von uns, aufzustehen, wo andere diskriminiert und bedroht werden. Es verlangt von uns, die Erinnerung wachzuhalten und uns gegen jedes Unrecht zu erheben, auch dort, wo es uns selbst nicht berührt. Es verlangt von uns, die Hoffnung auf eine gerechte und menschliche Gesellschaft lebendig zu halten.

Georg Elser und alle Menschen, die Widerstand geleistet haben, dürfen nie vergessen werden.

Achim Rogoss

Initiativenarbeit im Kontext des Vermächtnisses von Georg Elser

»Elser war noch nie so lebendig wie heute«

So formulierte Hella Schlumberger von der Münchner Georg-Elser-Initiative in ihrer Rede zum 60. Jahrestag der Ermordung Georg Elser. Die Anerkennung, die Elser heute als Widerstandskämpfer genießt, ist Ergebnis eines langen Kampfes, an dem die Elser-Initiativen in herausragender Weise beteiligt waren. Ohne sie wäre es nicht zu diesem Bewusstseinswandel gegenüber Georg Elser gekommen und der ehemalige Bremer Bürgermeister und Schirmherr unserer Initiative, Hans Koschnick, könnte nicht behaupten: »Elser ist in dieser Gesellschaft angekommen.«¹

Der Ablauf der lokalen historischen Auseinandersetzungen sowie deren konkrete Anlässe und Hintergründe für jede einzelne der bestehenden Georg-Elser-Initiativen wird hier nicht nachgezeichnet. Wir konzentrieren uns auf einen allgemeinen historischen Abriss der Elser-Rezeption unter genauerer Darstellung der Bremer Situation.²

Unsere ehrenamtliche Tätigkeit ist nicht nur retrospektiver Art. Neben der Erinnerungsarbeit fragen wir einerseits nach den Konsequenzen, die sich aus dem Wissen über das Wesen des Nationalsozialismus ergeben, und suchen nach Antworten auf die Frage: Kann Zivilcourage, kann Demokratie gelernt werden? Andererseits hat jede Zeit ihre besonderen Probleme und Herausforderungen, die möglicherweise wenig oder sogar nichts mit der faschistischen Diktatur zu tun haben, an deren Bewältigung sich auch Antifaschisten aktiv beteiligen müssen. Weiterhin möchten wir die positiven Eigenschaften und besonderen Fähigkeiten Georg Elser, seine soziale und politische Kompetenz und Sensibilität, stärker herausstellen und bestimmte Fragestellungen selbstbewusst aufgreifen, um die besondere Bedeutung Georg Elser im Spektrum der Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen noch besser erkennbar zu machen. Die Beiträge dieses Buches sind Antworten der Autorinnen und Autoren auf die ihnen durch uns gestellten Fragen.

Die Bremer Georg-Elser-Initiative hat am 8. November 2005 im Rahmen einer eindrucksvollen Festveranstaltung im ehrwürdigen Bremer Rathaus den Georg-Elser-Preis 2005 an den »Verband der Komitees der Russischen Soldatenmütter« vergeben. Damit wurden die mutigen und kämpferischen Frauen geehrt, die sich in Russland in über 100 Komitees der Soldatenmütter organisiert haben. Sie haben mit ihrem Marsch nach Grosny für Frieden in Tschetschenien demonstriert und stellen sich mutig gegen die Gewalt in der russischen Armee, die für Hunderte von Rekruten jedes Jahr tödlich endet. Die Soldatenmütter haben ein Tabu gebrochen: Sie haben das in Russland Udenkbare getan und Kritik an den russischen Streitkräften geübt,

haben über die grausamen Zustände in den Kasernen berichtet, über die Gewalttätigkeiten, die vor allem Rekruten durchleiden müssen, und die Unterwerfungsrituale, die bis hin zu Folter gehen.

Der Georg-Elser-Preis wird seit 2001 alle zwei Jahre von den Georg-Elser-Initiativen und -Arbeitskreisen abwechselnd an Personen oder Gruppen vergeben, die sich durch Zivilcourage, Mut und widerständiges Verhalten gegen die Staatsräson ausgezeichnet haben, gegen die vorherrschende Meinung in ihrer Haltung standhaft geblieben sind, von ihren Positionen ungeachtet aller Anfeindungen nicht abgerückt sind und die auch persönliche und berufliche Nachteile in Kauf nahmen.

Im Zuge der Vorbereitungen der Preisvergabe entstand die Idee, unseren Namensgeber zu ehren und zugleich die Verpflichtung zum Widerstand gegen Unrecht zu popularisieren durch die Herausgabe eines Essaybandes. Im Mai 2005 wurden die ersten Autorinnen und Autoren um ihre Mitarbeit gebeten, und zum Zeitpunkt der Preisvergabe lagen bereits so viele positive Reaktionen vor, dass wir von einem erfolgreichen Ausgang des Projektes überzeugt waren. Die in der Regel spontane Bereitschaft der Autorinnen und Autoren, unser Anliegen zu unterstützen, hat uns angenehm überrascht und unsere eigene Motivation beflügelt.

Kompromisslos gegen die Nazis und entschieden gegen den Krieg

»Ein Arbeiter, Schwabe,
Gottgläubig und Sozialist zugleich,
Perfektionist bis zum Äußersten,
Maulfaul, intelligent, charmant
Den Frauen gegenüber –
Kurz, ein interessanter Fall!«

So pointiert lässt Peter-Paul Zahl³ in seinem Drama den Charakter Elsers durch den Vernehmungsbeteiligten Nebe⁴ beschreiben. Georg Elser war sowohl ein kompromissloser Nazi-gegner als auch ein entschiedener Kriegsgegner. »Im Übrigen steht Georg Elser für überhaupt keine Gruppe des Widerstands: Er wählte kommunistisch, folgte aber nicht der Parteilinie. Er war Christ, engagierte sich aber nicht in der Kirche. Er passt weder in das konservativ-nationale noch in das bürgerlich-liberale Schema vom Kampf gegen die Diktatur.«⁵

Georg Elser entschließt sich im Herbst 1938 zum Attentat auf die NS-Führung. Er unterwirft sein Leben fortan ganz der Planung und der Vorbereitung des Anschlags, den er mit einer selbst konstruierten und gebauten Sprengvorrichtung am 8. November 1939 in München ausführt.⁶

Ort und Zeitpunkt seines Anschlags auf die Repräsentanten des nationalsozialistischen Systems hatte Georg Elser sich wohlüberlegt ausgesucht. Alljährlich am 8. November traf sich die Naziführung mit den »Alten Kämpfern« und Gästen im Münchener Bürgerbräukeller, um ihren Putschversuch vom 8. November 1923 zu feiern. An diesem 8.11.1939 saßen ca. 3000 Personen, darunter ein Teil der engeren Führung, in den zahlreichen Stuhlreihen und an den wenigen Tischen. Überraschend verkürzte Hitler jedoch unter Zeitdruck seine Rede. Er war pünktlich um 20.00 Uhr im Bürgerbräukeller erschienen, begann seine Rede um 20.10 Uhr



Georg Elser während eines Verhörs

und beendete sie bereits um 21.07 Uhr. Unmittelbar danach verließ er mit seiner Begleitung den Saal. Die Sprengvorrichtung explodierte um 21.20 Uhr, Hitlers Sonderzug fuhr um 21.31 Uhr von München nach Berlin ab.⁷

Die Sicherheitsmaßnahmen für die Erinnerungsfeier oblagen traditionell ausschließlich den »Alten Kämpfern«. Die Polizei hatte zu der Veranstaltung aufgrund einer Entscheidung Hitlers von November 1936 keinen Zutritt. Nach Georg Elser's Attentat regelte ein Erlass von Februar 1940 die »Sicherungsmaßnahmen zum Schutz führender Persönlichkeiten des Staates und der Partei« neu.⁸

Georg Elser wurde noch am Abend seines Attentats beim Grenzübertritt in die Schweiz festgenommen. Als »Sonderhäftling des Führers« wurde er bis 1944 im KZ Sachsenhausen inhaftiert, dann ins KZ Dachau verbracht und dort am 9. April 1945, zwanzig Tage vor der Befreiung des Konzentrationslagers, durch den SS-Oberscharführer Bongartz gegen 22 Uhr durch Genickschuss ermordet. Sein Leichnam wurde spurlos beseitigt.

Ehrabschneidende Kampagnen

1950 begann in München ein Ermittlungsverfahren zur Aufklärung des sogenannten Bürgerbräuattentats. Die Ermittlungen leitete Landgerichtsrat Dr. Nikolaus Naaff. »Aus den Aktenbänden quillt geradezu die Erkenntnis, dass Elser der alleinige Täter war ...« So heißt es im Entwurf eines Schreibens der Generalstaatsanwaltschaft an das bayerische Justizministerium vom 23. August 1951: »Der Schreinergehilfe Georg Elser aus Königsbrunn (Wttbg.) ist, wie nun hinreichend gesichert ist, der Alleintäter des Bürgerbräukeller-Attentats vom 9. Novem-

ber 1939 auf Adolf Hitler.« Die Polizei in Stuttgart fügte den protokollierten Aussagen der Zeugen, die sie auf Ersuchen von Naaff vernommen hatte, im August 1950 die Schlussfolgerung an: »Die im Zuständigkeitsbereich der Landespolizei Württemberg durchgeführten Ermittlungen haben ergeben, daß Elser ... das Attentat am 8.11.1939 in München allein durchgeführt hat. Anhaltspunkte, daß Hintermänner beteiligt oder Elser zum Attentat angestiftet haben, haben sich nach Angaben der früheren Kriminalbeamten der Geheimen Staatspolizei-Leitstelle Stuttgart damals nicht ergeben.«⁹

Bald nach Kriegsende beginnt eine Jahrzehnte anhaltende ehrabschneidende Kampagne gegen den Widerstandskämpfer Georg Elser. Ulrich Renz hat dessen »mühsamen Weg zum Ruhm« nachgezeichnet. Er schreibt, dass Georg Elser dabei »ein Opfer der weit über das Jahr 1945 hinaus wirkenden nationalsozialistischen Propaganda, zugleich aber auch der Einflüsterungen von Gegnern Adolf Hitlers wurde.«¹⁰

Ob gezielte Falschmeldungen oder »Lagerklatsch«,¹¹ eine desinteressierte und politisch voreingenommene Öffentlichkeit war in der Nachkriegszeit bereit, den Diffamierungen des Widerstandes im Allgemeinen und insbesondere des »Attentäters aus dem Volke«, Georg Elser, zu glauben. »Den wenigen Widerständlern wird dagegen noch lange nach dem Krieg das Odium des ›Verrats‹ anhaften. ... Einzugestehen, dass die Tat in München von einem schwäbischen Handwerker geplant und begangen worden ist, brächte das deutsche Selbstbild gehörig ins Wanken. Solche Gedanken passen nicht in das Deutschland der fünfziger Jahre. Georg Elser verkörpert den ganz anderen Deutschen – der zugleich ein ganz gewöhnlicher Deutscher war, kein adeliger Offizier, kein Priester oder hochstehender Diplomat, sondern einer von Millionen, einer ›aus dem Volke‹. ... In jenen Jahren, in denen ... jeder Widerstand aus der Arbeiterbewegung ... ignoriert wird, passt der Einzeltäter und überzeugte Kriegsgegner nicht ins Bild.«¹²

Eine außerordentliche Ausnahme liefert die »Bild am Sonntag«. Bereits anlässlich des 20. Jahrestages des Attentates berichtete ihr Autor Günther Peis ab Anfang November 1959 in einer ausführlichen doppelseitigen Reportage in sieben Folgen über Georg Elser's Tat. Erstaunlich ist, dass sie Einzelheiten, Hintergründe und den Ablauf der Ereignisse präzise und bis auf wenige unwesentliche Details wahrheitsgemäß schildert. Der Name des Widerstandskämpfers Georg Elser verankerte sich dennoch nicht im allgemeinen Bewusstsein.¹³

Denn nach 1945 konnten trotz Entnazifizierung fast alle, die dem NS-Regime gedient hatten, ihre Karrieren fortsetzen. Viele erlangten einflussreiche Positionen in dem entstehenden demokratischen Staat. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes kann deshalb von einer oft behaupteten »Stunde Null« nicht die Rede sein.¹⁴

Ebenso konnte von einer Entnazifizierung der Kirchen keine Rede sein. Es bestand auch offensichtlich kein Anlass, denn die Kirchen hatten es verstanden, sich gegenüber den Siegermächten als Opfer des Regimes zu stilisieren. Dabei hatte der Widerstand der Kirchen nicht den Ruch des Politischen und Aufrührerischen, und die Kompromisse der Kirchen mit dem Regime wurden nach 1945 ignoriert. So konnte es kommen, dass in den 50er Jahren »Verehrung und Achtung ... allein die katholischen Geistlichen (genossen), die die Rechte der Kirche gegen das Regime verteidigt hatten. Kardinal Michael Faulhaber¹⁵ und Rupert Mayer galten fast als Heilige.«¹⁶

Laut einer kürzlich publizierten Studie über die Entnazifizierungsverfahren in Bremen¹⁷ kam es – nachdem ab 1947 mehr als 400.000 Meldebögen verschickt und bearbeitet worden waren – zu rund 16.000 Verfahren vor den Spruchkammern. Daraus resultierten lediglich knapp

1000 Fälle, die als Hauptschuldige (25), Belastete oder Minderbelastete eingestuft wurden. Die Übrigen waren, wenn nicht entlastet, sogenannte Mitläufer: Lehrer, Richter, Ärzte, Pastoren, Firmeninhaber, die vor allem aufgrund ihres Engagements für die NSDAP überprüft wurden. Sie sahen sich fast immer als unschuldige Opfer.

Von 1950 bis 1953 wurden in einer sogenannten Abschlussphase noch einmal alle Bremer Fälle der ersten beiden Kategorien – Hauptschuldige und Belastete – untersucht. Die »tageszeitung« fasste die entsprechenden Passagen der oben erwähnten Studie wie folgt zusammen: »Und jetzt kommt der Hammer ... Bis auf drei belastete KZ-Wachmänner, die wegen mehrfachen Mordes zu der Zeit schon eine langjährige Schwurgerichtsstrafe absaßen, wurden auf Vorschlag von Theodor Spitta alle Belasteten zu Mitläufern zurückgestuft. Die Entnazifizierung wurde als notwendiges Übel angesehen, als kollektiver Vorwurf gegen das deutsche Volk. (...) Daraus habe man die eigene Unschuld konstruiert. Vergehen wie der Rassismus und die Zwangssterilisationen seien in der Wahrnehmung der Betroffenen wie auch der Spruchkammern nicht einmal als verurteilenswerte Kategorie angesehen worden. Man sei damals anständig gewesen und sei es auch heute noch. Allenfalls habe man Befehle befolgt.«¹⁸

Selbst der damals von der britisch-amerikanischen Militärregierung eingesetzte, heute noch hoch angesehene Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen verglich das Verfahren der Entnazifizierung, also die angestrebte »Säuberung« der deutschen Gesellschaft von allen Einflüssen des Nationalsozialismus, mit der Naziverfolgung: »Ich weiß, wie es ist, wenn man unter dauerndem Druck steht und am nächsten Morgen nicht weiß, ob man nicht von der Gestapo abgeholt wird. Falls ein solches Verfahren wiederholt werden sollte, mache ich nicht mit. (...) Wir haben den Nazis keine Judensterne angeheftet. Methoden dauernder Entrechtung und Einstufung von Menschen in eine minderwertige Klasse verstoßen gegen die Menschenrechte, zu denen sich die Amerikaner ja bekennen.«¹⁹

Die Bremer Ergebnisse können als repräsentativ für ganz Westdeutschland gelten. Trotz regional unterschiedlicher Vorgehensweisen stand am Ende der »Entnazifizierung« genannten Farce die weitgehende Entlastung der NS-Täter.

Das Regime dieser »neuen« Eliten der Nachkriegszeit folgte einem ausgeprägten Antikommunismus. So kam es neben der verschleppten und mangelhaften Aufarbeitung der NS-Vergangenheit auch zu massiver politischer Verfolgung von Opfern des NS-Systems. Sie mussten sich wieder den Vorwurf der »Staatsfeindlichkeit« und des »Landesverrats« gefallen lassen. Und Menschen, die die KZ-Haft überlebt hatten, wurden erneut ins Gefängnis gesperrt.²⁰

Der lange Weg zur Anerkennung

1964 entdeckte Lothar Gruchmann das Gestapoprotokoll²¹ von Elzers Vernehmung und wies mit dessen Veröffentlichung im Jahre 1970 die Alleintäterschaft Georg Elzers auch wissenschaftlich nach. Gruchmanns grundlegende Arbeit erlitt das gleiche Schicksal wie die Ermittlungen durch die Münchner Staatsanwaltschaft circa zwanzig Jahre zuvor: Sie blieb in der Öffentlichkeit fast völlig unbeachtet.

Gruchmann ist sich sicher, dass insbesondere auch »die einflussreichen elitären Schichten, denen die Offiziere und Politiker des 20. Juli entstammten – gelegentlich als »Widerstandsaristokratie« bezeichnet – ... kein großes Interesse hatten, den kleinen Mann aus kleinbürger-

lich-proletarischen Verhältnissen an ihre Seite gestellt zu sehen. Schon gar nicht, weil er zu einer Zeit zur Tat geschritten war, in der weitere Verbrechen und Blutvergießen hätten verhindert werden können, während sich die Offiziere, die sich lange Zeit zumindest mit den Anliegen Hitlers identifizierten, erst zum Attentat entschlossen, als sich die Verbrechen der Nazis auf ganz Europa ausgedehnt hatten und der Krieg für Deutschland verloren war.«²² »Nun ja«, sagt Wolfram Wette dazu, »die direkt Betroffenen hatten natürlich ein Interesse daran, die Dinge zu camouflieren und Legenden zu bilden.«²³

»Richtigen Schwung bekamen die Bemühungen um eine Rehabilitierung und um die öffentliche Ehrung dieses Widerstandskämpfers dann in den achtziger Jahren. Der englische Germanist Joseph Peter Stern²⁴ lobte den Handwerker aus Königsbronn und nannte ihn »Hitlers wahren Antagonisten«. 1988 wurde der Georg-Elser-Arbeitskreis in Heidenheim gegründet.²⁵ Am 10. April 2005 verlieh der Oberbürgermeister der Stadt die Bürgermedaille an Manfred Maier »für sein Wirken, das zu der heute unbestrittenen Würdigung der Person und Tat Georg Elasers geführt hat.«²⁶ Maier nahm die Auszeichnung stellvertretend für den Georg-Elser-Arbeitskreis entgegen. Die öffentliche Ehrung erkannte eine vom Arbeitskreis ausgelöste Entwicklung an, die auf die ganze Bundesrepublik ausstrahlte, zur Gründung weiterer Initiativen führte und vielfältige Aktivitäten auslöste.

»Heute«, schreibt Ulrich Renz, »anerkennen Historiker und ... Autoren, dass Georg Elser dem Ziel, Adolf Hitler umzubringen, so nahe gekommen ist wie sonst nur noch Graf Stauffenberg.«²⁷ Die Charakterstärke und Entschlusskraft Georg Elasers, seine strategischen, konstruktiven und handwerklichen Fähigkeiten stehen außer Frage und er gehört laut einer ZDF-Umfrage zu den »100 größten Deutschen«.²⁸

Der harterkämpfte Weg zur Anerkennung Georg Elasers könnte geradezu als beispielhaft für die wechselvolle deutsche Nachkriegsgeschichte gelten: Einerseits macht eine Fülle neuer und neuester wissenschaftlicher Ergebnisse sowohl den verbrecherischen Charakter des NS-Systems immer deutlicher und weist individuelle wie institutionelle Teilnahme und Schuld nach und andererseits gab und gibt es Versuche des Infragestellens, Relativierens und Leugnens.²⁹

Eine deutlich erkennbare neue Strategie des Relativierens leugnet nicht mehr (z.B. von allem nichts gewusst zu haben), sondern bahnt eine offensive Rechtfertigung der NS-Verbrechen an: Es mag schon sein, dass Schreckliches geschehen ist, aber die anderen waren auch nicht besser. Und es wird auf die Bombardierung Dresdens verwiesen, die Versenkung der »Wilhelm Gustloff« wie auf aktuelle Kriege und Grausamkeiten (Jugoslawien), die mitunter sogar mit dem Holocaust verglichen werden.³⁰

Eine solche Argumentation macht die Überprüfung und Behauptung moralischer Positionen überflüssig und Täter und Opfer verschwimmen. Auf diese Weise wird die NS-Zeit rehabilitiert, und der »Stolz auf Deutschland« lässt sich selbstbewusst nach innen und außen demonstrieren. Es ist daran zu erinnern, dass die Mehrheit des deutschen Volkes schon einmal bereit war, um Deutschlands Größe und Weltgeltung zurückzugewinnen, »alle Positionen von Zivilität und Moral zu räumen«.³¹

Konfrontationen

In der frühen Nachkriegszeit waren sich die wiedergegründeten demokratischen Parteien und Gewerkschaften über eine grundlegende soziale und wirtschaftliche Neuordnung einig. Das Ahlener Programm der CDU von 1947 ist dafür ein gutes Beispiel. Aufgrund von Einflussnahmen und Eingriffen der Besatzungsmächte in den Gründungsprozess der Bundesrepublik³² und deren Einbeziehung in den »Kalten Krieg« und infolge nicht konsequent zu Ende geführter Entnazifizierung sowie voller oder weitgehender Personenkontinuität in Justiz, Wirtschaft, Militär, Verwaltung, Medizin, Bildung usw. unterblieb die Neuordnung von Grund auf oder wurden bestimmte demokratische Entwicklungen verhindert.³³ Durch diese grundlegenden Entscheidungen wurden Auseinandersetzungen vorherbestimmt, die aus der Nachkriegszeit bis in unsere Tage und darüber hinaus reichen: Kampf gegen restaurative Strukturen und für eine Demokratisierung der Wirtschaft und paritätische Mitbestimmung, Kampf gegen Wiederaufrüstung und atomare Bewaffnung, Verteidigung der Demokratie gegen Notstandsgesetze und später gegen Berufsverbote auf Grundlage des »Radikalenerlasses«. Seit Ende des »Wirtschaftswunders« bestimmen wirtschaftliche Probleme sowie politische Fehlentscheidungen und der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Flüchtlingselend, misslungene Integrationspolitik, Rassismus, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit und für eine Gesellschaft, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Alltag in unserem Land.

In diesem Klima wurde unsere Bremer Initiative 1998 gegründet, um Georg Elser in Norddeutschland bekannter zu machen, die Erinnerung an seinen Mut und seine Zivilcourage wachzuhalten und ihn als Vorbild entschiedenen Friedensbewusstseins zu würdigen. Diese Selbstverpflichtung beinhaltet neben retrospektiven auch aktuelle Aufgaben.

Wir werden dennoch gefragt, was denn Bremen mit dem Königsbronner Widerstandskämpfer verbindet? Was, könnte zurückgefragt werden, verbindet Bremen mit Jesus von Nazareth? Was interessierte den Weimarer Dramatiker Schiller und seine weltweiten Leser an dem Schweizer Wilhelm Tell? Es ist eine Idee und deren konsequente Umsetzung in die Tat, die, wie bei Georg Elser, losgelöst von Ort und Zeit Menschen beeindruckt, nachdenken und handeln lässt.

Anneliese Knoop-Graf, Schwester von Willi Graf, einem Mitglied der »Weißen Rose«, findet folgende Antwort auf die Frage, was uns bei der Beschäftigung mit dem Widerstand in seinen Bann zieht: »Ist es nicht immer auch die Integrität der handelnden Personen, die jener Verschmelzung von Wollen und Tun der Wahrhaftigkeit Ausdruck gibt? Der Mut zum Widerstand wird niemandem in die Wiege gelegt. Widerstand entwickelt sich im Vollzug. Dies ist ein Prozess, bei dem die Besonderheiten des Individuums stärker zutage treten als in normalen Situationen.«³⁴ Klemperer nennt den Einstieg in den Widerstand einen »existentiellen Schritt in einer extremen Situation, inmitten des auf einem Massenkonsens beruhenden Naziterrors«.³⁵

Die Frage nach der inneren Beziehung zwischen unserer Initiative und Georg Elser verweist vielleicht auch darauf, dass die Fragesteller sich wesentlicher Bedingungen des Nationalsozialismus, des »großen Zuchthauses« (Wilhelm Leuschner), nicht mehr bewusst sind, dass ihnen die Zerschlagung des Rechtsstaates, die völlige Entrechtung der Menschen in Deutschland und in den besetzten Ländern, die »Ausmerzung« der politischen Gegner, die Ausgrenzung und Ermordung der Juden, der flächendeckende Terror und die Schwierigkeiten und Gefahren des Widerstandes dagegen nicht präsent sind.

Dass eine »Kultur des Widerstandes« in Deutschland so wenig entfaltet war, hat neben anderem auch die Zerstrittenheit der Nazigegner vor 1933, die sich gegenseitig bekämpften, zur Ursache. Hitler hatte in »Mein Kampf« bereits die »Ausrottung« der kommunistischen und sozialdemokratischen Bewegung zur vordringlichsten Aufgabe seines Regimes gemacht, und noch in der Nacht des Reichstagsbrandes wurden Tausende von KPD-Funktionären verhaftet. Aufgrund der »Reichstagsbrandverordnung«, die bereits am Tage nach dem Brand in Kraft trat, wurden über 60.000 kommunistische und sozialdemokratische Aktivisten verhaftet. Diese beispiellose Terrorwelle kostete allein in den folgenden beiden Jahren 2000 Kommunisten das Leben.³⁶ »In ihrer überwältigenden Mehrheit waren die Gefangenen in Haftanstalten oder Lagern bis zum Kriegsausbruch keine Juden, sondern politisch oppositionelle Deutsche ...«³⁷

Auch die Relativierung von Georg Elzers Leistung durch den Hinweis, selbst ein erfolgreiches Attentat wäre wirkungslos geblieben, weil Hitler durch eine andere Person ersetzt worden wäre, zielt nicht nur auf die Person Georg Elzers, sondern sie will den antifaschistischen Widerstand und die Erinnerungsarbeit daran generell in Frage stellen. Statt die wenigen, die das Unmögliche versucht haben, zu diskreditieren, sollte wohl eher die Position derer hinterfragt werden, die diesen Mut nicht aufbrachten, nicht charakterstark genug waren. Ist es nicht auch denkbar, dass ein Erfolg von Georg Elser die im Widerstand tätigen Männer und Frauen oder wenigstens einige von den vielen, die in Distanz zum System lebten, ermutigt und zu weiteren Aktionen motiviert hätte?

Die Kritiker verkennen auch die herausragende Bedeutung des »Führers« für das Volk damals. Wir erfassen die Bedeutung des »Führers« nicht, wenn wir sie ableiten und vergleichen mit uns heute bekannten Autoritäten. Der Führer, schreibt Bonhoeffer »ist eine selbständige Gestalt, ohne Einbindung und Auftrag, wirksam nur durch seine Person, die Menschen anzieht und Gefolgschaft findet. Dabei entsteht die Macht des Führers durch das freiwillige Auslöschen der Individualität dessen, der ihm folgt. Fortan ist nur noch der Führer Person. Wenn er auf diese Weise aus den Tiefen des Volkes nach oben getragen wird, in der Rolle ›des vom Volk sehnsüchtig erwarteten Erfüllers seines Lebenssinnes und seiner Lebenskraft‹, dann erfüllt er ›im eigentlichsten Sinn religiöse Funktion, da ist er der Messias [...], da ist mit dem Reich, das er mit sich heraufführen muß, schon das ewige Reich nahe herbeigekommen.«³⁸ Der Tyrann will zum Idol, will wie Gott werden. »Er hält die Menschen für dumm und sie werden dumm, er hält sie für schwach und sie werden schwach, er hält sie für verbrecherisch und sie werden verbrecherisch. Sein heiliger Ernst ist frivoles Spiel, seine biederemännisch beteuerte Fürsorglichkeit ist frechster Zynismus. Je mehr er aber in tiefer Menschenverachtung die Gunst der von ihm Verachteten sucht, desto gewisser erweckt er die Vergötterung seiner Person durch die Menge. Menschenverachtung und -vergötzung liegen dicht beieinander.«³⁹

Nach Hitlers innenpolitischen Erfolgen, seinen erfolgreichen außenpolitischen Erpressungsversuchen, die zur Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei führten, nach den Blitzkriegen gegen Polen und Frankreich, »wurde Hitler endgültig zum Gott und die Grenzen zwischen Gut und Böse verschwanden endgültig.«⁴⁰ Heer weist darauf hin, dass sich die Faszination des Führers nicht aus sich selbst heraus erklärt, »dass Hitler nicht ein Ergebnis raffinierter Propaganda, sondern das Symptom einer tiefen persönlichen Krise von Millionen gewesen ist. Die durch Krieg und Niederlage, Bürgerkrieg und Inflation, Bankenkrach und Staatskrise verursachten Gefühle von Isolierung und Entwertung, von Orientierungslosigkeit und Sinnverlust haben die Menschen anfällig gemacht für ... ›totalitäre Versuchung‹ (...) Nur der Vorgang der

individuellen Selbstauflösung auf der einen und der dadurch ins Gottgleiche gesteigerten Potenz auf der anderen Seite, nur diese symbiotische und immer wieder erneuerte wechselseitige Abhängigkeit der beiden Pole von Führer und Geführtem vermögen den Furor der Täter und die Stabilität des Systems wider alle äußeren Kriegskatastrophen zu erklären.«⁴¹

Diese Abhängigkeit findet ihren Ausdruck in einer während des Nationalsozialismus üblichen Redewendung: Führer befiehl, wir folgen dir! »Dabei ging mir auf, wie zentral diese Formel im ganzen Gedankenwerk des Nationalsozialismus steht und wie man gerade hier eine und vielleicht die stärkste Wurzel des Nationalsozialismus und Faschismus bloßliegen hat. [...] Die Müdigkeit einer Generation. Sie will vom Zwang zum Eigenleben frei sein.«⁴²

Die Bedeutung eines erfolgreichen Anschlags von Georg Elser hätte ebenfalls darin gelegen, dass neben Hitler viele seiner engsten Mitarbeiter getötet worden wären. Georg Elser selbst hatte nicht die Hoffnung, er könnte das gesamte System beseitigen.⁴³ Seine Überlegung, es hätten sich gemäßigte zivile und militärische Kreise gegen die zweite Garnitur nationalsozialistischer Parteiführer durchsetzen können, erscheint nicht unrealistisch, zumal auf dieser Ebene offene Konkurrenz herrschte und Diadochenkämpfe nicht auszuschließen waren.

In zahlreichen Reden und Publikationen wird die Leistung Georg Elzers zwar gewürdigt und seine Vorbildfunktion herausgestellt, gleichzeitig wird jedoch die Verwunderung darüber betont, dass »dieser kleine, einfache Mann mit geringer Bildung« zu einer solch außergewöhnlichen Leistung fähig war. Warum sollte er nicht? Schließen »Einfachheit« und »geringe« Bildung politische Urteilsfähigkeit, soziale Kompetenz und Handlungsfähigkeit aus? Garantieren eine bestimmte Bildung und Zugehörigkeit zur gehobenen Schicht Eintreten für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden – damals und heute?

Ironisch widerspricht Jutta Limbach deshalb einem Kritiker, der Georg Elser die Qualifikation für seine Widerstandshandlung abspricht: »Offenbar hätte Elser erst den zweiten Bildungsweg absolvieren müssen, bevor er sich ein Urteil hätte erlauben und zur Tat schreiten dürfen.« Und sie fragt an anderer Stelle: »Warum sollte Elser die Vertragstreue Hitlers nicht besser einschätzen können als Chamberlain? Wie häufig machen wir die Erfahrung, dass schlichte Menschen aus dem Volke über ein sichereres Urteil und Wertbewusstsein verfügen als diejenigen, die eine Menge Buchwissen in ihrem Hirn gespeichert haben. (...) Auch der Widerstand in den Jahren 1933 bis 1945 war nicht nur Sache einer gesellschaftlichen Elite. Auch wenn die Flugblattaktion der ›Weißen Rose‹ und die Umsturzversuche der Männer aus der Politik und dem Militär vorzugsweise das öffentliche Interesse finden.«⁴⁴ Kurz und treffend ist der Beitrag von Fritz Bauer zu dieser Diskussion: »Widerstand, in welcher Form auch immer, kommt nicht aus der reinen Vernunft mitklügelnden Denkens, sondern aus dem reinen Herzen mitfühlender Menschen.«⁴⁵

Wenn »Elite« sich über »den kleinen Mann« erhebt und sich erstaunt über dessen große Leistung trotz seines »Bildungsmangels« äußert, wird übersehen, dass Bildung auch bei uns durch »Elite« konzipiert wird und Bildungschancen weniger von individuellen Anlagen als eher von politischen Entscheidungen abhängen. »Die soziale Ungleichheit im deutschen Bildungssystem ist einer demokratischen Gesellschaft zutiefst unwürdig. In keinem westlichen Industriestaat ist die Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg bei Kindern so groß wie in Deutschland.«⁴⁶ Auch UNO-Sonderberichterstatter Vernor Munoz hat anlässlich seines Deutschlandbesuches im Januar 2006 kritisiert, dass das Potenzial der Kinder nicht ausreichend ausgeschöpft werde, und er bemängelte, »dass Bildungserfolg zu sehr von der sozialen Herkunft abhängt, nicht alle einbezieht, sondern eher Trennungen schafft.«⁴⁷

Schulen bei uns entwickeln nur unzureichend eine Kultur der Anerkennung, eher sind dem Bildungssystem Demütigung der Schwächeren, Ausgrenzung und Vernachlässigung immanent.⁴⁸ Eine Institution, die die Anlagen von Kindern nicht ausreichend fördert und sich entwickeln lässt, in der das Scheitern von Träumen, Interessen und Wünschen strukturell bedingt ist, in der Soziales und Emotionales wenig Raum hat, in der es kaum Teilhabe an Entscheidungen gibt, in der durch Separation und Konkurrenz Lebenschancen begrenzt werden, deren Ressourcen beschnitten und Arbeitsbedingungen verschärft werden, die im Trend der Vermarktung liegt, verletzt nicht nur das Menschenrecht auf Bildung, sondern verhindert auch die Heranbildung demokratisch handelnder und verantwortungsbewusster Menschen, die sensibel für Unrecht sind, die für Solidarität und Bürgerrechte eintreten.⁴⁹ Warum lassen wir es zu, dass Kinder in unserem Schulsystem unwissend und unglücklich werden und warum geht ein Aufschrei darüber erst dann durch unsere Gesellschaft, wenn uns von außen Versagen nachgewiesen und unser Land in die Nähe von Staaten gerückt wird, die beispielsweise zu arm sind, ein alle Kinder einbeziehendes und niveaivolles Schulsystem zu unterhalten? Das gegliederte Schulsystem, die frühe Trennung von Entwicklungswegen, produziert Abgänger, die kaum eine Berufsperspektive haben, die von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mangels Einkommen weitgehend ausgeschlossen bleiben. Auch hier lohnt es sich, Victor Klemperer zuzuhören: »Die Leute fühlten sich gedemütigt, daß die deutsche Kultur vor den Augen der Welt entwürdigt wurde.« Und weiter Klemperer: »Die Mehrzahl des Volkes ... (hält es) für realpolitisch inopportun, sich um solcher Kleinigkeiten willen wie der Unterdrückung bürgerlicher Freiheit, der Judenverfolgung, der Fälschung aller wissenschaftlichen Wahrheit, der systematischen Zerstörung aller Sittlichkeit zu empören. Und alle haben Angst um ihr Brot, ihr Leben, alle sind so entsetzlich feige.«⁵⁰ Ist es diese Feigheit vor Autoritäten und vor möglichen Konsequenzen, die uns das Leid unserer Kinder wohl wahrnehmen lässt, uns aber nicht zu ihren Verbündeten im Kampf gegen dessen Ursachen macht? Sollte eine demokratische Gesellschaft nicht aus eigenem Interesse Kindern Erfahrungen des Ausgeliefertseins und der Ohnmacht, in der sie die Rolle als Untertan einüben, ersparen?

Lernen aus der Geschichte

Georg Elzers Zeit war geprägt durch Verbrechen, Rechtsunsicherheit und Willkür. Wir werden heute zwar auch mit Problemen, Skandalen und Verbrechen konfrontiert, aber in einem Rechtsstaat besteht die Möglichkeit⁵¹, erlittenes Unrecht zu korrigieren und berechnete Ansprüche durchzusetzen.⁵² Die Zeit des Nationalsozialismus ist unserer so unvergleichlich, dass die Frage berechtigt ist, ob dann überhaupt Lehren aus ihr gezogen werden können?

Wenn dabei auf simple Analogien verzichtet wird, kann, ja muss diese Frage positiv beantwortet werden: Der beste Schutz gegen eine Wiederholung der politischen Katastrophe besteht darin, uns in unserem Alltag menschlich und solidarisch zu verhalten, soziale Normen durchzusetzen, die allen ein Leben ohne Angst und in Würde erlauben. Indem wir unsere Gesellschaft nach »menschlichem Maß« gestalten, erleben wir in diesem Prozess unsere Kraft und bauen auf, was wir notfalls auch verteidigen (Artikel 20 Grundgesetz). »Der große Widerstand im Unrechtsstaat bleibt nur möglich, wenn der kleine Widerstand gegen das Unrecht im

staatlichen Alltag geübt und wie eine kostbare Pflanze gehegt und gepflegt wird. Normales Instrument des Widerstandes sind eine unerschrockene öffentliche Meinung, politische, soziale und kulturelle Kritik und eine wache Opposition.«⁵³

Empfinden die von Massenarbeitslosigkeit, Bildungsnot und sozialer Unsicherheit betroffenen Menschen, die überdies in Angst um ihre Renten leben, deren Kindern bereits nach der Schule die Arbeitslosigkeit droht und die keine gute Lebensperspektive haben, diese Gesellschaft als verteidigungswert? Die historische Erfahrung lässt dazu keinen Raum für Hoffnungen: Der deklassierte und seiner Würde beraubte Mensch ist hoffnungslos und hat nichts zu verteidigen – notfalls auch nicht die Demokratie!

Lernen beruht u.a. aber auch auf dem Erkennen elementarer Botschaften. Am Ende ihrer aufwändigen Rekonstruktion der Geschichte ihrer Familie resümiert Wibke Bruhns das Verhalten ihres Vaters in der Zeit des Nationalsozialismus und was sie bei dieser Rekonstruktion für sich gelernt hat: »Ich kann nicht verstehen, wie du den Nazis hast anheimfallen können. Es war nicht meine Zeit. [...] Ich bin verstört über das, was ich als deine Gleichgültigkeit verstehen muss gegenüber dem Schicksal der Juden, der Zwangsarbeiter, der Geisteskranken, der Häftlinge in den KZs, Himmlers ›Untermenschen‹ in den besetzten Gebieten. Habe ich dich missverstanden, weil du nie etwas gesagt hast? [...] Dein Leben lag in einer fürchterlichen Zeit, und wenn es denn für die Kinder besser werden sollte, das ist gelungen. Du hast den Blutzoll bezahlt, den ich nicht mehr entrichten muss. Ich habe von Dir gelernt, wovor ich mich zu hüten habe.«⁵⁴

Für Jürgen Quandt⁵⁵ hat das Gewissen eine hohe Bedeutung: »Was wir heute von Menschen wie Georg Elser, Dietrich Bonhoeffer und anderen, die Widerstand in der Zeit des Nationalsozialismus geleistet haben, lernen können, ist der unbedingte Wille, dem Bösen entgegenzutreten, auch da, wo ein solcher Schritt nicht nur mit eigenen Opfern, sondern auch mit eigener Schuldverstrickung verbunden ist. ... Auch heute ist es nicht ausgeschlossen, dass wir vor dem Problem stehen, verschiedene Rechtsgüter abwägen zu müssen. ... Auch der demokratische Staat ist nicht frei von Fehlentscheidungen, und darum hat in unserer Rechtsordnung die Gewissensfreiheit zu Recht einen hohen Verfassungsrang. Diese Freiheit zu schützen und zu bewahren ist vornehmste Aufgabe einer jeden staatlichen Ordnung. Da, wo Bürgerinnen und Bürger die Freiheit des Gewissens auch gegen Entscheidungen des Staates in Anspruch nehmen, untergraben sie nicht die Autorität des Staates, sondern sie stärken sein demokratisches Fundament.«⁵⁶

Vorbildlich ist, dass Georg Elser »mit großem Verantwortungsbewusstsein und großem Verantwortungsgefühl gehandelt hat und dass er Grundüberzeugungen hatte, die eben auch aus dem christlichen Glauben kommen, also dass das Fünfte Gebot ›Du sollst nicht töten‹ für ihn ein wirklich wichtiger Lebensgrundsatz gewesen ist. Und dass er wusste, dass er damit in Konflikt gerät und eben auch Schuld auf sich lädt und abwägen musste, welche Schuld eigentlich die größere ist: nämlich in einer solchen Situation nichts zu tun und damit auch vielleicht zu versagen – oder aber etwas zu tun, was einen erst mal zwangsläufig in eine solche Schuldverstrickung bringt. Man hätte sich vielleicht gewünscht, dass es damals mehr Menschen in Deutschland gegeben hätte, die sich diese Frage zumindest gestellt hätten.«⁵⁷

Der Verlauf des »Dritten Reiches« wie der häufig beschönigende Umgang mit diesem Teil der deutschen Geschichte sind ein Indiz dafür, dass Quandts Wunsch sich nicht erfüllen ließ. Georg Elser dagegen, der »ungebildete Mann aus dem Volke«, erkannte die bedrohlichen

Auswirkungen dieser Epoche und sein Gewissen gebot ihm, das eigene Sterben in Kauf nehmend, die unheilvolle Entwicklung durch die Tötung der NS-Führung zu stoppen. Das unterscheidet Johann Georg Elser von der Masse seiner Zeitgenossen! Diese Divergenz ist ein entscheidender Grund für Georg Elser's »mühsamen Weg zum Ruhm«. Durch sein Attentat auf den »Führer« fühlte sich das diesem symbiotisch verbundene Volk selbst tödlich angegriffen. Georg Elser war Volksfeind im eigentlichen Wortsinn. Ihm konnte nicht vergeben, durfte keine Anerkennung zu teil werden.

Anmerkungen

- 1 Hans Koschnick in seinem Vortrag bei der Georg-Elser-Woche in Bremen im Januar 2003.
- 2 Zur Bedeutung der bestehenden Georg-Elser-Initiativen sowie der zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz Georg Elser's siehe: Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim (Hrsg.), Georg Elser. Gegen Hitler – gegen den Krieg. Heidenheim 2003.
- 3 Peter-Paul Zahl, Johann Georg Elser. Ein deutsches Drama. Berlin 1982, S. 136.
- 4 Noch in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1939 wurde auf Befehl Himmlers aus Beamten der Gestapo und der Kriminalpolizei eine »Sonderkommission Bürgerbräuattentat« mit Sitz in der Staatspolizeileitstelle München gebildet. Deren Leitung übernahm der Chef des Reichskriminalamts im Reichssicherheitshauptamt, Reichskriminaldirektor Nebe. Das Protokoll dieser »Sonderkommission Bürgerbräuattentat« ging verloren. Da die Führung des Regimes das Untersuchungsergebnis anzweifelte (Himmler: »Welcher Idiot hat diesen Bericht gemacht?«), wurde eine erneute Untersuchung mit dem Ziel befohlen, Elser's Hintermänner zu finden, denn seine Alleintäterschaft wurde bezweifelt. Vom 19. bis 23. November 1939 ermittelte im Reichssicherheitshauptamt in Berlin allein die Gestapo. RSHA-Chef Heydrich persönlich leitete die »Zentralkommission Anschlag München«. Die Protokolle dieser Vernehmungen sind erhalten geblieben. Quelle: Lothar Gruchmann (Hrsg.), Autobiographie eines Attentäters. Johann Georg Elser. Aussage zum Anschlag im Bürgerbräukeller. Stuttgart 1970, S. 11 und 18.
- 5 Peter Steinbach und Johannes Tuchel, Der Mann, der es tat. Leben und Nachleben des Widerstandskämpfers Georg Elser – des ersten und (neben Stauffenberg) einzigen Deutschen, der versucht hat, Hitler zu töten. Eine historische Reportage in zwei Teilen, in: Die Zeit, Nr. 44 und 45/1999, zit. nach: www.zeit.de/2003/02/elser.
- 6 Georg Elser's detailliert recherchiertes Lebenslauf mit Links zum Gestapo-Protokoll, aus dem sich auch die genauen Abläufe vor und nach dem Attentat ergeben sowie zu weiteren Verweisen siehe: www.georg-elser-arbeitskreis.de.
- 7 Anton Hoch und Lothar Gruchmann, Georg Elser. Der Attentäter aus dem Volke. Frankfurt am Main: Fischer Tb., 1980, S. 34 f.
- 8 Anton Hoch und Lothar Gruchmann, a.a.O., S. 32 ff.
- 9 Ulrich Renz, Georg Elser's Abschied, Schriftenreihe der Georg-Elser-Gedenkstätte Königsbrunn, Band 6. Königsbrunn 2005, S. 10.
- 10 Ulrich Renz, Der mühsame Weg zum Ruhm. Georg Elser – lange vergessener und diffamierter Widerstandskämpfer, in: Johannes Tuchel (Hrsg.), Der vergessene Widerstand. Zur Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur. Göttingen: Wallstein, o.J., S. 161.
- 11 Wiedergegeben durch Pastor Martin Niemöller, langjähriger KZ-Häftling und späterer Kirchenpräsident. Danach sei Georg Elser ein SS-Unterscharführer gewesen, der analog zur Reichstagsbrandstiftung dieses (missglückende) Attentat auf Hitlers Befehl ausführen und britische Geheimdienstler als Drahtzieher nennen sollte, damit später ein Schauprozess gegen England inszeniert werden könnte. Quelle: Ulrich Renz, Der mühsame Weg zum Ruhm, a.a.O., S. 173.
- 12 Peter Steinbach und Johannes Tuchel, Der Mann, der es tat, a.a.O.
- 13 Zieh' dich aus, Georg Elser! – 20 Jahre danach. Die Wahrheit über den 8. November 1939 – Attentat im Bürgerbräu. »Bild am Sonntag«, Publikationsdaten: 8.11.1959, 15.11.1959, 22.11.1959, 29.11.1959, 6.12.1959, 13.12.1959, 20.12.1959 und 27.12.1959.

- 14 Norbert Frei, Tobias Freimüller, Marc von Miquel, Karrieren im Zwielflicht. Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt am Main: Campus, 2001.
- 15 Einer dieser »Heiligen«, Kardinal Faulhaber, telegrafierte unmittelbar nach Elser's Attentat auf die NS-Führung an Hitler: »Eben von verabscheuungswürdigem Verbrechen im Bürgerbräukeller in Kenntnis gesetzt, spreche ich als Ortsbischof und im Namen der bayerischen Bischöfe wärmsten Glückwunsch aus für Ihre glückliche Rettung und bitte Gott, er möge auch ferner seinen schützenden Arm über Sie halten.« Zitiert nach: Hella Schlumberger (München), Georg Elser und das Bürgerbräuattentat – ein Lehrstück zum deutschen Widerstand.
- 16 Das Kulturreferat der Landeshauptstadt München hat zum Thema »Widerstand, Verfolgung und Protest gegen das NS-Regime in München« Texte ins Internet gestellt. Sie basieren auf dem Buch »Zum Staatsfeind ernannt – Widerstand, Resistenz und Verweigerung gegen das NS-Regime in München« von Marion Detjen, München: Buchendorfer Verlag. <http://www.widerstand.musin.de/w4-2.html>.
- 17 Hans Hesse, Konstruktionen der Unschuld. Die Entnazifizierung am Beispiel von Bremen und Bremerhaven 1945–1953, Staatsarchiv Bremen, 2006.
- 18 Hans Hesse, a.a.O., zit. nach: taz Bremen, 10.2.2006, S. 21. Vgl. auch dazu Dietrich Bonhoeffer: Die Rechtfertigung, »allenfalls habe man Befehle befolgt«, hat Bonhoeffer als eine spezifische deutsche Tugend, der »Kraft zum Gehorsam«, bezeichnet, es habe in den Jahren der NS-Diktatur viel Tapferkeit und Aufopferung gegeben, aber kaum Zivilcourage.
- 19 taz Bremen, a.a.O.
- 20 »Auch in der Alt-Bundesrepublik gab es politische Verfolgung großen Ausmaßes ... Betroffen waren in erster Linie Kommunisten, ihre Unterstützer und »Sympathisanten«; aber auch Menschen, die weder Kommunisten waren noch ihnen politisch nahe standen. (...) In der Zeit von 1951 bis 1968 – also innerhalb von 17 Jahren – gab es Ermittlungsverfahren gegen mehr als 200.000 Personen, nahezu ausschließlich wegen gewaltfreier linksoppositioneller Arbeit. Vielfach verfolgt wurden Gegner der Remilitarisierung Westdeutschlands, andere wurden wegen sogenannter Geheimbündelei bestraft, weil sie für eine »Wiedervereinigung Deutschlands in freien Wahlen« oder ... weil sie deutsch-deutsche Kontakte pflegten. Solche Aktivitäten konnten zu mehrmonatigen, teilweise auch mehrjährigen Gefängnisstrafen führen. Die Betroffenen wurden ihrer staatsbürgerlichen Rechte, ihres Passes ... beraubt, unter langjährige Polizeiaufsicht gestellt und mit Berufsverboten belegt.« Rolf Gössner in der Eröffnungsrede zur Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2004, zit. nach: www.rolf-goessner.de. Der Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover berichtet von einem vergeblichen Versuch, eine Rehabilitierung von im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot Verurteilten herbeizuführen. Der damalige Bundeskanzler Schröder ließ antworten, »bei uns sei alles rechtsstaatlich gelaufen ...«. Dabei wisse er (Schröder) genau, »dass in den 50-er und 60-er Jahren die Justiz von alten Nazis majorisiert wurde und sich ganz einseitig gegen Linke wandte. Unter den Verurteilten waren viele, die besondere Verdienste hatten, weil sie im Dritten Reich Widerstand geleistet hatten. Vielen wurden dann die Rechte, vor allem die Rente, aberkannt, die sie als Verfolgte oder KZ-Häftlinge hatten, manche mussten sogar Rückzahlungen leisten. All das soll rechtsstaatlich gewesen sein?« Quelle: Interview mit Heinrich Hannover in der »Berliner Zeitung« Nr. 187 vom 12./13.8.2006.
- 21 Die Veröffentlichung des 203 Seiten umfassenden Protokolls von Elser's fünftägiger Vernehmung durch die Gestapo in Berlin erfolgte in: Lothar Gruchmann (Hrsg.), Johann Georg Elser. Autobiographie eines Attentäters. Aussage zum Anschlag im Bürgerbräukeller. Stuttgart 1970.
- 22 Lothar Gruchmann, Vortrag anlässlich der Fotodokumentation zum 65. Jahrestag des Bürgerbräuattentats vom 12.10 bis 8.11.2004 in München, in: www.georg-elser-arbeitskreis.de.
- 23 Wolfram Wette, Militärgeschichtler, im Gespräch mit Jochen Kölsch, Bayerischer Rundfunk, Sendung vom 12.9.2005, zit. nach: www.br-online.de/alpha/forum.
- 24 Joseph Peter Stern, Hitler. Der Führer und das Volk. München 1978, zit. nach: www.georg-elser-arbeitskreis.de/geelser.php.
- 25 1989 wurde mit einem umfangreichen Programm in Heidenheim des 50. Jahrestags des Attentats gedacht. Im selben Jahr kam der Film »Georg Elser – einer aus Deutschland« mit Klaus Maria Brandauer in die Kinos.
- 26 Siehe www.georg-elser-arbeitskreis.de.
- 27 Ulrich Renz, Der mühsame Weg zum Ruhm, a.a.O., S. 161.

- 28 ZDF-Umfrage aus dem Sommer 2003.
- 29 Vgl. Hannes Heer, *Hitler war's. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit*. Berlin 2005.
- 30 Vgl. u.a.: Günter Grass, *Im Krebsgang*. Göttingen 2002, und Jörg Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*. München 2002
- 31 Hannes Heer, *Vox populi. Zur Mentalität der Volksgemeinschaft*, in: Hannes Heer (Hrsg.), *Im Herzen der Finsternis. Victor Klemperer als Chronist der NS-Zeit*, Berlin 1997, S. 122.
- 32 So wurde beispielsweise die von Hans Böckler und anderen aufgrund der historischen Erfahrungen angestrebte Organisationsform der Einheitsgewerkschaft von der Militärregierung nicht genehmigt. Ebenso wurde ein nordrhein-westfälisches Gesetz zur Überführung des Bergbaus in das Eigentum des Landes (Sozialisierungsgesetz) von den Militärgouverneuren nicht anerkannt. Vgl. dazu: Eberhard Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main 1970, S. 36 ff. und S. 150 ff.
- 33 Wiederherstellung der liberalen Wettbewerbswirtschaft. Vgl. dazu: Eberhard Schmidt, a.a.O., S. 125 ff.
- 34 Anneliese Knoop-Graf, *Grußwort zur Eröffnung der Ausstellung in Freiburg am 29. April 2004*, in: Kulturinitiative e.V. (Hrsg.), *Broschüre zur Ausstellung »Die Weiße Rose«*. Gesichter einer Freundschaft.
- 35 Klemens von Klemperer, *Der einsame Zeuge. Einzelkämpfer im Widerstand*. Passau 1990, S. 20.
- 36 Vgl. Eric A. Johnson, *Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche*. Berlin 2001.
- 37 Michael Burleigh, *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*. Frankfurt am Main 2000, S. 235.
- 38 Dietrich Bonhoeffer, *Der Führer und der einzelne in der jungen Generation*, Vortrag in der Deutschen Hochschule für Politik Berlin, März 1933, *Werke* 12, zit. nach: Hannes Heer, *Hitler war's*, a.a.O., S. 133.
- 39 a.a.O., S. 142.
- 40 a.a.O., S. 149.
- 41 a.a.O., S. 138 f.
- 42 Hannes Heer (Hrsg.), *Im Herzen der Finsternis*, a.a.O., S. 141.
- 43 Anton Hoch und Lothar Gruchmann, a.a.O., S. 99.
- 44 Jutta Limbach, *Georg Elzers Attentat im Lichte des legalisierten Widerstandsrechts*, in diesem Band. Zu den von Jutta Limbach angesprochenen »Umsturzversuchen der Männer aus der Politik und dem Militär« s. beispielsweise: Karl Heinz Roth und Angelika Ebbinghaus (Hrsg.), *Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen. Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938-1945*. Hamburg 2004.
- 45 Fritz Bauer, *Widerstandsrecht und Widerstandspflicht des Staatsbürgers*, in: A. Kaufmann (Hrsg.), *Widerstandsrecht*. Darmstadt 1972, S. 503.
- 46 <http://bildungsklick.de>.
- 47 www.heute.de/ZDFheute.
- 48 Für Johannes Beck spricht das »antiquierte hierarchische Schulsystem mit seinen sozialen Diskriminierungsfolgen« einer demokratischen Gesellschaft hohn. »Es kann nicht einmal den Ansprüchen der Wirtschaft, geschweige denn den Zukunftswünschen der jungen Generation gerecht werden. Aber es ist effektiv in der Erzeugung von »Schulversagern«, die kaum noch eine andere Chance haben, als destruktiv zu werden.« Quelle: Johannes Beck, *Der Bildungswahn. Essay*. Reinbek 1994, S. 39. »Konkurrenz und Auslese schaffen ein Klima der Angst und Angst wirkt lernhemmend. Im Falle des Scheiterns schlagen negative Beurteilungen allzu leicht als negatives Selbstbild nach innen durch und verfestigen sich als beschädigtes Selbstbewusstsein. Das Zutrauen in die eigene Leistungsfähigkeit bricht ein, was bedeuten kann, ein Leben lang hinter den persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten zurückzubleiben.« Quelle: Erwin Jürgensen, *Lernfördernder Unterricht*, in: *BLZ – Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* Bremen, Nr. 5/2006, S. 9.
- 49 Dass Demokratie lernen und Vertrauen haben in der Schule möglich sind, beschreibt ein Bremer Schulpsychologe: »In Schweden wird Mitbestimmung schon bei den kleinsten Schülern gefördert, da es ihr Engagement für die Gemeinschaft und die Motivation für das eigene Lernen fördert. Die

Erwachsenenwelt geht dabei mit gutem Beispiel voran. So werden bei der Planung der räumlichen Gestaltung der Schule ... möglichst alle beteiligt. (...) Im Gymnasium vertraut man ihnen sogar den Schulschlüssel an, damit sie – wenn sie wollen – abends und an Wochenenden in der Schule weiter arbeiten können und die Technik der Schule dazu nutzen können.« Quelle: Karsten Koll, Schulklima, in: BLZ, a.a.O., S. 10. Modelle für eine andere Schule, die alle integriert, Beispiele für guten Unterricht und die ermutigende Begleitung des Heranwachsens von Kindern und Jugendlichen gibt es in großer Zahl, ebenso viele engagierte Pädagoginnen und Pädagogen und eine Ideen entwickelnde und politisch unterstützende Gewerkschaft. Dazu konträr sind Kürzungen der Förderstunden für Migrantenkinder, wie derzeit in Bremen, oder die Föderalismusreform der Bundesrepublik, in deren Folge die Bildungspolitik nicht mehr als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen wird und beispielsweise strukturschwache Regionen, die sich notwendige Investitionen in Bildung nicht leisten können, abgehängt werden. Vgl. dazu u.a.: Erziehung und Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW, Nr. 7-8/2006.

- 50 Hannes Heer, *Vox populi*, a.a.O., S. 125.
- 51 Rolf Gössner kritisiert die Einschränkungen der Bürgerrechte seit dem 11. September 2001, die Ineffizienz der »Sicherheitsgesetze« und die Folgen für Bürger und Demokratie. Die erweiterten Polizei- und Geheimdienstbefugnisse, die engere Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane, die Erweiterung der Sicherheitsüberprüfungen in »lebens- und verteidigungswichtigen« Betrieben, die Ausdehnung der Telekommunikations-Überwachung, die Erfassung biometrischer Daten wie Finger- oder Handabdruck oder Gesichtsgeometrie in Ausweispapieren, die Ausdehnung des Anti-Terror-Instrumentariums auf ausländische Vereinigungen usw. – jede Maßnahme für sich genommen hat gravierende Auswirkungen auf die Substanz der Grund- und Freiheitsrechte. Der liberale Rechtspolitiker Burkhard ... bescheinigte dem berüchtigten »Otto-Katalog II« von Bundesinnenminister Schily (SPD) insgesamt Respektlosigkeit »vor Würde und Privatheit seiner Bürger« sowie »totalitären Geist«. Alles in allem: Es scheint, als befänden wir uns in einem nicht erklärten Ausnahmezustand, in dem die Kompetenzen und Befugnisse aller Sicherheitsorgane erweitert, die machtbegrenzenden Trennungslinien zwischen Polizei und Geheimdiensten aufgelöst werden, ganze Bevölkerungsgruppen zu Sicherheitsrisiken mutieren, ganze Lebensbereiche mit problematischen Rasterfahndungen überzogen werden – und ganz nebenbei wird eine der ältesten rechtsstaatlichen Errungenschaften, die Unschuldsvermutung, aufgegeben, die Beweislast umgekehrt. Das sind Merkmale eines autoritären Sicherheitsstaates, in dem Rechtssicherheit und Vertrauen verloren gehen, Verunsicherung und Verängstigung gedeihen.« <http://www.krit.de/int-goessner.php>.
- 52 Jedoch, ohne juristische Vorbildung (oder gerade deshalb?) stolpern wir Laien über Entscheidungen, die uns suspekt sind: So berichtete der Bremer Weser-Kurier unter der Überschrift »Richter legten selbst Widerspruch gegen Gasrechnung ein. Komplette Kammer des Landgerichts Bremen wird damit voraussichtlich für befangen erklärt« von Richtern, die privat gegen die Gaspreiserhöhung des örtlichen Versorgers Widerspruch eingereicht hatten und deshalb in einem Verfahren gegen Zahlungsboykotteure wegen Befangenheit abgelehnt worden waren. Sie sollten durch neutrale Juristen, also solchen, die die Gaspreiserhöhung akzeptierten, ersetzt werden. Wieso, so ist zu fragen, sind in der Auseinandersetzung zwischen einem Energieunternehmen und dessen Kunden jene Richter, die sich privat gegen die Preispolitik des Unternehmens wenden, befangen und diese, die sich gegen die Interessen der Kunden wenden, neutral? Quelle: Weser-Kurier Bremen, Hermpage 06_Dec_WKH_HP_15
- 53 Fritz Bauer, a.a.O., 196 f. Nicht widerständig zu sein, ist für Peter Weiss sogar bedrohlich für die Demokratie: »Es ist zu hören von mutigen, demokratisch gesinnten Menschen, die sich auflehnen gegen die Machtansprüche ihres Staates, dies sind die Kräfte, die heute bedeutungsvoll sind – die anderen Totengräber« Quelle: Peter Weiss, Notizbücher 1971-1980. Frankfurt am Main 1981.
- 54 Wibke Bruhns, *Meines Vaters Land*, 3. Aufl. Berlin 2005, S. 382 f.
- 55 Jürgen Quandt ist Träger des Georg-Elser-Preises 2001, »der als Erster schon Beginn der achtziger Jahre erkannt hat, wohin verschärftes Asylrecht und kriminelle Abschiebepraktiken in einem Klima von Fremdenhass und wiederaufkeimendem Rechtsextremismus führen« (Auszug aus der Verleihungs-urkunde).
- 56 Georg-Elser-Initiative München (Hrsg.), Dokumentation des Georg-Elser-Preises 2001, S. 40.
- 57 www.georg-elsner.net/muenchen.

Karl-Heinz Knorr

Die strategischen und handwerklichen Leistungen Elsers

*»Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter,
als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden
und laut zu sagen: Nein.«
(Kurt Tucholsky 1890–1935)*

Um die strategischen und handwerklichen Leistungen Elsers angemessen würdigen zu können, sollen als Erstes die technischen Voraussetzungen und Möglichkeiten für den Bau einer Sprengvorrichtung allgemein beschrieben werden.

In einem zweiten Schritt soll dargestellt werden, wie Elser diese Aufgabe organisatorisch und praktisch durchführte. Dabei sollen insbesondere die sozialen und historischen Randbedingungen herausgearbeitet werden, unter denen Elser sein Vorhaben umsetzen musste.

Vor diesem Hintergrund soll in einem dritten Abschnitt eine zusammenfassende Wertung von Elsers strategischen und handwerklichen Leistungen erfolgen.

Soweit nicht anders angegeben, basieren die technischen Ausführungen und die Rekonstruktion der Attentatsvorbereitung auf den Vernehmungsprotokollen der Gestapo¹, die vom 19. bis 23. November 1939 in Berlin aufgenommen worden sind.

Teil I – Allgemeiner Aufbau von Sprengvorrichtungen

Eine für Attentate geeignete Sprengvorrichtung² besteht immer aus den folgenden Grundbestandteilen:

- Explosionsgefährlicher Stoff³
Hierfür können Selbstlaborate, Explosivstoffe, gewerbliche oder militärische Sprengmittel (auch in Verbindung mit Munition) zum Einsatz kommen.
- Zündmittel
Hierfür eignen sich Blitzlichtlampen, Gasanzünder, Kleinlampen, chemische Zündelemente, Zeitzündschnüre, sprengkräftige Zündmittel wie Sprengkapsel oder elektrische Zünder u.v.m.
- Einschlussbehältnis
Hierfür sind schon Feuerlöscher, Gasflaschen, Druckkochtöpfe, Rohre, Koffer, Taschen, Dosen, Pakete, Briefe und sonstige Gegenstände (z.B. Rasierapparat, Radiogeräte, Laptops, VHS-Kassetten) eingesetzt worden.

- Energiequelle
Hierfür können Batterien, Akkus, vorgespannte Schlagbolzen oder (gehemmte) chemische Reaktionen verwendet werden. Wird externe elektrische Energie als Energiequelle eingesetzt, dann ist auch eine Verkabelung erforderlich.
- Auslösevorrichtung
Diese ist der sensibelste Teil der Sprengvorrichtung, denn sie sorgt dafür, dass die Sprengvorrichtung zum vorgesehenen Zeitpunkt am vorgesehenen Ort mit dem gewollten Effekt zur Wirkung kommt. Von ihrem korrekten Funktionieren hängt das Gelingen des Attentats somit maßgeblich ab. Funktionell unterscheidet man bewegungsempfindliche (»Anti-Handling«)⁴, auf Umweltbedingungen reagierende (»Ambient Conditions«)⁵, direkt auslösende (»Command«)⁶ Auslösevorrichtungen und Zeitschalter (»Delay«)⁷. Beliebige Und-oder-Kombinationen dieser Auslösetechniken sind möglich.

Nach der Art ihres Einsatzes werden Sprengvorrichtungen in drei Gruppen wie folgt unterteilt:

- Unmittelbarer Angriff
Der unmittelbare Angriff erfolgt in der Regel mit geworfenen, transportablen, eher kleinen Sprengvorrichtungen wie militärischen oder selbstgefertigten Handgranaten. Aber auch die am Körper getragenen Sprengvorrichtungen der sogenannten Selbstmordattentäter sind dieser Gruppe zuzuordnen.
- Postsendungen und Botenstücke
Bei Post- und Botensendungen kommt der Tarnung, d.h. der Unauffälligkeit des Versandstücks die entscheidende Bedeutung zu.
- Hinterlegte Sprengvorrichtungen
Hierbei unterscheidet man zwischen offen und versteckt hinterlegten, wobei Letztere durch die Wahl ihres Einschlussbehältnisses oder dessen Verpackung der Umgebung angepasst werden⁸.

Teil II – Elser organisatorische und praktische Durchführung des Attentats

Georg Elser war bis zu seinem Attentat nie politisch hervorgetreten, seine politische Grundhaltung war aber spätestens seit 1932⁹ geprägt von einer kompromisslosen Ablehnung der Nationalsozialisten¹⁰. Seit wann er sich konkret mit dem Gedanken eines Attentats trug, kann nicht zweifelsfrei rekonstruiert werden. Im Herbst 1938 jedenfalls sah Elser nach eigenen Angaben einen unmittelbar bevorstehenden Kriegsausbruch als unvermeidlich an¹¹. Insbesondere die Annexion Österreichs und des Sudetenlands im Zeitraum von nur sechs Monaten¹² trieben Europa an den Rand eines Krieges, der nur durch britische und französische Zugeständnisse zu Lasten der Tschechoslowakei zu diesem Zeitpunkt gerade noch einmal – und auch nur für die Dauer eines Jahres – vermieden werden konnte¹³.

Elser war überzeugt, dass ein Krieg unter allen Umständen verhindert werden musste und dass dies nur durch Ausschaltung der seinerzeitigen Führung Deutschlands¹⁴ geschehen könne.

Bei der Festlegung von Ort und Zeitpunkt seines Attentats entschied sich Elser durch persönliche Inaugenscheinnahme für den Münchner Bürgerbräukeller, wo Hitler alljährlich am

8. November eine Rede vor altgedienten NSDAP-Genossen in Erinnerung an einen 1923 gescheiterten Putschversuch hielt¹⁵. Am 8. und 9. November 1938 reiste Elser extra für die Teilnahme an dieser Veranstaltung von Königsbronn nach München und konnte den Festsaal des Bürgerbräukellers ungestört besichtigen. Zurück in Königsbronn, reifte in den nächsten Wochen bei ihm die Erkenntnis, dass der Ort für das geplante Attentat auf Hitler grundsätzlich geeignet sei, denn Hitler hielt seine Ansprache immer an derselben Stelle im Saal, unmittelbar vor einer tragenden Säule, und außerhalb der eigentlichen NSDAP-Gedenkveranstaltung war der Saal des Bürgerbräukellers unbewacht.

Auch dass an der jährlichen Gedenkveranstaltung im Bürgerbräukeller regelmäßig neben höchstrangigen Naziführern wie Goebbels, Himmler und Heß die Reichs- und Gauleiter der NSDAP, die Arbeitsgaulführer des Reichsarbeitsdienstes sowie Obergruppenführer (Generalsrang) der SA und der SS teilnahmen, dürfte Elser, der in seinen Verhörprotokollen mehrfach davon gesprochen hat, »die Führung« ausschalten zu wollen, in der Richtigkeit seiner Auswahl bestätigt haben.

Daraufhin begann Elser mit der systematischen Vorbereitung seines Attentats auf Hitler. An seinem Arbeitsplatz in einer Heidenheimer Armaturenfabrik¹⁶ beschaffte er sich im Lauf von fünf Monaten als Explosivstoff zunächst 250 Pressblättchen Schwarzpulver¹⁷, die er zu Hause in seinem Kleiderschrank, später in einem von ihm extra hierfür angefertigten Holzkoffer mit doppeltem Boden versteckte.

Vom 4. bis 12. April 1939 fuhr Elser über Ostern zum zweiten Mal nach München, wo er den Bürgerbräukeller näher auskundschaftete und insbesondere die hinter Hitlers Redepult befindliche Säule vermaß, skizzierte und diverse Fotografien anfertigte. Eine im Innern der Säule verdeckt hinterlegte Sprengvorrichtung würde nicht nur der Tarnung dienen, sondern die sich aus der Säulenhülle ergebende zusätzliche Dämmung würde die Wirkung der Explosion noch vergrößern.

Zurück in Königsbronn, wog er die sich ergebenden Möglichkeiten ab und legte Methode und Zeitpunkt für sein Attentat fest: Am 8. November 1939 sollte während der Ansprache Hitlers eine zeitgesteuerte, im Innern der Säule hinter dem Rednerpult auf Höhe der Galerie verdeckt hinterlegte Sprengvorrichtung explodieren¹⁸.

In Kenntnis der Außenmaße der vorgesehenen Säule begann Elser, erste Konstruktionspläne für seine Sprengvorrichtung zu entwerfen. Während die Verwendung eines mechanischen Uhrwerks¹⁹ als zeitgesteuerte Auslösevorrichtung zu diesem Zeitpunkt für ihn bereits feststand, war er noch auf der Suche nach einem geeigneten Initialzündler.

Ab April 1939 verdingte sich Elser als Hilfsarbeiter in einem bei Königsbronn gelegenen Steinbruch²⁰, wo er die verwendeten Sprengverfahren aufmerksam verfolgte und rund 150 Sprengpatronen²¹ sowie 125 Sprengkapseln²² entwendete, ohne dass dies den Verantwortlichen auffiel²³. Die Sprengpatronen erschienen für das geplante Attentat als gut geeignet, denn ihre Brisanz²⁴ war deutlich höher als die der Schwarzpulver-Pressblättchen. Ebenso stand fest, dass die Sprengkapseln als gewerbliche Initialzündler für Sprengpatronen bewährt und funktions-sicher waren.

Somit blieb noch die Frage offen, wie die Sprengkapseln zur Zündung gebracht werden sollten. Elser war klar, dass er unter den Randbedingungen des geplanten Attentats keine Zündschnüre verwenden konnte – wie es im Steinbruch zu beobachten war. Auf der Suche nach einer geeigneten Zündtechnik entwickelte er eine dem Auslösemechanismus von Hand-

feuerwaffen ähnliche Konstruktion. Die Energie sollte zunächst in Form einer zusammgedrückten Feder gespeichert werden; nach Auslösung der Feder sollte ein Nagel als Schlagbolzen die Treibladung einer Gewehrpatrone auslösen, wodurch die Sprengkapsel gezündet werden sollte, die ihrerseits die Sprengpatronen und das Schwarzpulver zur Explosion bringen würde.

Während Letzteres tägliche Übung in der gewerblichen Sprengtechnik war, musste die Zündbarkeit der Sprengkapsel mittels einer Gewehrpatrone erst experimentell verifiziert werden. Hierfür musste Elser erstens geeignete Gewehrpatronen in seinen Besitz bringen, zweitens eine Apparatur für Testzwecke entwerfen und bauen und drittens die Versuche an geeigneter Stelle durchführen – und dies alles, ohne sich verdächtig zu machen!

Ohne besondere Kenntnisse der Waffentechnik und ohne Besitz eines Waffenscheins konnte Elser im Sommer 1939 in einem Nähmaschinen-, Fahrrad- und Waffengeschäft in Heidenheim eine Schachtel Gewehrmunition²⁵ problemlos erwerben.

Bei der Konstruktion der Versuchsapparatur zeigte sich bereits Elsers großes Geschick, mit einfachen Mitteln ein hohes Maß an Effektivität zu erreichen. Es soll an dieser Stelle aus dem Verhörprotokoll der Gestapo²⁶ zitiert werden, in dem Elser den Bau seiner Versuchsapparatur beschrieb:

»Auf einem Brett sind zwei Holzklötzchen fest aufmontiert. Beide Klötzchen sind in derselben Richtung waagrecht durchbohrt. In diesen Bohrungen sitzt ein zylindrischer Holzstab fest, auf den eine Spiralfeder aufgeschoben ist. Diese Spiralfeder schlägt auf einer Seite an einem festen Holzklötzchen an. Auf der anderen Seite liegt sie an einem dritten Holzklötzchen, das in einer Bohrung lose über den Holzstab geschoben ist und zwischen den beiden festen Holzklötzchen bewegt werden kann. Mit diesem dritten Holzklötzchen, das auf einer Seite mit einem Nagel versehen ist, kann die Feder gespannt werden. Gegenüber von diesem Nagel befindet sich an einem der festen Klötzchen eine weitere kleinere Bohrung, in die die Patronenhülse der Gewehrmunition und in dieselbe hineinragend eine Sprengkapsel geschoben werden kann. Das Brett wurde in dem Garten an einem Holzblock fest montiert, das bewegliche Klötzchen mit einer Schnur von Elser aus größerer Entfernung zurückgezogen und damit die Feder gespannt. Beim Loslassen der Schnur schnellte das auf dem Holzstab bleibende Klötzchen vor. Der an ihm befestigte Nagel schlug in der Art eines Gewehrschlagbolzens auf den Patronenboden und brachte Zündhütchen und Blattpulverladung der Patrone zur Entzündung und entzündete gleichzeitig die Sprengkapsel. Die Bleikugel aus der Patrone hatte E. vorher entfernt, die weiße in Blattform gepresste Pulverladung aber darin gelassen.«

Die Apparatur funktionierte wie geplant, der mit einer Feder vorgespannte Nagel wirkte wie der Schlagbolzen in einer Handfeuerwaffe und löste die Treibladung der Gewehrmunition aus; diese wiederum zündete erfolgreich die Sprengkapsel, welche – hiervon konnte Elser nach seinen Erfahrungen im Steinbruch ausgehen – als Initialzündler für die vorhandenen Sprengpatronen und das Schwarzpulver gut geeignet war. Es ist bezeichnend für Elsers Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit, dass er diesen Versuch dreimal wiederholte²⁷, bevor er das Funktionieren als hinreichend gesichert ansah.

Am 5. August 1939 zog Elser nach München um²⁸ und arbeitete – abgesehen von kleinen Aushilfstätigkeiten für seine Vermieter und in einer benachbarten Schreinerei – ausschließlich an der Vorbereitung seines Attentats. Beim Umzug nach München hatte er den Aufbau und die Wirkungsweise der Sprengvorrichtung in Papierform bereits geplant²⁹, mit dem praktischen

Bau aber noch nicht begonnen, da ihm der zur Verfügung stehende Raum in der vorgesehenen Säule noch nicht ausreichend bekannt war. Es ist wohl seiner Genauigkeit zuzuschreiben, dass dieser Zweifel bei ihm trotz der im April 1939 erfolgten Vermessung bestehen blieb. Erst Anfang Oktober 1939 konnte er die Größenverhältnisse abschließend bestimmen und noch am 5. November 1939 mussten letzte Korrekturen an den Außenmaßen der Sprengvorrichtung vorgenommen werden.

Sofort nach seinem Umzug nach München ging Elser zielstrebig daran, sich die für seine Sprengvorrichtung noch benötigten Teile zu besorgen bzw. selber anzufertigen. Um einen Eindruck von der Vielschichtigkeit der hierfür notwendigen Beschaffungen und Arbeiten zu erhalten, sollen die von Elser gegenüber der Gestapo³⁰ gemachten Angaben im Folgenden zusammengefasst wiedergegeben werden:

- In einem Schraubengeschäft und in einer Maschinenfabrik Roheisen für die Herstellung von Deckeln für die Sprengstoffbehälter.
- In einer Dreherei diverse Rollen, Bolzen, Achsen und Deckel für die Auslösemechanik sowie zum Verschluss von zwei Sprengstoffbehältern.
- In einer Schlosserei Deckel und Flacheisenrahmen sowie Löt- und Schweißarbeiten zum Bau des Gehäuses und als Halterung für einen Sprengstoffbehälter.
- In einer Gießerei und Eisenhandlung drei Gussklötze als Schlagbolzen, um die Patronen zur Zündung bringen.
- In einer Dreherei und Schlosserei diverse Bohr- und Gewindeschneidarbeiten.
- In einer Eisenwarenhandlung Spiralfeder, Schraubbolzen, Gewindeschraube und Bandeißen für die Auslösemechanik sowie für Halterungszwecke.
- In einem Schraubengeschäft diverse kleinere Schrauben.
- In einem Laden für Seile diverse Drahtseile für die Kraftübertragung von den Uhrwerken zum eigentlichen Zündmechanismus.
- In einer Firma für Schalldichtung, Wärme- und Kältetechnik eine spezielle schallisolierende Mischung als Korkeinlage, um zu vermeiden, dass die Uhrwerke durch die Wandverkleidung der Säule hindurch zu hören sind.

Alle sonst benötigten Teile fertigte Elser in Eigenleistung an, hierbei kam ihm zugute, dass er eine in der Nähe seiner zweiten Wohnung gelegene Schreinerwerkstatt³¹ benutzen durfte, weil er dem Inhaber gelegentlich zur Hand ging. Es sei daran erinnert, dass Elser ein qualifiziert arbeitender Schreiner Geselle gewesen war.

Den Aufbau und die Funktionsweise seiner Sprengvorrichtung hat Elser im Verhör gegenüber der Gestapo detailliert beschrieben:

Als Zeitschalter dienten zwei Uhrwerke, die Elser jeweils derart umgebaut hatte, dass das Auslösen des aufgezogenen Uhrschlagwerks zu einem Zeitpunkt erfolgte, der bis zu sechs Tagen in der Zukunft liegen konnte³². Das Uhrschlagwerk seinerseits rollte bei seinem Ablauf ein dünnes Stahlseil auf, wodurch mittels einer Hebelmechanik der Sperrbolzen eines unter Federspannung stehenden Klotzes entfernt wurde.

Da Elser das Funktionieren seiner Sprengvorrichtung nicht der Zuverlässigkeit eines einzigen Uhrwerks überlassen wollte, führte er diese Mechanik zur Freigabe des Klotzes redundant aus, d.h. das Schlagwerk des zweiten Uhrwerks war in gleicher Weise über ein Seil mit dem Sperrbolzen verbunden wie das erste, so dass das eine oder das andere Uhrwerk beim Erreichen seines Ablaufs den Mechanismus in Gang setzte.

Mit der Freigabe des vorgespannten Klotzes schnellte dieser auf einem Bolzen geführt vor, traf mit drei in ihn eingelassenen spitz gefeilten Nägeln wie ein Schlagbolzen auf die ihm gegenüber eingelassenen Patronenhülsen und brachte diese zur Zündung.

Die Treibladungen der drei Patronenhülsen entzündeten jeweils eine unmittelbar vor ihnen angeordnete Sprengkapsel.

Die erste und die zweite Sprengkapsel ragten als Zünder jeweils durch einen durchbohrten Deckel in zwei mit Schwarzpulver gefüllte Behälter, der erste eine 18-Zentimeter-Granathülse, der zweite ein ausgebohrtes ehemaliges Uhrgewicht.

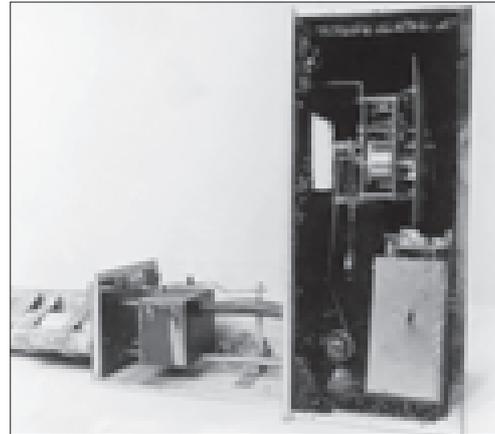
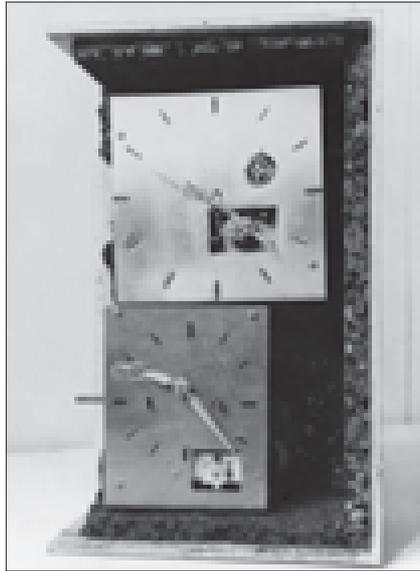
Die dritte Sprengkapsel mündete in eine einfache Sprengpatrone, neben welcher ein weiteres ausgebohrtes ehemaliges Uhrgewicht, das mit Schwarzpulver gefüllt war und in dessen durchbohrtem Deckel sich eine weitere Sprengkapsel befand, aufgestellt, ansonsten aber nicht fest mit der restlichen Apparatur verbunden war.

Die Abbildungen auf der folgenden Seite zeigen den von Elser in der Haft gefertigten Nachbau der Sprengvorrichtung.

Zur Vorbereitung der verdeckten Hinterlegung seiner Sprengvorrichtung begab sich Elser bereits wenige Tage³³ nach seiner Ankunft in München erstmals in den Bürgerbräukeller und danach noch 30- bis 35-mal bis zum Abschluss der notwendigen Arbeiten. Dabei ging er jedes Mal nach dem gleichen Schema vor: Nach 20.00 Uhr erschien er dort zum Abendessen, blieb bis ca. 22.00 Uhr, schlich sich dann in den zu dieser Zeit unbenutzten Festsaal und versteckte sich dort in einem Abstellraum auf Höhe der Galerie. Nachdem der Saal gegen 23.30 Uhr abgeschlossen worden war, ging Elser auf die Galerie und begann seine Arbeiten an der Säule. Spätestens um 03.00 Uhr morgens stellte er seine Arbeiten ein, beseitigte die Spuren seines Tuns und hielt sich bis zur morgendlichen Öffnung des Saals im Abstellraum auf einem Stuhl dösend versteckt.

Am Anfang seiner Arbeiten hatte Elser das Problem zu lösen, dass die Säule morgens wieder in einem Zustand sein musste, der niemandem auffällig erschien. Hierbei kam ihm zugute, dass die Säule mit Holz verkleidet und er ein sehr geschickter Schreiner war. Elser konnte nämlich aus der Holzverkleidung der Säule ein Teilbrett derart heraussägen, dass es nach Abschluss der Arbeiten wieder unauffällig in seine ursprüngliche Position gebracht werden konnte. Hierfür schlug Elser es an der einen Längsseite mittels Zapfenband drehbar an, die gegenüberliegende Seite deckte sich mit einer entlang der ganzen Säule verlaufenden natürlichen Fuge. Diese Fuge nutzte Elser als verdeckten Zugang zu einem von innen montierten Riegel, der das nunmehr drehbar gelagerte Brett tagsüber sicher verschlossen hielt. Für diese Arbeit benötigte Elser drei Nächte, eine Zeit, die rückblickend wohl als besonders kritisch angesehen werden muss, weil die Tarnung der Arbeiten in dieser Phase am unvollkommensten war.

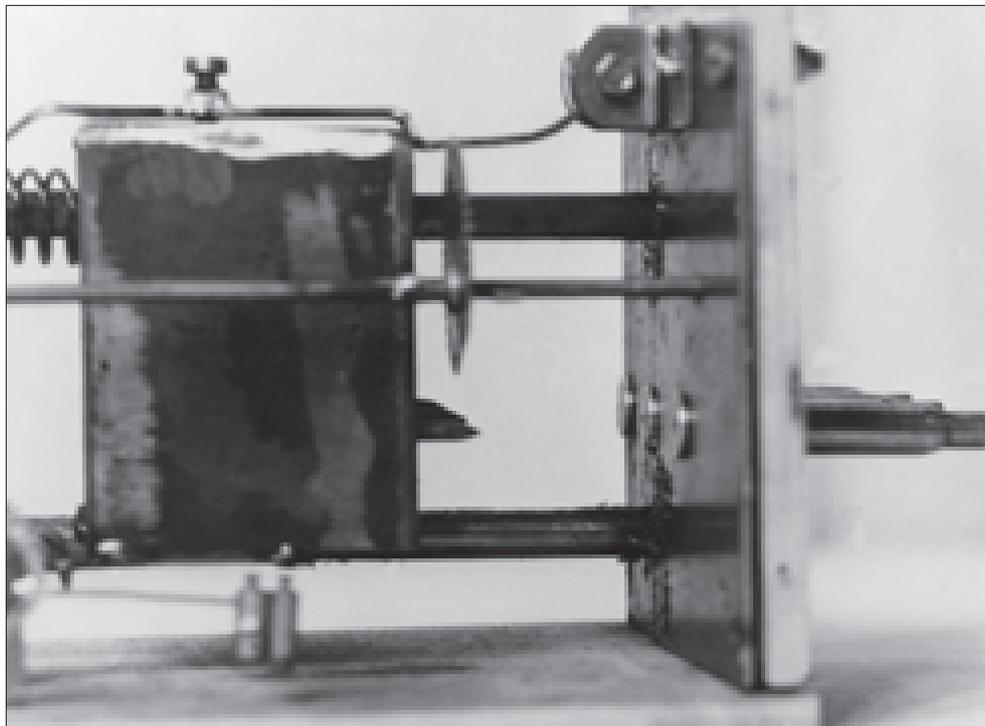
Im Innern der Holzverkleidung stieß Elser auf eine aus Backsteinen gemauerte Säulenkonstruktion, in der er mittels Meißel, Bohrwinde und Meißelbohrer einen Hohlraum schuf, der groß genug war, um seine Sprengvorrichtung, an deren Fertigstellung er tagsüber arbeitete, aufnehmen zu können. Diese Arbeiten dauerten wegen der äußerst mühseligen und schweren Arbeit beim manuellen Ausbrechen der von hartem Mörtel zusammengehaltenen Backsteine sehr lange und waren erst Ende Oktober 1939, d.h. rund zwei Wochen vor dem feststehenden Attentatstermin, abgeschlossen. Sie wurden aber auch dadurch behindert, dass die Stemmarbeiten naturgemäß relativ laut waren und im großen Festsaal stark widerhallten, so dass Elser



Oben: Der an die Uhrwerke angebaute Zündmechanismus

Links: Seitenansicht der Uhrwerke

Vergößerte Ansicht des Zündmechanismus. In der Mitte erkennt man die am Gussklotz befestigten drei spitz gefeilt Nägel, welche die rechts eingespannte Gewehrmunition beim Aufschlag entzünden sollen





Festsaal des Bürgerbräukellers in zeitgenössischer Darstellung

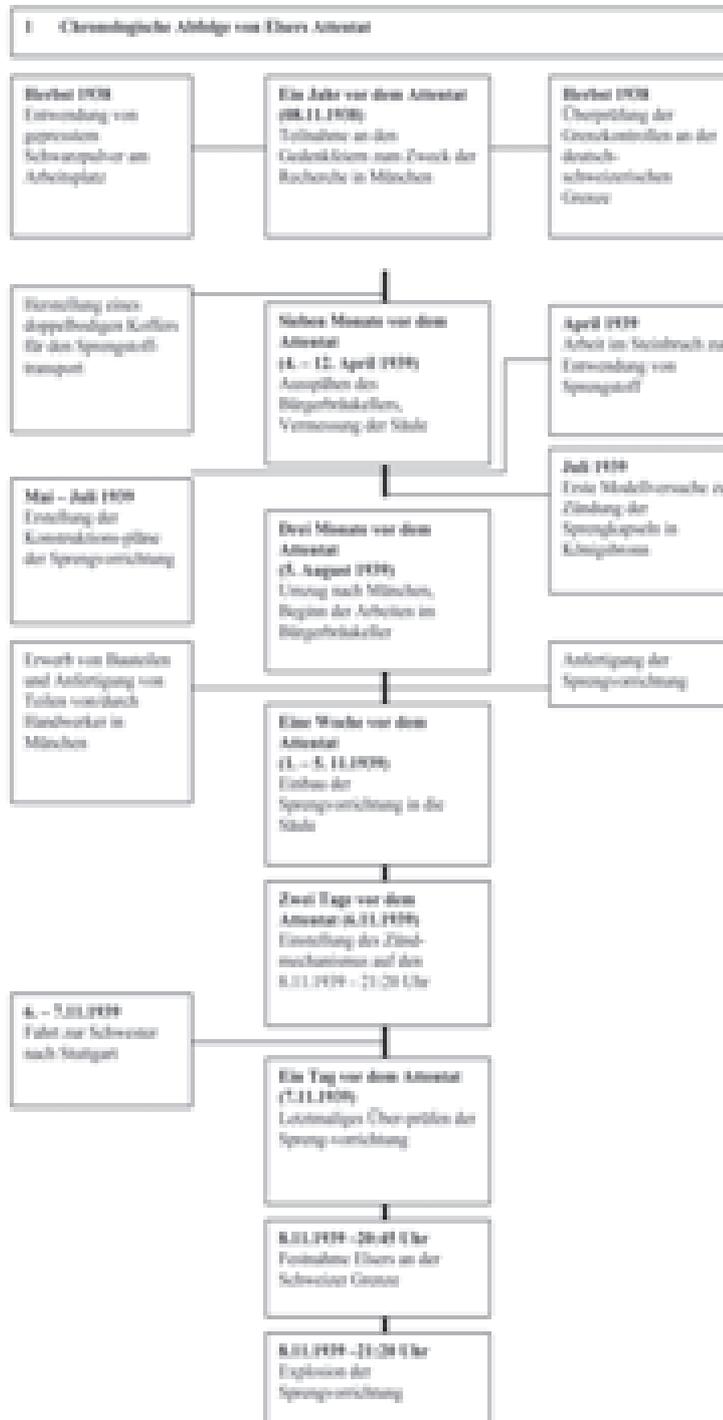
immer wieder gezwungen war, auf übertönende äußere Geräusche zu warten – etwas, was 1939 des Nachts sicher seltener vorkam als heute³⁴.

Die Entfernung des Schutts organisierte Elser wie folgt: Mittels eines steifen Drahtes fertigte er aus einem Handtuch eine Art kleinen Sack, in dem er den anfallenden Schutt zunächst auffing. Diesen Sack entleerte er in einen Karton, den er im bereits genannten Abstellraum versteckte. Dabei kam es ihm zugute, dass sich in diesem Raum eine Vielzahl ähnlicher Kartons und Schachteln befand. Auf diese Weise war es Elser möglich, während der ganzen Zeit seiner Arbeiten den Schutt nur dreimal aus dem Bürgerbräukeller in größerer Menge abtransportieren zu müssen. Dies bewerkstelligte er mittels eines Koffers, mit dem er sich tagsüber durch einen Hintereingang in den Abstellraum begab. Entleert hatte Elser den Koffer jeweils in der Nähe des Bürgerbräukellers im Hochwasserbett der Isar.

Am Abend des 1. November 1939 transportierte Elser seine Sprengvorrichtung einschließlich der drei mit Schwarzpulver befüllten Behälter, aber zunächst noch ohne die beiden Uhrwerke, in einem Koffer in den Bürgerbräukeller und platzierte sie in der ausgehöhlten Säule.

In der nächsten Nacht brachte er sämtliche noch in seinem Besitz befindlichen Sprengstoffe³⁵ in den Bürgerbräukeller und füllte den noch um die Sprengvorrichtung herum bestehenden Leerraum in der Säule vollständig hiermit aus. Lediglich der Platz für die beiden Uhrwerke wurde freigehalten, diese wollte Elser in der dritten Novembernacht an der Sprengvorrichtung anbringen, nachdem er ihre Ganggenauigkeit ein letztes Mal überprüft hatte.

Nun aber begann die Vorbereitung angesichts des unverrückbaren Datums für das Attentat eine gewisse Dramatik zu entwickeln, denn in jener dritten Novembernacht blieb der Saal



des Bürgerbräukellers verschlossen. Am 4. November gelangte Elser zwar wieder auf die Galerie des Saals, musste aber mit Schrecken feststellen, dass das die beiden Uhrwerke umgebende Gehäuse zu groß für den zur Verfügung stehenden Hohlraum war und auch weitere Ausbrucharbeiten an der Säule nicht genügend Platz schaffen konnten.

Endlich, in der Nacht vom 5. auf den 6. November, konnte Elser das Gehäuse mit den beiden Uhrwerken im Hohlraum der Säule an die Sprengvorrichtung anschließen, nachdem er es durch Absägen und Abraspeln der hinteren Ecken passend geformt hatte.

Elser stellte die beiden Uhren und entfernte eine Sicherungsschraube, die bis dahin ein unbeabsichtigtes Auslösen des Zündmechanismus verhindert hatte, schloss ein letztes Mal die Tür der Holzverkleidung und verließ den Bürgerbräukeller. Die Sprengvorrichtung war scharf, die Sache nahm ihren Lauf!

Am 6. November fuhr Elser zu seiner Schwester nach Stuttgart, um dort seine Sachen unterzustellen. Ursprünglich wollte er von hier in die Schweiz ausreisen und dort den Ausgang seines Attentats abwarten. Allerdings kamen ihm zunehmend Zweifel am Gelingen seines Vorhabens, weil er befürchtete, dass die Uhren stehen geblieben sein könnten.

Daher reiste er am 7. November mit dem Abendzug erneut nach München, begab sich zum Bürgerbräukeller, kontrollierte ein letztes Mal den korrekten und stabilen Gang der beiden Uhrwerke und verbrachte den Rest der Nacht in seinem Versteck im Abstellraum auf der Galerie. Am Morgen des 8. November, dem Tag des Attentats, verließ Elser zum letzten Mal den Bürgerbräukeller und nahm gegen 10.00 Uhr von München den Zug mit dem Fahrtziel Friedrichshafen. Dort setzte er mit einem Bodenseedampfer über nach Konstanz, wo er beim Versuch, die deutsch-schweizerische Grenze zu überqueren, von zwei deutschen Grenzbeamten³⁶ gegen 20.45 Uhr widerstandslos festgenommen wurde.

Teil III – Würdigung der strategischen und handwerklichen Leistung Elsers

Die Annäherung an Elsers Leistungen muss sowohl im Kontext seiner Zeit als auch unter Berücksichtigung seiner gesellschaftlichen und sozialen Position erfolgen. Dies gilt sowohl für den Erwerb der zum Bau einer zeitgesteuerten Sprengvorrichtung notwendigen Kenntnisse und die Beschaffung der erforderlichen Bauteile und Sprengstoffe als auch für die seinerzeitigen Möglichkeiten des Zugangs zu einem Aufenthaltsort von Hitler, der zweifellos zu einem der bestgeschützten Politiker seiner Zeit zählte. Ebenso muss man sich des Überwachungscharakters des Dritten Reiches bewusst bleiben, in dem diverse Sicherheitsdienste³⁷ das Land mit einem dichtmaschigen Netz von Spitzeln überzogen hatten und laufend alle vermeintlich noch so unbedeutend erscheinenden Informationen sammelten und in einem gigantischen Verwaltungsapparat aufbereiteten und auswerteten. Denunziationen und persönliche Ranküne waren vielerorts an der Tagesordnung.

Es ist vor diesem Hintergrund zunächst herauszuheben, dass Elser aus einem unpolitischen Elternhaus stammte und über keinerlei Rückhalt in irgendeiner Organisation verfügte³⁸, sondern als Einzeltäter handelte. Dies unterscheidet ihn wesentlich insbesondere von den Attentätern aus der deutschen Wehrmacht³⁹, denn diese konnten sich für ihre Zwecke sowohl der Organisation als auch der Technik dieser mächtigen Institution bedienen⁴⁰. Auch hatte Elser



Hitler bei seiner Rede am 8. November 1939, kurz vor dem Attentat

keine Unterstützung aus dem Ausland⁴¹ und kooperierte mit keiner anderen regimekritischen oder -feindlichen Organisation⁴².

Die Tatsache, dass Elser seinen Entschluss zur Tötung Hitlers bereits im Herbst 1938 fasste, verdient eine besondere Würdigung, denn in der Mehrheit der Bevölkerung wurde diese Zeit als die »guten Nazi-Jahre« empfunden, und in der Tat hatte das Regime einiges an Erfolgen vorzuweisen⁴³, was in der gleichgeschalteten Medienlandschaft auch entsprechend dargestellt wurde. Nach fast jedem deutschen Coup (Remilitarisierung des Rheinlands, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Austritt aus dem Völkerbund usw.) hielt Hitler eine beschwichtigende »Friedensrede«, die zu glauben so mancher bereit war, der es hätte besser wissen können⁴⁴. Umso mehr ist anzuerkennen, wie Elser ohne Zugang zu führenden Kreisen und Informationen aus Politik, Wirtschaft oder Militär die wahren Zielsetzungen Hitlers erkannte und angesichts des drohenden Krieges – dessen Verlauf und Ergebnis ja 1938/1939 keineswegs zwingend vorhersehbar war – den Entschluss zu seiner Handlung fasste. Er plante sein Attentat – anders als die Wehrmachtsoffiziere 1944 – nicht im Wissen um bereits begangene Verbrechen größten Ausmaßes und eine zwingend bevorstehende militärische Niederlage, sondern zur Vermeidung eines Krieges an sich. Sebastian Haffner⁴⁵ schreibt pointiert über Hitlers Ansehen in der deutschen Bevölkerung 1938: »Damals erforderte es aber ganz außerordentlichen Scharfblick und Tiefblick, in Hitlers Leistungen und Erfolgen schon die verborgenen Wurzeln der künftigen Katastrophe zu erkennen, und ganz außerordentliche Charakterstärke, sich der Wirkungen dieser Leistungen und Erfolge zu entziehen.« Georg Elser hatte als »kleiner Mann« diese Eigenschaften und – was noch mehr zählt – er zog zielstrebig die Konsequenz aus seiner

Erkenntnis und stellte sich zu einem Zeitpunkt gegen das Regime, als es geradezu unbesiegbar erschien.

Nun ist der Entschluss zum Attentat eine Sache, der Bau einer zuverlässig funktionierenden zeitgesteuerten Sprengvorrichtung eine andere. Will man Elser's strategische und handwerkliche Leistung bei der Umsetzung seiner Entscheidung würdigen, so mache man sich klar, vor welchen Aufgaben und Herausforderungen er am Anfang seines Projektes stand:

- Der Ort des Attentats musste ausgewählt werden.
Die gesellschaftliche Stellung Elser's und seine berufliche Tätigkeit ließen es als ausweglos erscheinen, mit Hitler derart zusammenzutreffen, dass Zeit und Gelegenheit für eine persönlich ausgeführte Attentatshandlung bestehen würden.
- Der Zeitpunkt des Attentats musste festgelegt werden.
Die von Elser (zu Recht) vermutete akute Kriegsgefahr machte ein möglichst kurzfristiges Handeln erforderlich⁴⁶.
- Alle Planungen und Handlungen mussten unter absoluter Verschwiegenheit erfolgen. Elser war auf sich allein gestellt, was zwar einerseits die Gefahr entdeckt zu werden verringerte, andererseits ihn aber mit allen organisatorischen und technischen Fragen allein ließ. So mache man sich klar, dass es seinerzeit eben kein Internet mit anonym recherchierbaren Anleitungen zum Bau von Bomben gab⁴⁷ und dass Hitlers Terminkalender eben nicht im vorab offiziell veröffentlicht wurde, wie dies heute bei Spitzenpolitikern mitunter zu beobachten ist (»Mit dem Minister unterwegs«, »Wer macht was in Berlin« u.ä.).

Die beiden ersten Randbedingungen ließen sich nicht miteinander vereinbaren, denn der für Elser nicht gegebene direkte Zugang zu Hitler machte ein kurzfristig durchführbares Attentat unmöglich. Daher entschied er sich zum Bau einer »Höllmaschine«, um Hitler quasi aus der Entfernung ausschalten zu können. Bezeichnend für Elser's prüfendes und zielgerichtetes Vorgehen ist dabei die Tatsache, dass er – laut eigenem Bekunden – den Entschluss zur Durchführung des Attentats a) im Bürgerbräukeller, b) am 8. November und c) mit einer zeitgesteuerten Sprengvorrichtung im Verlauf von mehreren Wochen nach seinem ersten Besuch in München fasste – danach aber ein Jahr lang zielstrebig diesen Plan verfolgte.

Bei seinem Vorgehen ordnete er sein ganzes weiteres Leben dem geplanten Attentat unter. Er stellte seinen Berufsstolz hintenan und wechselte den Arbeitsplatz, um als Hilfsarbeiter in einem Steinbruch gewerblichen Sprengstoff entwenden zu können. Nach seinem Umzug nach München brach er den Kontakt zu allen ihm nahestehenden Menschen ab und brauchte sämtliche eigenen

Die eingestürzte Deckenverkleidung des Bürgerbräukellers



Ersparnisse auf, weil er neben der Vorbereitung des Attentats keine Arbeit zum Gelderwerb mehr annehmen konnte⁴⁸.

Aus technischer Sicht schuf Elser mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln eine bemerkenswert entwickelte Konstruktion, die minutiös funktionierte. Dass er sein Ziel – die Tötung Hitlers – nicht erreichte, ist nicht dem Versagen seiner Maschine, sondern ausschließlich dem Umstand zuzuschreiben, dass Hitler und mit ihm zahlreiche höchstrangige NS-Funktionäre den Saal des Bürgerbräukellers kurz vor der Detonation vorzeitig verlassen hatten⁴⁹. Die Zerstörungen im Bereich von Hitlers Rednerpult waren so schwerwiegend, dass dieser und ein Großteil der ihrer Stellung entsprechend unmittelbar vor dem Rednerpult sitzenden obersten Naziführung⁵⁰ das Attentat mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht überlebt hätten⁵¹.

In Hinblick auf die Zuverlässigkeit der Konstruktion ist zu betonen, dass Elser in ihr alle Prinzipien verwirklichte, die auch heute noch die Funktionssicherheit kritischer Systeme bestimmen. Im Einzelnen sind dies:

- Präzision
Im Bereich der Holzverarbeitung fertigte Elser die verwendeten Teile selber an, alle anderen Teile ließ er von Fachleuten bauen oder verwendete bewährte Systeme. Die Eigenkonstruktion des Schlagbolzens und das selbst entwickelte Prinzip, eine Sprengkapsel mittels gezündeter Gewehrmunition auszulösen, unterzog Elser mehreren praktischen Versuchen, bis er von einer hinreichenden Funktionssicherheit ausgehen konnte. Noch am Vortag des Attentats überprüfte Elser zum letzten Mal den korrekten Gang der verwendeten Uhrwerke.
- Redundanz
Die Art, in der die zwei Uhrwerke mittels Seilzügen parallel zur Entriegelung des Auslösebolzens geschaltet wurden, stellte sicher, dass auch beim Totalausfall eines Uhrwerks der Mechanismus ausgelöst worden wäre.
Auch ließ Elser von dem Gussklotz, den er mit angefeilten Nägeln bestückt als Schlagbolzen verwenden wollte, drei Exemplare anfertigen für den Fall, dass einer beim Bau der Sprengvorrichtung zerspringen würde.
- Diversifikation
Der verwendete Schlagbolzen löste Sprengstoffdetonationen auf drei unterschiedliche Arten aus: Eine Sprengkapsel mündete direkt in eine Granathülse, die zweite in ein mit Schwarzpulver gefülltes Uhrgewicht und die dritte brachte eine Sprengpatrone in der Nähe eines weiteren mit Schwarzpulver gefüllten Uhrgewichts zur Zündung. Des Weiteren füllte Elser den gesamten übrigen Hohlraum mit Explosivstoffen in unterschiedlicher Ausführung⁵² sowie den Bleikügelchen der Gewehrmunition aus.

Elser zeigte bei der Ausführung des Attentats wiederholt ein hohes Maß an Flexibilität sowohl in organisatorischer als auch in handwerklicher Sicht. Sein ganzes Vorgehen ist stark pragmatisch an die vorgefundenen Umstände und das aktuell Machbare angepasst. Beispielhaft hierfür sei genannt:

- Bis zuletzt hielt Elser die Abmessungen der Sprengvorrichtung variabel.
- Der jeweilige Zeitpunkt der Arbeiten musste täglich in Abhängigkeit von den Öffnungszeiten und der Nutzung des Festsaaes festgelegt werden.
- Als Elser an einer anderen Stelle der Säule einen für Dekorationszwecke eingeschlagenen Nagel bemerkte, versah er die Innenseite des Türbretts in der Holzverschalung mit einem

2 Millimeter starken Eisenblech, um zu verhindern, dass jemand an dieser Stelle einen weiteren Nagel einschlägt und dabei ein Uhrwerk beschädigt.

- Als Elser beim Aushöhlen der Säule zu der Überzeugung kam, dass das Ticken der Uhrwerke von außen zu hören sein würde, umgab er diese mit einem Kasten aus Sperrholz, den er mit einer ca. einen Zentimeter starken speziellen Kork-Dämmschicht auskleidete.
- Auch die Organisation der Schuttentsorgung, die über eine getarnte Zwischenlagerung in der Abstellkammer erfolgte, zeigt die Anpassungsfähigkeit Elsers an die jeweils vorgefundenen Randbedingungen.

Dahingegen hatte Elser bei der Tarnung seiner Arbeiten gegenüber Dritten weniger ein in sich schlüssiges Konzept als vielmehr wiederholt Glück gehabt:

- Nachfragen von Verkäufern, Handwerkern oder Vermietern hinsichtlich seiner Arbeiten oder der von ihm in Auftrag gegebenen Bauteile begegnete er regelmäßig mit dem Hinweis auf »eine Erfindung«, die er gerade entwickle⁵³.
- In den ersten Nächten seiner Arbeiten im Bürgerbräukeller wurde Elser beim Verlassen seines Verstecks von einem Mann entdeckt, der aus dem Abstellraum eine Pappschachtel holen wollte. Als dieser den Direktor des Bürgerbräukellers⁵⁴ hinzuzog, redete sich Elser mit einer gehörigen Portion Chuzpe damit heraus, dass er in der Abstellkammer ein Furunkel auf seinem Oberschenkel habe öffnen wollen, ansonsten hätte er sich auf der Galerie aufgehalten, um einen Brief zu schreiben.
- Auch die für Elsers Grenzübertritt in die Schweiz betriebenen Planungen blieben in ihrer Qualität weit hinter denen für das eigentliche Attentat zurück. Elser hat die Grenzkontrollen an der deutsch-schweizerischen Grenze nur einmal im Herbst 1938 überprüft und in keiner Weise bedacht, dass diese nach Kriegsausbruch verschärft sein konnten.

Wenn man nunmehr abschließend Elsers strategische und handwerkliche Leistung bei seinem Attentat auf Hitler würdigen will, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass er – gemessen an seiner Herkunft, Ausbildung und beruflichen Tätigkeit – ein weit überdurchschnittliches Engagement und Geschick, gepaart mit Kreativität, Zielstrebigkeit und pragmatischer Improvisationsfähigkeit, an den Tag gelegt hat. Für einen einfachen wenn auch geschickten Handwerker ohne akademischen Hintergrund⁵⁵ oder Erfahrung im Konstruktionswesen hat Elser ein ausgesprochen hohes Maß an Abstraktionsfähigkeit gezeigt, denn er hat lediglich für die Zündung der Sprengkapseln mittels aufschlagezündeter Gewehrpatronen einen Versuchsapparat gebaut. Alle anderen konstruktiven Maßnahmen hat er nur auf dem Papier geplant und ohne Versuche direkt in die Realität umgesetzt. In einer Ausstellung des Württembergischen Landesmuseums werden sein technisches Verständnis und seine überdurchschnittliche Abstraktionsfähigkeit wie folgt zutreffend gewürdigt⁵⁶: »Und tatsächlich hebt ihn die planvolle Rationalität des technischen Zeichnens in den Rang eines Konstrukteurs. Er verfügt über dessen Abstraktionsfähigkeit, ist nicht mehr gefesselt an die Sinnlichkeit des Bastlers, der am Modell operiert.«

Elsers Qualitäten lagen eindeutig eher im konstruktiven als im konspirativen Bereich. In seiner Tarnung und seinem Verhalten nach außen half ihm bei der Vorbereitung seines Attentats mitunter auch das notwendige Quäntchen Glück, das ihm letztlich beim Versuch des Grenzübertritts gefehlt und damit sein Schicksal besiegelt hat⁵⁷.

Möglicherweise erklären aber auch die körperliche Erschöpfung durch die ununterbrochenen Arbeiten der letzten Monate vor dem Attentat⁵⁸ und der unmittelbar nach Abschluss der

Attentatsvorbereitungen einsetzende Stressabbau⁵⁹ den im Vergleich zu seiner sonstigen organisierten und durchdachten Vorgehensweise eher unbedarft erscheinenden Fluchtversuch Elsers.

Das größte Lob für Elsers strategische und handwerkliche Leistung kam ironischerweise in der spontanen Reaktion seiner größten Gegner zum Ausdruck. Die Sprengstoffspezialisten der Münchner Polizei kamen rasch zu der Feststellung, dass »fachmännisch hervorragende Arbeit geleistet worden ist«⁶⁰. Es erschien dahingegen zunächst unglaublich, dass ein Einzelner zu einer derartigen Vorbereitung und Ausführung eines Attentats auf Hitler in der Lage gewesen war⁶¹. Die Naziführung nutzte diesen Umstand, um der Öffentlichkeit gegenüber den britischen Geheimdienst für das Attentat verantwortlich zu machen und Elser auf die Rolle eines gekauften Handlangers zu reduzieren. Zu peinlich musste den Nazis wohl der Umstand erscheinen, dass ein einfacher Arbeiter ohne organisierten Apparat im Hintergrund der Beseitigung Hitlers so unendlich nahekommen konnte.

Tragischerweise hat dahingegen nach Kriegsende gerade die Unglaublichkeit von Elsers Tat die Legende von seinem Handeln im Auftrag der Nazis gestützt⁶², denn mit einem staatlichen Geheimdienst im Rücken konnte Elser mit seiner Tat der in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit weit verbreiteten Verdrängung eigener Schuld nicht gefährlich werden, weil er sich unter diesem Umstand nicht mehr als Beweis dafür eignete, dass »der Einzelne« doch etwas gegen die Nazidiktatur tun konnte. Das Stauffenberg-Attentat war – nach anfänglich weit verbreiteter Ablehnung – eher akzeptabel, wurde es doch von für die meisten unerreichbar entfernt agierenden elitär-konservativen (Stabs-)Offizieren durchgeführt. Man konnte den 20. Juli 1944 aus sicherer Distanz akzeptieren, ja als Beweis für die auch im Dritten Reich noch bestehende Anständigkeit benutzen, ohne Gefahr zu laufen, das eigene Verhalten daran messen lassen zu müssen.

Die staatlich gelenkte DDR-Geschichtsschreibung ignorierte Elser bis zuletzt vollständig, zu wenig passte er, der Pragmatiker, dem die Freiheit des Einzelnen so wichtig war, in das staatlicherseits verordnete Heldentum der kommunistisch organisierten Widerstandsgruppen, die – bei aller Würdigung von Mut und Opferbereitschaft der einzelnen Mitglieder – zumindest in ihren Führungskadern überwiegend vom stalinistischen Moskau ideologisch ferngesteuert waren.

Erst der Fund der Gestapo-Verhörprotokolle⁶³ bewies unstrittig die Alleintäterschaft Elsers, gab Einblick in seine Persönlichkeit und seine Motive und stellte die Dimension seiner staunen machenden strategischen und handwerklichen Qualität bei der Vorbereitung des Bürgerbräu-Attentats wieder her.

Anmerkungen

- 1 Gestapo: Abkürzung für die am 26. 4.1933 von Hermann Göring errichtete Geheime Staatspolizei.
- 2 Gebräuchlich ist in der Kriminalistik der Begriff der »USBV« (Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung) bzw. beim Militär des »IED« (Improvised Explosive Device). In den Gestapo-Verhörprotokollen taucht wiederholt der zeitgenössisch gebräuchliche Begriff der »Höllmaschine« auf. Im Folgenden wird dem heutigen Fachterminus folgend durchgängig der Begriff der Sprengvorrichtung verwendet.
- 3 Explosionsgefährliche Stoffe sind feste oder flüssige Stoffe und Zubereitungen, die durch eine nicht außergewöhnliche thermische, mechanische oder andere Beanspruchung zur Explosion gebracht werden können.

- 4 Zu den bewegungsempfindlichen Schaltern zählt man die Zug-, Druck-, Entlastungs- und Kippschalter. Die beiden Letzten dienen zur Verhinderung der Aufnahme oder Verlagerung der Sprengvorrichtung.
- 5 Alle technisch eingesetzten Sensoren eignen sich auch grundsätzlich als Auslöseschalter für Sprengvorrichtungen, so z.B. Sensoren für Temperaturänderungen, Rauch, Gas, Metalldetektoren, Geräusche, Annäherung, Lichteinfall, Verdunkelung, Röntgenstrahlung, Luftdruckänderung, Feuchtigkeit u.v.a.m.
- 6 Zu den direkt auslösbaren Schaltern zählt man u.a. die funkferngesteuerten, die ultraschall-, infrarotstrahl- und lichtempfindlichen Sensoren, das Personenrufgerät, das Handy, die Zugleitung und die Zugleine.
- 7 Als Zeitschalter eignen sich Uhrwerke, thermische Verzögerungen, Stromabfallschaltungen, chemische Verzögerungen und elektronische Schaltungen auch unter Einsatz von integrierten Schaltkreisen.
- 8 Die versteckt hinterlegten werden auch Sprengfallen (»Booby-Traps«) genannt, weil sie als Gegenstände des täglichen Lebens getarnt vorliegen können. Besonders heimtückisch sind als Spielzeug getarnte Sprengfallen, weil diese bevorzugt von arglosen (Klein-)Kindern zur Zündung gebracht werden.
- 9 1932 kehrte Elser nach siebenjährigem Aufenthalt am Bodensee zurück in seinen Heimatort Königsbrunn.
- 10 Nach zeitgenössischen Berichten verweigerte Elser konsequent den »Hitlergruß« und nahm an den gleichgeschalteten Volksabstimmungen des Dritten Reiches nicht teil.
- 11 Im Gestapo-Verhörprotokoll vom 21.11.1939 nannte Elser neben der in einen Krieg führenden aggressiven Außenpolitik auch die verschlechterte wirtschaftliche Situation der Arbeiterschaft als Motiv für seinen Widerstand.
- 12 Deutsche Truppen marschierten am 11.3.1938 in Österreich und am 1.10.1938 im Sudetenland ein.
- 13 Im Münchner Abkommen vom 30.9.1938 sanktionierten die Westmächte Hitlers aggressive Politik gegen die Tschechoslowakei im (Irr-)Glauben, ihn hiermit zufrieden stellen und den Frieden in Europa sichern zu können. Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg.
- 14 Im Gestapo-Protokoll vom 21.11.1939 konkretisierte Elser seine Zielpersonen als Hitler, Göring und Goebbels.
- 15 Ein am Morgen des 9.11.1923 von Hitler und Ludendorff in München angeführter Marsch mit mehreren tausend, zum Teil schwer bewaffneten Teilnehmern endete im Feuer der Polizei an der Feldherrnhalle. Drei Polizisten und 16 Demonstranten kamen ums Leben. Später wurde dieser improvisierte und dilettantisch durchgeführte Putschversuch von der nationalsozialistischen Propaganda in eine heroische Niederlage umstilisiert und mit jährlich wiederkehrenden pseudoreligiösen Totenfeiern für die Erschossenen und mit Aufmärschen der am Putsch beteiligten Träger des sogenannten Blutordens gefeiert.
- 16 Elser trat am 29.12.1936 in die Fabrik Waldenmaier ein, die zu diesem Zeitpunkt auch mit Rüstungsaufgaben (Herstellung von Geschoszündern aus gepresstem Pulver) befasst war.
- 17 Durchmesser 19 mm, Stärke 9 mm.
- 18 Der ideale Ort zum Anbringen einer Sprengladung an eine tragende Säule ist deren Fuß. Da aber im Erdgeschoss des Saales die Gefahr für Elser, entdeckt zu werden, zu groß war, entschied er sich, die Sprengvorrichtung auf der Ebene der Galerie, dort allerdings so tief wie möglich, zu platzieren.
- 19 Elser war im Besitz mehrerer Uhrwerke, die ihm im Januar 1932 beim Konkurs einer Uhrenfirma in Meersburg, in der er als Schreiner gearbeitet hatte, als Lohnersatz (für 176 Reichsmark) überlassen worden waren.
- 20 Es handelte sich um den Steinbruch Vollmer in Itzelberg.
- 21 Sprengpatronen sind mit einer Sprengladung (= abgemessene Menge Sprengstoff) gefüllte Behältnisse, die in Sprenglöcher eingeführt werden und insbesondere zum Sprengen von Gestein dienen. Die von Elser entwendeten Sprengpatronen waren mit Gelatine-Donarit gefüllt, einem industriellen Sprengstoff, der aus 50 % Ammoniumnitrat, 30 % Dinitrochlorhydrin mit Nitroglycol und 20 % weiteren Zuschlagstoffen besteht.
- 22 Sprengkapseln sind schlag-, stoß- und wärmeempfindliche Hülsen, die bis zu zwei Dritteln ihrer Länge mit Initialsprengstoff gefüllt sind. Sie werden z.B. zur Zündung von Sprengpatronen verwendet.

- 23 Bereits in der ersten Arbeitswoche im Steinbruch begann Elser, Sprengstoff zu entwenden. Der Steinbruchbesitzer Georg Vollmer wurde, obwohl NSDAP-Mitglied und Ortsgruppenleiter seit 1931, nach dem Attentat zusammen mit seinem 16-jährigen Sohn, dem Buchhalter und dem Sprengmeister am 15.11.1939 verhaftet und bis zum 19.4.1941 im Konzentrationslager Welzheim festgehalten. Man warf ihm vor, Elser den Zugang zu den Sprengstoffen im Steinbruch zu leicht gemacht zu haben.
- 24 Als Brisanz bezeichnet man in der Sprengtechnik das Zertrümmerungsvermögen eines Explosivstoffes.
- 25 Kaliber 9 mm.
- 26 Vom 22.11.1939.
- 27 Als Versuchsort wählte Elser den abgelegenen elterlichen Obstgarten.
- 28 Elser wohnte zur Untermiete zunächst in der Blumenstraße 19 (bei Familie Baumann), am 1.9. zog er in die Türkenstraße 94 (bei Familie Lehmann). Grund war der günstigere Mietzins sowie bessere Möglichkeiten zum Arbeiten an der Sprengvorrichtung.
- 29 Mitte Mai 1939 erlitt Elser bei einem Arbeitsunfall im Steinbruch einen Knochenbruch am linken Fuß und wurde bis Juli 1939 krankgeschrieben. In dieser Zeit hat er intensiv die Planungen der Sprengvorrichtung vorangetrieben. Danach trat er seine Arbeit nicht mehr an, sondern lebte nur noch für die weitere Vorbereitung des Attentats.
- 30 Verhörprotokoll vom 23.11.1939.
- 31 In der Türkenstraße 59.
- 32 Hierfür übertrug Elser den vollen Umlauf des Stundenzeigers auf ein aus Holz selbstgefertigtes Kammrad, welches seinerseits (spätestens nach zwölf derartigen Anstößen) das Uhrschlagwerk freigab, woraus sich ($12 \text{ h} \times 12 = 144 \text{ h} = 6 \text{ Tage}$) die maximal mögliche Vorlaufzeit ergab.
- 33 Es ist aus den Quellen nicht rekonstruierbar, ob es sich um den 8. oder 9.8.1939 handelte.
- 34 Dabei kam es Elser zugute, dass die automatische Spülung der WC-Anlage des Bürgerbräukellers alle 10 Minuten lautstark einsetzte.
- 35 Es handelte sich hierbei um jeweils mehr als einhundert Sprengkapseln und Sprengpatronen, die restliche Gewehrmunition sowie die Schwarzpulvervorräte (aus den Pressblättchen), die nicht mehr in die drei Behälter (Granate, zwei ausgebohrte Uhrengewichte) passten.
- 36 Es handelte sich um den Zollassistenten Xaver Rieger und den Hilfspersonalangehörigen Waldemar Zipperer.
- 37 An erster Stelle ist hier die Gestapo zu nennen. Aber auch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) hatte ein eigenes dichtes Spitzelsystem in den Betrieben aufgezogen, und das Blockwartssystem der NSDAP ermöglichte die Überwachung jedes Einzelnen auch im privaten Wohnbereich.
- 38 Zwar war Elser 1928/1929 Mitglied des kommunistischen Rotfrontkämpferbundes geworden und gehörte dem gewerkschaftlichen Holzarbeiterverband an, hat sich aber weder in diesen noch in einer anderen Organisation besonders engagiert oder als Funktionär hervorgetan. Selbst einem Betriebsrat hat Elser nie angehört. Bis 1933 wählte er nach eigener Aussage die KPD, weil er sie für die beste Vertretung der Arbeiterinteressen hielt und sich von einer KPD-Regierung höhere Löhne und bessere Wohnungen versprach.
- 39 Von Witzleben u.a. 1938; Beck u.a. 1939; von Tresckow/Schlabrendorff u.a. 1943; von dem Bussche 1943; von Kleist 1944; von Stauffenberg u.a. 1944.
- 40 Die Attentäter aus der Wehrmacht gehörten ausnahmslos dem (Stabs-)Offizierskorps an, hatten unmittelbaren Zugang zu Hitler, konnten modernste Kommunikations- und Transportsysteme nutzen und Sprengstoff und Sprengtechnik waren quasi alltäglicher beruflicher Umgang für sie.
- 41 Beispielsweise handelten die Attentäter Josef Gabčík und Jan Kubis am 27.5.1942 gegen Reinhard Heydrich im Auftrag der tschechischen Exilregierung und mit Unterstützung Großbritanniens. Und die meisten kommunistischen Widerstandsgruppen agierten mit Unterstützung aus dem stalinistischen Moskau.
- 42 Diverse mehr oder weniger gut organisierte Gruppen mit unterschiedlichem Hintergrund betrieben Widerstand gegen das Naziregime, beispielhaft genannt werden sollen hier die Weiße Rose, die Rote Kapelle und der Kreisauer Kreis.
- 43 So waren die in weiten Teilen der Bevölkerung als ungerecht empfundenen Auflagen des Versailler Vertrages weitestgehend revidiert, die Arbeitslosigkeit war spürbar bekämpft und insbesondere der (völkerrechtswidrige) Anschluss Österreichs erfreute sich großer Popularität.

- 44 Insbesondere die mit dem Münchner Abkommen von Großbritannien offenbar abgesegnete Arrondierung des Reichsgebietes schien Hitlers Politik der Stärke recht zu geben.
- 45 Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler. München 1978.
- 46 In der Tat kam es schon am 1.9.1939 rund zwei Monate vor der Ausführung des Attentats zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.
- 47 Im Verhörprotokoll vom 20.11.1939 erklärte Elser: »Wie ein Zünder funktioniert, habe ich seinerzeit nicht erfahren und weiß es bis heute noch nicht. Das ist doch sicher kompliziert.«
- 48 Für die Fahrt von Stuttgart nach München am 7.11.1939 zur letzten Kontrolle seiner Sprengvorrichtung musste sich Elser Geld von seiner Schwester leihen.
- 49 Elsers Sprengvorrichtung detonierte um 21.20 Uhr. Hitler hatte den Saal um 21.07 Uhr verlassen, um mit der Eisenbahn nach Berlin zurückzufahren, weil sein Flugzeug, mit dem er von Berlin nach München geflogen war, wegen Nebels nicht zum Rückflug starten konnte.
- 50 So waren u.a. anwesend: Martin Bormann, Rudolf Heß, Joseph Goebbels, Max Amann, Alfred Rosenberg, Robert Ley, Wilhelm Frick und Fritz Todt.
- 51 Durch die Explosion war die Decke des Saals in weiten Teilen eingestürzt, das Rednerpult lag vollständig unter Trümmern; acht Menschen, darunter eine Kellnerin, starben und mehr als 60 Menschen wurden verletzt.
- 52 Sprengkapseln, Sprengpatronen, Schwarzpulver-Pressblättchen und Gewehrmunition.
- 53 Wohl kein anderer Gesprächspartner Elsers kam der Wahrheit so nahe wie ein Schreinermeister, der fragte, ob die Erfindung denn ein Uhrwerk ergäbe, das morgens beim Wecken gleichzeitig auch das Licht anzünde.
- 54 Es handelte sich um denselben Direktor, mit dem Elser während seines Aufenthalts im April 1939 erfolglos über eine Anstellung im Bürgerbräukeller gesprochen hatte. Offenbar hat der Direktor Elser nicht wiedererkannt, sonst hätte er wohl Verdacht geschöpft.
- 55 Im Gestapo-Verhörprotokoll vom 20.11.1939 gab Elser an, insgesamt nur sehr wenig und an Fachliteratur nur die Bau- und Möbelschreinerzeitung gelesen zu haben.
- 56 Schwäbische Tüftler: Utz Jeggle, Heidi Staib und Friederike Valet (wissenschaftliche Bearbeitung), Der Tüftler ein Schwabe? Der Schwabe ein Tüftler? Begleitbuch zur Ausstellung, Württembergisches Landesmuseum Stuttgart 13.10.1995 bis 18.1.1996. Stuttgart 1995.
- 57 Elser wurde zunächst in München, ab Mitte November 1939 nochmals in Berlin von der Gestapo verhört und anschließend im KZ Sachsenhausen interniert. Anfang 1945 wurde er ins KZ Dachau verlegt und dort am 9.4.1945 erschossen.
- 58 Die Arbeiten im Bürgerbräukeller waren körperlich anstrengend und wegen der Gefahr, entdeckt zu werden, auch psychisch belastend. Außerdem führte Elser in diesen Wochen ein Leben, das von Nachtarbeit und Schlafentzug geprägt war.
- 59 Es ist bei gefahrengelegten Tätigkeiten immer wieder zu beobachten, dass schwere Unfälle in der Phase nach Abschluss der eigentlich anspannenden Handlungen auftreten, weil im Zustand einsetzender Entspannung mitunter die elementarsten Verhaltensregeln außer Acht gelassen werden.
- 60 Bericht des Münchener Polizeipräsidenten Friedrich Karl Freiherr von Eberstein vom 9.11.1939.
- 61 So musste Elser in der Zeit seiner Internierung ein Modell seiner Sprengvorrichtung nachbauen, welches das Reichssicherheitshauptamt später als Lehrmittel verwendete. In einem Bericht von 1942 heißt es, die Bombe zeige, »mit welcher Sachkenntnis, Ausdauer und Raffinesse der Attentäter hier gearbeitet hat«.
- 62 Nach dieser inzwischen unstrittig wiederlegten These hätte der deutsche Geheimdienst das gescheiterte Attentat auf Hitler inszeniert, um Hitlers Unverwundbarkeit und seinen mystischen Schutz durch die des Öfteren von ihm angerufene »Vorsehung« zu beweisen.
- 63 Der Historiker Lothar Gruchmann fand 1964 in alten Akten des Reichsjustizministeriums die Gestapo-Verhörprotokolle vom 19. bis 23.11.1939.

Peter Steinbach

Bereit zur Gewaltanwendung – aus Verantwortung. Johann Georg Elser's Kampf gegen den Terrorismus an der Macht

Am 8. November 1939 hätte der Lauf der Weltgeschichte, die im Banne des wenige Wochen zuvor begonnenen Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen stand, eine Wendung nehmen können, die der damals lebenden Menschheit viel Leid als Folge kriegerischer Zerstörung, deutscher Besatzungsherrschaft, Vernichtungslager, Völkermord, Kriegsgefangenschaft, Bombardierung der Städte, Vertreibungen, Spaltung Europas hätte ersparen können. Die Kriege der Zwischenkriegszeit im Fernen Osten, in Äthiopien und während des Spanischen Bürgerkrieges hatten den Weitsichtigen unter den Zeitgenossen deutlich gemacht, welche Folgen ein ideologisch legitimierter Krieg haben musste, den Weltanschauungsdiktaturen anzettelten.

Sprach man vom Ersten Weltkrieg später als einem »Krieg der Illusionen«, so war nach 1918 deutlich geworden, dass es sich in Zukunft bei jedem Waffengang um Weltbürgerkriege handeln musste, die sich nicht mehr auf das Kriegsziel »staatliche Machterweiterung durch territoriale Eroberungen« beziehen konnten, sondern sich durch die Vernichtung des Andersdenkenden und angeblich Anderslebenden legitimieren sollten. Kriegerische Auseinandersetzungen hatten sich im Zeitalter der Diktaturen zu Weltanschauungskonflikten gewandelt und bargen deshalb in sich ebenso das Potenzial wie die Gefahr zur totalen Kriegsführung. Totale Kriege hoben die Grenzen zwischen Front und Heimat auf.

Der Kampf gegen den Kriegsgegner sollte nicht nur gegen auswärtige Gegner, sondern auch in der Heimat, an der »inneren Front« geführt werden. Dort konnte und musste er sich gegen alle richten, die an der Heimatfront von den Mächtigen im Kampf um den weltanschaulichen Führungsanspruch in der Welt zum Gegner bestimmt worden waren. In Deutschland waren weltanschaulich und rassistisch als »Feinde« definierte Menschen zu Vertretern des angeblich »Bösen schlechthin« gemacht worden. Aus Nachbarn wurden vielfach Mörder, staatlich gedeckt, immer neu mobilisiert, schließlich mehr in einen Krieg getrieben als geführt, aus dem sie sich nur dann hätten befreien können, wenn Deutsche ihre Waffen gegen die eigene Regierung gerichtet hätten.

Am 8. November 1939 aber, man vergaß es zu schnell und verdrängte es nach 1945 nur zu gern, versuchte ein einzelner Mensch mit einem Anschlag auf Hitler diese Möglichkeit zur Wendung des Schicksals zu nutzen. Er wurde später als Attentäter aus dem Volk bezeichnet, der Schreiner Johann Georg Elser, der dem Ziel, Hitler als verhassten Diktator zu töten, näher kam als alle anderen Regimegegner dieser Zeit. Es brauchte viele Jahre, bis Historiker aner-

kannten, dass Elser etwas gelungen wäre, was dem Anschlag vom 20. Juli 1944 ähnelte. Inzwischen ist seine Tat geschichtswissenschaftlich akribisch rekonstruiert und auch, verglichen mit den fünfziger Jahren, sehr gut bekannt.

Mit dem Attentat vom 8. November 1939, das den Namen des Münchener »Bürgerbräukellers« in das Gedächtnis der Nachlebenden einbrannte, wollte Elser Hitler und dessen führende Paladine töten. Er kam seinem Ziel denkbar nahe, fünf Jahre vor dem Attentat des 20. Juli 1944. Seine Tat erschien selbst Gegnern des NS-Staates so unwahrscheinlich, dass sie in ihm »den wahren Antagonisten« (Stern) Hitlers sahen, ihm seine Tat aber lange Zeit nicht zuschreiben konnten und wollten. Noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte man den Schreiner, der fast fünf Jahre in absoluter Isolierhaft leben musste, zu einem Werkzeug der SS machen wollen und ihn damit nicht nur, wie Jahre zuvor die Nationalsozialisten, seiner Tat beraubt. Diese hatten ihn zu einem Agenten des britischen Geheimdienstes machen wollen.

Erst in den sechziger Jahren konnte dieses entwürdigende Fehlurteil korrigiert werden. Es charakterisiert weniger Johann Georg Elser als vor allem dessen uneinsichtige Verleumder, unter ihnen Martin Niemöller und Menschen, die vorgaben, Elser begegnet zu sein. Selbst Isa Vermeiren, eine Ordensfrau, machte in ihren Beschreibungen Elsers deutlich, dass nicht nur unser Erinnerungsvermögen, sondern bereits – zumal unter den Extrembedingungen der Lagerhaft – unser Wahrnehmungsvermögen höchst unzuverlässig ist.

Zeitzeugen sind nicht immer Zeugen der Zeit, oftmals vermengen Gehörtes und Empfundenes und sind dann Reproduzenten des Aufgeschnappten. Historiker verfehlen oftmals die angeblich authentischen Stimmungen der Zeitgenossen, gewiss. Im Falle von Elsers Rehabilitation waren sie mit ihren Arbeiten aber grundlegend. Die zufällig aufgefundenen Vernehmungprotokolle der Gestapo wurden von ihnen sorgfältig ediert und kommentiert.

Elsers Verhöre machten deutlich, dass er seine Tat begangen hatte, weil er den Nationalsozialismus und seine Führungsschicht nicht nur ablehnen, sondern aktiv bekämpfen und auf diese Weise im letzten Moment den schicksalhaft eingeschlagenen Weg der Welt in die Kriegskatastrophe mit allen ihren Auswirkungen für das Zusammenleben der Menschen und Völker wenden wollte. Elser hatte aus vielschichtiger Motivation gehandelt und über lange Zeit hinweg sein ganzes Sinnen und Trachten auf die Ausschaltung Hitlers gerichtet. Er war so nicht nur zum »Antagonisten« des deutschen Diktators geworden, sondern hatte nicht zuletzt den politischen Eliten vor Augen geführt, was möglich war, zu einem Zeitpunkt, als diese noch versuchten, durch eine entschlossene Haltung der europäischen Regierungen Hitler und seine Führung zu beeindrucken.

Nicht wenige Regimegegner aus bürgerlich-militärischen Kreisen setzten, heute geradezu unvorstellbar, auf Hermann Göring als Alternative zu Hitler. Gewiss ist dies als Ausdruck einer Zeitverhaftung mancher opponierender Zeitgenossen zu deuten. Aber Elser gehörte nicht zu denen, die sich diese Illusionen machten. Er handelte nicht aus den Horizonten seiner Zeit, sondern wollte Hitler stürzen und nicht nur von der Regierungsmacht fernhalten. Er wollte den deutschen Diktator durch seine Tötung für alle Zeit ausschalten. Elser ist deshalb nicht nur als Antagonist, als Gegenspieler Hitlers zu bezeichnen, sondern vielmehr hat er als einer der wenigen »wahren Protagonisten« eines zum Einsatz des eigenen Lebens entschlossenen Widerstands zu gelten, die es zu dieser Zeit angeblich in viel aussichtsreicher Position in Deutschland gab.

In den vergangenen Jahren hat sich ein neues Bild des Schreiners Johann Georg Elser ergeben, das eine prinzipiell andere und nicht zuletzt auch politisch-ethisch neue Dimension auf-

wies. Es ist vor allem das Verdienst des bürgerschaftlichen Engagements kleiner Initiativen historisch interessierter und mit aller Konsequenz um ein gerechtes Urteil bemühter Menschen in Heidenheim, denen es in langjähriger Bemühung schließlich sogar gelang, in Elser's Geburtsort Königsbronn eine diesem Regimegegner angemessene Gedenkstätte einzurichten. Auch in München verdanken wir die Erinnerung an Elser einer Bürgerinitiative. Beide Bestrebungen – in Heidenheim und in München – waren die Voraussetzung für den Versuch, in einer historischen Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand an Elser und seine Tat zu erinnern. Rezeptionskritisch kam es dabei aber auch auf die Verzeichnung seiner Motive durch nachlebende Historiker und Theologen an, die ihre Vorurteile nicht überwinden konnten.

Es dauerte viele Jahrzehnte, bis die frühen verantwortungslosen Verzeichnungen von Elser's Person und Tat korrigiert werden konnten. Inzwischen gibt es nicht nur Gedenktafeln und eine kommunale Elser-Gedenkstätte, sondern sogar einen Johann-Georg-Elser-Preis, der erstmals 2001 in München verliehen wurde, um Menschen auszuzeichnen, die den Mut und die Kraft haben, Zeichen der Nonkonformität und des bürgerlichen Mutes, also der Zivilcourage, zu setzen.

Vergessen ist damit der entwürdigende Streit, den 1999 ein »klügelnder« (Henke) Chemnitzer Privatdozent mit seiner Antrittsvorlesung entfacht hat. Dieser hatte Elser der Verantwortungslosigkeit geziehen, weil sein Anschlag auf Hitler Unbeteiligte traf, die sich zufällig im Bürgerbräukeller aufhielten. Die neuen Zweifel an Elser und seiner Tat sollten nicht mehr historisch, sondern moralphilosophisch begründet werden. Elser warf man vor, dass er sich nicht selbst geopfert, Unbeteiligte ohne deren Zustimmung verletzt und sogar deren Tod in Kauf genommen hatte. Deshalb fragte der Münchener Zeithistoriker Hartmut Mehringer, ob Elser unter den Besuchern der Parteiversammlung im Bürgerbräu eine Abstimmung hätte durchführen sollen.

Die gegen Elser erhobenen Vorwürfe wurden nicht aus der Sache begründet. Vielmehr übersah man, dass die Tat vor allem als eine Reaktion auf die nationalsozialistische Politik und die durch sie legitimierte Entrechtung von immer mehr Menschen, ein Jahr nach dem Novemberpogrom des Jahres 1938, und auf den Beginn eines Weltanschauungskrieges zu deuten war.

Kritiker dieser fundamentalen Infragestellung eines riskanten und geradezu verzweifelten Versuches, den Diktator und Verbrecher an der Macht auszuschalten, wurden schließlich geradezu in die Nähe jener gerückt, die terroristische Gewalt als Mittel der Politik rechtfertigten. Zumindest unterstellte man ihnen wie der seine intellektuelle Reputation geradezu verspielende Mannheimer Wissenschaftstheoretiker Hans Albert, der sich immer auf Popper berief und zum kritischen Rationalismus bekannte, gegen die Gedankenfreiheit zu sein und sogar Denkverbote auszusprechen. Die Berliner Gedenkstätte wurde dabei sogar von dem Chemnitzer Politikwissenschaftler und Exilforscher Alfons Söllner als eine Art »Gralshüterin des deutschen Widerstands« bezeichnet.

Die Situation ist mit dem Anschlag vom 11. September 2001 nicht leichter geworden. Vielmehr ist zu erwarten, dass angesichts der Konfrontation der Welt mit einer ganz neuen Form terrorisierender Gewalt, die im Anschlag auf die Zwillingstürme des New Yorker World Trade Center und auf das amerikanische Verteidigungsministerium gegipfelt hatte und den Tod Tausender Menschen bedeutete, die Schwierigkeiten nicht geringer werden, Elser's Tat zu würdigen. Umso wichtiger ist, sich daran zu erinnern, dass er kein Terrorist war, sondern den staatlich legitimierten Terrorismus, genau ein Jahr nach dem Novemberpogrom von 1938, im Keim ersticken wollte.

Es kann nicht deutlich genug betont werden: Der Schreiner Johann Georg Elser war kein Terrorist, der eine Gesellschaft durch Massenterror erschüttern wollte. Denn seine Tat richtete sich gegen Hitler und seine Führungsclique als einen der größten Terroristen an der Macht, den es damals gab. Hitler ist nicht zu relativieren, auch nicht durch Stalin, den zweiten großen und verbrecherischen Diktator des 20. Jahrhunderts. Denn jener verkörperte wie dieser eine der beiden großen antizivilgesellschaftlichen Bewegungen, die sich gegen den Mitmenschen richtete und aus ihnen Gegenmenschen machte. Gewiss glaubten manche, den Teufel mit Beelzebub austreiben, Hitler mit Stalin bekämpfen zu können. Diese Illusionen teilten sie mit anderen Mächtigen der Welt, die auf die Sowjetunion angewiesen waren, um das Dritte Reich militärisch zu besiegen und Deutschland ebenso wie die Welt vom Nationalsozialismus zu befreien. Damit rechtfertigten sie nicht die Politik des Stalinismus, so wenig wie jene, die im Laufe der Zeit erkannten, dass es andere Wege gab, die Welt zu verändern, als jene, die Stalin propagierte.

Man stelle sich hingegen vor, Stalin sei so ausgeschaltet worden, wie Elser es im Hinblick auf Hitler plante. Stalin kann überdies so wenig wie der italienische Diktator Mussolini das Maß für die Beurteilung Hitlers liefern, ebenso wie dieser das Maß für die Einschätzung von Stalin geben kann, denn dieses wird definiert durch die staatlich angeordnete und gedeckte Verletzung der Menschenrechte, mithin die Schändung des Einzelnen, und durch die kollektive Entrechtung von Minderheiten, mithin von angeblichen »Klassen- und Rassenfeinden« oder weltanschaulichen Gegnern des Nationalsozialismus und Kommunismus. Unbestreitbar ist, dass Elser den Terrorismus in Deutschland mit einem Schlag beenden wollte. Deshalb griff er zu den letzten ihm denkbaren Mitteln der Gewalt.

Elser wusste, dass er auf diese Weise Schuld auf sich nehmen würde. Dies tat er nicht aus ideologischer Verblendung oder einer Machtfantasie, gar aus dem vermessenen Wunsch heraus, in die Geschichtsbücher einzugehen, sondern er bekannte sich zu seiner ganz individuellen Verantwortung für die »Irrwege« (Abusch) deutscher Politik, die sich schließlich zur »deutschen Katastrophe« (Meinecke) steigerte. Er setzte ein Zeichen gegen eine verbrecherische Politik. So nahm er Schuld auf sich, weil er Verantwortung zu übernehmen hatte, ganz unabhängig davon, ob ihn dies persönlich belastete und gefährdete. Wenn er nach der Vorbereitung des Anschlags versuchte, in die Schweiz zu entkommen, dann tat er dies nicht, weil er feige war, denn nur die Flucht eröffnete die Chance, Unschuldige vor einer blinden Verfolgung durch die nationalsozialistischen Machthaber zu bewahren.

Elser bekannte sich zu seiner Verantwortung und zu seiner Tat. Damit unterschied er sich von vielen Parteigängern des nationalsozialistischen »Regierungsterrorismus« an der Macht, die immer wieder behauptet hatten, lediglich Befehlen gefolgt zu sein, und die sich zu einem Eid bekannten, ohne sich zu fragen, ob ein »verratenes Volk« nicht gerade durch einen unbedingten Befehlsgehorsam, der sich nicht selten aus Angst und Karriereehre speiste, noch zusätzlich verraten würde. Der eigentliche Verräter an Deutschland und der Zivilisation, zu der man sich bis 1933 bekannt hatte, hieß Hitler. Dies hatte der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in den frühen fünfziger Jahren unmissverständlich deutlich gemacht.

Elser hätte Fritz Bauer niemals angeklagt, vielleicht, weil er lange vor der Aufnahme des Widerstandsartikels in das Grundgesetz wusste, dass Widerstand gegen eine verbrecherische Staatsgewalt die Konsequenz einer moralischen Entscheidung war, die geboten war, wenn andere Abhilfe nicht möglich war. Bauer hätte, nach 1933 vertrieben aus Deutschland, nach 1945

konfrontiert mit Zeitgenossen, die noch Jahrzehnte später ihre Beteiligung an Massenverbrechen relativierten und minimierten, verstanden, was es für einen Schreiner bedeutet hatte, eine geradezu unvorstellbare Verantwortung auf sich zu nehmen, für seine Tat, für die Nebenfolgen des sorgfältig vorbereiteten Attentats, für seine engsten Angehörigen – seine Mutter, seine Geschwister, seinen Sohn – die Elser in dem verbrecherischen System zurücklassen musste, das er mit seinem ganzen ihm möglichen Einsatz bekämpfte.

Elser war kein Terrorist, sondern ein Widerstandskämpfer. Dies wussten die Nationalsozialisten. Sie stellten einen Zusammenhang her, den die deutsche Nachkriegsgesellschaft nicht anerkennen wollte. Denn sie ermordeten Elser am 9. April 1945, wenige Wochen vor dem Ende des NS-Staates, am selben Tag wie Bonhoeffer, Canaris, Sack und Dohnanyi. Elser ist keine Herausforderung, weil seine Tat verständlich ist, wenn man das Dritte Reich als Unrechtsstaat akzeptiert. Eine Herausforderung für die nachdenklichen Nachlebenden bleibt die deutsche Gesellschaft, die Hitlers Herrschaft trug, bleiben Militärs, die sie bis zum bitteren Ende verteidigten und die sich in der Diffamierung des Widerstands auch noch nach 1945 zu einem moralisch verwerflichen Eid auf ihren »Führer« und zu einer Fahne bekannten, die das Hakenkreuz trug.

Warum war es so schwer, zu akzeptieren, dass man ein verratenes Volk nicht durch Widerstand verrät, vielmehr durch Folgebereitschaft, Anpassung und durch Kadavergehorsam? Elser war kein Terrorist, sondern ein Attentäter aus dem Volk, der in den Zusammenhang der Attentatsversuche gegen Hitler und damit in die deutsche Widerstandsgeschichte gehört. Nichts spricht dafür, hinter das Bekenntnis des ehemaligen Staatsministers des Landes Baden-Württemberg, Professor Palmer, zurückzufallen, der sich – damals Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kultur – bei der Eröffnung der Elser-Gedenkstätte in Königsbronn zu diesem »großen Sohn« seines Landes bekannt hatte.

Dem ist kaum etwas hinzuzufügen. Elser setzte sein Leben ein, weil es Höheres gab als das Überleben in einer Nische. Besser als er konnte man nicht planen und wagen – auch das sollten wir anerkennen: als verantwortliche Tat eines freien Mannes, und nicht nur Gesinnungen loben. Auch Können muss anerkannt und sollte nicht zerredet werden von Mitlebenden, die zur Fahne standen, die das Hakenkreuz trug, von Nachlebenden, die das Weltgericht spielen wollten und vergessen, dass sie oft nicht einmal im Berufsalltag das Maß an Zivilcourage bewiesen, das sie nachträglich von Menschen forderten, die wie Elser wussten, was sie riskierten, die sich nicht beklagten und bis in ihre letzten Lebenssekunden hinein ihrem Widersacher zeigten, was Haltung, Konsequenz, Verantwortung und Courage war.

Dieser Beitrag basiert auf dem Text der Festrede anlässlich der erstmaligen Verleihung des Georg-Elser-Preises 2001 durch die Georg-Elser-Initiative München an Jürgen Quandt.

Claus Christian Malzahn

Hitler-Attentäter Elser – Dreizehn Minuten, die der Weltgeschichte fehlen

Wäre Hitler am 8. November 1939 nur ein paar Minuten länger im Bürgerbräukeller geblieben – Johann Georg Elser wäre heute womöglich ein Nationalheld. Der Mann, der Deutschland vom Tyrannen befreite. Doch Hitler entkam der Bombe, Elser geriet in Vergessenheit. Weder die Bundesrepublik noch die DDR konnte etwas mit ihm anfangen.

Der neunte November wird gern als »Schicksalsdatum der deutschen Geschichte« bezeichnet. Am 9. November 1918 wurde die erste deutsche Republik in Berlin ausgerufen. Am 9. November 1923 putschte Hitler in München. Am 9. November 1938 brannten überall in Deutschland jüdische Geschäfte und Synagogen. Und am 9. November 1989 fiel in Berlin die Mauer. Schicksalsdatum? Das klingt ebenso geschichtsmächtig wie hilflos.

Der 8. November 1939 zeigt, wie tragisch es endet, wenn sich Natur, Zufall und menschlicher Gestaltungswille in die Quere kommen. Denn wenn der Welt am Vorabend des 9. November 1939 in München nicht 13 Minuten verloren gegangen wären, hätte es eine ganze Reihe anderer deutscher Daten gar nicht gegeben. Auch der Mauerfall wäre ausgefallen. Die Mauer wäre nie gebaut worden.

Die 13 Minuten des 8. November 1939 waren die teuersten in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Sie haben die Menschheit in nicht einmal sechs Jahren, zwischen 1939 und 1945, über 50 Millionen Leben gekostet. Mindestens 5,6 Millionen Juden wurden in Europa von den Nazis ermordet. Für die Deutschen bedeuteten diese 13 Minuten am Ende: Flucht, Vertreibung – und Teilung.

Weil sich Nebel auf die bayerische Landeshauptstadt gelegt hatte, wurde am 8. November 1939 der Betrieb des Münchner Flughafens eingestellt. Der prominenteste Gast der Stadt musste an diesem Tag deshalb auf seinen Flug nach Berlin verzichten und den Zug nehmen: Adolf Hitler, der am 1. September 1939 den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen veranlasst und damit den Zweiten Weltkrieg begonnen hatte, war an diesem Abend wie schon in den Jahren zuvor am 8. November in den Münchner Bürgerbräukeller gekommen, um eine Rede zu halten. Die Nazimitglieder der ersten Stunde trafen sich dort alljährlich, um den Putschversuch vom 8. November 1923 zu feiern.

Hitler begann seine Rede im Bürgerbräukeller wegen des Nebels in München 30 Minuten früher als geplant bereits um 20.00 Uhr, um den Nachtzug nach Berlin noch zu erwischen. Der Führer verließ den Saal um 21.07 Uhr. Das schlechte Wetter rettete ihm das Leben. Um 21.20 Uhr detonierte eine Bombe, die in einer Säule versteckt gewesen war. Die Wucht der Explosion war so groß, dass die Decke teilweise einstürzte. Acht Menschen starben, über 60 wurden zum Teil schwer verletzt. Hitler saß bereits in einer geheizten Limousine und war auf dem Weg zum Bahnhof.

Was wäre passiert, wenn Elser Erfolg gehabt hätte?

Natürlich weiß man nicht, wie die deutsche Geschichte verlaufen wäre, wenn ein Attentat Hitler im Herbst 1939 aus dieser Welt geworfen hätte. Der Zweite Weltkrieg war schon im Gange; zwar noch nicht im Westen, aber deutsche Panzer rollten bereits durch Warschau. Es ist nicht sicher, ob sich die Wehrmacht nach Hitlers Tod sofort aus dem eroberten Territorium zurückgezogen hätte. Und wie lange hätte es gedauert, bis die Deutschen das Regime gestürzt und die Demokratie eingeführt hätten?

Aber zu einem Weltenbrand mit 50 Millionen Toten wäre es wohl nicht gekommen. Hätten wir diese 13 Minuten im November irgendwie über die Zeit retten können, wäre unser aller Leben, vor allem das unserer Eltern und Großeltern und ihrer Altersgenossen in Europa, friedvoller verlaufen. Ohne Hitler ist der Holocaust schwer vorstellbar. Auschwitz wäre nach seinem Tod wohl ein weiterhin unbekanntes Städtchen im mitteleuropäischen Niemandsland geblieben; polnisch oder deutsch verwaltet, möglicherweise bekannt für seine Fabrik am Ortseingang, aber mit Sicherheit kein Synonym für das Grauen und den organisierten, millionenfachen Tod unschuldiger Männer, Frauen und Kinder.

Hätte man uns die 13 Minuten gelassen, würde man in der deutschen Geschichte eine Menge Abkürzungen vergeblich suchen: Es gäbe keine »BRD« und keine »DDR«; aber auch »SED« und »CDU«, »FDJ« und »ARD« und eine »FU Berlin« gäbe es ebenso wenig wie »VEB« und »FDP«. Das Bundesland Sachsen wäre ein Hort der deutschen Autoindustrie, deshalb vermutlich reicher als Baden-Württemberg, und hätte wahrscheinlich zwei oder drei Fußballmannschaften in der ersten Liga zu spielen. Königsberg wäre nicht nur der in seiner Nähe liegenden Sanddünen wegen ein beliebter deutscher Ausflugsort. Wenn Hitler am 8. November ums Leben gekommen wäre, hätte kein Mensch auch nur die leiseste Ahnung, was die »deutsch-deutsche Frage« sein könnte.

Grenzer nehmen einen vermeintlichen Schmuggler fest

Etwa eine halbe Stunde, bevor die Bombe detonierte, um 20.45 Uhr, wird in Konstanz an der deutschen Grenze zur Schweiz ein 36-jähriger Mann bei dem Versuch festgenommen, die Sperranlagen zu umgehen und am Zollhaus vorbei die Schweiz zu erreichen. Die Grenzer halten ihn für einen Schmuggler. Doch der Mann hat keine Zigaretten, Wurst oder Alkohol bei sich, sondern einige Notizen über Munitionsherstellung, eine Ansichtskarte vom Bürgerbräukeller, ein Abzeichen des Roten Frontkämpferbundes, eine Beißzange sowie einige sehr verdächtig aussehende Metallteile. Die Grenzbeamten können sich keinen Reim auf den Grenzgänger machen. Erst gegen Mitternacht bekommt der Inhalt seines Rucksacks, den er im Zollhaus ausbreiten musste, einen Sinn, als die Zöllner vom Attentat in München erfahren.

Der Mann, der schließlich den Beamten der Münchner Kripo gegenüber sitzt, kommt aus kleinen Verhältnissen. Sein Name ist Johann Georg Elser. Er ist schlank, aber kräftig, hat ein freundliches Gesicht. Johann Georg Elser stammt von der schwäbischen Alb. Er spielt gerne die Zither und gehörte einem konservativen Heimatverein an. Als man noch wählen durfte in Deutschland, hat der Kunstschreiner sein Kreuz immer bei der KPD gemacht, weil die Kommunisten seiner Ansicht nach die Interessen der Arbeiter am besten vertraten. Sonntags geht

er dennoch oft in die Kirche und betet. Elser ist Protestant. Die Teilnahme an den Pseudowahlen des Dritten Reichs lehnt er ab.

Ende der zwanziger Jahre war Elser auf Zureden eines Freundes dem Rotfrontkämpferbund beigetreten, einer den Kommunisten nahestehenden, militant ausgerichteten Organisation. Aber Elser ist kein Schläger und kein verbissener Ideologe. Er ist musisch sehr begabt und hat Glück bei den Frauen. Große Worte sind nicht seine Sache: Er wird Mitglied der Holzarbeitergewerkschaft, »weil man Mitglied dieses Verbandes sein sollte«, so sein knapper Bescheid zum Thema Interessenvertretung. Wenn im Volksempfänger eine Rede des Führers übertragen wird, verlässt er das Haus. Den Hitlergruß lehnt er ab. Das Gerede von der Volksgemeinschaft berührt ihn nicht.

Nachdem er in München die Tat gestanden hat, wird er ins Reichssicherheitshauptamt nach Berlin gebracht und dort von der Gestapo schwer gefoltert. SS-Chef Heinrich Himmler ist mit den Ergebnissen seiner Beamten unzufrieden. Elser behauptet, keine Hintermänner gehabt zu haben. Dieser kleine Schwabe, ein Volksschüler und Handwerker, soll es fast geschafft haben, den Führer zu ermorden?

Eine Beteiligung des britischen Geheimdienstes würde den Nazis besser ins Bild passen. Da trifft es sich gut, dass man gerade zwei britische Agenten verhaftet hat. Die beiden Offiziere werden zu Elsers Hintermännern stilisiert. Doch der Kunstschreiner hat die Briten noch nie in seinem Leben gesehen. Der Mann, der Hitler fast umgebracht hätte, ist weder ein Intellektueller noch ein Agent, der in fremdem Auftrag handelt. Elser brauchte nicht erst Außenpolitik zu studieren oder in den diplomatischen Dienst zu gehen, um zu erkennen, dass sich Deutschland und Europa in den späten 30er Jahren auf eine Katastrophe zubewegen. Einem Freund sagt er in dieser Zeit: »Wir kriegen keine bessere Regierung, wenn wir diese hier nicht selbst beseitigen.« Darauf sein Kumpel: »Was redest du denn, das kannst du doch nicht schaffen!« Darauf Elser: »Doch, ich mach das noch.« Und dann, in schwäbischem Idiom: »Aber schwätzt net!« – sag es nicht weiter.

Elser begriff Hitlers Pläne besser als die meisten Intellektuellen

Der kleine Schreiner von der Schwäbischen Alb glaubt Hitler kein Wort. Er ahnt, dass der »Führer« die Welt in einen furchtbaren Krieg ziehen will – und dass auf sein Wort kein Verlass ist. Im Sommer 1938 entschließt sich Georg Elser endgültig zum Attentat. Sein Argwohn gegenüber Hitler ist berechtigt. Am 21. Mai 1938 hatte der »Führer« den Geheimbefehl »zur Zerschlagung der Resttschechei« erlassen. Europas Staatsmänner waren ihm mal wieder auf den Leim gegangen – Georg Elser nicht.

Europa hatte sich in den 30er Jahren in einen dunklen Kontinent verwandelt. Das Licht der Demokratie flackerte bedenklich. Als Elser den Zünder scharf stellte, waren von den 28 europäischen Staaten nur noch elf demokratisch verfasst. Vor allem die konstitutionellen Monarchien erwiesen sich als standhaft gegenüber totalitären, faschistischen oder rechtsextremistischen Tendenzen. Doch in den meisten Ländern hatten sich autoritäre Regimes und Diktaturen durchgesetzt. Es wird oft vergessen, dass das Prinzip der Volksherrschaft in vielen europäischen Ländern erst wenige Generationen alt ist.

Hitlers von den meisten Deutschen bejubelter Volksstaat und der Zeitgeist in Europa standen gegen Elser – dennoch verlor er seinen Glauben an den Wert der Freiheit nicht. Johann

Georg Elser handelte als mündiger Bürger aus ethischer und politischer Verantwortung heraus, ohne Rückhalt durch irgendeine Organisation oder Bewegung, einem ungeschriebenen Grundgesetz verpflichtet. In dem Geständnis, das er einige Tage nach seiner Verhaftung ablegte, beklagte er unter anderem, dass die Arbeiterschaft im NS-Staat »unter einem gewissen Zwang« stehe. »Der Arbeiter kann zum Beispiel seinen Arbeitsplatz nicht mehr wechseln, wie er will, er ist heute durch die HJ nicht mehr Herr seiner Kinder und auch in religiöser Hinsicht kann er sich nicht mehr so frei betätigen.« Elser forderte Freizügigkeit sowie Glaubens- und Gewissensfreiheit; lauter Werte, die später vom Grundgesetz garantiert werden sollten. Elsers Kritik am Nationalsozialismus war vielleicht rhetorisch nicht geschliffen, aber sie war eindeutig: Die Herrschaft der NSDAP greift in völlig unakzeptabler Weise in das Leben der Menschen ein. Also muss man sich wehren.

Nach seiner Ermordung im April 1945 im Konzentrationslager Dachau dauerte es Jahrzehnte, bis der Schreiner die Würdigung fand, die ihm zustand. Bereits 1946 unterstellte man Elser, er sei Gestapo-Agent gewesen. Die Nazis hätten das Attentat als Propagandatricks inszeniert: Diese Verschwörungstheorie fand nach dem Krieg selbst in Historikerkreisen Verbreitung.

Nach dem Krieg erst denunziert – dann vergessen

Dann wurde Elsers Tat schlicht vergessen. Wer hätte Elser nach dem Krieg historisch auch adoptieren sollen? In der DDR konnte man mit diesem Einzelgänger, dessen Affinität zum kommunistischen Milieu sich in klaren Grenzen hielt, nichts anfangen. Alleingänge mochte man in der DDR-Führung überhaupt nicht, und in den 50er Jahren, als sich die SED mit brutalen Mitteln Hunderter sogenannter »Abweichler« entledigte, landete man selbst als Kommunist schnell wegen individualistischer Positionen im Gefängnis. Auch als Honecker die Zügel zu Beginn der siebziger Jahre für kurze Zeit etwas lockerte, fand Elser keine Gnade vor der leninistischen Geschichtsschreibung. Der Kunstschreiner Johann Georg Elser, Held seiner Klasse, wurde in der DDR ignoriert, solange der sogenannte Arbeiter- und Bauernstaat existierte. Auch im Westen war eine Erinnerung an Elser lange nicht erwünscht. Die Linken konnten den wortkargen Einzeltäter nicht richtig einordnen, den Konservativen erschien Elser im Vergleich mit dem Hitler-Attentäter Stauffenberg als lästiger Geschichtszwerg – dass er aus kleinen Verhältnissen kam und nicht aus dem Adel, wird da eine Rolle gespielt haben.

Diese Ignoranz von links und rechts war wohl das größte Unrecht, das man Elser post mortem angetan hat. Insgesamt 42 Attentate waren in den zwölf Jahren seiner Schreckensherrschaft auf Hitler geplant; doch nur der Offizier Claus Schenk Graf von Stauffenberg und der Kunstschreiner Georg Elser hätten ihn beinahe vom Leben zum Tode befördert. Der kleine Mann aus der Schwäbischen Alb hätte den Krieg und den millionenfachen Mord an den europäischen Juden wahrscheinlich verhindert.

Die Aktion Stauffenbergs und seiner Mitverschwörer hätte die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts wohl kleiner ausfallen lassen. Elsers vor dem Krieg geplante Tat war indes einzigartig. Dass ihn die politisch korrekten Chronisten in beiden deutschen Staaten jahrzehntelang bewusst und geflissentlich übersehen haben, beweist nur, wie geschichtsblind diese Nation

auch lange nach dem Krieg agierte. Johann Georg Elser aber ist ein deutscher Held – gerade weil sich seine Motive ideologischer Instrumentalisierung widersetzen.

Dieser Beitrag ist ein Auszug aus: Claus Christian Malzahn, Deutschland, Deutschland. Kurze Geschichten einer geteilten Nation. © 2005 Claus Christian Malzahn / Deutscher Taschenbuch Verlag München. Wir danken dem Autor und dem Verlag für die freundliche Abdruckgenehmigung.

Dietrich Milles

Vom Selbstwert des Attentäters. Historische Überlegungen zur subjektiven Handlung in finsternen Zeiten

Begründet die Evidenz der Tyrannei das Attentat auf den Tyrannen? Wie sieht gegebenenfalls diese Begründung aus und wie stellt sie sich ein? Das sind die zentralen Fragen in der Beurteilung der mutigen Tat Georg Elzers. Alle historischen Tatsachen sprechen dafür, dass 1. Georg Elser kein psychopathisch gestörter Eiferer war und dass 2. zum Zeitpunkt des Attentates die Qualität nationalsozialistischer Herrschaft erkennbar war. Elser war eher ein verschlossener Mensch, der auch als Eigenbrötler beschrieben wird. Er sah sich als Arbeiter, begründete seine Tat jedoch nicht aus einer gemeinsamen Überzeugung einer organisierten Arbeiterbewegung. Er wollte den drohenden Krieg verhindern, konnte jedoch nicht auf eine weltpolitische Analyse oder die Korrespondenz mit Fachleuten zurückgreifen. Woher nahm er die Begründung für seine Tat?

Die grundlegende Begründung verantwortungsvollen Handelns kann dem Bürger nicht von Experten, Freunden oder Medien abgenommen werden; sie muss der Bürger selbst in eigener moralischer Mündigkeit entwickeln. Diese Einsicht kann im Alltag politischen Handelns und Verhaltens verschwimmen, sie rückt in extremen Situationen mit aller Macht in den Vordergrund. Die größte Zuspitzung erfährt die Begründung dann, wenn existenzielle Entscheidungen eingeschlossen sind. Über welche historischen Erfahrungen verfügen wir hier?

Angesprochen sind alte Fragestellungen, die vielfach beispielhaft aufgeworfen und prominent diskutiert wurden. Im alten Griechenland galt der Tyrannenmord an Hipparchos 514 v. Chr. als Geburtsstunde der Athener Demokratie und den Attentätern wurde ein Denkmal errichtet. Im römischen Reich wurde der berühmteste Tyrannenmord an Julius Cäsar am 15. März 44 v. Chr. von Cicero in all seiner Spannung zwischen außerordentlichen Machtbefugnissen und göttlichen Ehrungen auf der einen, Befriedungen und Reformen auf der anderen Seite beschrieben. Dieser Mord bewirkte historisch eher das Gegenteil dessen, was die Attentäter als demokratische Freiheiten festhalten und entwickeln wollten.

Auch im arabischen Kulturkreis hielt Ibn Sina im 11. Jahrhundert die Tötung eines Tyrannen für ein gottgefälliges Werk. Dann wirkte sehr stark im Übergang auch die jüdische und christliche Religion mit dem Gebot »Du sollst nicht töten«. Aber, wie Walter Benjamin scharfsinnig erkannte, folgt aus dem Gebot keine prinzipielle Verurteilung einer jeden gewaltsamen Tötung. Denn »dieses steht nicht als Maßstab des Urteils, sondern als Richtschnur des Handelns für die handelnde Person oder Gemeinschaft, die mit ihm in ihrer Einsamkeit sich auseinanderzusetzen und in ungeheuren Fällen die Verantwortung, von ihm abzusehen, auf sich zu nehmen haben« (Zur Kritik der Gewalt, 1918)¹. Und Benjamin führt den Gedankengang

noch weiter zurück auf den »extremen Fall, der auf die revolutionäre Tötung der Unterdrückten exemplifiziert« und der die Tötung durch die Perspektive einer gerechteren und besseren Welt begründet. Diese Begründung kann demnach nicht durch den Verweis auf eine »Heiligkeit« des Lebens an sich beiseite geschoben werden, weil in der konkreten Situation auch konkrete Handlungsentscheidungen gefällt werden müssen.

In der christlichen Tradition herrschte lange Zeit die geschichtsphilosophische Gängelung, wonach der Mensch den Sinn seines irdischen Daseins nicht selbst erkennen könne und daher auch keine Grundlage habe, mit der Perspektive einer besseren und gerechteren Zukunft zu argumentieren. Erst mit der Wende zum Diesseits, der Säkularisierung der Heilserwartung wird der Sinn der Geschichte zur Aufgabenstellung verantwortungsvoller Subjekte. Damit wurde auch mit dem Humanismus das Problem des Tyrannenmordes neu aufgeworfen.

Johannes von Salisbury hielt im 12. Jahrhundert eine Tötung des Tyrannen für »billig und recht«, wenn dieser nicht nach natürlichen Rechten, sondern willkürlich regierte. Auch Wilhelm von Ockham erkannte zu Beginn des 14. Jahrhunderts im Tyrannenmord eine ultima ratio gegen eine Herrschaft, die versagt. 1579 erschien die Schrift »Vindiciae contra tyrannos« (Beweise gegen die Tyrannei) eines unbekanntes Autors (unter dem bezeichnenden Pseudonym Stephan Junius Brutus), die, vielfach beachtet, die Argumente der Auflehnung, des Widerstandes gegen totale Herrschaft und für deren Abschaffung zusammentrug. Es ging dem Autor zwar im Grunde um die eigenen feudalen Freiheiten, doch setzte sich die prinzipielle Logik durch: Wenn die Freiheit nicht an den Machtanspruch gekoppelt wird, muss sie an sich begründet werden. Das Volk ist demnach nur so lange zu einem Gehorsam verpflichtet, solange gut und gerecht regiert wird. Denn die Macht der Regierung muss für das Volk da sein, und nicht umgekehrt. Im Begriff der Tyrannei ist dabei vorausgesetzt, dass der Herrscher keinen vernünftigen Argumenten zugänglich ist und nicht auf seine Herrschaft verzichtet. Ist der Herrschende also ein Tyrann, hat jeder Bürger prinzipiell das Recht ihn zu töten; ist er lediglich ein Herrscher mit Fehlern, haben die politisch Verantwortlichen ein Widerstandsrecht.

Hugo Grotius fasste Anfang des 17. Jahrhunderts diese Argumentation in einem sozialen Naturrecht zusammen: In natürlicher Ausstattung ist der Mensch fähig, sozial und gerecht zu handeln. Insofern er von einem allgemeinen und nicht von dem egoistischen Vorteil auszugehen in der Lage ist, kann er seine Handlungen auch dann aus natürlicher Ausstattung heraus begründen, wenn diese Handlungen soziale Ziele verfolgen. Denn in dieser natürlichen Ausstattung hat der Mensch als Bürger auch die Möglichkeit, gegenteiliges und schädliches Verhalten bei sich und anderen zu erkennen, und die Verpflichtung, dies zu bekämpfen. Bloße Gewalt begründet kein Recht. Grotius führte den Gedankengang bis hin zu einem Völkerrecht, nach dem letztendlich auch das Vorgehen des faschistischen Deutschland zu verurteilen und zu bekämpfen war.

Die naturrechtliche Begründung ist literarisch hervorragend aufgearbeitet. Schiller gab ein großes, letztes Beispiel seiner kritischen Auseinandersetzung mit der geschichtlich begründeten »Tat« in dem Drama »Wilhelm Tell«. Darin hilft Tell zum Ende des 13. Jahrhunderts bei der Flucht vor der Besatzungsmacht, lehnt sich gegen willkürliche Herrschaft auf, wird zum berühmten Schuss durch den Apfel auf dem Kopf seines Sohnes gezwungen, ermordet schließlich den Despoten in der hohlen Gasse. Seine individuelle Tat ist gleichwohl eingebettet in die politische Übereinkunft der Bürger (im »Rütli-Schwur«) sowie den folgenden Befreiungskampf gegen die österreichische Besatzung. Schiller basiert die Handlung auf das Naturrecht, das sich

aus den »höchsten Gütern« begründet: aus dem Land, den Müttern und den Kindern, also im Grunde aus der kollektiven Zukunft.² Interessant ist, dass Wilhelm Tell an der gemeinsamen Begründung des Tyrannenmordes nicht teilnahm. Er taucht als Einzelkämpfer auf, der sich den zugrunde liegenden allgemeinen Menschenrechten wie der konkreten gesellschaftlichen Situation verpflichtet sieht. In seiner Tat steht er allein. Die Verantwortung für den Tyrannenmord kann der Attentäter nicht vergesellschaften.

Interessant ist auch die Literaturgeschichte. Das Drama wurde zunächst unter dem Nationalsozialismus als Begründung einer Volksgemeinschaft (»Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern ...«) und Wilhelm Tell als Führungsgestalt gefeiert. Mit der Zeit mehrten sich aber die bedenklichen Interpretationen, bis die Aufführung des Stückes 1941 verboten wurde. Dies hat sicherlich mit den Attentatsversuchen, nicht zuletzt mit Georg Elser, zu tun.

Insgesamt ist in dem Tell-Drama zweierlei entscheidend: a) nicht die Abkehr von Autorität (Vaterrolle), sondern die Abwendung einer despotischen Macht legitimiert die Tat; b) nicht die Befreiung an sich, sondern die solidarische soziale Formation (also eine gerechtere und bessere Gesellschaft) begründet den Mord. Damit verbindet Schiller das reine Naturrecht als Begründung bürgerlicher Verantwortung mit einem Sinn des Lebens und der Geschichte, der wiederum die eigentliche Handlung begründet.

Diese Auffassung ist vielfach angegriffen und zurückgedrängt worden. Die Lehre vom Positivismus sieht das Recht nicht unabänderlich in der Natur des Menschen begründet und auf eine sinnvolle Geschichte gerichtet, sondern lediglich jeweils konkret durch entsprechende Organe gesetzt. Juristisch geht es dann jeweils darum, die Stimmigkeit und Anwendbarkeit des positiv gesetzten Rechts auf den jeweiligen Tatbestand hin zu prüfen. Das positive Recht wurde als praktische Antwort auf einen Absolutismus, dem man nicht folgen wollte, den man aber auch nicht abschaffen konnte, entwickelt. Also setzte man auf sukzessive Verfahren und Entwicklungen der rechtlichen Regelungen und Institutionen. Dieses Muster, das in Europa ausgeprägt wurde und viel zur pragmatischen Überlegenheit europäischer Kultur beitrug, hat insbesondere in Deutschland zur politischen Verunklarung bürgerlicher Verantwortung geführt. In spezifischen Fragen und »ungeheuren Fällen« ist das positive Recht immer an Grenzen gestoßen. Dies war vor allem in den Nürnberger Prozessen gegen nationalsozialistische Kriegsverbrecher der Fall. Diese Prozesse konnten nicht auf positives Recht rekurrieren. Sie basierten vielmehr auf der Annahme eines Völkerrechtes, das naturrechtlich und aus dem historischen Streben nach Frieden und Menschlichkeit hergeleitet wurde. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in Auslegung des Artikels 20 Abs. 4 GG ein Widerstandsrecht deutscher Bürger konstatiert, das naturrechtlich begründet ist und gegen Feinde der Verfassung sogar eine Tötung nicht ausschließt. Die Auseinandersetzung über Tötungen an der deutsch-deutschen Grenze zeigte auch vor kurzem, dass unter Bezug auf positivistische Denksätze die Verantwortung in ungeheuren Fällen nicht abgeschoben, übertragen oder formalisiert werden kann.

Auf welcher Basis agieren Menschen und sind sie berechtigt zu handeln? Im Prinzip setzt unser Grundgesetz auf eine naturrechtliche Begründung, auf eine Vernunftbegabung und eine moralische Urteilskraft, die in dem Menschen selbst vorhanden ist und auf die er, besonders in den »ungeheuren Fällen«, zurückverwiesen wird. Der verantwortungsvoll und sinnvoll handelnde Mensch ist im entscheidenden Kern seiner Verantwortung und Sinnhaftigkeit allein. Dass er allein ist, hindert ihn dann nicht an einer menschlichen und sozialen Begründung sei-

ner Handlung, wenn die eigene Begründung die soziale Dimension der Tyrannei einschließt und auf eine bessere und gerechtere soziale Zukunft abzielt.

Aber es gibt schwerwiegende Probleme, die hier zu berücksichtigen sind. Beispielsweise kann die gerechte und soziale Begründung sich selbst »auffressen«, wie dies etwa in der Schreckensherrschaft der Jakobiner in der Französischen Revolution der Fall war. Die Jakobiner begründeten ihre Tyrannei mit den humanistischen Zielen der Revolution, die auf diese Art und Weise erzwungen werden sollten. Die Handlungslogik des Tyrannenmordes begründete Tyrannei. Nach dieser Erfahrung muss sich also die naturrechtliche Begründung der Tat auch auf eine demokratische und soziale Dimension erstrecken: Die bessere und gerechtere Zukunft muss in gemeinsamen Schritten angestrebt werden. Dieser Gedankengang hebt übrigens die Tat Georg Elzers weit über die nationalistischen Attentatsversuche deutscher Militärs im Anblick eines verlorenen Krieges hinaus. Das Attentat muss in der Qualität der Tyrannei, in der Handlung selbst und in der politischen Perspektive moralisch begründet sein. Auch dies hat Schiller³ vor allem im Schauspiel »Die Räuber« aufgezeigt. Ein Attentat ist also nicht durch falsch verstandene Aufklärung und elitäres Sendungsbewusstsein zu begründen, wie dies beispielsweise durch eine »vaterlose«, prinzipiell herrschaftsfreie Gesellschaft gedacht werden könnte, sondern muss sich mit Sinn, Zielsetzung und Form väterlicher Erziehung und gesellschaftlicher Gewalt auseinandersetzen. Attentat und Tyrannenmord sind in der subjektiven Sinngebung orientiert auf eine bessere gesellschaftliche Zukunft.

Nach 1945 tat man sich in Deutschland schwer mit dem historischen Mittel des Tyrannenmordes. Zwar konnte nicht ohne weiteres gegen die Attentatsversuche, die sich gegen Hitler und die nationalsozialistische Schreckensherrschaft richteten, argumentiert werden, doch wurden Begründungen abgelehnt, die auf die besonderen Grausamkeiten des Regimes und eine entsprechende Verantwortung der Bürger rekurrierten.⁴

Dies verweist nicht nur auf die Schwierigkeit der Deutschen mit ihrer Verstrickung in den Nationalsozialismus. Historisch gesehen haben wir es auch mit der Schwierigkeit zu tun, dass die Subjektivität des Attentats als mangelhafte Begründung desselben erscheint. Doch dieser Schein ist bei näherem Hinsehen nicht zu bestätigen. Denn die Begründung des Attentats musste sich zwar auf eine real erfahrbare Qualität der Tyrannei beziehen, doch konnte unter den Bedingungen der Tyrannei keine demokratische und öffentliche Verständigung über die Qualität und die Notwendigkeit ihrer Beseitigung erzielt werden. Dies wiederum führte und führt dazu, dass die verschiedenen Attentatsversuche den früheren oder in der Verfolgung konturierten gesellschaftlich oppositionellen Gruppierungen zugeordnet wurden. Dies waren vor allem die Kommunisten, die wiederum in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft und unter dem Druck der Ost-West-Spaltung schnell zum unerwünschten Beispiel für den Widerstand wurden. Mit dieser Zuordnung wurde das gesamte Muster der Attentatsversuche nicht zu einem bevorzugten Beispiel demokratischer Tradition in Deutschland. Darüber hinaus verblieben für die Zuordnung andere Teile der Arbeiterbewegung, der aufrechten Christen und schließlich sogar jenes Militärs, das massiv zur Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft beigetragen hatte.

Elser jedoch fiel aus dem Raster dieser Zuordnung. Er hatte noch in seinen letzten Tagen im KZ Dachau einem Mithäftling erklärt, den Bombenanschlag ganz allein zu verantworten: »Ich musste das tun, denn Hitler war der Untergang Deutschlands. Nicht, dass Sie glauben, ich bin eingefleischter Kommunist. Ich mag den Ernst Thälmann, aber den Hitler zu beseitigen,

das wurde mir einfach zur fixen Idee. ... Ich bereue nicht, was ich getan habe, es würde ja auch nichts mehr nützen. Ich glaubte, ein gutes Werk zu vollbringen.«

Leider wurde die historische Chance nicht gut genutzt, am Beispiel Georg Elzers die Begründung der Attentate hervorzuheben und politisch zu nutzen, die aus der individuellen bürgerlichen Verantwortung heraus und nicht aus der vorgeformten Gruppenzuordnung entwickelt wurden.⁵

Mit dem subjektiv begründeten Attentat Elzers ist also insgesamt ein Kernproblem angesprochen, das auf den Selbstwert des handelnden Menschen verweist. Dieser Verweis ist in unseren heutigen komplizierten gesellschaftlichen Verhältnissen ebenso schwierig wie bedeutend. Mit dem sukzessiven Verlust traditioneller Bindungen wächst die Eigenverantwortlichkeit des Bürgers, die ein größerer politischer Handlungsspielraum und eine schwere Bürde zugleich sein kann. Die Psychologie hat in vielen Untersuchungen die Beziehungen des Menschen zur eigenen Person und zur Umwelt verfolgt. Das wichtige Konzept dieser Beziehungen wird in Selbstwerttheorien gefasst, die vor allem auf die Sinnhaftigkeit in diesen Beziehungen abheben. Darin tauchen nicht nur die verschiedenen Möglichkeiten auf, in diesen Beziehungen Schwierigkeiten, Verluste oder Brüche zu erfahren und sich hiergegen zu wehren, sondern auch die Stärkungen, die in diesen Beziehungen aufgebaut werden können. Wenn Diskrepanzen zwischen vorgestellter, zukünftiger und sinnvoller Umwelt (auch Gesellschaft), in der der eigene Selbstwert verortet und positiv begründet ist, und erfahrener Realität zu groß werden, kann nicht nur Angst etc., sondern auch befreiende Tat folgen. Daraus folgt die große Bedeutung sinnvoller gesellschaftlicher Entwicklungsvorstellungen und starker eigener Wertvorstellungen. Beides zusammenzubringen und zu entwickeln, mahnt das historische Beispiel der Tat Georg Elzers.

Anmerkungen

- 1 Benjamins Verweis auf das Judentum, das die Verurteilung der Tötung in Notwehr ausdrücklich abweis, hat in der von ihm nicht vorauszuhenden Auseinandersetzung zwischen Israel und Palästina heute eine neue Bedeutung erhalten, was die wechselseitige Legitimation von Anschlägen und Angriffen, auch was die »ungeheuren Fälle« der Verantwortung und schließlich was die politisch sinnvolle Gestaltung der Zukunft anbelangt.
- 2 Im Zentrum begründete Schiller in der Rede des Stauffachers auf der Bergwiese die natürlichen, unveräußerlichen Menschenrechte:

»Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht:
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last - greift er
Hinauf getrost den Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen, unveräußerlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst -
Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht -
Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr
Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben.
Der Güter höchstes dürfen wir verteid'gen

Gegen die Gewalt – Wir stehn vor unser Land,
Wir stehn vor unsre Weiber, unsre Kinder!«

- 3 Schiller schrieb am 13.7.1793 an den Prinzen von Augustenburg: »Der sinnliche Mensch kann nicht tiefer als zum Tier herabstürzen; fällt aber der aufgeklärte, so fällt er bis zum Teuflischen herab, und treibt ein ruchloses Spiel mit dem Heiligsten der Menschheit« (zit. nach D. Borchmeyer 1989). Diese Befürchtung trifft den Täter, wie im Nationalsozialismus schrecklich bewahrheitet, sie trifft aber auch den Attentäter, der seine Tat nach allen Seiten hin moralisch begründen können muss.
- 4 Fünf Jahre nach Kriegsende stellte Theodor W. Adorno ernüchert fest, dass die große Mehrheit der vom Frankfurter Institut für Sozialforschung (Friedrich Pollock) befragten Deutschen nicht mit der Frage nach Schuld und Verantwortung konfrontiert werden wollte und sich eher als Opfer der nationalsozialistischen Verführung sah.
- 5 Insgesamt ist also im vorliegenden Fall eher von der »Einzigartigkeit des Widerstandes« (Klemens von Klemperer) auszugehen und nicht von einer »Repräsentationstheorie des Widerstandes«. Das mag in anderen Fällen des Widerstandes nicht sogleich einleuchtend zu sein. Doch gerade in der Qualität des Attentates liegt die Qualität der Verantwortung, die nicht abgeschoben wurde. Elser sah sich als einzelner Bürger in einer kollektiven Verantwortung für Frieden, Sozialität und Menschlichkeit. In den Zeiten der ungeheuerlichen Angriffe auf diese Grundwerte kann man sich nicht hinter Mitläufern verstecken.

Karen Parschat

Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus – einige Beispiele

Einleitung

Freya von Moltke, die Witwe des im Januar 1945 hingerichteten Regimegegners Helmuth James Graf von Moltke, kritisierte bei der Gedenkveranstaltung anlässlich des 60. Jahrestags des Attentats auf Adolf Hitler in der Berliner St. Matthäus-Kirche am 19. Juli 2004, dass es ihr nach all den Jahren noch immer nicht gelungen sei, als aktives Mitglied des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus anerkannt zu werden. Die Feststellung Freya von Moltkes, die sich gemeinsam mit ihrem Ehemann im *Kreisauer Kreis* engagiert hatte, dass weibliche Regimegegnerschaft in der Widerstandsforschung kaum Beachtung und Anerkennung fand, trifft nicht nur auf die Vertreterinnen des bürgerlichen Widerstandes zu, sondern lässt sich auf den gesamten von Frauen geleisteten Widerstand gegen den Nationalsozialismus und dessen Rezeption nach 1945 übertragen. Obwohl weibliche Regimegegnerschaft bereits mit Etablierung der Frauenforschung in den 1970er Jahren in den Blick der Historiker rückte, blieb eine analytische Einordnung des oppositionellen Handelns von Frauen gegen das NS-Regime bisher weitgehend aus. Wenn überhaupt, wurden sie unter den Widerstand von Männern subsumiert und fanden nur am Rande als »stille Helferinnen«¹ ihrer Ehemänner, Freunde oder Brüder Erwähnung, die in der Illegalität versorgende und unterstützende Tätigkeiten übernahmen. Als eigenständige, aus individuellen Motiven handelnde Gegnerinnen des Nationalsozialismus fanden sie jedoch keine Beachtung.

Bisher gibt es nur wenige systematische Analysen über geschlechtsspezifische Aspekte widerständigen Verhaltens im NS-Regime. Eine Verlaufs- und Gruppenkomparatistik des Widerstandes von Frauen aus unterschiedlichen Milieus, die Untersuchungen über Geschlechterrollen und -beziehungen mit einschließt und nach der Bedeutung des Handelns für den konkreten Widerstandszusammenhang fragt, steht erst in den Anfängen.² Eine Erklärung für die von Claudia Lenz kritisierte »Geschlechterblindheit«³ der Forschung liegt in dem Widerstandsbegriff selbst und seinem inhärenten Politikverständnis. Durch seine Definition als eine »spezifische Form der Auseinandersetzung innerhalb eines Herrschaftsverhältnisses«⁴ ist Widerstand eng mit dem Bereich des Politischen verbunden. Politik und Öffentlichkeit werden jedoch mit Männlichkeit gleichgesetzt, was sich in der bürgerlichen Geschlechterordnung durch die Festschreibung des Tätigkeitsfeldes der Frau auf den privaten, unpolitischen Bereich von Haushalt und Familie manifestierte. Die Vorstellung von der »unpolitischen Frau« beeinflusste nicht nur die nationalsozialistischen Geschlechterbilder, sondern wirkte sich auch auf die (Nicht-)Wahrnehmung weiblicher Regimegegnerschaft in der Widerstandsforschung aus. Ian Kershaw kam daher zu dem Schluss, dass im Dritten Reich »der Dissens der Frauen meistens mit Widerstand oder

politischer Opposition wenig zu tun hatte«.⁵ Ein männlich besetzter Politikbegriff, eine vornehmlich maskuline Repräsentation von Widerstand und das restaurative Klima der Nachkriegszeit machten es zudem vielen Frauen nicht möglich, ihre oppositionelle Tätigkeit gegen das NS-Regime als aktiven und politisch relevanten Teil des Widerstandes wahrzunehmen und zu behaupten.

Ausgehend von der Auffassung Detlef Schmiechen-Ackermanns, dass der von Einzelnen geleistete Widerstand »in seiner gesellschaftlichen Bedeutung [...] erst wahrnehmbar [wird], wenn er in seinem sozialen Kontext betrachtet wird«,⁶ zeigt der Aufsatz am Beispiel von acht Regimegegnerinnen, dass Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus weit mehr waren als nur die »stillen Helferinnen« der Männer. Die aus allen gesellschaftlichen Milieus stammenden Regimegegnerinnen widersetzten sich auf unterschiedliche Weise dem weltanschaulichen Führungsanspruch der Nationalsozialisten. Die unterschiedlichen Handlungsräume, -möglichkeiten und -motive von Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus standen in Zusammenhang mit ihrem sozialen, kulturellen, religiösen und politischen Hintergrund. In ihrer jeweiligen Lebenswelt galten unterschiedliche Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit, die sich auf das Selbstverständnis der Frauen und ihre unterschiedliche Rolle und Stellung im Verhältnis der Geschlechter, der eigenen Familie und in der Gesellschaft auswirkten. Neben Herkunft, Alter und Familienstand beeinflussten wichtige Sozialisationsfaktoren wie Familie und Schule sowie Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Zugehörigkeit zu Jugend- oder Frauengruppen und zu politischen Organisationen die unterschiedlichen Muster widerständigen Verhaltens von Frauen und ihre Möglichkeiten zum oppositionellen Handeln.

Die Regimegegnerinnen Johanna Solf, Maria Gräfin von Maltzan und Marion Gräfin York von Wartenburg stammten aus großbürgerlichen und aristokratischen Gesellschaftskreisen. Dort dominierte ein weibliches Rollenverständnis, welches sich auf Familie und Haushalt konzentrierte und Frauen weitgehend aus dem politisch-öffentlichen Bereich heraushielt.⁷ Dieses Frauenbild war auch prägnant für das katholisch-bürgerliche Milieu, in dem Maria Grollmuß aufwuchs. Cato Bontjes van Beek und Libertas Schulze Boysen, deren weltoffene Geisteshaltung nicht zuletzt durch Auslandsreisen geprägt worden war, ermöglichten ihr bildungsbürgerlicher Hintergrund und ihre Berufstätigkeit eine selbstständigere und unabhängigere Lebensführung. Die Kommunistinnen Charlotte Groß und Judith Auer stammten dagegen aus der Arbeiterschaft. Sie gingen einer ungelerten Erwerbstätigkeit in Betrieben nach und waren in gewerkschaftlichen und politischen Verbänden organisiert.

Johanna Solf

In der Berliner Wohnung von Johanna Solf, der Witwe des 1936 verstorbenen deutschen Botschafters in Tokio, Dr. Wilhelm Solf, trafen sich Kritiker und Gegner des NS-Regimes, die zum Großteil zum diplomatischen Korps des Auswärtigen Amtes gehörten. Den Angehörigen des sogenannten *Solf-Kreises*⁸ ging es in erster Linie um Gespräche und Meinungsaustausch, um



Johanna Solf

sich in Zeiten von Repression und Unterdrückung einer gemeinsamen geistigen, kulturellen und politischen Identität zu versichern.

Durch ihre gesellschaftliche Stellung hatte die 1887 geborene Johanna Solf, Mutter dreier Kinder, viele Verbindungen zu einflussreichen Menschen im In- und Ausland. Diese Kontakte nutzte Johanna Solf, um gemeinsam mit ihrer Tochter, Lagi Gräfin von Ballestrem, Juden und verfolgte Mitbürger zu unterstützen und ihnen bei der Flucht aus Deutschland zu helfen. Unter anderem bemühte sie sich, bei ausländischen Vertretungen Visa zu erwirken und falsche Pässe zu besorgen.

Durch die Einschleusung eines Spitzels bei einer Teegesellschaft von Elisabeth von Thadden am 10. September 1943 wurde der Solf-Kreis von der Gestapo aufgelöst. Johanna Solf und ihre Tochter Lagi Gräfin von Ballestrem wurden im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück interniert. In der Haft und bei den Verhören waren sie physischer und psychischer Folter ausgesetzt. Die Anklageschrift, die Johanna Solf die Propagierung des gewaltsamen Sturzes des Regimes vorwarf, lautete auf Hochverrat, Wehrkraftzersetzung, Feindbegünstigung und Defätismus. Da sie bei der Teegesellschaft geäußert haben soll, dass Hitler nach seiner Verhaftung an die Wand gestellt werden sollte, kam für sie auch die Todesstrafe in Betracht.⁹ Die für den 8. Februar 1945 terminierte Hauptverhandlung gegen Johanna Solf vor dem Volksgerichtshof fand zu ihrem Glück aufgrund des Todes des vorsitzenden Richters Roland Freisler, der zuvor schon die Attentäter vom 20. Juli 1944 hatte hinrichten lassen, nicht mehr statt.

Johanna Solf starb am 4. November 1954 in Starnberg.¹⁰

Marion Gräfin Yorck von Wartenburg

Am 14. Juni 2004 feierte Marion Gräfin Yorck von Wartenburg in Berlin ihren 100. Geburtstag. Gemeinsam mit ihrem Mann Peter Yorck von Wartenburg und Freya von Moltke hatte sie an den Besprechungen des Kreisauer Kreises teilgenommen.

Geboren wurde sie 1904 als Marion Winter in Berlin. Auf dem Grunewald-Gymnasium war sie die Klassenkameradin des später hingerichteten Regimegegners Dietrich Bonhoeffer. Nach dem Abitur studierte sie Jura und war dabei nicht selten die einzige Frau in den juristischen Seminaren. Ihre Hochschulausbildung schloss sie 1929 mit der Promotion an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität ab. Am 31. Mai 1930 heiratete sie den Juristen Peter Yorck von Wartenburg.

Nach der Machtübernahme Adolf Hitlers begann sich das zuvor eher unpolitische Paar gegen den Nationalsozialismus zu engagieren. Ihr Haus in der Berliner Hortensienstraße wurde ab Januar 1940 zum ständigen Treffpunkt einer Gruppe von Regimegegnern, die sich um Peter Yorck von Wartenburg und Helmuth James von Moltke formierte. Der als *Kreisauer Kreis* bekannt gewordene Widerstandsverbund erhielt seinen Namen vom Gut Kreisau der Familie Moltke im niederschlesischen Kreis Schweidnitz, wo sich die



Marion Gräfin Yorck von Wartenburg

Regimegegner zu drei größeren Tagungen in den Jahren 1942 und 1943 getroffen hatten. In kleinen Arbeitskreisen diskutierten die Mitglieder über die Neuordnung Deutschlands nach dem Sturz des NS-Regimes. Ziel des Kreisauer Kreises war die Wiederherstellung eines humanen Rechtsstaats, der nach der Bestrafung der nationalsozialistischen Verbrecher mit einer demokratischen Verfassung neu aufgebaut werden sollte. Zur Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes oder zum Attentat auf Hitler fühlten sich die Kreisauer nicht berufen. Den Weg für die Reformpläne sollte die Militäropposition des 20. Juli 1944 frei machen, zu der wie auch zu anderen Widerstandskreisen Verbindungen unterhalten wurden.¹¹

Über ihre Rolle im Widerstand des Kreisauer Kreises berichtete Marion von Wartenburg in ihren Erinnerungen:

»Wir Frauen haben bei alldem nicht abseits gestanden. Peter hat nie etwas vor mir verheimlicht. [...] Er sagte mir eigentlich alles. Und auch an diesen Beratungen [denen des Kreisauer Kreises, K.P.] habe ich immer, wenn ich in Berlin war, teilgenommen. Ich habe den Männern oft gekocht und gehörte dazu. Ich mußte auch Nachrichten überbringen, mehrmals zu Leber¹² [...]. Ich habe überhaupt das Gefühl, daß Peter und Helmuth [...] und all die anderen alles, was sie getan haben, nicht ohne ihre Frauen hätten tun können.«¹³

Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, über das Marion informiert war, wurde ihr Mann am 8. August 1944 hingerichtet. Die kinderlos gebliebene Witwe wurde zwei Tage später, wie viele andere Ehefrauen und Familienmitglieder der Verschwörer auch, in Sippenhaft genommen und für drei Monate inhaftiert.

Nach dem Krieg war Marion von Wartenburg seit 1946 im Auftrag der Alliierten als Strafrichterin tätig. 1952 wurde sie – als erste Frau in Deutschland – Landgerichtsdirektorin und leitete 17 Jahre lang die 9. Große Strafkammer des Landgerichts Berlin. Obwohl sie jahrzehntelang mit ihrem Lebensgefährten Ulrich Biel zusammenlebte, hat sie nie wieder geheiratet.

Maria Gräfin von Maltzan

Die unkonventionelle Maria Gräfin von Maltzan, Freiin zu Wartenberg und Penzlin, wurde 1909 auf Schloss Militsch in Niederschlesien nahe Breslau geboren. Gegen den Willen ihrer Mutter, ihr Vater war bereits 1921 gestorben, erwarb sie 1928 das Abitur. An ihre Promotion in Naturwissenschaften 1933 schloss sie 1940 ein dreijähriges Studium der Veterinärmedizin an. 1934 unternahm sie in Eigenregie eine fünfmonatige Reise nach Afrika. Zwei Jahre später heiratete sie den Kabarettisten Walter Hillbring, jedoch scheiterte die Ehe bereits nach kurzer Zeit.

Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus arbeitete Maria von Maltzan mit unterschiedlichsten politischen und religiösen Kreisen zusammen. Für den Jesuitenpater Friedrich Muckermann tippte sie illegale Informationen und schmuggelte sie von München nach Innsbruck. Außerdem hatte sie Kontakt zu verschiedenen kommunistischen und bürgerli-



Maria Gräfin von Maltzan

chen Widerstandskreisen, unter anderem zum Solf-Kreis. Aus religiösen und politischen Gründen untergetauchte Personen beherbergte die Regimegegnerin in ihrer Wohnung und half ihnen bei der Flucht aus Deutschland, indem sie für sie Ausweispapiere fälschte. Als die Ausreisebedingungen immer schwieriger wurden, brachte die engagierte Frau nachts als sogenannte »Schwarze Schwimmerin« Flüchtlinge über den Bodensee an das schweizerische Ufer. Über eine ihrer Rettungsaktionen – insgesamt brachte Maria von Maltzan über 60 Personen außer Landes – berichtet sie in ihren Erinnerungen:

»Als ich nachts mit zwei Freigekauften unterwegs war, die mir unauffällig in einigem Abstand folgten, so, als ob wir nicht zusammengehörten, wurde ich von den Gestapoleuten angerufen und aufgefordert, stehenzubleiben. Da ich keine Schrecksekunde kenne, habe ich sofort ein Ablenkungsmanöver inszeniert, während meine ›Politischen‹ das einzig Richtige taten und einfach ruhig weitergingen. Ich kletterte über eine Mauer, und die Gestapoleute schossen hinter mir her, was mir den bereits erwähnten Streifschuß eintrug, und machten sich an meine Verfolgung. Auch wenn es vielleicht merkwürdig klingen mag, Angst habe ich dabei nicht gehabt, sondern nur das Gefühl: Schießen sie dich tot, stirbst du für eine gute Sache; schießen sie dich nicht tot, kannst du noch weiteren Menschen helfen.«¹⁴

Trotz mehrmaliger Festnahmen und zahlreicher Verhöre durch Gestapobeamte konnte Maria von Maltzan einer längeren Inhaftierung und einem Gerichtsverfahren wegen Hochverrats entgehen.

Nach Kriegsende heiratete Maria von Maltzan den jüdischen Schriftsteller Hans Hirschel, den sie während des Krieges jahrelang in ihrer Wohnung versteckt hatte. Allerdings scheiterte auch diese Ehe. Durch gesundheitliche Probleme und wegen Drogenmissbrauchs verlor Maria von Maltzan vorübergehend ihre Zulassung als Tierärztin und musste ihre Praxis aufgeben. 1972 heirateten sie und Hans Hirschel erneut. Der Tod ihres Mannes und finanzielle Probleme zwangen die Tierärztin 1975, Berlin für einige Zeit zu verlassen. Nach ihrer Rückkehr eröffnete sie eine Praxis in Berlin-Kreuzberg.

Maria Gräfin von Maltzan starb am 12. November 1997 in Berlin. Sie wird in Israel als »Gerechte unter den Völkern« geehrt.

Maria Grollmuß

Im Gegensatz zu Maria Gräfin von Maltzan überlebte die katholische Publizistin und sozialistische Widerstandskämpferin Maria Grollmuß das Kriegsende nicht. Geboren wurde Maria Karoline Elisabeth Grollmuß 1896 in Leipzig, wo ihr Vater Direktor der ersten katholischen Bürgerschule war. Nach einer kurzen Tätigkeit als Volksschullehrerin begann sie 1920 ein Studium der Geschichte und Soziologie in Leipzig. Zeitgleich trat sie in den sozialistischen Studentenbund ein, blieb als gläubige Katholikin aber auch der christlichen Jugendbewegung verbunden.

Ostern 1925 trat die junge Frau eine Stelle am Liebfrauen-Lyzeum in Offenburg an. Bereits ein Jahr später wechselte sie nach Frankfurt am Main, um als Journalistin für die linkskatholische



Maria Grollmuß

»Rhein-Mainsche Volkszeitung«, später auch für die »Deutsche Republik« zu arbeiten. 1929 wurde ihr für ihre Dissertation zum Thema »Joseph Görres und die junge Demokratie« der Dokortitel verliehen. Nach ihrem Umzug nach Berlin wurde Maria Grollmuß nach verschiedenen Anstellungen arbeitslos. Ihr politisches Engagement für die SPD beendete die sozial engagierte Katholikin nach vierjähriger Mitgliedschaft und schloss sich 1932 der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), einer Abspaltung der SPD, an. Zudem unterhielt sie Verbindungen zu christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Kreisen.

Nach der Machtübernahme Adolf Hitlers zog Maria Grollmuß nach Radibor bei Bautzen, wo ihre Familie ein Sommerhaus besaß. Von dort aus übernahm sie Kurierfahrten nach Prag zu Max Seydewitz, dem führenden Kopf der von den Nationalsozialisten verbotenen SAP, in dessen »Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten« sie illegale politische Arbeit leistete. Zweien seiner Söhne verhalf sie zur Flucht in die Tschechoslowakei, und sie sammelte Geld zur Unterstützung von Familien inhaftierter Regimegegner. Zusammen mit ihrem Studienfreund Hermann Reinmuth und Max Seydewitz plante sie die Herausgabe der illegalen Zeitschrift »Rote Blätter«.

Am 7. November 1934 wurde Maria Grollmuß von der Gestapo verhaftet und 1935 vom Volksgerichtshof zu sechs Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, die sie im sächsischen Waldheim absaß. Im Januar 1941 wurde sie als politischer Häftling in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gebracht. Nach einer schweren Operation starb die an Krebs erkrankte Regimegegnerin Maria Grollmuß am 6. August 1944 in Ravensbrück.¹⁵

Libertas Schulze-Boysen

Libertas Schulze-Boysen und Cato Bontjes van Beek gehörten zu den rund 35 Frauen, die sich in der *Roten Kapelle*¹⁶ gegen das Hitlerregime engagierten. In dem Berliner Widerstandsverbund um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen kamen rund 150 Männer und Frauen aus verschiedenen Generationen und mit unterschiedlichen sozialen, politischen und weltanschaulichen Hintergründen zusammen. Die Regimegegner analysierten die soziale, politische und wirtschaftliche Lage des NS-Staates, dokumentierten die Verbrechen der Nationalsozialisten und wandten sich mit Flugblättern und illegalen Schriften an die Öffentlichkeit. Außerdem leistete die Gruppe humanitäre Hilfe für vom Regime Verfolgte und Unterdrückte, indem sie Lebensmittelkarten sammelte, Unterkunft gewährte oder Fluchthilfe organisierte.



Libertas Schulze-Boysen

Libertas Haas-Heye wurde am 20. November 1913 in Paris als Tochter des Kunstprofessors Otto Haas-Heye und der Gräfin Victoria zu Eulenburg und Hertefeld im brandenburgischen Liebenberg geboren. Nach dem Abitur an einem Züricher Mädchenlyzeum und Aufenthalt in Großbritannien und Frankreich wurde sie 1933 in der Berliner Niederlassung der Filmgesellschaft Metro-Goldwyn-Mayer als Pressereferentin eingestellt. 1934 machte sie die Bekanntschaft mit Harro Schulze-Boysen, den sie zwei Jahre später auf Schloss Liebenberg heiratete.

Unter seinem Einfluss verließ sie Anfang 1937 die NSDAP, der sie seit März 1933 als Mitglied angehört hatte.

Zusammen mit ihrem Mann Harro, der als Oberleutnant im Luftwaffenführungsstab der Wehrmacht an militärische Informationen gelangte, suchte Libertas Schulze-Boysen nach gleichgesinnten Gegnern des NS-Regimes. Im Rahmen ihrer Anstellung bei der Deutschen Kulturfilmzentrale des Reichspropagandaministeriums sammelte die lebenslustige Frau illegale Dokumente über die Verbrechen der Nationalsozialisten, deren Inhalte zum Teil über die Flugblätter des Widerstandsverbundes verbreitet wurden. Mit dem Ziel der Beendigung des Krieges war Libertas außerdem an dem Versuch der Roten Kapelle beteiligt, einen Informationsaustausch mit der sowjetischen Seite aufzubauen.

Nach Aufdeckung der Widerstandsgruppe im August 1942 wurde Libertas Schulze-Boysen vor dem Reichskriegsgericht angeklagt und am 22. Dezember 1942, am selben Tag wie ihr Ehemann, in der Haftanstalt Berlin-Plötzensee hingerichtet.¹⁷

In der Haft verfasste sie ein letztes Gedicht an Harro:

»Du bist mir lieber als das Leben
Ich zahle mit dem höchsten Preis
Mehr habe ich ja nicht zu geben
Nun hast Du den Beweis
Wir brauchen uns nie mehr zu trennen
Wie ist das gross und schön
Wir wollen stolz es Freiheit nennen
Der Geist wird fortbesteh'n!«¹⁸

Cato Bontjes van Beek

Im Herbst 1941 lernte die junge Cato in der Berliner Töpferwerkstatt ihres Vaters Libertas Schulze-Boysen kennen, die sie in den Widerstandskreis um ihren Mann Harro einführte. In der Roten Kapelle beteiligte sie sich an der Herstellung von Flugblättern zur Aufklärung der Bevölkerung über die Verbrechen der Nationalsozialisten. Nach dem Bruch mit der Gruppe um Schulze-Boysens setzte Cato zusammen mit ihrem Freund Heinz Strelow ihre oppositionellen Tätigkeiten fort und verbreitete eigenständig illegale Schriften, die zum Widerstand gegen Hitler aufriefen.

Die antinationalsozialistische Haltung der bei ihrer Hinrichtung am 5. August 1943 erst 23-jährigen Frau hatte ihren Ursprung in dem künstlerischen und geistigen Umfeld ihrer Familie. Cato wurde am 14. November 1920 in Bremen als Tochter des Keramikers Jan Bontjes van Beek und der Tänzerin und Malerin Olga, geb. Breling, geboren. Ihre Kindheit und Jugend verbrachte sie in der Künstlerkolonie Fischerhude bei Bremen. Seit 1940 lebte sie bei ihrem Vater in Berlin.



Cato Bontjes van Beek

Den späteren Bundestagsabgeordneten Wilhelm Königswarter, der zusammen mit Cato Bontjes van Beek einer politischen Diskussion eines Berliner Freundeskreises beiwohnte, beeindruckte die Entschlossenheit, mit der sich die junge Frau gegen das NS-Regime richtete:

»Bei den politischen Diskussionen, deren Charakter durch unsere gemeinsame unbedingte Ablehnung des Hitlerregimes bestimmt war, fiel mir auf, mit welcher Klarheit sie [Cato Bontjes van Beek, K.P.] die Mißstände des Nationalsozialismus durchschaute. [...] Sie warf uns Älteren sogar vor, daß wir politisch redeten, aber nichts zur Beseitigung des Regimes unternahmen.«¹⁹

Cato Bontjes van Beeks Handlungsbereitschaft gegen das Regime basierte auf ihrer Liebe zum Menschen und zum Leben. Daran hielt sie auch in der Todeszelle fest:

»Ich bin so sehr vom Leben überzeugt, ich liebe die Menschen so unendlich, daß ich gar nicht daran glaube, daß es wahr wird [bezogen auf ihre Hinrichtung, K.P.]. Von dieser Liebe zu den Menschen habe ich auch in meinem Schlußwort [vor den Richtern des Reichskriegsgerichts, K.P.] gesprochen. Es war mir auch nie zuvor klar, wie ich Deutschland liebe. Ich bin kein politischer Mensch, ich will nur eins sein und das ist ein MENSCH.«²⁰

Judith Auer

Mit ca. 500 Personen gehörte die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe zu den wichtigsten und größten kommunistischen Widerstandsgruppen im Dritten Reich. Seit 1943 hatten Anton Saefkow und Franz Jacob ein Netz von illegalen Widerstandszellen in einer Reihe von Berliner Großbetrieben geschaffen, durch die vor allem die Sabotage der Rüstungsproduktion propagiert wurde. Für die illegale Tätigkeit hatte die Gruppe eine arbeitsteilige Infrastruktur zur Herstellung und Verbreitung von Flugblättern, zur Bereitstellung von illegalen Quartieren und Lebensmitteln für Untergetauchte, zur Sicherung von Aktionen und Treffs sowie zur Beschaffung von falschen Papieren aufgebaut. Durch die Denunziation eines Spitzels deckte die Gestapo Anfang Juli 1944 den Verbund auf. Von den rund 280 verhafteten Mitgliedern wurden bis Kriegsende über 71 hingerichtet, darunter drei Frauen: Auguste Haase, Elli Voigt und Judith Auer.



Judith Auer

Als Tochter des freien Schriftstellers Franz Vallentin und seiner Frau Margarete wurde Judith Auer am 19. September 1905 in Zürich geboren. Nach dem Tod ihrer Eltern 1918 wurde die Vollwaise von einer vermögenden jüdischen Familie erzogen und galt damit nach den Nürnberger Gesetzen vom 15. September 1935 als Halbjüdin. Nach dem Abitur 1922 begann sie ein Musikstudium in Berlin und Leipzig, um Pianistin zu werden. Bereits 1924 war Judith Auer in den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) eingetreten und wurde sechs Jahre später Mitglied der KPD. Im Jahr 1926 heiratete sie den Kommunisten Erich Auer, Schriftleiter der Zeitung »Betrieb und Gewerkschaft«, und siedelte mit ihm nach Berlin über. Um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen, gab sie ihr Studium auf und arbeitete ab 1937 als Stenotypistin, später als Einkäuferin im Kabelwerk

Oberspree der AEG. Trotz der Geburt der gemeinsamen Tochter Ruth 1929 scheiterte die Ehe zehn Jahre später.

In der von Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein geleiteten Widerstandsorganisation war sie unter dem Decknamen »Suse« an zentraler Stelle tätig. Sie verwaltete Geld und Lebensmittelmarken für untergetauchte Regimegegner und gab ihnen Quartier. Außerdem stellte sie ihr Haus für Leitungssitzungen der Widerstandsgruppe und zur Herstellung von Flugschriften zur Verfügung. Im März 1944 übernahm sie Kurierfahrten nach Jena und übergab Flugblätter an dortige Regimegegner. Dienstreisen für die AEG nutzte sie, um Verbindungen zu Widerstandskreisen in Sachsen und Thüringen herzustellen.

Am 7. Juli 1944 wurde Judith Auer in Berlin festgenommen. In stundenlangen Verhören versuchten die Gestapobeamten, durch körperliche Misshandlungen Aussagen von Judith Auer zu erpressen. Die Verhandlung vor dem Volksgerichtshof im September 1944 endete für Judith Auer mit der Todesstrafe. Am 27. Oktober 1944 wurde sie in der Haftanstalt Berlin-Plötzensee hingerichtet.²¹

Charlotte Groß

Auch für Charlotte Groß hatte der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof die Todesstrafe verlangt. In der Hauptverhandlung gelang es ihr jedoch, ihre Widerstandsaktivitäten auf privat-freundschaftliche und nicht politische Motive zurückzuführen. Indem sie den Richtern erklärte, dass sie »die soziale Stellung der Frau im NS-Staat befriedige und sie mit den neuen Verhältnissen ausgesöhnt«²² sei, konnte die Kommunistin der Todesstrafe entgehen und wurde »nur« zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Charlotte Behr wurde am 6. März 1905 in Samter (Posen) als Tochter eines Tischlermeisters geboren. Bereits mit 20 Jahren engagierte sie sich in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Internationalen Arbeiterhilfe. Als Betriebsrätin in einem Berliner Metallbetrieb organisierte die ungelernete Arbeiterin Aktionen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen und verteilte Flugblätter, die zu Demonstrationen aufriefen. Als Mitglied des Roten Frauen- und Mädchenbundes und der KPD übernahm sie in Essen die Leitung der kommunistischen Frauenorganisation.

Nach der Trennung von ihrem Verlobten Otto Wahls, einem kommunistischen Redakteur, ließ sie sich in Hamburg nieder, wo sie als Fabrikarbeiterin tätig war. 1935 brachte sie nach kurzer Beziehung mit dem später nach Amerika ausgewanderten Walter Bechert ihre Tochter Vera zur Welt. Ein Jahr später lernte sie den Arbeiter Walter Groß kennen. Die Heirat mit dem 1944 an der Ostfront gefallenen Kommunisten fand zwei Jahre später statt.

Bereits kurz nach der Machtübernahme Adolf Hitlers beteiligte sich Charlotte Groß am Widerstand gegen den Nationalsozialismus und wurde seit 1935 fünf Mal von der Gestapo



Charlotte Groß

verhaftet und kurzzeitig in sogenannte Schutzhaft genommen. Im Januar 1937 wurde die schwangere Charlotte Groß für zwei Jahre und drei Monate im Frauenkonzentrationslager Lichtenburg interniert. Dort brachte sie ihren Sohn zur Welt, den sie nach dem 1936 in Hamburg hingerichteten Kommunisten Etkar André benannte. Aufgrund ihrer Bekanntschaft sowohl mit Anton Saefkow als auch mit Franz Jacob, dessen Flucht von Hamburg nach Berlin sie mitorganisierte, stellte sie im Oktober 1942 die Verbindung zwischen den beiden Regimegegnern her, die zum Aufbau einer der größten Widerstandsorganisationen im Reich führte. Als Kurierin von politischen Schriften übernahm sie den Informationsaustausch zwischen den Widerstandsgruppen in Berlin und Hamburg.

Im Juli 1944 wurde Charlotte Groß in Thüringen verhaftet. Auch von ihr versuchten die verhörenden Beamten durch Folter mittels Fingerquetschung Aussagen zu erpressen.

»Ich war, nachdem ich in Hamburg die letzten Flugblätter abgeliefert hatte, in Urlaub nach Thüringen gefahren. Es war der 6. Juli 1944 – ein herrlicher Sommertag. [...] Obwohl ich immer damit gerechnet hatte, daß mich die Gestapo eines Tages wieder holen könnte, traf es mich hart, als diesmal SS-Männer in ihren schwarzen Uniformen kamen, um mich abzuführen. Wohin würden sie mich bringen? Wir – d.h. meine Genossen – waren so guter Hoffnung, daß dieser Krieg bald zu Ende ging. [...] Jetzt saß ich im Gefängnis der Gestapo in Berlin-Potsdam. Die Folterungen, mit denen sie versuchten, aus mir herauszupressen, wo die Flugblätter seien, rissen mich zurück in die Wirklichkeit der Nazityrannei. Von mir würden sie nichts erfahren. [...] Manchmal glaubte ich, das Schlimmste läge hinter mir. Doch es wurde noch schlimmer, hier in diesem schrecklichen Gefängnis, in dem es zu viele Wanzen und wenig zu essen gab. Drei Frauen wurden in eine kleine Einzelzelle gesperrt. Die Verhöre wurden vor allem nachts durchgeführt. Ständig lauschten wir, wenn die schweren Stiefel der SS näher kamen, vor welcher Zellentür sie wohl Halt machten. [...] Nach dreieinhalb Wochen wurde ich zum ersten Verhör geholt – es endete mit Schlägen und Fingerquetschungen.«²³

Nach der Befreiung aus dem Zuchthaus kehrte die Regimegegnerin im Sommer 1945 zu ihren beiden Kindern nach Hamburg zurück. Ihr politisches Engagement für den Kommunismus setzte sie nach dem Verbot der KPD 1956 in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) fort. Als Vorsitzende der Vereinigten Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten – Bund der Antifaschisten Hamburg setzte sie sich für die Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen für ehemalige Regimegegner ein.

Charlotte Groß starb 1999 in Hamburg.

Anmerkungen

- 1 Florence Hervé, »Wir fühlten uns frei«. Deutsche und französische Frauen im Widerstand. Essen 1997, S. 81.
- 2 Einen Ansatz lieferte der Sammelband Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, hrsg. von Christl Wickert. Berlin 1995.
- 3 Claudia Lenz, Flintenweiber? Patriotische Mütter! Geschlechtergrenzgänge in den Repräsentationen des Widerstandes am Beispiel der deutschen Besetzung Norwegens 1940–45, in: Geschlechtergeschichte des Politischen. Entwürfe von Geschlecht und Gemeinschaft im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Gabriele Boukrif u.a., Münster 2002, S. 175–204, hier S. 192.

- 4 Peter Hüttenberger, Vorüberlegungen zum »Widerstandsbegriff«, in: Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion, hrsg. von Jürgen Kocka. Göttingen 1977, S. 117–139, hier S. 122.
- 5 Ian Kershaw, »Widerstand ohne Volk?«. Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hrsg. von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach. München/Zürich 1985, S. 779–798, hier S. 789.
- 6 Detlef Schmiechen-Ackermann, Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland, in: Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, hrsg. von Detlef Schmiechen-Ackermann. Berlin 1997, S. 13–29, hier S. 23.
- 7 Siehe das Gespräch zwischen Freya Gräfin von Moltke und Dorothee von Meding, in: Dorothee von Meding, Mit dem Mut des Herzens. Die Frauen des 20. Juli. Berlin 1992, S. 130.
- 8 Siehe Wolfgang Benz, Widerstand traditioneller Eliten. Der Solf-Kreis, in: Deutscher Widerstand 1933–1945. Bonn 1994, S. 32.
- 9 Irmgard von der Lühe, Eine Frau im Widerstand: Elisabeth von Thadden und das Dritte Reich. Freiburg im Breisgau 1980, S. 81.
- 10 Zur Biografie von Johanna Solf siehe Martha Schad, Frauen gegen Hitler. Schicksale im Nationalsozialismus. München 2001, S. 169–199.
- 11 Siehe auch Günter Brakelmann, Der Kreisauer Kreis. Chronologie, Kurzbiographien und Texte aus dem Widerstand. Münster 2003.
- 12 Julius Leber (1891–1945), ehemalige Reichstagsabgeordneter der SPD, war nach erfolgreichem Attentat als Innenminister der neu zu schaffenden Regierung vorgesehen.
- 13 Marion von Wartenburg, Die Stärke der Stille. Erzählung eines Lebens aus dem Widerstand. Köln 1985, S. 64.
- 14 Maria Gräfin von Maltzan, Schläge die Trommel und fürchte dich nicht. Erinnerungen. München 2003.
- 15 Zur Biografie von Maria Grollmuß siehe Maria Kubasch, Sterne über dem Abgrund. Das Leben von Maria Grollmuß. Bautzen 1961; und Maria Grollmuß, Briefe nach Radibor, hrsg. von Anne Mohr und Elisabeth Prégardier. Annweiler 2000.
- 16 Eine ausführliche Darstellung des Verbundes liefert der Sammelband Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hrsg. von Hans Coppi, Jürgen Danyel und Johannes Tuchel. Berlin 1994.
- 17 Biografische Angaben entnommen aus: Regina Griebel/Marlies Coburger/Heinrich Scheel, Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Foto-Dokumentation. Halle an der Saale 1992, S. 11 und 12.
- 18 Abgedruckt in Helmut Meyer, Von der Hohen Promenade zur ›Roten Kapelle‹. Der Weg der Libertas Haas-Heye (Schulze-Boysen) in den antinationalsozialistischen Widerstand. Zürich 2000, S. 5.
- 19 Zitiert nach Heidelore Kluge, Cato Bontjes van Beek. »Ich will nur eins sein, und das ist ein Mensch«. Das kurze Leben einer Widerstandskämpferin 1920–1943. Stuttgart 1994, S. 62.
- 20 Abschiedsbrief Cato Bontjes van Beeks an Rainer Küchenmeister, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BArch), DY55/V278/6/75, Blatt 2.
- 21 Ursel Hochmuth, Illegale KPD und Bewegung »Freies Deutschland« in Berlin-Brandenburg 1942–1945. Biographien und Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein. Berlin 1998, S. 110 f.
- 22 Urteil gegen Charlotte Groß vom 20.9.1944, 1 H 231/44; 8 J 180/44, Bundesarchiv Berlin, Akten der Nazi-Justiz, NJ 1549, Bl. 9.
- 23 Zitiert nach Gerda Zorn, Aus dem Leben der Charlotte Groß, in: Frauen gegen Hitler. Berichte aus dem Widerstand 1933–1945, hrsg. von Gerda Zorn und Gertrud Meyer. Frankfurt am Main 1974, S. 11–23, hier S. 20 f.

Kurt Pätzold

Georg Elser – ein deutscher Charakter?

Der Zufall wollte es, dass am Tage, da mir aus Bremen elektronisch die Einladung zukam, mich an einer Publikation, die dem Gedenken und Verdienst des Georg Elser gewidmet ist, mit Gedanken zum »deutschen Charakter« zu beteiligen, mir die traditionelle Post ein Buch ins Haus lieferte, das einen ungleich längeren Weg hinter sich hatte. Es kam aus dem russischen Samara. Sein Titel: The Road from Grodno. Es enthält die Lebenserinnerungen von Daniel Klowski, der als Professor für Physik in der Stadt und deren Universität gewirkt hatte, als diese über Jahrzehnte Kuibyschew hieß. Vor zwei Jahren ist er dort verstorben. Kennen gelernt hatten wir einander in Thüringen. In einer Internatsschule auf den Höhen des Thüringer Waldes teilten wir als deren Schüler im Winter 1945/1946 ein Zimmer. Für Daniel war es der erste Winter, den er wieder in Freiheit erlebte. Er war und blieb wohl der Schüler mit den grausigsten Lebenserfahrungen, der je diese Anstalt besuchte, die in diesem Jahre 2006 ihren hundertsten Geburtstag hätte begehen können, doch hat sie die Wende des Jahres 1990 nicht überstanden.

Was hätte mir Daniel auf die Frage nach dem »deutschen Charakter« damals geantwortet? Nachdem er von Deutschen aus seiner Heimatstadt Grodno deportiert worden war, mit dem Vater, der Mutter, den jüngeren Geschwistern. Halte dich an den Vater, hatte ihm, ihrem Ältesten, die Mutter geraten, als sie getrennt wurden. Sie und seine Geschwister sah er nie wieder. So hatte seine Bekanntschaft mit den Deutschen begonnen. Hätte er mir von diesen erzählt und den anderen, denen er in der Uniform der SS in Stutthof, dann in Auschwitz, zuletzt in Buchenwald begegnet war, den Menschenhändlern und Massenmördern? Ich bin ziemlich sicher, dass er mir auf meine Frage eine andere Geschichte erzählt haben würde. Die des deutschen Stefan Heymann, eines Mannes, der aus einer jüdischen bürgerlichen Familie in Mannheim stammte. Er war in den Ersten Weltkrieg gezogen wie viele seinesgleichen. Er überlebte ihn, zuletzt bei der Fliegertruppe, hoch dekoriert, aber mit einer Erfahrung, die ihn am Beginn der zwanziger Jahre in die Reihen der Kommunisten führte. Nach 1933 hatte er sich nur wenige Monate auf freiem Fuß befunden. Stefan Heymann, in Auschwitz in einem Krankenrevier tätig, hatte den vom Tode gezeichneten und für die Gaskammer bestimmten Daniel durch Inspektionen und Selektionen geschmuggelt. In Buchenwald erlebten beide die Stunde der Befreiung. Von diesem rettenden Aufeinandertreffen hätte mir Daniel vermutlich erzählt und daran die Bemerkung geschlossen: »Da, Kurt, hast du deinen deutschen Charakter.« So hat er seine Geschichte in den frühen achtziger Jahren den Schülern einer allgemeinbildenden Schule in einem Orte in Thüringen erzählt, als diese den Namen Stefan Heymann annahm, des Mannes, der Daniel nach seinem leiblichen als sein »zweiter Vater« galt. Sie hat diesen Namen übrigens in das einheitliche Deutschland nicht mit hinübergenommen.

So also wäre unsere Unterhaltung verlaufen, ohne ethnische, historische, philosophische und sonstige Gedankenflüge und ohne Weitschweifigkeit. Damals im ersten Winter »nach Auschwitz«. Wer und was »die Deutschen« seien, das war für Millionen Europäer eine ausge-

machte Sache. Sie bezogen ihre Erfahrungen aus dem Einfall der Wehrmacht in ihre Länder, in die Städte und Dörfer, aus den Verschleppungen der Menschen und deren Auslieferung an Hunger, Kälte und an Zwangsarbeit, aus der Zerstörung ihrer Behausungen, dem Raub ihres Viehs, der Plünderung ihrer Produktionsmittel. »Die Deutschen« – das war weithin ein Gleichwort für die Faschisten, und Faschisten war ein Synonym für Barbaren. Nicht für alle, die mit ihnen Bekanntschaft machten. Denn die Bekanntschaften waren nicht identisch. Da gab es die zu den griechischen und jugoslawischen Partisanen Übergelaufenen, die mit der französischen Résistance Kooperierenden oder in deren Reihen Kämpfenden, die Deutschen in der Uniform der sowjetischen Soldaten. Das war ein Glück für den »großen Haufen«. Es gab Anstöße und Gründe, unter den Besiegten zu differenzieren.

Das begann schon im Moment des Einmarsches der Alliierten. Und es wurde programmatisch wahrnehmbar, eben trennen uns von dem Ereignis sechzig Jahre, in den Monaten der Verhandlungen des Nürnberger Internationalen Militärtribunals. Schon in seiner denkwürdigen Eröffnungsrede hatte der Chefankläger der USA, Robert Jackson, klargestellt, dass vor diesem Gericht nicht das deutsche Volk angeklagt werde. Wenngleich auch er wusste: »Tausend kleine Führer diktierten, tausend Nachahmer Görings stolzierten umher, tausend Schirachs hetzten die Jugend auf, tausend Sauckels ließen Sklaven arbeiten, tausend Streichers und Rosenbergs schürten den Hass, tausend Kaltenbrunners und Franks folterten und töteten, tausend Schachts, Speers und Funks verwalteten, unterstützten und finanzierten die Bewegung.«

Doch das erklärte der Jurist und vormalige Justizminister der USA nicht mit Charaktereigenschaften der Deutschen, sondern aus deren Geschichte, namentlich den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, in denen soziale und nationale Existenzbedingungen entstanden waren, die den Demagogen um Hitler einen idealen Boden für ihre Tätigkeit und ihre Erfolge bereitet hatten. Auch die durch das Gericht erfolgte Erklärung von Naziorganisationen, die Zehn- und Hunderttausende von Mitgliedern besessen hatten, als verbrecherische Zusammenschlüsse vermied über diese Einzelnen jedes generalisierende Urteil. In Nürnberg wurde demonstrativ die »Einzelfallprüfung« praktiziert und sie geschah beispielhaft und mit der Forderung der Nachahmung. Die Distanzierung von jeder Version einer Kollektivschuld-These und von der Charakterisierung des verbrecherischen Geschehens als aus einem Nationalcharakter hervorgegangen wurde nicht zuletzt daran deutlich, dass die Richter das Recht, das sie sprachen und auch neu setzten, weltweit als eine Warnung an alle verstanden, womit doch gesagt war, das niemand prinzipiell – etwa durch seine nationale Zugehörigkeit – dagegen gefeit (oder auch dazu verurteilt) sei, die Erbschaft der deutschen Faschisten anzutreten. Es wäre den Richtern der vier Mächte und ebenso wenig deren Anklägern nicht eingefallen, von den Deutschen, wenngleich ihnen auch deren Elend bewusst war, als von einem Volk der Opfer, aber auch nicht als von einem Volk der Mörder zu sprechen, wiewohl ihnen wie niemandem zuvor die Masse der begangenen Verbrechen vor Augen stand.

Man musste weder ein Anhänger der Geschichtsphilosophie des historischen Materialismus noch auf dem Felde der Politik ein Kommunist sein, um das Verhalten von Menschen namentlich in Großgruppen in Abhängigkeit von ihren materiellen und geistigen Existenzbedingungen zu sehen. Nicht, dass der Einzelne an sie genagelt wäre wie Jesus Christus ans Kreuz. Alternativen des Handelns bleiben – von wenigen Ausnahmelagen abgesehen – den von ihren Interessen, verstandenen oder auch missverstandenen, geleiteten Menschen, freilich in Abhängigkeit von den jeweiligen äußeren Zuständen und auch ihrer inneren Befindlich-

keit, von ihren Lebenswegen, beginnend in Kindheitstagen, von ihrem Wissen und ihren Überzeugungen. Georg Elzers Leben gibt dafür Beispiel und Beweis. Nur unterscheiden sich, um wieder dessen Zeit anzurufen, die Möglichkeiten des Handelns in einer Fabrik und in Freiheit sehr von denen in einem Zuchthaus oder Konzentrationslager. Das »Lerne zeitig klüger sein« meint auch, Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten zu erkennen und zu nutzen, solange die Räume dafür noch nicht verengt sind und nicht Preise von der Art »gezahlt« werden müssen, wie ihn schließlich der Attentäter von München zu zahlen hatte.

Das Grundinteresse der Politiker an der Spitze der Staaten und vielfach auch der Parteien besteht nicht erst seit jüngstem darin, den Menschen einzureden, es gäbe keine andere Denk- und Handlungsalternative, als sie von ihnen im Moment angeboten, praktiziert und verlangt werde. Jeder neue Tag liefert hierfür neues aus beliebigen Staaten zu beziehendes Anschauungsmaterial. Und es war ein weiterer Zufall, dass an dem Tage, an dem die Einladung eintraf, mich knapp zu einer Frage zu äußern, die ungleich mehr Aspekte besitzt als die hier erwähnten, die Nachricht vom Sieg der Franzosen nach wochenlangem Kampf in die Zeitungen gelangte, der in seinem Kern sich auf die Blockierung jenes Weges gerichtet hatte, der mit dem Wort »Neoliberalismus« markiert ist. Doch wie haben unsere führenden Blätter darüber berichtet! So schmallippig wie es eben noch anging, um sich nicht dem Vorwurf der Ignoranz auszusetzen. Da freuen sich Millionen Menschen in unserem Nachbarlande, das unseren Vorfahren einst als »Erbfeind« galt. Junge und Alte. Und die Alten mit den Jungen, denn sie haben doch für ihre eigenen Kinder Rechte erstritten oder behauptet, die am Ende auch ihnen selbst immer stärker beschnitten werden sollen. Und die deutsche Presse, soweit sie nicht links zu verorten ist? Sie kennzeichnet, so z.B. die Stuttgarter Zeitung, das Errungene als auf einem Holzweg liegend. Unfähig hätten sich die Franzosen erwiesen, Probleme zu erkennen, geschweige denn zu lösen, die hierzulande doch wenigstens diskutiert würden. Wir, so der Tenor, haben die Sache im Griff. Spricht da der deutsche Charakter? Oder äußern sich so Journalisten und Redaktionen, die Bürger glauben machen wollen, dass es keine Wahl gibt und also sie auch keine haben und dass sie also gefälligst zu Hause bleiben sollen? Dem deutschen Michel wird die Mütze fest übergezogen. Die Auseinandersetzungen im Frankreich nahen Baden-Württemberg hatten ohnehin zu lange gedauert. Und wie jüngst der für Menschen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft begehren, in Hessen gefertigte Fragebogen illustrierte: Dass in deutscher Geschichte Massen ihre Interessen gegen die Herrschenden je durchgesetzt haben, was wirklich vorgekommen ist, daran soll nichts erinnern und niemand erinnert werden. Ausgenommen einzig die Wende des Jahres 1989.

Karl Heinz Roth

Das Elser-Problem: Die Misere der Geschichtsschreibung über den antinazistischen Widerstand in der Ära des Kalten Kriegs und ihre Auswirkungen auf den Paradigmen- wechsel der neunziger Jahre

Kein anderer deutscher Widerstandskämpfer ist von den Historikern bis in die späten 1960er Jahre derart hartnäckig diffamiert, herabgewürdigt, ausgegrenzt oder totgeschwiegen worden wie Georg Elser. Und in keinem anderen Fall war das Verdikt so vollkommen, denn im Gegensatz beispielsweise zu den Angehörigen der »Roten Kapelle« hatte der schwäbische Hitler-Attentäter auch in der Geschichtskultur der DDR keine Fürsprecher, die sein wie immer auch gedeutetes Vermächtnis hochhielten. Die DDR-Historiker hüllten sich vielmehr in Schweigen, während ihre westdeutschen Fachkollegen Elser in Fortsetzung der NS-Propaganda zum Handlanger ausländischer Geheimdienste stempelten oder im Schulterchluss mit englischen Autoren als angebliches SS-Mitglied und willfähiges Werkzeug der NS-Führung verleumdeten. Erst Ende der sechziger Jahre leiteten zwei Mitarbeiter des Münchner *Instituts für Zeitgeschichte* die Trendwende ein.¹ Aber es dauerte nochmals zehn Jahre, bis der wissenschaftliche Paradigmenwechsel in die Gesellschaft diffundierte und die Sensibilität für diesen außergewöhnlichen Akteur des Widerstands schärfte.² Bis zur Jahrtausendwende bewirkte schließlich die Kooperation lokaler Basisinitiativen mit den Historikern der *Gedenkstätte Deutscher Widerstand* die öffentliche Rehabilitierung Elsers.³

Ist diese Rehabilitierung aber vollkommen gelungen, und haben wir Elser nun wirklich verstanden? Oder hat seine Überhöhung zum einsamen, »ideologiefreien« und ausschließlich auf sich selbst gestellten Heroen⁴ nicht vielmehr zur Folge, dass wir ihn – im Gegensatz etwa zu den Offizieren des 20. Juli 1944 – aus seinen sozialen Kontexten herauslösen? Dass der Arbeiter-Attentäter Elser im Gegensatz zu dieser kleinen Offiziersgruppe ein »Einzeltäter« war und sich außerhalb des – weitgehend zerschlagenen – kommunistischen Untergrunds bewegte, ist unbestritten. Müssen wir aber deshalb bei einer rein kriminalistischen Definition seiner Tat stehen bleiben? Auch ein allein agierender Aktivist des Widerstands kann im Konsens mit jener gesellschaftlichen Schicht handeln, aus der er herkommt und der gegenüber er sich verantwortlich weiß. Aus der Sozialgeschichte kennen wir Hunderte »Einzeltäter«, die sich bei ihren Angriffen gegen die Spitzenrepräsentanten der despotischen Staatsmacht sehr wohl als

Akteure eines widerständigen sozialen Netzwerks verstanden, denken wir nur an die Anarchisten und Sozialrevolutionäre des späten 19. Jahrhunderts.

Blenden wir also im Fall Elser nach der seit langem überfällig gewesenem Widerlegung der denunziatorischen Zuschreibungen durch die Historiker der ersten Nachkriegsjahrzehnte voreilig andere mögliche Zusammenhänge aus? Und blockieren wir nicht allzu vorschnell unsere wissenschaftliche und politische Neugier, wenn wir Elser als individualisierte Ikone behandeln, als einen Mann der »Zivilcourage« und als Vorbild für engagiertes Bürgerverhalten in der zunehmend wieder bedrohten »Zivilgesellschaft« unserer eigenen Gegenwart? Zwischen den Problemfeldern unserer heutigen Gesellschaft und den Abgründen der Nazidiktatur klaffen Welten, die sich nicht so ohne weiteres vermitteln lassen. Vielleicht haben auch wir Georg Elser missverstanden, als wir nach der Widerlegung der in den Nachkriegsjahrzehnten festgeschriebenen Diskriminierungen seine Aufnahme als »einsamen Attentäter« in das Pantheon des antinazistischen Widerstands erzwangen.

Um diese Überlegung zu prüfen, werde ich auf den folgenden Seiten den Bogen der Diskriminierungen, Gerüchte und Missverständnisse abschreiten, der sich seit dem Tag des Attentats vom 8. November 1939 zwischen den Deutungsextremen des ferngesteuerten *agent provocateur* und des *einsamen Attentäters* ausgespannt hat. Dabei werde ich mich aus einer sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Perspektive auf jene Aspekte konzentrieren, die den Historikern in den vergangenen sechs Jahrzehnten das Material für ihre Legitimationsmuster und Fehlinterpretationen geliefert haben.

Der erste Ausgangspunkt der Ausgrenzung und des Missverständnisses ist Georg Elser selbst. Wer war er? Ein »Mann aus dem Volke«, ein schwäbischer Typus der »kleinen Leute«, gewiss.⁵ Aber wir können uns noch genauer festlegen, obwohl Elser uns offenkundig nichts Schriftliches hinterlassen hat und wir auf eine Handvoll personenbezogener Dokumente und Fotos, die Berichte seines familiären und befreundeten Umfelds sowie das Verhörprotokoll der von RSHA-Chef Reinhard Heydrich geleiteten »Zentralkommission Anschlag München« vom 19. bis 23. November 1939⁶ angewiesen sind. Georg Elser entstammte einer kleinbäuerlichen Holzhändlerfamilie, deren Vorsteher das karge Vermögen vertrank, als er in ihr heranwuchs. Er erlernte das Schreinerhandwerk, aber er absolvierte trotz erheblicher Begabungen und Fertigkeiten keine Gesellen- und Meisterkarriere, sondern bewegte sich in einer Fülle unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse als Handwerksgehilfe, als selbständiger Arbeiter ohne Meisterbrief, als angelernter Arbeiter einer Uhren- und einer Armaturenfabrik und zuletzt als Hilfsarbeiter eines Steinbruchbetriebs. Parallel zu diesen labilen und prekären Arbeitsverhältnissen war er vielfältig in der Volkskultur der Unterschichten verankert, die in seiner schwäbischen Heimat auch in den 1930er Jahren noch intakt war. Innerhalb dieser Arbeits- und Lebenssphäre entwickelte Elser ein ausgeprägtes proletarisches Klassenbewusstsein, das mit seinem Anspruch auf soziale Gerechtigkeit und Solidarität fest genug gefügt war, um der sozialen Demagogie der NS-Diktatur standzuhalten. Im Berliner Gestapoverhör rechnete er den Vernehmungsbeamten auf Heller und Pfennig vor, wie stark die Tischlerlöhne seit 1933 weiter gesunken waren und sich gleichzeitig die Lohnabzüge erhöht hatten. Er verwies auf den zunehmenden Zwangscharakter der Arbeitsverhältnisse, wie er sich vor allem in der Beseitigung der freien Arbeitsplatzwahl manifestierte. Und er betonte, dass er seit dem Münchener Abkommen mit weiteren nazistischen Annexionsschritten gerechnet hatte, die unweigerlich zum Krieg führen mussten. Das alles waren keine individuellen Erkenntnisleistungen, Elser artikuliert vielmehr

das kollektive Wissen seines proletarischen Milieus, und dies hatte auch ihn zu den typischen kleinen Widersetzlichkeiten einer Klasse motiviert, deren politisch-organisatorische Repräsentationen die Nazis seit 1933 in einem blutigen inneren Terrorfeldzug zerstört hatten. Mit seinen häufigen Arbeitsplatzwechseln war Elser ein Teil jenes »Massenwiderstands ohne Organisation«, wie ihn der englische Sozialhistoriker Tim Mason immer wieder analysiert hat.⁷ Was ihn daraus jedoch zugleich hervorhob, war seine im Herbst 1938 gereifte Entscheidung, die Spitze der NS-Diktatur aus der Anonymität dieser in kleinteilige Netzwerke zerlegten Arbeiteropposition heraus anzugreifen. Gleichzeitig brachte er dadurch zum Ausdruck, dass die kommunistische Bewegung, der sich Elser immer zugehörig gefühlt hatte, ihre politisch-organisatorische Autorität über ihn verloren hatte. Attentate standen nicht auf der Agenda des kommunistischen Widerstands, schon gar nicht im Herbst 1939, zur Zeit seiner stärksten Demoralisierung im Gefolge des Hitler-Stalin-Pakts. Elser stand mit seiner Entscheidung aber auch meilenweit jenseits der winzigen bürgerlichen Oppositionsgruppen, die sich im Gegensatz zu ihm und seinesgleichen zunächst mit der NS-Bewegung gemein gemacht hatten und seit dem Übergang der NS-Führung zu einer aggressiv-expansionistischen Vabanquepolitik einen regime-loyalen Kurswechsel anstrebten, um einen verfrühten und für zu riskant eingeschätzten »Großkrieg« zu vermeiden.⁸ Elser saß somit zwischen allen Stühlen, aber er teilte mit diesem Habitus das Schicksal Hunderttausender anderer »kleinen Leute«. Mit Verständnis oder gar Solidarität konnten er und seinesgleichen von keiner Seite rechnen, und dies mag erklären, warum nur sehr wenige von ihnen ihre resignative Grundhaltung überwandern und sich zu Widerstandshandlungen entschlossen, die weit über die alltäglichen kleinen Widersetzlichkeiten hinausgingen.

Zu diesen wenigen gehörte Georg Elser. Er schritt zur Tat – als Einzelner, aber in der Sicherheit und Gewissheit eines intakt gebliebenen proletarischen Zusammenhalts, der zugleich sein individuelles Gewissen war. Wer seine monatelangen Attentatsvorbereitungen in ihrem ganzen Ausmaß an seinem geistigen Auge vorbeiziehen lässt, muss zwingend davon ausgehen, dass er stille Sympathisanten hatte: Menschen wie seinesgleichen, denen bald klar war, dass er »etwas Größeres« im Schild führte, die aber darüber hinwegsahen, ihn gewähren ließen, ihn vielleicht auch einmal insgeheim deckten und ihn nicht denunzierten. Zu Kriegsbeginn waren die proletarischen Milieus noch nicht von den Bomberflotten der Westalliierten in Schutt und Asche gelegt worden, und der Sicherheits- und Überwachungsapparat war noch erstaunlich löcherig und in obsessiver »Betriebsblindheit« auf die Bekämpfung der organisierten Reste der Arbeiterbewegung eingeschworen. Die stillen, vororganisatorischen Netzwerke der Arbeiteropposition waren der Gestapo unbekannt. Dabei hatten die Akteure dieser Freundes- und Kollegenkreise ihre alten politischen Loyalitäten keineswegs aufgekündigt, wie das Abzeichen des Roten Frontkämpferbunds zeigt, das sich Elser vor dem Fluchtversuch über die deutschschweizerische Grenze hinter das Revers gesteckt hatte. Aber es gab keine Kontakte zu jenen Resten der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterorganisationen, die die Gestapo infiltriert, immer wieder zerschlagen und unter Kontrolle gebracht hatte. Elser agierte aus einer sozialen Grauzone heraus, die ihn stillschweigend deckte, ohne seine systematisch durchdachten Pläne zu kennen, und er verfügte dabei über Handlungsspielräume, die uns heute nachgerade phantastisch vorkommen – so etwa die Tatsache, dass die sicherheitspolizeiliche Überwachung der NSDAP-Veranstaltungen bis zum Abend des 8. November 1939 noch verboten war. Es macht die Größe des Widerstandskämpfers Georg Elser aus, dass er in den oftmals gewalttätig »verschärften« Verhören über diese informellen und mentalen Kontexte seines Handelns ei-



Eingang zum Bürgerbräukeller

sern geschwiegen hat. Er gestand seine Tat in allen Details, und er baute sogar seinen Sprengapparat nach, aber er präsentierte den Verhörsspezialisten keine einzige Aussage, die jene belastete, die ihm – wohl in Unkenntnis seines Vorhabens – stillschweigend geholfen oder einfach weggeschaut und ihn hatten gewähren lassen. Der individualisierte »Massenwiderstand ohne Organisation« war eben nicht nur zu kleinen Widersetzlichkeiten und Sabotageaktionen gegen die Rüstungsproduktion fähig, sondern steigerte sich in der Aktion Elzers auch zu der wohl bedeutendsten Attacke gegen die NS-Diktatur, zu der die deutsche Widerstandsbewegung je fähig war. Wäre sie geglückt, dann wäre vor der europäischen und schließlich globalen Kriegsausweitung und vor der Deportation und Vernichtung der europäischen Juden mit Adolf Hitler, Joseph Goebbels, Rudolf Heß und Alfred Rosenberg der ideologische Kern der NS-Diktatur unter den Trümmern des Münchner Bürgerbräukellers begraben worden. Das Attentat und der Putschversuch der Offiziere des 20. Juli 1944 fielen dagegen in eine Konstellation, in der sich die Barbarei schon weitgehend vollendet hatte und der Untergang der NS-Diktatur besiegelt war.

Wenn wir diese Zusammenhänge durchdenken, dann verstehen wir die unheimliche Wirkung, die der nur um Haaresbreite gescheiterte Anschlag auf seine Adressaten ausübte: Hitler hatte seine Ansprache an die »alten Kämpfer« kurzfristig um eine halbe Stunde vorgezogen, weil er noch am späten Abend nach Berlin zurückfahren wollte, um dort am nächsten Morgen mit den Generälen über den endgültigen Beginn der »Westoffensive« zu verhandeln, und den Bürgerbräukeller zusammen mit der Parteiprominenz eine knappe Viertelstunde vor der Detonation der Bombe verlassen. In ihren Tagebuchaufzeichnungen, Korrespondenzen und Erinnerungen hallte der Schock noch lange nach. Der antifaschistische Widerstand hatte sie genau

an jenem Ort eingeholt, von dem aus sie im November 1923 erstmalig gegen die Weimarer Nachkriegsordnung geputscht hatten. Und er hatte aus einem sozialen Milieu heraus zuge schlagen, das den NS-Führern und ihrem Überwachungsapparat völlig unbekannt war.

Das alles machte Hitler und dessen Satrapen das Attentat vom Bürgerbräukeller so unheimlich, und dies erklärt auch, warum keiner von ihnen das kriminalpolizeiliche Ermittlungsergebnis von der Alleintäterschaft Elser ernst nahm, und zwar auch dann noch nicht, als auch der »verschärfte« zweite Verhörsdurchgang in der Berliner Gestapozentrale keine Mitwisser und Hintermänner zu Tage gefördert hatte. Dieser Zustand war für sie unerträglich, und deshalb flüchteten sie sich in die Annahme, Georg Elser sei nur der Handlanger einer weit verzweigten Verschwörung gewesen, bei der der damalige Hauptkriegsgegner England und deutsche Emigrantengruppen zusammengewirkt hätten. In den Tagebüchern des Joseph Goebbels können wir die allmähliche Entstehung und Konsolidierung dieser Verschwörungstheorie nachlesen,⁹ und wenn wir parallel dazu die durch das Goebbels'sche Propagandaministerium gelenkte NS-Presse durchmustern, dann offenbaren sich bemerkenswerte Zeitverzögerungen bei der Montage der angeblichen Drahtzieher, des britischen *Secret Intelligence Service* und der *Schwarzen Front* Otto Strassers mit dem ausführenden Täter, dessen Geständnis man erst eine Woche später wirklich ernst nahm. Aber es blieb eine Konstruktion auf tönernen Füßen. Ein riesiger Fahndungsapparat wurde in Bewegung gesetzt, um die Verschwörungshypothese zu untermauern. Zupass kam dabei die zufällige Tatsache, dass am Morgen nach dem Attentat in Venlo nahe der holländisch-deutschen Grenze zwei völlig unbeteiligte britische Geheimdienstoffiziere in eine seit langem gelegte Falle des Auslandsgeheimdienstes der SS getappt waren. Die Einbeziehung Otto Strassers, des im schweizerischen Exil lebenden Führers der *Schwarzen Front*, in das Verschwörungskonstrukt gestaltete sich dagegen schwieriger. Die schweizerische Sicherheitspolizei wurde zwar massiv unter Druck gesetzt, aber sie konnte keine Beweise liefern; sie konnte dem Reichssicherheitshauptamt in einem Ermittlungsbericht lediglich mitteilen, dass sie den seit langem scharf überwachten politischen Flüchtling Otto Strasser am 13. November 1939 wegen eines gegen Hitler gerichteten Zeitungsartikels und kritischer Äußerungen über die deutsch-schweizerischen Beziehungen nach Frankreich abgeschoben hatte.¹⁰ Es kam also zu keiner plausibel wirkenden oder gar »gerichtsverwertbaren« Konstruktion, und ein zweites Fiasko wie den Leipziger Reichstagsbrandprozess konnte die NS-Führung nicht riskieren. Zwar wurde beim Oberreichsanwalt des Volksgerichtshofs ein formelles Ermittlungsverfahren gegen Georg Elser eingeleitet, aber es geschah bis Kriegsende nichts weiter. Elser wurde nach dem Abschluss der zweiten Verhörsreihe als streng bewachter Isolationshäftling in den Zellenbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen verschleppt und unter ansonsten recht privilegierten Bedingungen »zur weiteren Verfügung« gehalten.

Wie aber reagierte die Durchschnittsbevölkerung auf das unglaubliche Ereignis von München? Wenn wir der Berichterstattung des Sicherheitsdienstes der SS Glauben schenken können, überlagerte es mental die Konstellation des »Sitzkriegs« gegen Frankreich und England über weite Strecken.¹¹ Die Gerüchteküche brodelte, und überall wurde die Frage erörtert, wie es zu einem solchen Attentat hatte kommen können. Mit Genugtuung registrierten die SD- Informanten darüber hinaus eine ausgeprägte »Hassstimmung« gegen England und die Juden, die mit einem wachsenden Zusammengehörigkeitsgefühl gekoppelt war; sie monierten aber auch die »verhältnismäßig schwach(e)« Anteilnahme der Münchner Bevölkerung am Staatsbegräbnis für die acht Attentatsopfer.¹² Nach und nach begannen die in den Medien lancier-

ten Hinweise auf den britischen Geheimdienst und Otto Strasser zu greifen, und sie verstärkten in vielen Kreisen die Sympathien für Hitler und die Zustimmung zum Krieg.

Von dieser Einschätzung unterschieden sich die Mitteilungen, die der Exil-SPD von ihren innerdeutschen Vertrauensleuten bis Anfang Dezember 1939 aus dem Arbeitermilieu zuzingen, in wichtigen Punkten.¹³ In den proletarischen Vierteln hielten nicht wenige den Anschlag für echt und bedauerten sein Scheitern, und andere hofften recht lautstark auf bessere Zeiten, verstummten aber unter dem Eindruck der vorbeugenden Verhaftungswelle der Gestapo gegen »Staatsfeinde« und Juden sehr schnell wieder. Es gab auch Vermutungen, der Anschlag sei von Hermann Göring, der nicht an der Münchner Zeremonie teilgenommen hatte, inszeniert und von den Militärs durchgeführt worden. Auch der Einfluss der ausländischen Radiostationen war in den Arbeitervierteln spürbar, jedoch gewannen die Vermutungen des BBC-Senders über einen von den Nazis inszenierten »zweiten Reichstagsbrand« nicht die Oberhand. So sorgten die Nachrichten über das Attentat besonders in den proletarischen Milieus für Aufregung, Spekulationen und wilde Gerüchte, aber sie waren kein Fanal zur Ausweitung des Widerstands. Vielmehr begünstigten sie eine resignative Grundhaltung: Mit solchen Anschlägen konnte man einfach »nicht alle Führer auf einmal treffen«, und deshalb erschienen sie sinnlos. Gegen die Nazidiktatur schien kein Kraut gewachsen, und es galt einmal mehr als vernünftiger, auf die für sicher geglaubte rasche Kriegsniederlage zu warten, nach der man dann mit dem Faschismus abrechnen konnte.

Am größten war die Aufregung bei den bürgerlichen Oppositionszirkeln und in den Exilorganisationen. In Übereinstimmung mit den meisten Kommentatoren der angelsächsischen Medien war man sich dort sehr schnell darüber einig, dass es nur zwei seriöse Ansätze zur Erklärung des Attentats gäbe: Entweder hatten die Nazis es selbst inszeniert, um die Position ihres von der »Vorsehung« einmal mehr geretteten Führers zu festigen und die Kriegsbereitschaft anzuheizen, oder eine Gruppe zu kurz gekommener Parteigänger hatte zugeschlagen.¹⁴ Jede andere Erklärungsmöglichkeit wurde kategorisch ausgeschlossen, und schließlich setzte sich die Auffassung durch, dass in München – wie beim Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 – ein »zweiter van der Lubbe« als *agent provocateur* vorgeschoben worden sei. Lediglich der gut informierte Diplomat und Wirtschaftslobbyist Ulrich von Hassell grenzte sich gegen diese Auffassung ab, obwohl die Verlautbarungen der Gestapo eine solche »Vermutung begreiflich mach(t)en«.¹⁵ Er hielt »eine kommunistische Aktion oder eine aus unzufriedenen Parteielementen, so à la Otto Strasser«, für am wahrscheinlichsten.

Nach der Jahreswende 1939/40 verstummte die NS-Propaganda mit ihren Instrumentalisierungsmustern, und auch die Fahndungsaktivitäten wurden bis Frühjahr 1940 eingestellt. Die Gerüchte und Mutmaßungen über den mysteriösen Anschlag aber wucherten weiter. Im weiteren Kriegsverlauf reproduzierten sie sich dann mehr und mehr in jener gesellschaftlichen Sphäre, die mit dem Attentäter auf sehr spezifische Weise konfrontiert war: in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und – seit der Jahreswende 1944/45 – Dachau. Dort saß Georg Elser streng bewacht in den Zellenbauten in Isolationshaft. Diese Zellenbauten waren vom allgemeinen KZ-Betrieb abgetrennt und mit prominenten Gefangenen aus der bürgerlich-militärischen Opposition, den beiden Konfessionen und zunehmend auch Spitzenpolitikern der annektierten oder besetzten Länder sowie Geheimdienstoffizieren der Kriegsgegner belegt. Mit ihnen teilte Elser trotz seiner strengen Abschottung die relativ guten Haftbedingungen hinsichtlich der Ernährung, der Unterbringung und gewisser Beschäftigungsmöglichkeiten. So

befand sich in seinem vergrößerten Haftraum eine Hobelbank, auf der er für das SS-Personal kleine Möbelstücke und für sich selbst eine Zither anfertigte. Den prominenten Mitgefangenen blieben diese besonderen Haftumstände nicht verborgen, und sie suchten nach Erklärungen dafür. Da sie mit Elser selbst nicht in Kontakt kamen, gingen sie bald dazu über, die ihnen von den Oppositionszirkeln her geläufigen Deutungsmuster weiter auszumalen. Georg Elser mutierte in ihrer Phantasie zum SS- oder SA-Mann, der sich unter Druck oder freiwillig zu einem gestellten Attentat hergegeben hatte. Als Belohnung war ihm eine ansehnliche Summe in Aussicht gestellt worden. Als er sich jedoch nach getaner Arbeit aus dem Staub machen wollte, wurde er eingefangen und inhaftiert, weil man die wirklichen Spuren der Aktion verwischen musste. Elser konnte sich zu diesen Ausschmückungen nicht äußern. Vielleicht hat er aber durch die Vermittlung seiner Bewacher über sie erfahren, denn zu einigen von ihnen baute er wohl als Überlebensstrategie einen persönlichen Kontakt auf. Wie er darauf reagierte, wissen wir nicht, und es ist müßig, die möglichen Varianten seines Umgangs mit dieser Welt der Gerüchte zu erörtern.¹⁶

Alles in allem baute sich um den Akteur des Bombenanschlags vom 8. November 1939 bis Kriegsende ein riesiger Steinbruch von Gerüchten, Propagandaversionen, Mutmaßungen und Spekulationen auf, dessen wichtigste Schichten wir hier noch einmal Revue passieren lassen wollen: Elser als Werkzeug der Briten und Otto Strassers (NS-Propaganda), als zweiter Marinus van der Lubbe, also als unfreiwilliger und missbrauchter *agent provocateur* der NS-Führung (alliierte Gegenpropaganda, deutsche Exilgruppen), als SS-Mitglied und gedungener *agent provocateur* der Gestapo (innerdeutsche Opposition und Sondergefangene der Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau), und als fanatischer oder verzweifelter Einzeltäter ohne jeden Hintergrund (Ermittlungsspezialisten der Kriminalpolizei und vereinzelte Stimmen aus den Arbeitervierteln Berlins und des Ruhrgebiets). Da Elser am 9. April 1945 ermordet wurde und zunächst keines der Gestapo-Verhörprotokolle auftauchte, konnte sich nach dem Untergang der NS-Diktatur jeder, der Grund dafür hatte, ziemlich risikofrei aus diesem Steinbruch bedienen.

Und so geschah es denn auch, und zwar in einem Ausmaß, das aus dem Fall Elser nicht nur einen faszinierenden Traktandenpunkt zur Mentalitätsgeschichte des antifaschistischen Widerstands, sondern auch ein gewaltiges Problem gemacht hat. Gerüchte entstehen zunächst als erste Versuche zur Selbstvergewisserung und Gefahrenabwehr in Situationen der individuellen oder kollektiven Verunsicherung. Gegenüber der mehr oder weniger rasch einsetzenden Korrektur durch die Evidenz der Fakten pflegen sie sich erstaunlich hartnäckig zu behaupten. Trotzdem wird die Allmacht des Gerüchts durch die rechtzeitige Bereitstellung empirischer Evidenz in Frage gestellt; erst bei zu langem Ausbleiben dieser Evidenz nimmt es dann vollends überhand und trübt nicht nur den Realitätssinn, sondern auch die Denkstrukturen. Das Gerücht verselbständigt sich schließlich zu automatisierten Argumentationsmustern, deren man sich bei der Verfolgung eigener Interessen zu bedienen beginnt, soweit sie mit den zum Vorurteil geronnenen Ereignisfeldern zu tun haben. Und so wurde der Fall Elser zum Problem: Er begann wegen seiner herausragenden Bedeutung fatal auf die Wahrnehmung des in die Nachkriegsgegenwart hineinwirkenden Widerstands gegen die NS-Diktatur abzufärben.

Den Reigen eröffneten einige überlebende prominente Sonderhäftlinge der Zellen- und Kommandanturbauten von Sachsenhausen und Dachau. Ihr profiliertester Vertreter war Martin Niemöller, der ehemalige U-Boot-Kommandant des Ersten Weltkriegs und Pastor der Be-



Zellenbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen (Aufnahme nach 1945)

kennenden Kirche. Niemöller erklärte seit dem Januar 1946 immer wieder öffentlich, er habe mit Elser in Kontakt gestanden, und dieser habe ihm offenbart, dass er als SS-Scharführer von der NS-Führung zum Attentat im Bürgerbräukeller gedungen worden sei, um in der breiten Masse den Glauben an die Wirksamkeit der Hitler beschützenden »Vorsehung« zu vertiefen. Auch die SS-Wachen hätten ihm gegenüber diese Darstellung bestätigt, und daraus erkläre sich die außergewöhnliche Vorzugsbehandlung, die Elser im Konzentrationslager genossen habe.¹⁷ Als sich die Mutter Elsers daraufhin brieflich gegen die angebliche SS-Mitgliedschaft ihres Sohns verwarnte und jenseits des wohlfeilen Geredes um genaue Informationen über das Schicksal ihres verschollenen Sohns ersuchte, reduzierte Niemöller ihr gegenüber seine angeblichen Kontakte mit Georg Elser auf eine einzige kurze Begegnung. Er ließ aber keineswegs davon ab, den erst 1950 für tot Erklärten, für den die Angehörigen von den Behörden nie eine Entschädigungszahlung und schon gar nicht eine Geste des Bedauerns erhielten, weiter öffentlich zu verunglimpfen. Andere überlebende Sonderhäftlinge gingen mit ihren Behauptungen über angebliche Kontakte mit dem Isolationsgefangenen nicht so weit wie dieser prominente Vertreter der *Bekennenden Kirche*, aber auch sie ließen keinen Zweifel daran, dass sie die in den Zellenbauten entstandenen und auch von den SS-Wachen immer wieder bekräftigten Gerüchte für glaubwürdig hielten.

Besonders fatal wirkte sich schließlich ein im Jahr 1950 veröffentlichter Bericht des SIS-Offiziers Sigismund Payne Best aus, der die Elser-Legende mit phantastischen weiteren Details ausschmückte.¹⁸ Best war einer der beiden britischen Geheimdienstoffiziere gewesen, den der Sicherheitsdienst der SS am 9. November 1939 in Venlo gekidnappt hatte, und diese zeitliche Nähe zur Aktion Elsers ließ den späteren Mitgefangenen von Sachsenhausen beson-

ders glaubwürdig erscheinen. Best behauptete, es sei ihm gelungen, mit Elser einen mehr als zwölfmonatigen Kassiberkontakt aufzubauen, und dabei habe er nach und nach die Aktion im Bürgerbräukeller mitsamt ihren Hintergründen in Erfahrung gebracht. Danach war Elser nach seiner im Jahr 1937 erfolgten Rückkehr nach München bei einer Polizeirazzia als »Asozialer« verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen worden. Dort seien ihm im Oktober 1939 auf der Lagerkommandantur von zwei Unbekannten Freiheit und angemessene Belohnung versprochen worden, wenn er sich bereit erkläre, im Bürgerbräukeller eine Sprengladung anzubringen, die detonieren sollte, sobald Hitler das Lokal verlassen hatte. Da er keine andere Wahl gehabt hätte, habe er das Angebot angenommen. Er habe sich in der ersten Novemberwoche in den Bürgerbräukeller bringen lassen, die Sprengladung nebst Zeitzündler und einer elektrischen Leitung zu einem Druckknopf im Eingangsbereich angebracht, und sei dann am Tag nach dem Attentat an die Schweizer Grenze gebracht worden. Dort hätten ihn aber die Grenzwachposten verhaftet und er sei nach Berlin transportiert worden, wo er trotz schwerer Misshandlungen über seine Auftraggeber geschwiegen habe. Schließlich seien seine Kontaktleute wieder aufgetaucht, hätten ihm das Missgeschick an der Grenze erklärt und ihm Leben und Freiheit versprochen, wenn er bereit sei, nach der Besetzung Englands in einem Prozess auszusagen, dass er seit langem mit Otto Strasser und dem britischen SIS in Kontakt gestanden und im Oktober 1939 von Captain Best 40.000 Schweizerfranken für die Ausführung des Attentats im Bürgerbräukeller erhalten hätte. Diese Geschichte war in allen Punkten frei erfunden. Aber trotz ihrer eklatanten inneren Widersprüche und Ungereimtheiten wurde sie weithin für bare Münze genommen. Warum sollte ein Angehöriger des renommiertesten Geheimdienstes der siegreichen Alliierten lügen? Außerdem war dies eine plausible Erklärung für die Tatsache, dass Elser und Best so nahe beieinander inhaftiert gewesen waren – als lebende Beweisstücke der NS-Justiz für einen Schauprozess nach der Niederwerfung Englands. Es gab auch Berichte, die diesem Konstrukt entschieden im Weg standen, so die Einschätzung des ehemaligen Kontaktmanns zwischen dem US-amerikanischen Geheimdienst OSS und der nationalkonservativen Opposition, Hans-Bernd Gisevius, der berichtete, dass der Leiter der ersten Sonderkommission zur Aufklärung des Attentats, sein Freund Arthur Nebe, fest von der Alleintäterschaft Elsers überzeugt gewesen war;¹⁹ aber auch die Einschätzung des früheren Chefs des Ausland-SD und Leiters der »Venlo-Aktion«, Walter Schellenberg, der fest davon überzeugt war, dass weder Himmler noch Heydrich das Attentat Elsers »gestellt« hatten:²⁰ »Bei einer so ausgedehnten Fahndungsaktion wäre es ausgeschlossen gewesen, dass nicht an irgendeiner Stelle etwas durchgesickert wäre.«²¹

Doch längst hatten neben den Zeitzeugen auch die Zeithistoriker das Wort. Sie konnten nun in der Auseinandersetzung mit einer ziemlich fest gefügten, aber keineswegs lückenlos homogenen öffentlichen Meinung am Beispiel der Analyse des Attentats vom 8. November 1939 die Nützlichkeit und Unbestechlichkeit ihres methodischen und handwerklichen Instrumentariums unter Beweis stellen. Aber sie nahmen diesseits wie jenseits des Ärmelkanals ihre Verpflichtung zur wissenschaftlich ausgewiesenen Annäherung an die historische Wahrheit nicht sehr ernst. Beschränken wir uns im Folgenden auf die vier prominentesten Autoren, die die zeitgeschichtliche Meinungsbildung jahrzehntelang beherrscht haben. Allan Bullock schloss sich in seiner 1952 erschienenen und rasch zum Standardwerk avancierten Hitler-Studie der Darstellung Bests vorbehaltlos an, das Attentat sei »in Wahrheit von der Gestapo organisiert« worden: »es sollte dazu dienen, des Führers Popularität im Lande zu

steigern«.²² John W. Wheeler-Bennett, der Verfasser des ein Jahr später erschienenen zweiten britischen Bestsellers zur Geschichte des deutschen Sonderwegs zur NS-Diktatur, sekundierte ihm, setzte aber hinter den ausführlich kolportierten Bericht Bests wenigstens einen kleinen Vorbehalt (»Wenn seine Geschichte wahr ist ...«).²³ Auch der Freiburger Neuzeithistoriker Gerhard Ritter präsentierte im Haupttext seiner Goerdeler-Biographie die ihm über Wheeler-Bennet zur Kenntnis gelangte Best-Story: Zwei Tage nach dem Friedensappell des belgischen Königspaares »geschah das bekannte Attentat im Bürgerbräukeller, dessen Inszenierung durch Himmlers Organe als Propagandatricks heute kaum noch zweifelhaft« sei; in die dazugehörige Anmerkung montierte er aber auch noch eine zweite Variante, die er aus Recherchematerial des früheren Reichsfinanzministers Lutz Graf Schwerin von Krosigk herausgelesen hatte, und vermengte sie mit der ersten, um Elser zur Unperson schlechthin – Kommunist, Landesverräter und Handlanger Himmlers in einem – zu machen: »Sorgsame Ermittlungen ... des Zollgrenzschutzes Konstanz ... machen es sehr wahrscheinlich, daß Elser Kommunist war und irgendwie im Dienst ausländischer Spionage stand. Das dürfte aber seine Verwendung im Dienst himmlerscher Organe noch nicht ausschließen, vgl. die seltsam zwielfichtige Rolle, die der holländische Landstreicher v.d. Lubbe beim Reichstagsbrand 1933 gespielt hat.«²⁴ Der vierte Exponent der in den 1950er und 1960er Jahren führenden Gruppe der nordatlantischen Zeithistoriker reproduzierte die verschiedenen Vorurteilschichten nicht wie Ritter auf einmal, sondern verteilte sie auf die verschiedenen Bearbeitungsversionen seines Buchs über »Die deutsche Opposition gegen Hitler«. In der US-amerikanischen Erstausgabe hatte der in Chicago lehrende Emigrant Hans Rothfels noch in Anlehnung an Hans-Bernd Gisevius eine Alleintäterschaft des »communist carpenter named G. Elser« für wahrscheinlich gehalten und zu den dominierenden Mutmaßungen eine wohlthuende Distanz gewahrt.²⁵ Aber in der ein Jahr später erschienenen deutschen Ausgabe vollzog er eine radikale Kehrtwende: Die These vom »einsamen Fanatiker« sei »höchst zweifelhaft«, schrieb er. Während man offiziell den britischen Geheimdienst als Anstifter bezichtigt habe, sei »die öffentliche Meinung ... aller Wahrscheinlichkeit nach ... auf dem richtigen Wege« gewesen, als sie einen »zweiten Fall van der Lubbe ...«, einen gekauften »agent provocateur« als erwiesen ansah.²⁶ In der überarbeiteten Taschenbuchausgabe von 1958 benötigte der inzwischen nach Westdeutschland Zurückgekehrte dann nicht mehr den Schutzschild des zur »öffentlichen Meinung« stilisierten Gerüchts und bekannte endgültig Farbe:²⁷ Unter die Einzelgänger und Außenseiter des Widerstands sei Elser »nicht zu rechnen«: Obwohl man versucht habe, »ihn als auf eigene Faust handelnden Meisterattentäter in die Geschichte des Widerstands einzureihen, ist doch wohl keine Frage, daß die Installation einer Höllmaschine nicht ohne Hilfe der Gestapo möglich gewesen ist und Hitlers Rede planmäßig vor der Explosion abgebrochen wurde«. Darüber hinaus habe der Anschlag »in gewisser Weise gegen die Opposition« gearbeitet und »als ausgesprochener Störungsfaktor in eine wirklich geplante Aktion hineingewirkt«. Indem Rothfels Elser Bombenanschlag gegen die – in der damaligen Forschung maßlos aufgebauscht – Aktivitäten der Groscurth-Oster-Kordt-Gruppe vom Spätherbst und Winter 1939/40 zur Verhinderung der »Westoffensive« ausspielte, bereicherte er die bei Gerhard Ritter zugespitzte Argumentation zur Ausgrenzung Elser aus der Widerstandsgeschichte um eine zusätzliche »funktionalistische« Begründung, durch die der Alleinvertretungsanspruch der bürgerlich-militärischen Opposition in Sachen Widerstandsgeschichte für ein weiteres Jahrzehnt festgeschrieben wurde.

So zeitigte die Komplizenschaft zwischen Zeitzeugen und Zeithistorikern eine fatale Wirkung. Aus wissenschaftlicher Perspektive produzierten die vier führenden nordatlantischen Zeithistoriker ein kumulativ verdichtetes (Ritter) oder gereihtes (Rothfels) Geschwätz, das einen aus den Sedimentierungen der Attentatsgerüchte destillierten zweiten legitimationswissenschaftlichen Aufguss darstellte. Das über Elser verhängte Verdikt war vollkommen, aber es galt nicht nur ihm, sondern allen »kleinen Leuten«. Auch über sie war der Bann verhängt, und er verlor erst im Verlauf der 1980er Jahre allmählich seine Wirkung.

Warum aber verstießen die hier repräsentativ vorgestellten Zeithistoriker im Fall Elser derart massiv und offenkundig gegen die elementaren Prinzipien ihres Handwerks? Dafür gibt es vielschichtige Gründe. Den wichtigsten sehe ich in der Tatsache, dass sie selbst Zeitzeugen waren, die während des Kriegs in den unterschiedlichsten Funktionsstellungen und Positionen mit der Opposition gegen die NS-Diktatur zu tun gehabt hatten. Nichts aber ist für den Historiker gefährlicher als die eigene Zeitzeugenschaft. Wendet er sich einem historischen Feld zu, das er zuvor selbst mit beackert hatte, dann hat er nur dann eine Chance zur kritischen Analyse, wenn er sich selbst als Untersuchungsrichter gegenübertritt.²⁸ Nur wenn er sich selbst kritisch hinterfragt hat, kann er anderen Mitspielern gerecht werden. Dieser Katharsis unterzog sich keiner der hier referierten Historiker, aber ein jeder von ihnen hätte sie bitter nötig gehabt. Allan Bullock hatte während des Kriegs für die Europa-Abteilung der BBC gearbeitet und die Behauptung mit in die Welt gesetzt, Elser sei ein »zweiter van der Lubbe« gewesen. John Wheeler-Bennett hat sich zwar seit 1938 als scharfer Kritiker der Appeasement-Politik Neville Chamberlains ausgewiesen und während des Kriegs als Propagandaexperte des *Political Warfare Department* der britischen Regierung hervorgetan; aber in den ersten Monaten der NS-Diktatur hatte er als Deutschlandberater des Kabinetts die alarmierenden Nachrichten des britischen Botschafters aus Berlin als maßlos übertrieben zurückgewiesen und betont, Hitler gehöre zum gemäßigten Flügel der NSDAP und wolle keinen Krieg.²⁹ Gerhard Ritter hatte als Mitarbeiter der »Freiburger Kreise« Nachkriegsdenkschriften mitverfasst, deren antidemokratisch-obrigkeitsstaatlicher und antisemitischer Duktus nur eine gemäßigte Variante des deutschen Faschismus darstellte.³⁰ Und auch Hans Rothfels war erst durch seine Stigmatisierung zum Juden und durch die demütigenden Umstände seiner erzwungenen Emigration ins Nachdenken gekommen und von der »nationalen Erhebung« wieder abgerückt.³¹

Das waren gravierende Hypothesen – solange sie unaufgearbeitet blieben. Wie aber sollten zur Legitimationswissenschaft sozialisierte Bildungsbürger mit einem Menschen wie Georg Elser umgehen können, wenn dies unterblieben war? Ein Zither spielender und sich in keiner Weise verschriftlichender kommunistischer Gelegenheitsarbeiter hatte mehr Klarsicht bewiesen als sie alle zusammen – und daraus auch noch die Konsequenzen gezogen. Er stellte mit seiner Tat eine übermächtige Konkurrenz dar. Auf dem Widerstandsfeld musste der Vergleich mit ihrem eigenen Verhalten fatal ausfallen. Und das machte den Fall Elser für sie zum Problem. Da sie die kritische Selbstprüfung unterlassen hatten, konnten sie es nur noch lösen, indem sie die Spielregeln ihres Metiers außer Kraft setzten und auf ihn posthum einschlugen. Schon zu Beginn der 1950er Jahre wäre eine quellenkritische Analyse möglich gewesen: Es gab bei der Münchner Staatsanwaltschaft eine ausgedehnte Untersuchung des Falls Elser, die die Ergebnisse der späteren Studien von Hoch und Gruchmann – trotz des noch fehlenden Berliner Verhörprotokolls vom 19. bis 23. November 1939 – vorwegnahm.³²

Für kritische Analysen gab es jedoch keine Nachfrage, und deshalb wurde es diesen Historikern gestattet, ihre aus der unaufgearbeiteten eigenen Zeitzeugenschaft herrührenden Vorurteile zu reproduzieren. Genau diese unreflektierte Betätigung außerwissenschaftlicher Eigeninteressen passte in die macht- und kulturpolitischen Kontexte dieser Jahrzehnte. Unter dem Dach der »Westbindung« hatten sich in Westdeutschland und Westberlin genau jene Führungsschichten und Funktionseliten als hegemoniale Gruppe der politisch-ökonomischen und sozialen Felder durchgesetzt, die lange mit den Nazis paktiert und sich erst dann von ihnen distanziert hatten, als das Experiment des gemeinsamen zweiten Anlaufs zur Eroberung der Welthegeemonie gescheitert war. Um ihre Führungsrolle zu legitimieren, musste diese halbherzige wie verspätete Oppositionsphase zum Widerstand überhöht und mussten die authentischen Widerstandserfahrungen der kleinen Leute ungeschehen gemacht werden. Ihr herausragender Repräsentant aber war Georg Elser. Mit ihm konnte es keinen Status quo geben.

Warum aber schwiegen die Publizisten der Linken und die DDR-Historiker in diesen Jahrzehnten? Auch für sie war Georg Elser ein Ärgernis. Wer sich genauer mit ihm beschäftigte, kam nicht nur unweigerlich zu dem Ergebnis, dass die behauptete Führungsrolle der Moskauer KPD-Exilgruppe im Arbeiterwiderstand eine Fiktion war. Er wurde darüber hinaus zum Nachdenken darüber gezwungen, warum der gesamte Widerstandskampf der organisierten Reste der Arbeiterbewegung sich so defensiv und so gewaltlos artikuliert hatte. Hatte es vielleicht doch strategische Alternativen gegeben, die es dem sozialistischen und kommunistischen Widerstand ermöglicht hätten, dem Hase-und-Igel-Spiel des Terrorapparats zu entgehen, das sich zuallererst darin erschöpfte, die Löcher, die die Gestapo in die Organisationsstrukturen gerissen hatte, immer wieder zu stopfen, und gegen die Nazidemagogie mit Hilfe illegaler Tarnschriften und sonstiger verdeckter Medien in einer von vornherein aussichtslosen Asymmetrie anzugehen? Demgegenüber verweist das Beispiel Elzers auf andere Optionen, die sehr wohl eine soziale Basis hatten und in den Netzwerken der Arbeiteropposition latent waren. Wäre es nicht aussichtsreicher gewesen, alle Kräfte zu bündeln, ein paar gut ausgebildete Untergrundgruppen zu bewaffnen und gewaltsam gegen die Führungsgruppe und die zentralen Herrschaftsstrukturen der NS-Diktatur vorzugehen, bevor sie Europa und die Welt in den Abgrund stürzte?

Am Beispiel Georg Elzers bündeln sich Schlüsselprobleme des Widerstands gegen den deutschen Faschismus. Deshalb wurde es jahrzehntelang unter Verschluss gehalten: entweder durch Denunziation oder durch Totschweigen. Diese Ära ist zum Glück vorüber, und wir bemühen uns, ihm gerecht zu werden und dem schwäbischen Arbeiter-Attentäter seine Tat zurückzugeben. Nun sollten wir auch den nächsten Schritt tun und ihn wieder behutsam von jenem Podest herunterholen, auf das wir ihn gehoben haben. Denn wir sollten diese Art der Distanz – die Distanz zur unerreichbaren Ikone – nicht zu groß werden lassen. Erst wenn wir Elser in seine sozialen, politischen und kulturellen Kontexte reintegrieren, werden wir ihn wirklich verstehen – und können im Dialog über ihn eine neue historische Debatte über die Problemfelder des antifaschistischen Widerstands eröffnen.

Anmerkungen

- 1 Anton Hoch, Das Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller 1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), H. 4, S. 383–413; Lothar Gruchmann, Autobiographie eines Attentäters: Johann Georg Elser. Aussage zum Sprengstoffanschlag im Bürgerbräukeller München am 8. November 1939. Stuttgart 1970.
- 2 Dieser Prozess wurde durch ein 1982 in Bochum uraufgeführtes Theaterstück des damaligen politischen Häftlings Peter Paul Zahl besonders sinnfällig gemacht. Vgl. Peter Paul Zahl, Johann Georg Elser. Ein deutsches Drama. Berlin 1982.
- 3 Den endgültigen Durchbruch markierte 1997 eine Elser-Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Vgl. die seit 2001 existierende Internetversion: »Ich habe den Krieg verhindern wollen«. Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939. Ein Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung, der Landeszentralen für politische Bildung und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 2001. Erreichbar unter: www.georg-elser.de.
- 4 Zur Fortschreibung dieses von Hoch und Gruchmann in Abgrenzung von der bisherigen denunziatorischen Deutung geprägten Gegenbilds vgl. vor allem Georg-Elser-Arbeitskreis (Hrsg.), Gegen Hitler – gegen den Krieg! Georg Elser. Der Einzelgänger, der frei und ohne Ideologie, auf sich selbst gestellt, bereit war zum Eingriff in die Geschichte. Heidenheim 1989; Peter Steinbach, Der einsame Attentäter. Zur Erinnerung an Johann Georg Elser, in: Zeitgeschichte (Wien), 17 (1990), H. 9/10, S. 349–363.
- 5 Vgl. Ulrike Albrecht, Das Attentat. Über Johann Georg Elser und das Attentat auf Hitler im Bürgerbräukeller am 8. November 1939. München 1987; Helmut Ortner, Der Einzelgänger. Georg Elser. Der Mann, der Hitler töten wollte. Rastatt 1989; ders., Der Attentäter. Georg Elser, der Mann, der Hitler töten wollte. Tübingen 1999; Helmut G. Haasis, »Den Hitler jag ich in die Luft«. Der Attentäter Georg Elser. Eine Biographie. Reinbek bei Hamburg 2001.
- 6 Lothar Gruchmann vom Institut für Zeitgeschichte (IfZ) fand dieses Protokoll 1964 zufällig in den Akten des Reichsjustizministeriums und veröffentlichte es 1970 unter dem – recht irreführenden – Titel: Autobiographie eines Attentäters: Johann Georg Elser (wie Anm. 1). Ergänzend zu den Umständen des Quellenfonds Lothar Gruchmann, Sensationsfund im Fall Elser: Die Entdeckung des Gestapo-Protokolls. www.georg-elser-arbeitskreis.de/texts/gruchmann.htm.
- 7 Timothy W. Mason, Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland, in: Detlev Peukert/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Wuppertal 1981, S. 293–313.
- 8 Vgl. zu den Einzelheiten Karl Heinz Roth, Der 20. Juli 1944 und seine Vorgeschichte, in: Ders./Angelika Ebbinghaus (Hrsg.), Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen. Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938–1945. Hamburg 2004, S. 16–68, bes. S. 34 ff.
- 9 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. von Elke Frölich, Teil 1, Bd. 3 (1.1.1937–31.12.1939). München 1987, S. 636 ff.
- 10 Schweizerisches Bundesarchiv Bern, E 4320 (B) 1970/25, Bd. 1–4, Dossier C.2.102. Das Elser-Dossier der Strasser-Akten ist seit einigen Jahren – ohne die Fotos – veröffentlicht: Ulrich Renz (Hrsg.), Die Akte Strasser, o.O. u. J. (Schriftenreihe der Georg Elser Gedenkstätte Königsbrunn, Bd. 1. Königsbrunn 2000).
- 11 Vgl. zum Folgenden die Berichte des SD-Inland zur innenpolitischen Lage Nr. 14 vom 10. 11.1939 bis Nr. 25 vom 6.12.1939, abgedruckt in: Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Herrsching 1984, Bd. 3, S. 441 ff. und Bd. 4, S. 449 ff.
- 12 Bericht zur innenpolitischen Lage Nr. 15 vom 13.11.1939, ebenda S. 449.
- 13 Deutschland-Berichte, 6. Jg. 1939, Nr. 9, Teil A: Nachrichten und Berichte, abgeschlossen am 2. Dezember 1939, I.1. Nach dem Münchener Attentat, S. A 3-6, abgedruckt in: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, 6. Jg. 1939. Nördlingen 1980, S. 1023 ff.
- 14 So hieß es in der redaktionellen Vorbemerkung zu den Sopade-Berichten über das Attentat, man wolle sich mit ihrem Abdruck keineswegs am allgemeinen »Rätselraten darüber ... beteiligen, ob die-

- ses Attentat von der Gestapo inszeniert oder von Gegnern Hitlers in seiner eigenen Partei versucht worden ist«. Deutschland-Bericht Nr. 9, 6. Jg. 1939 (wie Anm. 13), S. 1023.
- 15 Ulrich von Hassell, Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen. Berlin 1988, S. 155.
 - 16 Seit den 1950er Jahren meldete sich immer wieder einer der früheren Bewacher, der SS-Unterscharführer Walter Usslepp, zu Wort und behauptete, er habe in Gesprächen mit Elser erfahren, dass dieser der Allgemeinen SS angehört hätte und in der Reichskanzlei in Anwesenheit Himmlers zu einem fingierten Attentat im Münchner Bürgerbräukeller angestiftet worden sei. Auch dieses Phantasieprodukt ist von Hoch überzeugend widerlegt worden. Vgl. Anton Hoch/Lothar Grundmann, Georg Elser: Der Attentäter aus dem Volke. Der Anschlag auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller 1939. Frankfurt a.M. 1980, S. 13 ff., Anmerkungen S. 158 f.
 - 17 Vgl. hierzu und zum Folgenden Staatsarchiv München, NSG 25/2; Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ZS/A-17: Hoch, Das Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller (wie Anm. 1); Haasis, »Den Hitler jag ich in die Luft« (wie Anm. 5), S. 244 ff.
 - 18 Sigismund Payne Best, The Venlo Incident. London 1950, S. 93 f., 127 ff., 187, 205.
 - 19 Hans-Bernd Gisevius, Bis zum bitteren Ende, 2. ergänzte und vermehrte Aufl., Bd. II. Zürich 1946, S. 169 f., 182 ff.
 - 20 Walter Schellenberg, Handschriftliche Aufzeichnungen, o.D., Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ED 80, Bl. 49 f.
 - 21 Walter Schellenberg, Memoiren. München/Köln 1959, S. 90 f.
 - 22 Allan Bullock, Hitler: A Study in Tyranny. Oxford 1952. Hier zitiert nach der deutschen Ausgabe: Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf 1953, S. 573.
 - 23 John W. Wheeler-Bennett, The Nemesis of Power: The German Army in Politics, 1818–1945. London 1953. Hier zitiert nach der deutschen Ausgabe: Nemesis der Macht. Düsseldorf 1954, S. 502–507.
 - 24 Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung (1954), zit. nach der unveränderten Neuauflage. Stuttgart 1984, S. 250, Anm. 32 S. 505.
 - 25 Hans Rothfels, The German Opposition to Hitler. An Appraisal. Hinsdale, Illinois 1948, S. 53 f.
 - 26 Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Krefeld 1949, S. 66 f.
 - 27 Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Ungekürzte, stark revidierte Ausgabe. Frankfurt a.M./Hamburg 1958, S. 58.
 - 28 Dieser Katharsis unterzog sich der französische Sozialhistoriker Marc Bloch, als er über die Ursachen der Niederlage von 1940 nachdachte, die er als Nachschuboffizier der französischen Armee miterlebt hatte: Marc Bloch, L' étrange défaite. Témoignage écrit en 1940. Paris 1990; deutsche Ausgabe: Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940. Der Historiker als Zeitzeuge. Frankfurt a.M. 1992.
 - 29 Martin Gilbert/Richard Gott, The Appeasers, 2. Aufl. London 1967, S. 13 und Anm. 30 S. 380.
 - 30 Vgl. Christoph Cornelißen, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2001, S. 347; Roth, Der 20. Juli 1944 und seine Vorgeschichte (wie Anm. 8), S. 62 ff.
 - 31 Vgl. Karl Heinz Roth, »Richtung halten«. Hans Rothfels und die neo-konservative Geschichtsschreibung diesseits und jenseits des Atlantiks, in: Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Neue Folge 18 (2003), H. 1, S. 41–71.
 - 32 Staatsarchiv München, Bestand NSG 25/1 und 2.

Jörg Wollenberg

Folgen einer Denunziation. Zum Schicksal von Hermann Joseph, der mit Georg Elser verwechselt wurde und nach Auschwitz kam

Folgt man den Aufzeichnungen prominenter Repräsentanten des Exils und den Meldungen der internationalen Presse oder des Rundfunks, dann beherrschte das Attentat von Georg Elser auf Adolf Hitler für Tage die Öffentlichkeit. Thomas Mann notierte am Spätabend des 8. November 1939 in Princeton/USA in sein Tagebuch: »Hörten mit ihm (Georg Martin Richter) Swing, der ein schweres Attentat auf Hitler in München nach seiner Keller-Putsch-Rede meldete.« Und am 9. November hielt er fest: »Die Zeitungen über den Bombenanschlag und die Bedrohung Hollands.« Am 10. November: »Viel über das Bierkeller-Attentat u. seinen Ursprung.«¹ Nach der Erinnerung des Mitglieds der Auslandsleitung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), Walter Fabian, war das von ihm mit seiner Frau Ruth in Paris geleitete Zeitungsausschnittbüro (Bureau de documentation) im November 1939 für Tage damit beschäftigt, die zahlreichen Pressemeldungen der damals für ihn zugänglichen rund 400 Zeitungen und Zeitschriften über das Attentat auszuwerten.² Darunter dürfte sich ein Text des prominenten, vom Parteiausschluss bedrohten Kommunisten Willi Münzenberg befunden haben. Auf der ersten Seite der von ihm herausgegebenen Wochenzeitschrift »Die Zukunft« kommentierte er Ende November 1939 den »Donnerschlag in München«. Münzenberg glaubte, in der Tat einen Beweis dafür zu erkennen, »dass die Gruppenkämpfe in der Spitze bereits die Form von Bombenattentaten angenommen« hätten. Aber, so sein Resümee: »Der Anschlag in München wurde nicht von der Himmler-Polizei gemacht, sondern er war nicht der erste, aber der lauteste Schlag einer bestimmten Art der Opposition gegen den Diktator.«³

Worüber kaum einer berichtete, war der Tatbestand, dass unmittelbar nach dem Beginn der Fahndung Menschen verhaftet wurden, die Georg Elser ähnelten oder mit ihm verwechselt wurden. Dazu zählte der aus Nürnberg stammende Architekt Hermann Joseph, der Georg Elser in Größe und Erscheinung ähnelte.

Am 22. Januar 1969 schrieb Hermann Joseph an den Chefredakteur des »Stern«, Henri Nannen: »Ein paar Freunde, zuletzt Erich Kästner, haben mir geraten, mich hinzusetzen und alles aufzuschreiben. Es würde die Zeit kommen, da wird man es lesen und darüber nachdenken ... 1939 im November wurde ich verhaftet und Weihnachten aus der Haft entlassen. Etwas demoliert. Auf den Kopf des Attentäters im Münchener Bürgerbräukeller hatte man eine hohe Summe gesetzt⁴ und da dachte sich jemand: Vielleicht war er es. Ich war es nicht.«⁵

Josephs Bericht erschien nicht im »Stern«. Und bis heute erklärte sich kein Verleger bereit, diese Erinnerungen eines politischen KZ-Häftlings über seinen Weg von Nürnberg über Paris nach Linz, von dort in das KZ Natzweiler-Struthof und anschließend weiter nach Auschwitz zu veröffentlichen, trotz der Unterstützung durch seine einflussreichen Freunde aus Kultur und Politik wie Ernst Schütte, Arwed Lippert, Eugen Kogon, Karl Anders, Waldemar von Knoeringen, Peter Glotz oder Volkmar Gabert.

Der als achttes Kind des jüdischen Geschäftsführers der Baugenossenschaft Gartenstadt in Nürnberg am 20. Dezember 1908 geborene Hermann Joseph gelangte Ende März 1943 mit der Häftlingsnummer 104338 in das Auschwitz-Stammlager. Dort vom Flecktyphus befallen, ließ er als zum Tode geweihter mit Hilfe des »roten Blockältesten« Herbert Kreuzmann im Häftlingskrankenbau eine Namensänderung vornehmen. Aus dem »Mischling« Hermann Joseph wurde der politische Häftling Joseph Hermann, der geheilt mit dem roten Winkel ohne den sechseckigen Davidstern den Krankenbau verließ. Anschließend kam er in das Nebenlager Auschwitz-Fürstengrube und gründete dort im Auftrag der IG Farben als Blockältester und »Zeichner« eine eigene Maurerschule. Er war verantwortlich für den Bau der Lagerküche, der Krankenbaracke und der SS-Unterkunft, bevor ihm die Funktion des Lagerältesten von der SS übertragen wurde. Alle Bauarbeiten mussten von den KZ-Häftlingen nach der Rückkehr von der Arbeit in der »freien Zeit« ausgeführt werden, eine kaum erträgliche zusätzliche Belastung. Hermann Joseph entwarf zusätzlich Pläne für die Lager Lagischa und Günthergrube und legte den Plan eines Verwaltungsgebäudes für die IG Farben in Fürstengrube vor. Die anschließende Tätigkeit als oberster Funktionshäftling machte ihn wegen seiner Ordnungsliebe und Härte zu einem bei den Häftlingen unpopulären, gefürchteten Mann, der sich nach 1945 für sein Handeln vor dem Landgericht in Ansbach verantworten musste. Dazu Hermann Joseph nachträglich: »Ich habe einem Richter einmal gesagt, dass ich mir nach dem KZ-Lager in Auschwitz angewöhnt habe, mit Menschen, mit denen ich zusammenkomme, darüber nachzudenken, was der oder jener wohl im Lager gemacht hätte, in Fürstengrube unter Moll oder Schmidt oder im Straflager Natzweiler, woher ich kam. Und dann reihe ich ihn ein in meine Erfahrungen mit Menschen in dieser für alle unverständlichen Situation. Da fragte mich der Richter, was er nach meiner Meinung in einem Konzentrationslager gemacht haben würde. Ich sagte: »Sie wären vielleicht ein Blockältester geworden, der auf peinlichste Sauberkeit aus war.« Er schien damit zufrieden, bis ich meine Frage stellte: »Wissen Sie, auf welche Weise Sie peinlichste Sauberkeit erreicht hätten?« Das schrieb Hermann Joseph am 18. Oktober 1968 an seinen einstigen Mithäftling Karl Engel, der in Fürstengrube als »Oberkapo« auf der Baustelle der Neuanlage eines Grubenschachtes arbeitete, bevor »Brillanten-Karl« als »Krimineller« mit dem grünen Winkel im Frühjahr 1944 als »Lagerältester« in Lagischa tätig wurde.⁶

Wie kam Hermann Joseph nach Auschwitz und wie verlief sein weiteres Leben?

Als Vorsitzender der *Sozialistischen Schülervereinigung* pflegte Hermann Joseph ab 1927 eine enge Freundschaft zum »roten Baron« Waldemar von Knoeringen und zu Lorenz Hagen, den Repräsentanten der bayerischen Gewerkschaften und der SPD nach 1945, mit denen er sich schon vor 1933 am aktiven Widerstand gegen die Nazis beteiligte. 1933/34 studierte er an der École des Beaux Arts in Paris und Arles, kehrte anschließend aus Heimatliebe nach Deutschland zurück und arbeitete im Nürnberger Architektenbüro Seiler. Am 9. November 1939 wurde er verhaftet, weil man ihn mit dem Hitler-Attentäter Georg Elser verwechselte. Nach der Entlassung aus der Haft Weihnachten 1939 wurde er zum Wehrdienst einberufen,



Hermann Joseph 1948 im Zuchthaus Ansbach

aber nach zehn Wochen »aus rassistischen Gründen« wieder entlassen. Anschließend war er als Architekt in Lothringen tätig, danach wechselte er zusammen mit einer Nürnberger Baufirma nach Linz. Dort wurde er am 1. Dezember 1942 erneut durch die Gestapo verhaftet und in das KZ Natzweiler gesteckt, ab März 1943 in Auschwitz – ab Juni dort im Nebenlager Fürstengrube. Er überlebte den Todesmarsch von Auschwitz nach Ostholstein. Nach der Befreiung vom Faschismus baute er die Gewerkschaften in Nürnberg mit auf, wurde dort SPD-Stadtrat und stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in Bayern. Aufgrund zweier Anklageschreiben aus den Reihen der Mithäftlinge nahm ihn die US-Militärregierung das erste Mal im Mai 1946 in Haft, er wurde aber bald darauf wieder entlassen. Joseph zog sich anschließend aus der Politik zurück und verzichtete auf die ihm angebotene Tätigkeit als bayerischer Kultusminister unter dem Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner (SPD). Er übernahm stattdessen den Posten eines Regierungsdirektors beim Landessiedlungsamt der Regierung in Ober- und Mittelfranken in Ansbach. Im August 1947 wurde er in Weißenburg zum zweiten Mal nach 1945 verhaftet, ins Gerichtsgefängnis Ansbach eingeliefert und dort einem langen Ermittlungsverfahren und Prozess ausgesetzt. Dieser Ansbacher Prozess gegen Joseph von 1947 bis 1953 blieb bislang unbeachtet. Es dürfte sich um einen der frühesten, wenn nicht gar den ersten Auschwitz-Prozess auf westdeutschem Boden gehandelt haben, zumal, wenn man die erste Verhaftung Josephs von 1946 mit beachtet und darauf hinweist, dass parallel dazu in Nürnberg der IG-Farben-Prozess vor dem amerikanischen Militärtribunal stattfand (1947/48).⁷ Typisch an dem Ansbacher Prozess ist allerdings, dass wie in den Fällen Dachau, Bergen-Belsen und Buchenwald KZ-Funktionshäftlinge noch vor den Hauptverantwortlichen angeklagt und zur Rechenschaft gezogen wurden.⁸

Mehr als 50 Häftlinge aus Auschwitz-Fürstengrube traten als Zeugen auf, von denen nur wenige Hermann Joseph entlasteten.⁹ Wie ist es zu erklären, dass auch in einem relativ kleinen und überschaubaren Nebenlager mit 1200 bis 2000 Häftlingen, von denen die Mehrzahl Juden waren, die »Funktionshäftlinge«, vor allem der »Lagerälteste«, in der Erinnerung so vieler Häftlinge negativ beurteilt wurden, während sie den KZ-Kommandanten Max Schmidt weitgehend entlasteten? Eugen Kogon kam in der Sachverständigenvernehmung vom 8. April 1949 in Ansbach zu dem Ergebnis: »Aufgrund der allgemeinen Darstellung von den Verhältnissen im Lager, die mir

gegeben wurde, würde ich sagen, dass bei dem Angeschuldigten offensichtlich ein gewisses Sicherheitsbedürfnis gemischt mit einem gewissen Ehrgeiz und das Verlangen auf einen Wirkungskreis und das Bestreben, Ordnung zu schaffen, maßgeblich gewesen sind.« Und vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen in Buchenwald fügte Kogon hinzu, dass man mit zu berücksichtigen habe, was es bedeute, als »Halbjude« eine solche Tätigkeit wahrzunehmen, weil die Rückverweisung aus der sogenannten Arisierung vermutlich den Tod zur Folge gehabt hätte.¹⁰

Der »Kapo« im Häftlingskrankenbau von Auschwitz-Blechhammer bestätigt eine solche Interpretation. Hans-Werner Wollenberg, der am 8. Januar 1891 in Königsberg geborene preußische Sanitätsoffizier und Bruder des »roten Leutnants von München«, überlebte nach der Emigration die Odyssee vom Internierungslager Drancy bei Paris bis nach Blechhammer. Sein autobiographischer Bericht dokumentiert nicht nur die »eigene Depersonalität« durch Lagererfahrungen. Er thematisiert auch seine Rolle als jüdischer Arzt und Funktionshäftling, der als »Heilbehandler« zur Prügelstrafe neigte, um für eine gute Überlebensdisziplin der KZ-Insassen zu sorgen. Die straffe preußische Lagerdisziplin erschien ihm dafür geeigneter als »echt österreichische Schlamperie«. Sie sei auch dem »Schmutz französischer Lager« vorzuziehen.¹¹ Dieser Bericht könnte helfen, das harte Vorgehen des »Lagerältesten« von Auschwitz-Fürstengrube besser einzuordnen, den einige Mithäftlinge wegen seiner Ordnungsliebe und des Hangs zum Prügeln schwer belasteten.

Nach sechs Jahren Untersuchungshaft und dem wegen seiner Erkrankung immer wieder unterbrochenen Prozess, der mit einem Freispruch durch das Landgericht endete, leitete Hermann Joseph ab 1953 ein Architektenbüro in Nürnberg. Zu seinen größeren Bauten zählte die »Kritische Akademie« in Inzell, ein Kooperationsprojekt der Gewerkschaft Textil und Bekleidung mit der Mieder-Stiftung. Im Alter zog er sich nach Rückersdorf zurück, wo er am 30. August 1997 verstarb. Seine *Unerbetenen Erinnerungen* liegen als Manuskript vor. Titel: *Der Fall 104338*.¹²

Anmerkungen

- 1 Thomas Mann, Tagebücher 1937–1939. Frankfurt am Main 1980, S. 498 f.
- 2 Nach einer Mitteilung an den Verfasser am 20.6.1980; vgl. Jörg Wollenberg, Walter Fabian, Brückenbauer der Linken, in: Arno Klönne u.a. (Hrsg.), Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Hamburg 2003, S. 126–154.
- 3 Willi Münzenberg, in: Die Zukunft, 2. Jg., Nr. 44 vom 1.12.1939, S. 1; vgl. auch Willy Münzenberg, Propaganda als Waffe. Ausgewählte Schriften 1919–1940, hrsg. von Til Schulz, März Verlag, 1972, S. 338–340.
- 4 Die Belohnung betrug insgesamt 600.000 RM. Quelle: Materialien zur Haidhauser Geschichte (Hrsg. Hermann Wilhelm), Band 3: Ulrike Albrecht, Das Attentat. München 1987.
- 5 Der Brief wie auch die folgenden Dokumente aus dem Nachlass Joseph befinden sich im Privatarchiv von Jörg Wollenberg.
- 6 Karl Engel gehörte zu den von Joseph benannten Entlastungszeugen im Ansbacher Prozess (Bayrisches Staatsarchiv Nürnberg, Bestand 1317/1952). Am 29.4.1949 erschien der damals 39-jährige Kaufmann Karl Engel aus Pforzheim als Zeuge in Ansbach. Er beschloss die Befragung: »Während meiner Zeit kann ich dem Joseph nicht vorwerfen, was nicht anderen Häftlingen, die sich in der gleichen schweren Lage befanden, auch vorgeworfen werden könnte« (1317/1952, Blatt 317–321). Bei der Abfassung seiner Erinnerungen hat Joseph später mehrfach Karl Engel um Hilfe gebeten. Ich zitiere aus dem mir vorliegenden Briefwechsel der Jahre 1968/69 (Privatarchiv Wollenberg).

- 7 Die erste Vernehmung von Hermann Joseph vor der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Ansbach wurde am 22.5.1948 vorgenommen. Das Urteil wurde am 12.5.1953 verkündet. Die Prozessakten liegen im Bayerischen Staatsarchiv Nürnberg, Bestand 1317/1952, 5J314/48, Bd. III.
- 8 Vgl. Jörg Wollenberg, Die »roten Kapos« - »rotlackierte Nazis« und »willige Vollstrecker« der SS? Zum Versuch, den Gebrauchswert des Antifaschismus am Beispiel der KZ-Funktionshäftlinge neu zu bemessen, in: Matthias Brosch u.a. (Hrsg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Berlin 2006, S. 115-139; Lutz Niethammer (Hrsg.), Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Berlin 1994; Karin Orth, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte. Hamburg 1999; zur Häftlingsverwaltung vgl. Eugen Kogon, SS-Staat, S. 64-71; Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann, Konzentrationslager, S. 841-1060; KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg., Red.: Herbert Diercks), Abgeleitete Macht: Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration. Bremen 1998; Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager. Hamburg 1978; Eugenius Brzezicki et al., Die Funktionshäftlinge in den Nazi-Konzentrationslagern (1965), in: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Die Auschwitz-Hefte, Texte der polnischen Zeitschrift »Przeglad lekarski« über historische, psychische und medizinische Aspekte des Lebens und Sterbens in Auschwitz. Weinheim 1987, S. 231-241.
- 9 Vgl. Bayerisches Staatsarchiv Nürnberg, 1317/1952; 1322/1952. Zu denjenigen, die ihn verteidigten, gehörten Eugen Kogon als Gutachter und die prominenten jüdischen Musiker aus Auschwitz, Jan-Kurt Behr (nach 1945 Dirigent an der MET in New York) und Harry Hermann Spitz (nach 1945 Chef der Musikabteilung des NWDR). Belastet wurde er u.a. von dem Pädagogikprofessor Robert Alt aus Berlin, dem Rechtsanwalt Franz Unikower aus Schwerin, später Frankfurt/Main, und Felix Stahl aus Stockholm.
- 10 Bayerisches Staatsarchiv Nürnberg, Akten des LG Ansbach 5J314/48, S. 249-254.
- 11 Hans-Werner Wollenberg, ... und der Alptraum wurde zum Alltag: autobiographischer Bericht eines jüdischen Arztes über NS-Zwangsarbeitslager in Schlesien (1942-1945). Pfaffenweiler 1992, S. 40, 63, 170 f.
- 12 Ein Teilabdruck seiner Erinnerungen (über das Ende des Todesmarsches von Auschwitz nach Ostholstein) in: Jörg Wollenberg, Ahrensböck - eine Kleinstadt im Nationalsozialismus. Konzentrationslager - Zwangsarbeit - Todesmarsch. Bremen 2000, S. 193-217. Zu seiner Tätigkeit in Auschwitz: Jörg Wollenberg, Die »roten Kapos« - Hitlers unwillige Vollstrecker, in: Derselbe, Den Blick schärfen - Gegen das Verdrängen und Entsorgen. Bremen 1998, S. 136-159.

Dietrich Milles

Die Qualität des Schadens. Psychische und physische Belastungen unter dem NS-Regime

Wäre Georg Elser in den letzten Tagen der nationalsozialistischen Herrschaft nicht noch ermordet worden, hätte er anschließend wahrscheinlich keine Entschädigung erhalten. Diese unglaublich erscheinende Einschätzung fußt auf der Erfahrung, die verschiedene Verfolgte des Naziregimes und KZ-Opfer im Nachkriegsdeutschland haben machen müssen. Dieser Teil des Umgangs mit dem NS-Regime gehört zu den schlimmen Erfahrungen, die für betroffene Menschen oftmals noch schwieriger zu ertragen waren als die kollektive Ignoranz der Nation vor und nach 1945.

Die Würdigung derjenigen, die Widerstand geleistet haben und dann verfolgt, gefoltert und ermordet wurden, schließt die Würdigung ihrer Belastungen ein. Dass die junge Bundesrepublik hierzu nicht oder nur vollkommen unzulänglich in der Lage war, sagt viel über ihr seinerzeitiges staatsbürgerliches Fundament aus. Umgekehrt kann man sagen, dass die mit etwa 30- bis 40-jähriger Verspätung eingetretene offene und gründliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus und seiner Folgen nunmehr viel über ein neu gewonnenes Fundament der Bundesrepublik aussagt.

Georg Elser hatte am 8. November 1939 mutig versucht, den Tyrannen in München zu töten. Er wurde an der Schweizer Grenze mit verräterischen Gegenständen verhaftet, in Berlin verhört und gefoltert, schließlich in das KZ Sachsenhausen verbracht. Für den von den Nazis angestrebten Schauprozess gab es nur spärliche Beweise. Wichtiger aber war wohl, dass sich dieser auf eine einzelne Person zugeschnittene Machtapparat nicht vorstellen konnte, dass Georg Elser in alleiniger Verantwortlichkeit vorgegangen war. Die Suche nach kommunistischen Hintermännern wurde nie aufgegeben, vielleicht später etwas vergessen. Doch mit der nahenden Befreiung erinnerte sich die Gestapo des Falles und ordnete am 5. April 1945 an, dass Elser, der vermutlich Anfang Februar 1945 in das KZ Dachau verlegt worden war, nicht lebend in alliierte Hände fallen dürfe. Er wurde am 9. April 1945 in Dachau ermordet. Mit dem Blick auf das schreckliche Ende wird allzu leicht übersehen, dass Elser über vier Jahre lang im KZ verbrachte.

Was bedeutete das? Wir wissen wenig über das individuelle Schicksal des Häftlings, der auch noch unter falschem Namen in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau war. Wir wissen aber, was es bedeutete.

Die Gestapohaft war eine Tortur. Es wird über eine zufällige Begegnung im Hofe des Gestapogebäudes berichtet, nach der Elser 1941 als »gepeinigter Kreatur« nur »eine Ruine seiner selbst« war, »weil man ihn mit stark gesalzenen Heringen, Hitze und Flüssigkeitsentzug zu erpressen



Georg Elser zu Beginn seiner
fünfjährigen Isolationshaft im KZ
Sachsenhausen

versucht hatte« (Reichskriminaldirektor Nebe, Leiter der »Sonderkommission Bürgerbräuattentat«).

Elser wurde nach zwei Serien solcher Verhöre nach Sachsenhausen verbracht, wo er zwar isoliert, aber unter relativ (!) privilegierten Bedingungen »zur weiteren Verfügung« gehalten wurde. Das KZ Sachsenhausen war im Sommer 1936 als Modell- und Schulungsanlage in der Nähe Berlins von Häftlingen aufgebaut worden. Bis zur Befreiung wurden mehr als 200.000 Menschen inhaftiert. Darunter befanden sich zunächst viele »politische« Häftlinge, dann anwachsend viele rassistisch oder anderweitig als »minderwertig« verachtete Menschen. Der Alltag war gekennzeichnet von strengem Regime; berichtet wird von Hunger, Erschöpfung, Krankheiten, Kälte, Misshandlungen, Hinrichtungen, medizinischen Experimenten und Massentötungen. 1941 werden Genickschussanlage und Gaswagen erprobt, 1942 ein System der Vernichtung (»Station Z«) etabliert.

Dann kam Elser in das KZ Dachau. Bereits am 20. März 1933 hatte Heinrich Himmler noch als Polizeipräsident von München öffentlich den Aufbau des Konzentrationslagers Dachau verkündet. Dieses KZ war kein Vernichtungslager, aber es war ein Muster für den Ausbau dieses Systems, das sich durch das gesamte Reich zog und die Schreckensherrschaft organisierte.¹ Inhaftiert wurden zunächst »Politische«, also oppositionelle Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Pazifisten. Nach der »Reichskristallnacht« wurden auch Juden inhaftiert und nach Kriegsbeginn vor allem Opfer der Säuberungen in den besetzten Ländern. Wer in das KZ Dachau eingeliefert wurde, musste durch einen Korridor von schlagenden SS-Wachen, ihm wurde jegliche Identität geraubt und er war bestialischer Gewalt ausgeliefert. Um 4 Uhr wurde er geweckt, dann folgten der Zählappell und die Arbeit, unterbrochen von einer Stunde Mittagspause, abends wieder ein Zählappell und um 21 Uhr war Schlafzeit. In 34 Baracken, die für 60 Mann ausgelegt und schließlich mit 400 belegt waren, wurde auf Holzpritschen geschlafen, später schichtweise. Ein Zählappell konnte auch neun Stunden dauern, Strammstehen in unzulänglicher Einheitskleidung bei jedem Wetter. Das Lager war umgeben von einem Stacheldrahtzaun mit einer Spannung von 380 Volt, die nur abgeschaltet wurden, um die Opfer fehlgeschlagener Fluchtversuche oder erfolgreicher Selbstmorde zu entfernen. Bei kleinsten Verfehlungen wurden brutale Strafen bis hin zur Exekution vollzogen. Der Wahlspruch über dem Eingang »Arbeit macht frei« bedeutete skrupellose Ausnutzung vor allem für die Rüstungsindustrie, wobei bereits 1934 die »Kost etwas kürzer zu halten« war – als »Erziehungsmaßnahme«. Wie in anderen KZ wurden auch hier Menschenversuche durchgeführt, v.a. zur Wirkung verschiedener Heilkräuter und zu Tuberkulose.

Elser kam in Dachau als menschliches Wrack an, saß auch hier isoliert und hatte vergleichsweise bessere Bedingungen. Die sahen so aus, dass während der gesamten Nacht das Licht brannte



Zellengang im Konzentrationslager Dachau

und er separat bewacht wurde. Er bekam als starker Raucher eine Sonderration Zigaretten und konnte auf einer Zither spielen. Sein Ängste waren, »welchen Tod ich erleiden werde«.

Das ist ein Auszug dessen, was wir über den Alltag wissen, in dem Georg Elser vier Jahre lang gefangen war. Und doch wäre es nicht sicher, dass er eine Entschädigung hätte erreichen können, wenn er überlebt hätte. Auch die Familie Elsers, die zunächst viele Jahre nichts über sein Schicksal erfuhr, erhielt keinerlei Entschädigung. Vielmehr hielt sich lange Zeit der Verdacht, Georg Elser sei ein »Werkzeug« der NS-Führung gewesen, weil er durch keine Widerstandsgruppe legitimiert war.

Nach dem Kriegsende waren es nicht die KZ-Opfer, sondern die aus der Sowjetunion heimkehrenden Kriegsgefangenen, die als Muster genommen wurden, wenn es um die Aufarbeitung der Kriegsfolgen ging. Denn hier verschoben sich die Fragen nach Schuld und Verantwortung und übrig blieb ein diffuses Gemisch, in der sich der deutsche Bürger überhaupt eher als Opfer sah.²

Es gab aber nicht nur die Form des »Beschweigens« (Werner Bergmann), sondern auch die gezielte Bewertung dessen, was unter dem Nationalsozialismus auszuhalten war. Dies soll im Folgenden am Beispiel der versorgungsmedizinischen Begutachtung diskutiert werden.³

Die Problematik versorgungsmedizinischer Begutachtung liegt darin, dass Ärzte immer auch über etwas urteilen, von dem sie als solche nichts verstehen und was ihre Rolle überfordert. Im

Fokus auf einen entstandenen körperlichen Schaden, der Leistungen begründet, liegt immer auch eine Stellungnahme zu verursachenden gesellschaftlichen Zusammenhängen. Die Mehrzahl der Ärzte hat seit Bestehen der deutschen Sozialversicherung, die als Arbeiterversicherung gegen die Intentionen Bismarcks zu Beginn der 1880er Jahre aufgebaut wurde, diesen Zusammenhang beiseitezuschieben versucht. Im Kern wurden die Sozialversicherungsverfahren über die Unfallversicherung aufgebaut und enthielten mit der Auseinandersetzung über die Haftpflicht der Unternehmer für entstandene Gesundheitsschäden eine sozialpolitische Dimension. Auch die Kriegsoffer, die nach dem Bundesentschädigungsgesetz von 1956 zivilrechtlich⁴ bewertet wurden, mussten »Schaden an Körper und Gesundheit« nachweisen. In diesem Gesetz wurden Opfer nationalsozialistischer Verfolgung ebenso behandelt wie Täter im deutschen Heer, ja, Letztere galten als die eigentlichen Adressaten und Opfer.

Es gilt in versorgungsmedizinischer Hinsicht also, eine gesundheitliche Schädigung nachzuweisen, die in einem Zusammenhang entstanden ist, der von dem jeweiligen Gesetz erfasst ist. Die entscheidende Frage an die Gutachter bezieht sich auf die Qualität der Schädigung. Der ursächliche Zusammenhang kommt dazu in den Blick, um andere als die versicherten Zusammenhänge abzuklären. Das Interesse der Gutachter richtete sich demnach immer schon zum einen auf natürliche Zusammenhänge, die eine Schädigung herbeiführen und daher keine Leistung begründen (vor allem Konstitution, Alter und Verschleiß), zum anderen auf grob fahrlässig oder mutwillig herbeigeführte Schädigungen, die selbst verantwortet werden müssen und ebenfalls keine Leistungen begründen (Straftat, Simulation, Selbstverstümmelung). In verschiedenen Etappen, vor allem in der Auseinandersetzung mit traumatischen Neurosen, hatte sich eine Lehrmeinung etabliert, die psychischen Dimensionen einer Verursachung möglichst auszuschließen. So sollten »Willensschwäche«, »Begehrlichkeit« und »Schmarotzertum« identifiziert werden und nicht zur Leistungsbegründung benutzt werden können. Bereits 1916 hatte die Deutsche Gesellschaft der Nervenärzte psychogenen Reaktionen der Grabenkämpfer im Ersten Weltkrieg den Rang einer Krankheit abgesprochen und sie auf minderwertige Ausstattung zurückgeführt, weil ein deutscher Soldat den Krieg auszuhalten habe. In einer grundsätzlichen Entscheidung befand dann das Reichsversicherungsamt 1926, dass eine Neurose in Sozialversicherungsverfahren prinzipiell auf abnorme Veranlagung oder Begehrlichkeit, im Grunde auf der Basis einer »Arbeitsverweigerungsvermutung« (Heide Gerstenberger), zu prüfen wäre. Die ärztlichen Gutachter, die sich dieser herrschenden Lehrmeinung anschlossen, konnten sich während des Nationalsozialismus ungehemmt entfalten. Selbst lange nach dem Kriege führte der Fokus auf die gesundheitliche Schädigung dazu, eine psychoreaktive Dimension nicht zu akzeptieren und eine körperlich nachweisbare Opferrolle vorauszusetzen.

Doch auch die Opferrolle war so einfach nicht. Wenn sie auch gerade auf die Rolle der deutschen Kriegsgefangenen, vor allem in sowjetischen Lagern, zugeschnitten war, fielen die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung aus dem Muster. Ihnen konnte die Opferrolle zwar nicht abgesprochen werden, doch stand, mehr oder weniger offen, die Frage im Raum, ob diese Opferrolle tatsächlich nur durch den Nationalsozialismus zustande gekommen war, also ob die entsprechende Verfolgung nicht dem »normalen« Vorgehen eines Staats- und Rechtsapparates geschuldet war. Dies betraf nicht nur Schwerverbrecher, sondern vor allem auch politische Häftlinge, die beispielsweise mit kommunistischem Hintergrund zur gleichen Zeit in der Bundesrepublik wieder mit der gleichen Begründung verfolgt wurden.

In der Diskussion der Gutachter aber wurden solche politischen Zusammenhänge möglichst ausgeklammert. Die Versorgungsmedizin machte auch keinen Unterschied zwischen ehemaligen Kriegsgefangenen und Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager. Es ging jeweils um eine Bewertung der gesundheitlichen Schädigungen und um den ursächlichen Zusammenhang solcher Schädigungen mit Kriegs- oder KZ-Gefangenschaft. Dies war bei organischen Schädigungen relativ einfach. Schwieriger waren solche komplexen Schädigungen, in denen die erfahrene psychische Belastung und die politisch-sozialen Umstände sich mit der Entschädigung und der gesellschaftlichen Aufarbeitung des Nationalsozialismus untrennbar verweben. Die medizinische Beurteilung setzte sich eben nicht mit Folter, Vernichtung, Entwürdigung oder Beschweigen und unterschwelligem Vorwürfen auseinander, sondern mit objektivierbaren körperlichen Schädigungen. Und sie fragte immer auch, ob diese Leiden in dieser Qualität nicht durch Konstitution, Alter oder andere »Minderwertigkeit« verursacht sein könnten. Die medizinische Begutachtung wurde oft als zweite oder fortgesetzte Verfolgung erfahren.

Entschädigung setzt Schaden voraus. Dies kann zum einen unmittelbarer körperlicher Schaden an Leben und an Gesundheit, also Tod oder Erkrankung, sein. Dies kann zum anderen mittelbarer Schaden sein, wenn durch körperliche Schädigung ökonomischer Schaden entsteht. Dazu muss die Minderung der Erwerbsfähigkeit in der tatsächlichen Lebenslage nachgewiesen werden. Hierzu muss die Lohnarbeit bescheinigt werden, die Familienverhältnisse, die Krankengeschichte usw. Beide Begründungszusammenhänge stellten KZ-Opfer nicht selten vor enorme Schwierigkeiten. Wie sollte beispielsweise der Lohn eines arbeitslosen Schreinergehilfen berechnet werden? Hatte der KZ-Häftling überhaupt noch Unterlagen, wo doch seine Identität mit allen Mitteln eliminiert wurde?

Der unmittelbare körperliche Schaden war ebenfalls nicht so einfach zu objektivieren, wie dies die Betroffenen empfanden. Komplexe Belastungen zeitigten komplexe Folgen. Das heißt, die späteren Folgen passten oft nicht ohne weiteres in die bekannten Krankheitsbilder. Viele psychosomatische Erkrankungen stellten sich erst nach Jahren ein und waren ursächlich nicht einfach zuzuordnen. Was hatten Verdauungsstörungen, schnelle Ermüdung, Depressionen mit den vor Jahren ertragenen Belastungen in den Konzentrationslagern zu tun? Mehr noch, viele medizinische Gutachter argumentierten auch, dass bewilligte Entschädigungen in psychischen Problemzusammenhängen die Therapie eher erschwerten.

Nur mühsam meldeten sich andere Sichtweisen zu Wort. Beispielsweise diagnostizierten dänische Mediziner ein »KZ-Syndrom«, das physiologisch nachweisbar war und im Wesentlichen auf eine Hungerkrankheit (Hungerdystrophie) zurückgeführt wurde. Die langjährige Mangelernährung war noch nahe liegende Krankheitsursache. Dieses Krankheitsverständnis wurde dann vor allem für deutsche Soldaten in russischer Kriegsgefangenschaft ausgearbeitet und gab den Rahmen für eine Einbeziehung sozialer Verursachungen (extreme Lebensverhältnisse).

Noch schwieriger waren die Diskussionen über psychische Folgen der Gefangenschaft (wobei sich wieder das Schwergewicht auf die Kriegsgefangenschaft verlagerte). Psychogene Erlebnisreaktionen galten in der Tradition der Begutachtung nicht als objektivierbare Grundlage einer Entschädigung. Erst 1957 wurde die Debatte neu eröffnet, ob psychogene oder neurotische Reaktionen prinzipiell mit willentlichem Zutun der Betroffenen zustande kommen oder ob das ungeheure Ausmaß der psychischen Leiden zu entschädigungswerten Erkrankungen geführt habe. Wiederum nur sehr mühsam und gegen viele Widerstände konnte eine Po-

sition aufgebaut werden, in der die extremen Belastungen durch nationalsozialistische Verfolgung zu nachweisbaren »Anpassungsstörungen« und »Entwurzelungsdepressionen« führten. Auch bei solchen Positionen blieb die Befürchtung, dass die Betroffenen durch die großen Anforderungen der »Selbstbehauptung« in der Nachkriegszeit in Versuchung kämen, sich durch eine Entschädigung zu helfen.

1960 wurde die herrschende Lehre in einem grundsätzlichen Gutachten gefasst. Das Gutachten argumentierte mit einer »adäquaten erlebnisreaktiven Entwicklung«, die sie gegen Neurosen und Wunschvorstellungen abgrenzten und als ausgesprochen selten annahmen. Das Gutachten rekurrierte weiter auf »extreme Erlebniskonstellationen«. Demnach musste das »ungewöhnliche Ausmaß der erlittenen Schädigungen« nachgewiesen werden, »die nach Qualität und spezifischer Bedeutung für den Betroffenen von einer solchen individuellen Repräsentanz sind, dass aus ihnen eine innere Wandlung, ein Anderswerden der Seinsform und eine Umprägung im bionegativen Sinn resultiert, die als Dauerverbiegung unter bestimmten Voraussetzungen bestehen bleiben kann«. Geprüft wurde demgegenüber, ob psychogene Reaktionen wesentlich auf eine »abnorme Reaktionsbereitschaft des Individuums« zurückgeführt werden könnten.

Hätte Georg Elser nach seiner Befreiung und nach verschiedener Abweisung durch vorherige Rechtsprechung 1960 eine solche »Verbiegung« beantragt und nachgewiesen? Gerade seine mutige Tat und seine subjektive Begründung wären der gängigen Lehrmeinung nach eher Hinweis auf »abnorme Reaktionsbereitschaft« gewesen, wodurch er in freiem Willen strafbare Handlungen begangen und sich im Grunde die Belastungen selbst zugefügt hätte. Im historischen Rückblick spricht vieles für die Einschätzung, dass Elser seinerzeit keine Entschädigung erhalten hätte. Dann wäre jener Zirkel vollzogen, in dem die gesellschaftlichen und politischen Gründe der Tat sich in der historischen Aufarbeitung noch einmal fortsetzen und zugleich in der Begutachtung »der anonym und überflüssig gemachte Mensch auch überflüssig bleibt, da er, wie es scheint, niemandem Nutzen bringt« (Wolfgang Jacob 1961). Diesen Zirkel sollten wir im Andenken Georg Elzers durchbrechen.

Anmerkungen

- 1 Geradezu symbolisch »verdanken« wir den ungeheuerlichen Überblick über das nationalsozialistische Lagersystem jenem Rudolf Höß, der in Dachau als Block- und Rapportführer begann, dann als Hauptsturmführer in das KZ Sachsenhausen aufstieg und schließlich als Lagerkommandant in Auschwitz im Zentrum der Vernichtung stand.
- 2 Dazu als eines unter vielen Beispielen ein Beitrag von H. G. van Dam in der »Jüdischen Allgemeinen« vom 29.1.1954 (gekürzt): »... Öffnet man die großen Tageszeitungen, so findet man häufig das Wort Entschädigung, aber in Verbindung mit Zahlungen an verschiedene Gruppen der Bevölkerung, nur nicht an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes. ... Wie stellt sich die deutsche öffentliche Meinung und die Weltmeinung dazu, daß KZ-Totschläger Heimkehrerhilfe erhalten, während die Insassen des von ihnen »betreuten« Konzentrationslagers häufig noch ohne Entschädigung sind? ... Frau H. E., die zum Bewachungspersonal des Konzentrationslagers Bergen-Belsen gehörte, wurde vom britischen Militärgericht in Lüneburg für schuldig befunden, den Tod von britischen, französischen, belgischen, niederländischen, polnischen, italienischen und russischen Staatsangehörigen verschuldet zu haben, weil sie an der Mißhandlung dieser und anderer unbekannter Personen teilgenommen hatte. Sie wurde zu einer Freiheitsstrafe von fünfzehn Jahren verurteilt. Dieses Urteil wurde bestätigt. Am 7. Mai

1953 wurde die Verurteilte infolge eines Gnadenaktes aus Werl entlassen. Sie gilt heute als Spätheimkehrerin und kann alle sich hieraus ergebenden Vorteile in Anspruch nehmen: Unterstützung, Kredit bis zu 10.000 DM und eventuell Rente. ... Die jüdische Ärztin Dr. S. H., die durch viele Konzentrationslager, auch Auschwitz, gegangen ist, ihren Mann im Konzentrationslager verloren hat und ohne Angehörige allein auf der Welt steht, hat bisher noch keinen Pfennig Entschädigung erhalten, sie ist im Mai 1949 aus Deutschland ausgewandert und erhielt nach der Praxis des Landes Niedersachsen weder Haftentschädigung noch Sonderhilfsrente, noch sonstige Zahlungen. ...« (Zitiert nach: »Jüdische Allgemeine«, Nr. 15-16, 12.4.2006, S. 32).

- 3 Vgl. für die folgende Argumentation: Hans-Gerhard Schmidt, Versorgungsmedizinische Begutachtung in der gesellschaftspolitischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Bremen 2002 (Magisterarbeit).
- 4 Auf die vorhandenen Unterschiede zwischen zivil- und sozialrechtlichen Verfahren soll hier nicht weiter eingegangen werden. In beiden Fällen handelt es sich im Grunde nicht um Kompensation für ein Leiden, sondern um den Ausgleich eines gesellschaftlich verursachten und wirtschaftlich feststellbaren Schadens (v.a. durch Minderung der Erwerbsfähigkeit).

Thomas Schneider

Die Instrumentalisierung des Attentates von Georg Elser und die Berichterstattung der Medien über aktuelle internationale ›Konflikte‹

Aus rückblickender heutiger Perspektive betont der Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim auf seiner informativen Homepage: »Wollte man eine Rangliste geschichtlicher Ereignisse erstellen, deren Tatsachen mit Vermutungen, Gerüchten und Verfälschungen in der Folgezeit bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurden, dann stünde das Bomben-Attentat des Königsbronner Schreiners Georg Elser vom 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller ganz weit oben auf der Liste.«¹ Denn sowohl das NS-Regime als auch die in- und ausländische Opposition versuchten, das Attentat des Einzeltäters Elser für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Beide Seiten dieses »War of the Words« – wie Propagandaschlachten noch im Ersten Weltkrieg zutreffend bezeichnet wurden – waren auffallend bemüht, dem Attentat einen von den persönlichen Motiven Elsers abweichenden Hintergrund zu geben, der die Tat in einen größeren Kontext versetzen und damit auch größere Angriffspotentiale im Rahmen der aktuellen Diskurse herstellen sollte.²

Ging es dem NS-Regime vorrangig darum, Elser mit ›Hintermännern‹ zu versehen, die sowohl regimeintern als auch -extern gegen das »Neue Deutschland« opponierten, so wurde die Opposition gegen den Nationalsozialismus sowohl während als auch nach Ende des »Dritten Reiches« nicht müde, Elser als Handlanger des Regimes darzustellen und somit das Attentat selbst entweder als fingiert oder als erfolgloses Unternehmen abweichender Kreise innerhalb des Regimes herabzustufen. In erschreckender Weise decken sich in diesem Punkt die Propaganda des Regimes und die seiner Gegner.

Bereits kurz nach dem Attentat und der Ergreifung Elsers verbreitete der NS-Propaganda-Apparat die Version, Elser sei kein Einzeltäter, sondern habe im Auftrag des britischen Secret Service gehandelt, der wiederum mit dem ›sozialistischen‹ Exil-Flügel der Nationalsozialisten um Otto Strasser zusammengearbeitet habe. Im Kontext des gerade begonnenen Zweiten Weltkrieges und des Kriegszustandes mit Großbritannien erreichte die NS-Propaganda damit zwei Zielsetzungen: zum einen die Diskreditierung des Kriegsgegners Großbritannien, der – wie das Attentat vermeintlich verdeutlichte – vor keiner Form nichtreglementierter Kriegführung zurückschreckte³ und somit die offizielle Version eines Verteidigungskrieges bestätigte, den das »Dritte Reich« gegen die internationale Völkergemeinschaft ähnlich wie im Ersten Weltkrieg führen würde. Mit der Verbindung zum spätestens durch den sogenannten »Röhm-Putsch« 1934 durch Exekution vernichteten oder wie Otto Strasser ins Exil ausgewichenen ›sozialisti-

schen Flügel der NSDAP sollte noch einmal betont werden, dass sich der ›nationale‹ Flügel um Hitler letztlich zu Recht durchgesetzt habe; zudem wurde der ›sozialistische‹ Flügel von Otto Strassers »Schwarzer Front«, die aus der »Arbeitsgemeinschaft Nordwest« um die Gebrüder Strasser und Goebbels hervorgegangen war, nun endgültig in die Kriminalität abgedrängt,⁴ was die Verfolgungsmaßnahmen ab 1934 retrospektiv erneut legitimierte.

Die Version(en) der Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands vor und nach 1945 bestritten ebenfalls die Einzeltäterschaft Elzers. Die Tat eines Einzelnen hätte sowohl die Anstrengungen des Exils für einen organisierten Widerstand (»Volksfront«) in Frage gestellt, als auch in der Nachkriegszeit die selbstlegitimierende Legende von der Unausführbarkeit individuellen, nicht-organisierten Widerstands gegen die NS-Diktatur konterkariert. So sahen sich die Propagandisten auf Seiten der aktuellen und ehemaligen Widerständler anscheinend gezwungen, für Elzers Attentat ebenfalls einen Hintergrund zu konstruieren, der sich mit den bereits zuvor erstellten Diskursen deckte: nämlich dass das Regime – wie schon beim Reichstagsbrand 1933 – gegen das Regime gerichtete, die deutsche Öffentlichkeit aufrüttelnde Taten fingierte, um so die Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten zu gewinnen oder zu stärken.⁵ Andererseits – als Variante dieser Version – sollte die Tat von Elser, zum Handlanger von Opponenten innerhalb der Führungsschicht des Regimes deklariert, die Brüchigkeit und Zerstrittenheit der Machthaber demonstrieren, so dass dem aktuellen und bislang weitgehend – wie der jüngst beendete Spanische Bürgerkrieg dramatisch verdeutlicht hatte⁶ – erfolglosen Kampf der in- und ausländischen Opposition ein Mindestmaß an Erfolg in Aussicht gestellt werden konnte, wenn es nur gelänge, diese Differenzen innerhalb des nach außen als monolithischer Block erscheinenden Regimes für die eigenen Zielsetzungen zu nutzen.

Diese Propagandastrategien des Regimes und seiner Gegner treffen sich in mehreren Punkten: Sie lenken von der tatsächlichen, individuellen und pazifistischen Intention des Attentäters Elser ab oder leugnen sie, so dass sie aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt und nicht thematisiert wurde.⁷ Die Strategien vereinnahmten das Attentat für die jeweils eigenen Zielsetzungen, die in einem größeren Kontext angesiedelt werden – eine in diesem Sinne kontextunabhängige Einzeltat erscheint als zu ungeheuerlich, da sie die kollektiven Zielsetzungen sowohl des Regimes als auch des Widerstandes letztlich ad absurdum führt und damit auch die Opferbereitschaft und die Opfer des Kollektivs und seiner Mitglieder als sinnlos gestaltet. Daher wird die Einzeltat in bereits vorliegende Feindbildschemata einsortiert, denen die Intentionen der jeweils eigenen Aktionen und Handlungen zugeordnet sind. Damit jedoch wird die Tat Elzers zu einer Fußnote eines ›größeren‹ Kampfes, eines ›großen Ganzen‹, dem die Heerschaaren der tatsächlichen Handlanger in der jeweiligen Propaganda unter- und zugeordnet sind, für dieses ›Ganze‹ sie ja schließlich ihre persönliche Integrität und Unversehrtheit riskieren und das eigene Überleben in Frage gestellt wird. Nur so kann der jeweilige ›Kampf‹ fortgesetzt werden – unabhängig davon, ob man den Zielsetzungen aus heutiger Perspektive zustimmt oder sie ablehnt. Elzers Tat war somit strategisch ein potentieller GAU, propagandistisch gewendet und instrumentalisiert hingegen ein ›Geschenk des Himmels‹.

Obwohl die hier nur skizzierten Ereignisse mehr als sechs Jahrzehnte zurückliegen, weisen sie doch bereits alle Charakteristika der aktuellen »Information Warfare« auf, ohne die zeitgenössische Kriege nicht denkbar sind: Was in früheren Kriegen als »Propaganda« zu charakterisieren wäre, hat sich in Zeiten der Information Warfare zu einem komplexen System von Diskursmanipulation, manipulativer Besetzung zentraler Themen, Einsatz sämtlicher Medien zur Steue-

rung der öffentlichen globalen Diskussion bis hinein in die Kriegsberichterstattung gewandelt, in dem selbst ›Fehler‹ als bewusst eingesetzte manipulative Neben- oder Subdiskurse erscheinen. Nach Colonel Richard Szafranski, einem frühen Theoretiker der Information Warfare, setzt diese nicht unbedingt Krieg voraus und ist nicht auf eine zwischenstaatliche Auseinandersetzung beschränkt, sondern umfasst »jede tödliche und nichttödliche Aktivität zur Unterwerfung des feindlichen Willens eines Feindes oder Gegners«. ⁸ In der Information Warfare geht es also darum, den traditionellen Krieg zu effektivieren und gleichzeitig die gewaltsame Interessendurchsetzung auch unterhalb der Schwelle eines ›offiziellen‹ Krieges leichter zu ermöglichen. Die Instrumentalisierung des Attentates Georg Elzers durch das NS-Regime und durch seine Gegner wäre somit heute als Psychological Operation (PSYOP) zu charakterisieren: als eine der »Planned operations to convey selected information and indicators to specific audiences to influence their emotions, motives, objective reasoning, and ultimately the behavior of governments, organizations, groups, and individuals. The purpose of psychological operations is to induce or reinforce attitudes and behavior favorable to the originator's objectives«. ⁹ Und hierzu bedienen sich alle Parteien in einem InfoWar selbstverständlich und notwendigerweise der Medien, worunter nicht nur die ›klassischen‹ Print- und AV-Medien zu verstehen sind, sondern auch alle künstlerischen Medien wie Literatur, Film, Photographie etc. Nicht Elzers Attentat war Teil einer Informationskriegführung, weil es eben als Tat eines Einzelnen außerhalb jeden strategischen Kontextes ausgeführt wurde, sondern die Interpretation des Ereignisses, die Einordnung in größere Kontexte und letztlich die Berichterstattung in den Medien waren Teil eines InfoWars im Rahmen des Regimes und des Widerstands und im Kontext des Zweiten Weltkriegs sowohl mit innerstaatlicher Zielsetzung als auch mit Blick auf das Ausland.

Die Anfänge der »Information Warfare« reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück und erleben mit dem bewussten Einsatz der Medien zur Beeinflussung der eigenen oder gegnerischen breiten Bevölkerung im Ersten Weltkrieg einen ersten Höhepunkt. Die NSDAP und das NS-Regime verstanden es bekanntlich besonders erfolgreich, die damals neuen Medien zu monopolisieren und für ihre Propagandaarbeit einzusetzen. ¹⁰ Die heutige Informationsgesellschaft, in der sich die Medien gerne als »Vierte Kraft im Staat« gerieren, kennzeichnet eine weitgehend besinnungslose Öffentlichkeit zum permanenten ›Opfer‹ der Informationskriegführung. Was wir denken, aber vor allem worüber wir reden, ist unmittelbar abhängig von den Informationen, die uns zugänglich sind. Die Entscheidungshoheit darüber, welche Informationen zugänglich gemacht werden und somit potentiell Gegenstand öffentlicher Diskurse sein könnten, ist längst von den Medien zu den kriegführenden Parteien übergegangen, ¹¹ unabhängig davon, ob es sich um einen ›Heißen‹ oder ›Kalten‹ Krieg oder – als Euphemismus – ›Konflikt‹ handelt. ¹²

Aus dem Vietnamkrieg der 60er und 70er Jahre wurde international die ›Lehre‹ gezogen, dass freier Zugang zu den Ereignissen und freie Möglichkeit der Berichterstattung im Sinne der kriegführenden Parteien – seien sie nun für oder gegen den Krieg eingestellt – kontraproduktiv bis hin zur Niederlage sind. Die Konsequenz ist sowohl die Informationskontrolle im ›klassischen‹ Sinne, wie sie von den Diktaturen des 20. Jahrhunderts oder von den totalitären und pseudodemokratischen Staaten des 21. Jahrhunderts mittels direkter Zensur ausgeübt wurde und wird, als auch die Produktion von in der Regel falschen Informationen zur Stützung der eigenen Position und Intention. Dass Informationen heute nicht mehr von »Propagandakompanien« erstellt werden, weil sie aufgrund der historischen Erfahrungen im 20. Jahrhundert grundlegend diskreditiert sind, versteht sich in einer Gesellschaft von selbst, die die freie

Meinungsäußerung als Grundlage und Konstituante des gesellschaftlichen Lebens definiert hat. Die Restriktion liegt in der Form des Zugangs zu Informationen, des Zugangs zu Ereignissen, der Einbettung von Informationen in vorgefertigte Schemata und letztlich der Produktion von Informationen und Ereignissen. Die mittlerweile umfassend widerlegte Behauptung des Besitzes von Massenvernichtungswaffen durch den Irak im jüngsten Irakkrieg ist nur eines der Beispiele aus jüngster Zeit für diese ›Produktion‹ von Informationen. In diesem Fall gelang es bekanntlich, nicht nur die Diskussion in der Weltöffentlichkeit auf diesen Punkt zu konzentrieren, sondern auch den vorbereiteten Krieg ausschließlich mit dieser Fehlinformation zu legitimieren. Hinzu kommt als weiteres Charakteristikum (und als Parallele zum ›Fall‹ des Attentates von Georg Elser), dass diese Informationen derart strukturiert sind, dass sie nur schwer bzw. nicht widerlegt werden können. Im angegebenen Fall des jüngsten Irak-Krieges bezieht sich dies vor allem auf die vom damaligen US-Außenminister Colin Powell vor der UN vorgelegte ›Information‹, die irakischen Labors zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen seien in Containern installiert und somit mobil.¹³ Da niemand sämtliche in einem Staat vagabundierende Container realistisch kontrollieren kann, um diese Behauptung zu widerlegen, ist diese Behauptung bis zur Widerlegung, die nur durch die Initiatoren selbst erfolgen kann, gültig – und somit sind die aus ihr gefolgerten und folgenden Handlungen auch durch diese ›Argumentationsführung‹ gegenüber der Öffentlichkeit legitimiert. Ähnliches gilt für die Behauptung eines weltumspannenden islamistischen Terrornetzwerkes, dessen Bekämpfung die Ausgrenzung, Stigmatisierung und Verdächtigung ganzer Bevölkerungsteile legitimiert, die Aussetzung von Grund- und Menschenrechten zur Folge hat und die allgemeine Überwachung des Individuums erfordern soll, oder gilt für die – religiös motivierte – »Achse des Bösen«.

Wenn die Medien über Kriege oder ›Konflikte‹ berichten, so erfolgt dies in vorgefertigten Schemata, die zu Stereotypen degeneriert sind. Damit ein Ereignis verständlich wird, muss es bereits bekannten Ereignissen ähneln, in eine bekannte Erzählung verwandelt werden.¹⁴ Die bekannte Erzählung besitzt eine festgelegte moralische Wertigkeit, nach der das ›neue‹ Ereignis kategorisiert wird: Beispielsweise ist einem Attentat grundsätzlich die Erzählung von Hinterhalt, Feigheit, Unzulässigkeit des Mittels, Gefährdung ›Unschuldiger‹ und somit moralischer Verwerflichkeit eingeschrieben. Auf diese Wertungen greifen Berichterstattungen über Attentate stets zurück und schließen die politischen, ethischen, sozialen, persönlichen Motive für das Attentat somit weitgehend aus.¹⁵ Erst retrospektiv kann ein Attentat umgewertet werden, wenn die tatsächlichen Opfer des Attentates in höherem Maße als moralisch-ethisch verwerflich angesehen werden als das Attentat selbst und somit die Erzählung des allgemeinen Attentates in die des »Tyrannenmordes« umgeschrieben wird, damit aber erneut Teil einer größeren Erzählung wird, die die Parteien eines Krieges oder ›Konfliktes‹ zuvor neu bewertet hat.

Der Medienwissenschaftler Rainer Leschke hat aus der Praxis der Medienberichterstattung jüngst folgenden Schluss gezogen: »Insofern läuft es darauf hinaus, dass man, wenn man vom Krieg erzählt, es nur auf immer dieselbe Weise tun kann und dass die Geschichten, die man erzählt, allenfalls dem Label nach überhaupt noch etwas mit den Kriegen, von denen sie erzählen wollen, zu tun haben.«¹⁶

Folgt man Leschke, so sind sämtliche Medienprodukte (strukturelle) Stereotype, die nach politischem, ideologischem oder sonstigem Kontext differierend mit ›Sinn‹ aufgeladen und somit instrumentalisiert und aktualisiert werden. Medienprodukte sind somit nicht nur ein medialer Spiegel der gesellschaftlichen–soziohistorischen–Blickwinkel auf einen ›tatsächlichen‹

Krieg, sondern haben umgekehrt natürlich auch Einfluss und Rückwirkungen auf die in einer Gesellschaft generierten Bilder vom Krieg. Die in medialen Speichermedien virtuell gebotenen Vorstellungen und Deutungen haben immer auch Rückwirkungen auf die in einer Gesellschaft ›tatsächlich‹ zirkulierenden Interpretationsmodelle, Wahrnehmungen und Sichtweisen von kriegerischer Gewalt. Mit anderen Worten und zugespitzt formuliert, erzeugt die von Leschke konstatierte limitierte Darstellbarkeit des Krieges und einzelner Ereignisse während seines Verlaufes einzig in Stereotypen dann wiederum stereotypisierte Vorstellungen vom Krieg, die letztlich in einem endlosen Zirkel enden müssen. Da zugleich von den Medien erwartet wird, dass sie ›korrekt‹ über einen Krieg berichten, dass ihre Produkte ein quasi mimetisches Abbild der tatsächlichen Ereignisse darstellen (auch wenn es sich um ›erzeugte‹ Ereignisse handelt), stehen sie unter einem permanent virulenten doppelten Authentizitätsdruck, der einerseits dazu tendiert, das Medium und seine Bedingungen auszublenden, und der andererseits unserer Erwartung Tribut zollt, dass das Medium seine Bedingungen und die damit zusammenhängende Begrenztheit der Abbildbarkeit der Ereignisse reflektiert. Für den Medienwissenschaftler Joachim Paech »ist es klar, dass dadurch eine Schraube sich ständig wiederholender reflexiver Rückwendungen des Mediums auf sich selbst in Gang gesetzt wird, die sich immer wieder als ›Störung‹ des Dargestellten durch die medialen Bedingungen der Darstellung in Szene setzen«. Mit der unangenehmen Konsequenz: »Der Paroxysmus gipfelt im Aufeinandertreffen einer videobestückten ›Cruise Missile‹ mit einer anderen Videokamera, beide sind auf Sendung.« Und Paech fügt sarkastisch hinzu: »Wir schalten um.«¹⁷

Denn in einer Endlosschleife wiederholen die Medien permanent die vorgefertigten Erzählungen und verdichten die Einzelbilder zu mythisierten Ikonen, deren bloße Präsentation die mit ihnen verbundenen Wertungen beim Publikum aufruft. Wir werden nur noch rudimentär an die tatsächlichen Ereignisse erinnert, an die mit ihnen verbundenen Motive, Zusammenhänge, komplexen Begründungs- und Erklärungsmuster. Derart erleichtern es uns die Medien, Ereignisse zu strukturieren, sie in unsere Erfahrungen und unser Vorwissen einzuordnen und sie demgemäß zu ›verstehen‹. Es ist nur allzu nahe liegend, dass der Manipulation auf der Basis dieses Schemas sowohl der Berichterstattung als auch der stark eingeschränkten Rezeption eines Ereignisses Tür und Tor geöffnet werden und letztlich die Ereignisse selbst zu verschwinden drohen¹⁸ – wie in der Berichterstattung über das Attentat Georg Elzers geschehen.

Die Berichterstattung über das Attentat Georg Elzers sowohl durch die NS-Propaganda als auch durch die Gegner des Regimes ist ein herausragendes Beispiel für die Rolle und das Instrumentalisierungspotential der Medien, insbesondere weil falsche Begründungs- und Erklärungszusammenhänge produziert wurden, die eine erstaunliche Langlebigkeit aufweisen. Im Falle von Georg Elzers Attentat ist die Widerlegung der unmittelbar nach dem Ereignis produzierten ›Erzählungen‹ erst nach Jahrzehnten gelungen. Nicht nur Elzers Courage und die Bedeutung seiner Tat, die den herrschenden Diskursen seiner Zeit und den Vorstellungen über die Widerstandsmöglichkeiten im »Dritten Reich« so extrem zuwiderliefen, sondern auch die Instrumentalisierung des Ereignisses in und durch die Medien sollten Beispiel, Warnung und Mahnung auch für die Gegenwart sein.

Anmerkungen

- 1 <http://www.georg-elser-arbeitskreis.de/gegeruechte.php>, Januar 2006. Dort auch ausführliche Informationen zu den diversen Versionen von Elser angeblichen ›Hintermännern‹.
- 2 Auf eine Diskussion der umfangreichen Elser-Literatur wird im Folgenden weitgehend verzichtet. Siehe zur Literatur die ausführlichen Angaben auf der Homepage des Georg-Elser-Arbeitskreises: <http://www.georg-elser-arbeitskreis.de/texts/forschung.htm> und <http://www.georg-elser-arbeitskreis.de/texts/literatur.htm>.
- 3 Siehe die vielsagende Karikatur »Schon wieder ein Fleck auf Ihrer weißen Weste, John Bull«, in: Grenzbote (Heidenheim), 22.11.1939; zitiert nach <http://www.georg-elser-arbeitskreis.de/texts/gb19391122.htm>.
- 4 Vgl. einleitend den Lexikoneintrag von Hermann Weiß in Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München: dtv, 1997, S. 721–722. Weiß betont: »In der Propaganda des Dritten Reiches wurde sie [die Schwarze Front] lange Zeit als gefährlichste Terrortruppe der rechten Opposition dargestellt.« a.a.O., S. 722.
- 5 So insbesondere Hans Rothfels in seinem lange als Standardwerk betrachteten »Deutsche Opposition gegen Hitler« (zuerst 1949): »Die ganze Sachlage weist eine merkwürdige Analogie zur Reichstagsbrandstiftung (oder zur Ermordung des Präsidenten Kennedy) auf: Die Einzeltäterschaft ist nach allen technischen Voraussetzungen einigermaßen unwahrscheinlich, aber Komplizen sind bisher nicht nachweisbar gewesen.« Hans Rothfels, Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Neue, erweiterte Ausgabe, hrsg. von Hermann Graml. Frankfurt/Main: Fischer, 1977, S. 65 und 210–211, Anm. 23.
- 6 Siehe hierzu jüngst: Angela Berg, Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939. Essen: Klartext, 2005; insbesondere die Ausführungen zur Propaganda (S. 92–102) und zu den Auswirkungen des »Volksfront«-Gedankens auf konkrete politische und militärische Maßnahmen (S. 116–192).
- 7 So wird Elser noch in der quasi halboffiziellen, monumentalen Publikation »Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus« nur an zwei marginalen Stellen erwähnt. Vgl. Jürgen Schmädke, Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. München, Zürich: Piper, 1985, S. 1097 und 1101.
- 8 Richard Szafranski, A Theory of Information Warfare (1995), www.airpower.maxwell.af.mil/airchronicles/api/szfran.html, zit. nach: Ralf E. Streibl, Peter Ansorge, Information Warfare. Die Mythenmaschine im virtuellen Gefechtsfeld, in: Thomas F. Schneider (Hrsg.), Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des »modernen« Krieges in Literatur, Theater, Photographie und Film. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 1998, S. 849–868.
- 9 <http://www.infowar-monitor.net/>, 19.10.2004.
- 10 Siehe einleitend Wilfried Ranke, Propaganda, in: Benz/Graml/Weiß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, a.a.O., S. 34–49.
- 11 Siehe z.B. Heinz-B. Heller, »Wir warten auf die Bilder ...«. Beobachtungen und Anmerkungen zur Irak-Kriegsberichterstattung 2003, in: Heinz Peter Preußner (Hrsg.), Krieg in den Medien. Amsterdam, New York: Rodopi, 2005 (Amsterdamer Beiträge zur neueren Germanistik 57), S. 227–240.
- 12 Vgl. Mira Behan, Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik. München: dtv, 1996; und Gerhard Paul, Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges. Paderborn et al.: Ferdinand Schöningh; München: Wilhelm Fink, 2004.
- 13 Siehe den Text der Rede Powells vom 5.2.2003 unter www.whitehouse.gov/news/releases/2003/02/20030205-1.html. Siehe auch Thomas F. Schneider, »Verweigerung und Irreführung«. George W. Bushs »Rede an die Nation« vom 17. März 2003, in: Krieg und Literatur/War and Literature IX (2003), S. 121–138.
- 14 Siehe z.B. Klaus Kreimeier, Die Konfiguration des Bösen. Ikonographische Anmerkungen zum Bild Osama bin Ladens in den Massenmedien, in: Preußner (Hrsg.), Krieg in den Medien, a.a.O., S. 281–290.
- 15 Vgl. allgemein medientheoretisch Bernd Hüppauf, Ground Zero und Afghanistan. Vom Ende des fotografischen Bildes im Krieg der Unschärfen, in: Fotogeschichte 22 (2002), Heft 85/86, S. 7–22.

- 16 Rainer Leschke, Von den Schwierigkeiten vom Krieg zu erzählen. Zur medialen Choreographie eines gesellschaftlichen Ereignisses, in: Waltraud Wara Wende (Hrsg.), Krieg und Gedächtnis. Ein Ausnahmezustand im Spannungsfeld kultureller Sinnkonstruktionen. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2005, S. 306-327.
- 17 Joachim Paech, Der Krieg als Form im Medium der Fotografie und des Films, in: Wende (Hrsg.), Krieg und Gedächtnis, a.a.O., S. 328-346, hier: S. 345.
- 18 Siehe Gerhard Paul, ›Der Krieg gegen den Terror‹. Das Verschwinden der Bilder auf dem digitalen Kampfplatz; und ders., Die Modellierung des Unmodellierbaren und die unvollkommene Anästhetisierung der Wahrnehmung, in: Gerhard Paul, Bilder des Krieges - Krieg der Bilder, a.a.O., S. 450-456 und 469-486, sowie die extensiven Literaturangaben, a.a.O., S. 487-526.

Jutta Limbach

Georg Elzers Attentat im Lichte des legalisierten Widerstandsrechts

Keiner der Attentäter, die Hitlers Leben gewaltsam beenden wollten, ist so missachtet und unterschätzt worden wie Georg Elser. Gewiss ist nicht nur der Tat dieses Einzelgängers, sondern auch dem im Staatsstreich vom 20. Juli 1944 gipfelnden Widerstand lange Zeit der Respekt versagt geblieben. Noch nach dem Kriege gab es Stimmen, die jenes Aufbegehren als Landesverrat werteten. Und noch heute wird darüber geklagt, dass die Opfer des 20. Juli kaum ein Echo in den Herzen unseres Volkes finden (Bodo Scheurig). Doch unsere heutige Vorstellung vom Widerstand wird weitgehend von dem Staatsstreich des 20. Juli 1944 geprägt. Joachim Fest hat den langen Weg zum 20. Juli beeindruckend geschildert und analysiert. Georg Elzers Anschlag im Münchener Bürgerbräu ist ihm allerdings nur in der Zeittafel am Ende seines Buches unter dem 8. November 1939 der kurzen Erwähnung wert: »Missglücktes Attentat des Einzelgängers Georg Elser auf Hitler in München.« Die Aufmerksamkeit konzentriert sich – auch in seinem Buche – auf das Tun und Lassen der gesellschaftlichen Elite.

Sowohl den Gefolgsleuten als auch den Feinden Hitlers erschien es offenbar undenkbar, dass sich ein einfacher Mann aus dem Volke zu einer solchen Tat aufraffen und – völlig auf sich gestellt – das Todeswerkzeug konstruieren und installieren konnte. Unbegreiflich erschien und erscheint vor allem, dass ein aus einfachsten Verhältnissen stammender Handwerksgehilfe die Gefahr erkannte, die die Herrschaft Hitlers für den Weltfrieden bedeutete. Der unersättliche Expansionsdrang Hitlers war sein erklärter Beweggrund zur Tat. Diese Voraussicht künftigen Unheils beschämte offenbar – man möchte fast sagen: kränkte – all jene, die den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus angeblich nicht oder zu spät erkannt haben. Hier liegt meines Erachtens der tiefere Grund dafür, dass Elzers Anschlag auf Hitler gern vergessen, auf angebliche Hintermänner zurückgeführt oder aber als unmoralisch disqualifiziert wird. Denn Elzers Feinnervigkeit und Entschlusskraft stellen die Glaubwürdigkeit und den Verantwortungssinn vieler seiner Zeitgenossen in Frage. Manfred Haushofer hat dieses Versagen in einem seiner Moabiter Sonette bewegend thematisiert:

*»ich mußte«, so heißt es in der zweiten Strophe,
»früher meine Pflicht erkennen,
ich mußte schärfer Unheil Unheil nennen –
mein Urteil hab ich viel zu lang gelenkt...«*

Der Widerstand in den Jahren 1933 bis 1945 war nicht nur Sache einer gesellschaftlichen Elite. Auch wenn die Flugblattaktion der »Weißen Rose« und die Umsturzversuche der Männer aus

der Politik und dem Militär vorzugsweise das öffentliche Interesse finden. Auch und gerade unter einer menschenverachtenden Herrschaft kommt es auf das Verhalten der Menschen an der Basis an. Das im Jahre 1968 im Grundgesetz legalisierte Widerstandsrecht steht denn auch jedem Deutschen zu. Dort heißt es: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn Abhilfe nicht möglich ist.« (Art. 20 Abs. 4 GG.)

Mit der angegriffenen Ordnung ist die bundesrepublikanische gemeint. Wir können Elser's Tat daher nicht direkt unter das Grundgesetz subsumieren wollen. Aber wir können sie durchaus vor dem Hintergrund dieser Verfassungsnorm zu beurteilen versuchen. Übrigens kennt auch die Verfassung von Bremen ein Widerstandsrecht. Laut Art. 19 ist Widerstand jedermanns Recht und Pflicht, wenn die in der Verfassung festgelegten Menschenrechte durch die öffentliche Gewalt verfassungswidrig angetastet werden. Das Widerstandsrecht des Grundgesetzes ist im Zusammenhang der Notstandsregelung in die Verfassung aufgenommen worden. Es war gewissermaßen als liberaler Ausgleich für die damals überaus umstrittenen Freiheitsbeschränkungen für den Notstandsfall gedacht; gleichsam, so Isensee, als »liberales Zubrot« zur »autoritären Peitsche«.¹ Der symbolische Gehalt dieses Individualrechts ist unbestritten.² Denn das Widerstandsrecht hat seinen Gefechtsstand in Zeiten eines Unrechtsregimes. Im freiheitlichen Rechtsstaat dürften andere Abhilfen möglich sein.

Anders im Jahre 1939, als Georg Elser zur Tat schritt: Angesichts der akuten Gefährdung des Friedens und der Menschenrechte war ein Widerstandsfall gegeben. Am 1. September desselben Jahres waren die deutschen Truppen in Polen eingefallen. In den Konzentrationslagern und Gestapokellern wurden schon seit einigen Jahren systematisch das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie die Freiheitsrechte verletzt. Andere Mittel der Abhilfe standen nicht zur Verfügung. Die Insassen der Konzentrationslager und die von der Gestapo Verhafteten konnten sich nicht an die Behörden wenden. Weder die Polizei noch die Gerichte boten ihnen Rechtsschutz gegenüber dem mörderischen Naziregime. Georg Elser durfte in der Überzeugung handeln, dass ihm ein Widerstandsrecht zustehe.

Die Frage ist allerdings die, ob er es richtig ausgeübt hat. Über die Ausführungsweise des Widerstandsrechts sagt das Grundgesetz kein Wort. Als verstände sich von selbst, was mit Widerstand gemeint sei. Auf die Frage »Was ist Widerstand?« hat Adolf Arndt geantwortet, dass alles zum Widerstand wird, wodurch ein Mensch sich dem Verlangen eines Unrechtsregimes auf Gehorsam entzieht. Diese Definition zielt insbesondere auf den Widerstand durch Ungehorsam, wie etwa die Fahnenflucht oder das Gewähren von Unterschlupf für Juden. Die »Skala der Deutungen« – was wir unter Widerstand zu begreifen haben – reicht von der seelischen Ablehnung über den Ungehorsam bis zur brutalen Gewalt. Widerstand, so Isensee, ist Bruch des staatlichen Herrschaftsmonopols.³

Es ist die besondere Tragik des Widerstandskämpfers, dass er das Risiko sowohl des Irrtums als auch des Scheiterns trägt. Er muss die Folgen der von ihm beabsichtigten Tat bedenken, auf dass er das Unheil für das Gemeinwesen nicht noch vergrößert. So Thomas von Aquin. Das gilt vor allem dann, wenn der Widerstand nicht nur die Verfassungsfeinde trifft, sondern – wie bei dem Attentat von Georg Elser – auch Dritte in Mitleidenschaft zieht. Der im Münchener Bürgerbräukeller explodierte Sprengkörper hat bekanntlich nicht Hitler, sondern acht Menschen getötet und 63 verletzt. Hitler hatte wegen der schlechten Wetterverhältnisse die Gaststätte bereits 13 Minuten zuvor verlassen.

Diese Folgen haben Lothar Fritze⁴ dazu geführt, Georg Elser ein moralisches Versagen vorzuwerfen und ihm die Rechtfertigung des Attentats abzusprechen. Seine Argumentation sei kurz skizziert: Ausdrücklich geht Fritze davon aus, dass der Tyrann Hitler getötet werden durfte. Moralisch problematisch sei das Attentat allerdings deshalb, weil Dritte zu Schaden gekommen seien, von denen mindestens zwei in jeder Hinsicht als unschuldig zu gelten hätten. Es handelte sich um Angestellte des Bürgerbräus, die inmitten der Alten Kämpfer servierten. Der das Attentat Planende müsse eine Folgenabschätzung vornehmen und diese an dem Verhältnismäßigkeitsprinzip messen. Bei der Folgenabwägung komme es nicht auf unser heutiges Wissen an. Vielmehr könne das in Frage stehende Attentat nur auf der Grundlage der Situation des Handelnden, insbesondere seiner geistigen Ausstattung und seines Wissens beantwortet werden. Der Autor erwähnt eigens die Elser verfügbare Informationsbasis, sein Wissen und Können sowie seine Charakterstruktur und stellt schließlich die Frage: »Konnte ... ein Durchschnittsbürger nach dem Münchener Abkommen im Herbst 1938 (als Elser mit den Vorbereitungen der Tat bereits begonnen hatte) begründet mutmaßen, dass ein Krieg, für den Hitler verantwortlich sein wird, »unvermeidlich« sei? Dies erscheint«, so Fritzes Antwort, »durchaus fraglich, vor allem wenn es sich um jemanden handelt, der – so die Selbstauskunft Elsers – wenig Ahnung von der nationalsozialistischen Ideologie hatte, der sich offenbar niemals mit einschlägigen Büchern oder Zeitschriften beschäftigte und sich mit politischen Fragen nie eingehend befasst hat. Diese Sachverhalte«, so weiter Fritze, »lassen durchaus Rückschlüsse auf die Qualität seiner Überzeugungs- und Willensbildung zu und begründen den Verdacht, dass der Täter seine politische Beurteilungskompetenz überschritten hat.« »Handelt es sich zudem um einen Mann«, so noch immer Fritzes Argumentation, »der als eigensinnig und rechthaberisch beschrieben wird und in bestimmten Fällen »unerbittlich und allzu konsequent wirkte (Anton Hoch), dann fällt es schwer, Elsers Entscheidung als Resultat einer kenntnisreichen, sachorientierten und nüchtern politisch-moralischen Kalkulation zu begreifen, der dann eine mutige und von Fanatismus freie Tat gefolgt wäre.«

Diese Gedankengänge führen Lothar Fritze zu dem Fazit, dass wir in Elser einen Täter vor uns hätten, der (das will ihm Fritze zugutehalten) in guter Absicht und in Verfolgung eines (das hatte Fritze unterstellt) akzeptablen Zieles in einer mitleid- und gedankenlosen Weise zu einer Methode griff, bei der der Tod unbeteiligter Dritter von vornherein einkalkuliert war. Ergo sei ihm ein moralisches Versagen vorzuwerfen. Fritze hätte die selbstkritischen Zeugnisse der späteren – ebenfalls gescheiterten – Widerstandskämpfer des 20. Juli mit ihren Selbstvorwürfen lesen sollen, dass sie zu spät ihre Pflicht erkannt hätten. Er hätte dann seinerseits erkannt, dass er uns als Gegenbild Elsers den »coolen« Idealtyp eines Attentäters gezeichnet hat, der vor lauter Skrupel gar nicht oder zu spät zur Tat schreiten würde. Offenbar hätte Elser erst den zweiten Bildungsweg absolvieren müssen, bevor er sich ein Urteil hätte erlauben und zur Tat schreiten dürfen. Doch geistige Schlichtheit in ideologischen Fragen und mangelndes Bücherstudium sind schwerlich geeignet, Elser ein erfahrenes Vermuten abzusprechen. Schließlich las er Tageszeitungen. In seiner zweiten Vernehmung durch die Gestapo hat er deutlich gemacht, dass ihn das Münchener Abkommen in hohem Maße beunruhigte. Er war sicher, dass es zum Krieg führen würde und Hitler sich weitere Länder einverleiben werde.⁵

Sein Urteil teilten viele Zeitgenossen. Warum sollte Elser die Vertragstreue Hitlers nicht besser haben einschätzen können als Chamberlain? Wie häufig machen wir die Erfahrung, dass schlichte Menschen aus dem Volke über ein sichereres Urteil und Wertbewusstsein verfügen als diejeni-

gen, die eine Menge Buchwissen in ihrem Hirn gespeichert haben. Aber abgesehen von der sozialen Überheblichkeit, mit der Fritze die Denkfähigkeit, das Wirklichkeitsbild und das sittliche Reflektionsvermögen Elser in Frage stellt, überrascht die Wirklichkeitsferne seines Verdikts über unseren Attentäter. Mit dem alleinigen Hinweis auf das im Jahre 1938 geschlossene Münchener Abkommen meint Fritze, Elser ein begründetes Vermuten, dass der Krieg unvermeidbar sei, absprechen zu können. Der elf Monate darauf folgende Einfall in Polen bestätigte alsbald seine Gefahrendiagnose. Überdies hatten bereits Tausende von Menschen Deutschland verlassen, weil sie dem drohenden Unheil entgehen wollten. Tausende waren bereits in Konzentrationslager verschleppt worden oder hatten Bekanntschaft mit den Folterknechten der Gestapo gemacht. Sollte sich das Elser nicht mitgeteilt haben?

Fritze will doch nicht im Ernst von der nach dem Kriege vielfach behaupteten Unwissenheit von den nationalsozialistischen Verbrechen auf die Unrichtigkeit der von Elser angestellten Gefahrenanalyse schließen? Fritze hätte das von J.P. Stern analysierte Aktenbündel der Gestapo genauer studieren sollen, das zufällig das Kriegsende überdauert hat und Auskünfte über den Täter und seine Motive gibt. J.P. Stern berichtet, dass Elser seinen Verhörern sagte, dass er »den Nationalsozialismus nicht habe beseitigen wollen«. Wahr ist, so Stern, dass Elser Politik nie abstrakt, nie in »Ismen« verstanden habe. Aber er habe gespürt, dass sich die Bedingungen in Deutschland »nur durch eine Beseitigung der augenblicklichen Führung ändern ließen«, womit er Hitler, Göring und Goebels meinte, und dass er hoffte, »dass nach Beseitigung dieser ›Obersten‹ gemäßigte Männer auftreten würden, die keine anderen Ländern erobern, sondern das Los der Arbeiterklasse verbessern würden«. Zudem glaubte er, dass ein Attentat auf die »höchste Führung« »größeres Blutvergießen verhindern« würde. Offensichtlich hatte, so folgert J.P. Stern, Elser eine abergläubische Abneigung dagegen, Hitler beim Namen zu nennen.⁶ Stern bezeichnet übrigens Georg Elser als einen Mann ohne Ideologie und als den *wahren Antagonisten Hitlers*.

Ein weiterer Punkt der Auseinandersetzung Fritzes mit Elser's Attentat verdient besondere Beachtung: die von Fritze in den Vordergrund seiner Überlegungen gestellte Tötung und Verletzung unschuldiger Dritter, der beiden Angestellten des Bürgerbräus. Die Juristen sind sich zwar weitgehend einig, dass die Tötung des Verfassungsbrechers, des Tyrannen, als »äußerstes Notrecht« gutzuheißen sei.⁷ Doch schon bei dieser wie bei der folgenden Frage, ob Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen werden dürfen, wird auf das auch in der Jurisprudenz zu beachtende Verhältnismäßigkeitsprinzip verwiesen. Prinzipiell dürfen Dritte – sogenannte Nichtstörer – nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, obwohl, wie Isensee treffend deutlich macht, Widerstand wesenhaft die Durchbrechung der normalen Legalordnung ist.⁸ Auch werden sich Eingriffe in die Rechte Unbeteiligter nicht gänzlich ausschließen lassen, wenn denn das Widerstandsrecht nicht nur auf dem Papier stehen soll. Dennoch darf das im Hinblick auf das Übermaßverbot nur in äußersten Grenzfällen geschehen. Nach der Ansicht des Bundesgerichtshofs ist es aber absolut verboten, das Leben Unbeteiligter zu verletzen.⁹

Muss ich nicht aber die den beiden Kellnerinnen zugefügte Verletzung ihres Lebens und ihrer körperlichen Unversehrtheit gegenüber den unzähligen Opfern abwägen, die das von Elser vorausgesehene Blutvergießen mit sich brachte? Von den – von Elser wohl nicht vorausgesehenen – Opfern des Holocaust abgesehen? Eine solche Gleichung oder Ungleichung, die uns angesichts der Millionen Opfer des Zweiten Weltkriegs zulässig zu sein scheint, darf uns jedoch nicht in der Einsicht irre machen, dass jeder Einzelne zählt. Darum sollten wir bei der Abwä-

gung des Gewinns an Frieden gegenüber der Rechtseinbuße Einzelner sehr sorgfältig sein. Im Falle Georg Elser haben wir jedoch keine Anhaltspunkte dafür, dass er das Gute (hier das Vermeiden großen Blutvergießens) ohne Rücksicht auf die Folgen seines Attentats angestrebt hat. Allein die Tatsache seines Eigensinns und seiner Prinzipienfreudigkeit sprechen nicht dafür, dass er den Tod oder die Verletzung der Kellnerinnen leichtfertig in Kauf genommen hat. Im Gegenteil: Er ging davon aus, so teilt es Fritze selbst mit, dass während der Rede Hitlers nicht serviert werden, das Personal des Bürgerbräus also nicht zu Schaden kommen würde. So scheint mir auch die Frage müßig, ob er – Elser – hätte vor Ort bleiben, zu einem Selbstopfer hätte bereit sein müssen, um notfalls Schaden von anderen abwenden zu können.

Im Nachhinein ist man immer klüger. Wie viele Planungsfehler sind auch den Widerstandskämpfern des 20. Juli nachgewiesen worden. Hätte, so ist häufig gefragt worden, Claus von Stauffenberg die Aktentasche mit dem Explosivstoff nicht besser deponieren können? Wie viele Opfer – auch Unbeteiligte – wären vor der mörderischen Rache der Nazis verschont geblieben?

Nicht nur in dieser Frage des Scheiterns und der Folgenabwägung zeigen sich Gemeinsamkeiten zwischen dem Widerstand einer Elite und dem des kleinen Mannes. Zu Recht verweist J.P. Stern auf das Fehlen jeglicher Unterstützung durch eine breitere Öffentlichkeit, wie sie etwa die Mitglieder der Résistance in Frankreich erfahren haben. Sowohl Georg Elser als auch alle anderen Attentäter lebten isoliert »in einem Meer von Feindseligkeit und Furcht«. ¹⁰ Die Einsamkeit, der Verlust des Vertrauens und die fehlende gesellschaftliche Rückbindung in die Bevölkerung hinein war denn auch das eigentliche Verhängnis nicht nur der Verschwörer des 20. Juli 1944. Joachim Fest spricht in seinem Buch »Staatsstreich« treffend von einem »Widerstand ohne Volk«. ¹¹ Im Nachhinein lässt sich auch leicht über die Passivität der Deutschen während der Jahre 1933 bis 1945 moralisieren. Der Terror des Nationalsozialismus ist eines der schaurigsten Lehrstücke der deutschen Geschichte. Hat er doch gezeigt, dass eine totalitäre Herrschaft nicht nur die Freiheit und Gleichheit zerstört. Mit dem Instrument der Angst untergräbt sie planvoll auch die gesellschaftliche Solidarität, ja die grundlegenden menschlichen Tugenden. Ist das ethische Vakuum, die sittliche Leere erreicht, erscheint jedes Aufbegehren gegen staatliche Willkür als ein abweichendes, ja kriminelles Verhalten. In einem solchen gesellschaftlichen Ausnahmezustand werden schließlich auch Menschen in verantwortlichen Positionen ohnmächtig. Das aktive Aufbegehren, der Ungehorsam und die Akte der Nächstenliebe der »kleinen Leute« sind dann ein Zeugnis für den im »unterdrückten Volk noch lebenden Willen zum Recht«. Diese Akte der Auflehnung boten moralische Gegenbilder zu dem angstbeherrschten Opportunismus zu den Zeiten der Diktatur. Sie waren eine Absage an die Vorstellung einer Ordnung, die die Individuen nicht achtet und nur um ihrer selbst willen da ist. ¹²

Nur sehr allmählich hat sich – mit dem Wandel von einer Untertanen- zu einer Staatsbürgerkultur – in der Bundesrepublik ein Umdenken angebahnt. Seit den neunziger Jahren etwa sind wir dabei, nicht nur dem »kleinen« Widerstand, sondern auch dem aufbegehrenden Mann aus dem Volke wie Georg Elser Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Mit der Elser-Woche anlässlich des 100. Geburtstags von Georg Elser gibt die Stadt Bremen ein Signal: Sie ermahnt uns alle, unsere staatsbürgerlichen Rechte aktiv wahrzunehmen und durch unseren Widerspruchsgestimmte Eingriffe in Verfassungsrechte abzuwehren, auf dass wir staatlichen Machtmissbrauch nicht erst dann abzuwehren versuchen, wenn es zu spät ist. Das ist das Vermächtnis von Menschen,

die wie Georg Elser gegen das nationalsozialistische Regime aufgebeht haben. Die Bereitschaft zu steter Wachsamkeit. Diese ist der Preis der Freiheit und einer zivilen Gesellschaft.

Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag der Autorin zur Eröffnung der Georg-Elser-Woche in Bremen, gehalten am 13. Januar 2003 im Bremer Rathaus.

Anmerkungen

- 1 Josef Isensee, Das legalisierte Widerstandsrecht. Eine staatsrechtliche Analyse des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz, 1969, S. 7 f.
- 2 R. Gröschner, in: H. Dreier (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. 2, Art. 20 IV Rn. 4.
- 3 Isensee, a.a.O., Fn. 1, S. 59-61.
- 4 Lothar Fritze, Die Bombe im Bürgerbräukeller – Der Anschlag auf Hitler am 8. November 1939 – Versuch einer moralischen Bewertung des Attentäters Johann Georg Elser, in: Frankfurter Rundschau vom 8.11.1999.
- 5 Vgl. die Auswertung der Vernehmungsprotokolle der Gestapo durch J.P. Stern, Hitler – Der Führer und das Volk. München 1978, S. 134.
- 6 So berichtet J.P. Stern aus den Vernehmungsprotokollen der Gestapo, a.a.O., S. 135.
- 7 Vgl. Isensee, a.a.O., Fn. 1, S. 64, Anm. 135.
- 8 Vgl. Isensee, a.a.O., Fn. 1, S. 69, 87.
- 9 BGH, in: JZ 1959, 770 (771).
- 10 Stern, a.a.O., S. 129.
- 11 Joachim Fest, Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli. Berlin 1994, S. 337-339.
- 12 Adolf Arndt, Agraphoi Nomoi (Widerstand und Aufstand), in: Neue Juristische Wochenschrift 1962, S. 433 ff.

Jörg Wollenberg

Georg Elser und »Hitlers Volksstaat«

Folgt man Georg Elser, dem 1903 in Königsbronn geborenen Handwerker und Einzelkämpfer gegen die NS-Diktatur mit seinem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 9. November 1939, dann hatte sich die Lage für die kleinen Leute in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts drastisch verschlechtert, vor allem seit den Nationalsozialisten die Macht übertragen worden war. Die Stundenlöhne vieler Berufsgruppen seien nach der »nationalen Erhebung« gesenkt und die Abzüge für Sozialleistungen größer geworden, so Elser im November 1939 in seinem Verhör durch die Gestapo.¹

Folgt man dem 1947 in Heidelberg geborenen einstigen Linksintellektuellen und renommierten Holocaustforscher Götz Aly und seinem jüngst vorgelegten Bestseller »Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus« (2005), dann hat das NS-System »klassenbewusst innenpolitisch die Lasten zum Vorteil der sozial Schwächeren verteilt«. »Mit den Reichen« sei das Regime »weit weniger zartfühlend umgegangen« als mit den »gehätschelten Volksgenossen«. Das NS-System sei deshalb als eine Art »Gefälligkeitsdiktatur« zu verstehen, als ein »Volksstaat«, als eine Art »Diktatur für das Proletariat«. Die NS-Diktatur müsse deshalb den sozialistischen Systemen zugerechnet werden und dürfe zu Recht ihre Herrschaft als »nationalen Sozialismus« bezeichnen.

Um zu begründen, dass die Demontage des Sozialstaats, die wir gegenwärtig erleben, zu rechtfertigen ist mit dem sozialpolitischen Appeasement der Nazis, behauptet Aly, dass die rot-grüne Regierung »vor der historischen Aufgabe stehe«, den »langen Abschied von der Volksgemeinschaft« zu organisieren. Der Sozialstaat müsse weg, weil er die bruchlose Fortsetzung der rassistischen »Fürsorgediktatur« der Nazis sei. Das NS-System sei eine »Wohlfühl-Diktatur« gewesen, eine »sozialstaatliche Umverteilungsgemeinschaft zugunsten der sozial Schwachen«, konstatiert Götz Aly in Zeitungsartikeln, in denen er seine Thesen weiter zuspitzte (vgl. Spiegel 10/2005, S. 57).

NS-»Gefälligkeitsdiktatur«?

Ist der heute erneut umkämpfte und bedrohte Sozialstaat wirklich ein Produkt des deutschen Faschismus? Gewiss nicht. Denn der Sozialstaat ist erstens viel älter und ist deshalb zweitens weder eine Errungenschaft des deutschen Faschismus noch ein Erfolg der deutschen Arbeiterbewegung. Der moderne Sozialstaat gilt vielmehr als eine Erfindung des »weißen Revolutionärs« Otto von Bismarck, der in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts die heute einer »Modernisierung« ausgesetzte staatliche Sozialversicherung gegen Krankheit und Unfall, Invalidität und Alter einführte. Und das in Zusammenarbeit mit den liberalen Vertretern des »Vereins für Sozialpolitik«. Diese sogenannten Kathedersozialisten um Gustav

Schmoller, Adolph Wagner und Lujo Brentano verstanden sich als sozialliberale Reformer und traten für ein Eingreifen des Staates in Wirtschaft und Sozialpolitik ein, um die Klassen- gegensätze abzubauen und den sozialen Aufstieg der Arbeiter zu fördern. Sie überzeugten damit Teile der integrativ orientierten Arbeiterbewegung. Der erste Kanzler des deutschen Kaiserreiches hoffte mit dieser Sozialpolitik, die Arbeiter von den damals wachsenden und kampfbereiten Arbeiterorganisationen, den »roten Reichsfeinden«, zu trennen, die er zuvor mit dem Sozialistengesetz geknebelt hatte.²

Knüpfte Hitler mit der zweiten zwölfjährigen Verfolgung der »roten Reichsfeinde« und der Ideologie des »nationalen Sozialismus« an diese Tradition an? Gewiss gab es soziale Errungen- schaften im NS-Staat, aber meistens griffen die Nazis dabei auf Vorarbeiten aus der Weimarer Republik zurück oder realisierten Krisenprogramme, die vor 1933 in den Schubladen der Mi- nisterialbehörden lagen. Die Naziführung legte größten Wert darauf, die »Volksgenossen« durch materielle Zugeständnisse bei Laune zu halten, soweit sie nicht als »marxistisch verseucht«, »gemeinschaftsfremd« oder sonstwie gegnerisch galten.³ Aber die von Götz Aly beschriebene Umpolung des überkommenen Klassenantagonismus in einen Rassenantagonismus gelang letztlich nicht – trotz aller korrumpierenden Wirkungen der Kriegspolitik auf die neuen »Her- renmenschen«, dem das Sklavenheer der »Fremdarbeiter«, KZ-Häftlinge und Kriegsgefange- nen unterstellt worden war. Und dennoch bemüht sich Aly immer wieder darum, die »positive Integration« breiter Schichten der Arbeiterschaft in das NS-System mit geschickten Kunstgrif- fen zu belegen. So wird zum Beispiel Heinrich Böll mit seinen Briefen aus dem Krieg zum Kronzeugen der »Schnäppchenmentalität« deutscher Soldaten, die sich als moderne Lands- knechte in grauen Uniformen an der Front bereicherten und zu skrupellosen Räufern wurden (S. 114 ff.).

Kann man mit solchen groben Vereinfachungen und ohne sozialökonomische Differen- zierungen nachweisen, dass die sozialen Zielsetzungen des Nationalsozialismus keineswegs nur auf dem Papier standen, sondern realisiert wurden? Aly belegt im ersten Teil seines Buches die »NS-Gefälligkeitsdiktatur« mit der Einführung des tariflichen Urlaubs und des Kindergel- des, der Volkswagen-Rhetorik, der Ausdehnung des Mieter- und Vollstreckungsschutzes, vor allem aber mit der Verschonung der unteren Einkommensbezieher vor Steuererhöhungen im Kriege. Er zeigt, dass nur die Spitzenverdiener von den Zuschlägen zur Einkommenssteuer betroffen und kleinere Einkommensgruppen eher entlastet wurden, was auch für die von den Nazis eingeführte Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit und für die Begrenzung von Verbrauchssteuern galt. Mit der erhöhten Körperschaftssteuer, der Ablösung der Hauszinssteuer und anderen steuerpolitischen Maßnahmen wurden nur die gut verdienenden Bevölkerungsgruppen belastet, die Arbeitnehmer blieben von Kriegssteuern verschont.

Verdrehte Tatsachen

Ein genauer Blick auf die Lohnpolitik und Lohnentwicklung in der NS-Zeit zeigt freilich, dass es mit der »Fürsorglichkeit« des NS-Volksstaates ganz anders bestellt war. Die Lohndrift zwi- schen männlichen und weiblichen Arbeitskräften vergrößerte sich ständig. Metallarbeiterin- nen, die 1928 noch 62,6 Prozent des Bruttoarbeitslohnes der Männer verdient hatten, mussten

sich im März 1944 mit 57,6 Prozent des vergleichbaren Lohnes begnügen. Und die Unterschiede in den Bruttoarbeitsverdiensten zwischen den Branchen wuchsen in ähnlicher Weise. Alys Diktum von der sozial egalisierenden Funktion des NS-Systems ist deshalb nicht haltbar. Dagegen dürfen wir Georg Elser folgen, wenn er in seinem Verhör vom 19. bis zum 23. November 1939 im Reichssicherheitshauptamt zu Protokoll gibt, dass von ihm seit 1933 eine zunehmende Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft beobachtet wurde: »Ich stellte allein Betrachtungen an, wie man die Verhältnisse der Arbeiterschaft bessern und einen Krieg vermeiden könnte.« Elser war durch eigene Überprüfung zu der Überzeugung gelangt, dass die Lage der kleinen Leute in der von Aly behaupteten »sozialistischen Fürsorgediktatur« der Nationalsozialisten sich drastisch verschlechtert hatte. Das Protokoll der Gestapo hält dazu folgende Aussage von Elser fest: »So z.B. habe ich festgestellt, dass die Löhne niedriger und die Abzüge höher wurden. Während ich im Jahre 1929 in der Uhrenfabrik in Konstanz durchschnittlich 50 RM wöchentlich verdient habe, haben die Abzüge zu dieser Zeit für Steuer, Krankenkasse, Arbeitslosenunterstützung und Invalidenmarken nur ungefähr 5 RM betragen. Heute sind die Abzüge bereits bei einem Wochenverdienst von 25 RM so hoch. Der Stundenlohn eines Schreiners hat im Jahre 1929 eine Reichsmark betragen, heute wird nur noch ein Stundenlohn von 68 Pfg. bezahlt. Aus Unterhaltungen mit verschiedenen Arbeitern ist mir bekannt, dass auch in anderen Berufsgruppen nach der nationalen Erhebung die Löhne gesenkt und die Abzüge größer wurden. [...] Ferner steht die Arbeiterschaft nach meiner Ansicht seit der nationalen Revolution unter einem gewissen Zwang. Der Arbeiter kann z. B. seinen Arbeitsplatz nicht mehr wechseln, wie er will, er ist heute durch die HJ nicht mehr Herr seiner Kinder und auch in religiöser Hinsicht kann er sich nicht mehr so frei betätigen. [...] Diese Feststellungen und Beobachtungen habe ich bis zum Jahre 1938 und auch in der Folgezeit gemacht. Ich habe noch im Laufe dieser Zeit festgestellt, dass deswegen die Arbeiterschaft gegen die Regierung eine Wut hat.«⁴

Diese mutigen und präzisen Feststellungen von Georg Elser werden nicht nur durch neuere Forschungsergebnisse von Rüdiger Hachtmann⁵, Tilla Siegel⁶ und Günther Morsch⁷ bestätigt, die von Aly nicht zur Kenntnis genommen werden. Schon Timothy Mason hatte in den siebziger Jahren nachgewiesen, in welche Krise das NS-System nach 1937 durch den für den Kriegsfall geplanten generellen Lohnabbau geraten war – bei gleichzeitiger größerer Belastung aller anderen Einkommen durch Steuererhöhungen.⁸ Die NS-Diktatur lud in der Tat die ökonomischen Belastungen der von ihr initiierten Aufrüstung systematisch auf die Schultern der Arbeiter. Alys Feststellung, die »Gesamtheit der Arbeitseinkommen« habe 1938 erstmals wieder das Niveau von 1929 überstiegen, verdreht Tatsachen. Denn durch die überhitzte Rüstungskonjunktur waren 1938 die letzten Reste der Arbeitslosigkeit fast verschwunden. Das führte 1938 zu einer höheren Anzahl der Erwerbstätigkeit an der Gesamtbevölkerung im Vergleich zu 1929, zumal Frauen und ältere Arbeitnehmer für lohnabhängige Tätigkeiten in der Rüstungsindustrie eingesetzt wurden, einmal ganz abgesehen von dem Zuwachs der Erwerbsbevölkerung durch die räumliche Ausweitung des »Dritten Reiches« durch das Saarland, Österreich und das Sudetenland. So stieg die »Gesamtheit der Arbeitseinkommen«, ohne dass damit etwas zur sozialen Lage der abhängig Beschäftigten gesagt ist. Berücksichtigt man außerdem die Erhöhung des Arbeitstempos durch Rationalisierung und die Verlängerung der Arbeitszeit zwischen 1929 und 1938 um 5,1 Prozent im Durchschnitt (1941 gar um 10,3 Prozent), dann wird Alys Verzerrung der Tatsachen durch den ausschließlichen und undifferenzierten Blick auf die ins-

gesamt steigenden Wochen- und Jahreseinkommen deutlich. Tatsächlich blieb die soziale Lage der meisten Arbeiter auf dem Tiefpunkt von 1932 stehen. Und in einigen Branchen verschlechterten sich gar die Realeinkommen und Lebenshaltungskosten, zumal nach der Zerschlagung der Gewerkschaften die sogenannten Treuhänder der Arbeit Untergrenzen für Lohn- und Arbeitsbedingungen autoritär und ohne jegliche Mitsprache der Arbeiter festsetzten. In vielen Fällen wurden diese Tarifsätze noch unterschritten. Folgt man den statistischen Angaben des zuständigen Reichsamtes in der NS-Zeit, dann erlitten nicht nur Georg Elser und die Arbeiter in den Uhrenfabriken gravierende Lohnverluste. Auch Maurer, die 1929 146,6 Reichspfennig (Rpf.) pro Stunde verdient hatten, bekamen 1938 nur 86,3 Rpf. (-41,1 Prozent). Die Facharbeiter in Elsers Lehrbranche der Bau- und Möbeltischlerei verdienten 1938 lediglich 82 Rpf. stündlich. 1929 waren es noch 120 Rpf. (-31,7 Prozent). Selbst in den durch die Aufrüstung privilegierten Branchen wie in der Kraftfahrzeug- und Flugzeugindustrie sanken die Löhne zwischen 1928 und 1939 von 123 Rpf. auf 110,4 Rpf. (-10,6 Prozent).

Anzumerken bleibt, dass der Vergleich der Löhne von 1929 mit denen von 1938 deshalb auch zu Schwierigkeiten führt, weil 1929 der höchste Stand der Löhne in der Weimarer Republik erreicht wurde. Im graphischen Gewerbe betrug z.B. der Wochenlohn 58,20 Mark. Er sank durch die Notverordnungen 1931 auf 55 und 1932 auf 48 Mark. Ähnliche Verhältnisse schlugen sich in den anderen Gewerbebezügen nieder. Die Verschlechterung der Ecklöhne begann also schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Dennoch: »Von einer ›Fürsorgediktatur‹, die sich der Arbeiterklasse liebevoll angenommen hätte, kann also nicht die Rede sein«, konstatiert Rüdiger Hachtmann zu Recht in seiner kritischen Rezension des Buches von Aly.⁹

Auch die von Elser genannten Abzüge vom Lohn lassen sich verallgemeinern: In Relation zu den Bruttowochenverdiensten wuchsen die obligatorischen Abzüge vom Lohn von 12,5 Prozent im Jahre 1929 bis auf 17,4 Prozent 1938.¹⁰ Was bleibt von Götz Aly's »Arbeiterparadies« angesichts der unsozialen Einkommensdifferenzierung, des Auseinanderdriftens der Löhne und des Sinkens des Lebenshaltungsindex zwischen 1929 und 1938 um 18,5 Prozent?

Wie nah kam dagegen der mutige Außenseiter und Kriegsgegner Georg Elser der NS-Realität mit seiner Beschreibung der Einkommen und Lebenshaltungskosten in seinem Verhör durch die Gestapo im Jahre 1939!

Modernisierungsthesen dienstwilliger Eliten

Für diejenigen, die die Literatur zur Geschichte des deutschen Faschismus zur Kenntnis genommen haben, enthüllt Aly wohl viele neue Details, aber keinesfalls legt er eine »neue Deutung des NS-Regimes« vor. Die »Volksgenossen« standen schon vor Jahrzehnten im kritischen Blick von Timothy W. Mason – mit der 1975 in Deutschland vorgelegten Studie über »Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft«. Es folgten Untersuchungen u.a. von Detlef Peukert, Arno Klönne, Karl Heinz Roth, Rüdiger Hachtmann, alle mit ganz anderen Bewertungen. Aly knüpft eher an NS-Modernisierungsthesen an, die seit den sechziger Jahren u.a. von Ralf Dahrendorf, David Schoenbaum, Reiner Zitelmann und Karlheinz Weißmann immer wieder vorgetragen werden und die er einst als »instinktsicheres Abfeuern öffentlichkeitswirksamer Knallfrösche« charakterisiert und bekämpft hatte.

Götz Aly – »ein neuer Goldhagen der Heimatfront« (Erhard Schütz) – beendet seine Studie mit einer Schlusspointe: »Wer von den Vorteilen für die Millionen einfacher Deutscher nicht reden will, soll vom Nationalsozialismus und vom Holocaust schweigen« (S. 362). Dieses Motto ist kritisch zu hinterfragen. Vor allem dürfen die von ihm unzulänglich behandelten »oberen Einkommensgruppen« als Mitverantwortliche des NS-Systems dabei nicht ausgeklammert bleiben, denn sie waren ganz überwiegend und von vornherein am NS-System interessiert und profitierten bis weit in den Krieg hinein von ihm. Insofern gilt nach wie vor die alte Lehre von Max Horkheimer und der »Frankfurter Schule«: »Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen.«

Überhaupt ist festzuhalten: Viele Lehren aus den Jahren nach 1945 scheinen vergessen. Der Trümmerhaufen von 1945 – einst Aussichtsturm für die Hoffnung vieler Deutscher auf Demokratie und Sozialismus – bietet sich heute eher als ein Aussichtsturm für jene Modernisierer an, die den schönen Schein des Faschismus entdecken, indem sie das »Dritte Reich« zwar für schrecklich erklären, aber seine Effektivität und Modernität herausstreichen. Extrem verharmlosende Bemerkungen von Historikern über die »progressive Sozialpolitik« des NS-Systems finden seit Reiner Zitelmann (1987) weite Verbreitung in den Medien. Hatte auch Daniel Goldhagen mit seinem Erfolgsbuch auf Noltes »No Gulag – No Auschwitz« mit seinem »No Germans, No Holocaust« geantwortet, so werden nicht nur die Niedersachsen angesichts der Erfolgsgeschichte des »Käfers« darüber nachdenken müssen, ob denn das Wirtschaftswunder ohne die Grundsteinlegung der damals größten Autofabrik der Welt in Fallersleben (1937), dem heutigen Wolfsburg, möglich gewesen wäre: No Fallersleben – No Wirtschaftswunder? Ähnliches gilt für die »Reichswerke Hermann Göring« in Salzgitter. Gerade in der Endphase der nationalsozialistischen Zeit entstanden in Wolfsburg und Salzgitter oder in Nordhausen, Celle und Landsberg Laboratorien und Fabriken der Zukunft als ein Amalgam von Großindustrie, Staat und SS, ein Konstrukt, in dem die technokratischen Funktionselemente arbeitsteilig miteinander kooperierten, auf die Produktion von Wunderwaffen (Raketen, Düsenjäger und Atombomben) setzten und mit dem Rüstungsminister Albert Speer an einem neuen System für den »SS-Staat der Zukunft« nach dem Zusammenbruch der »Hitler-Barbarei« bastelten. Auf die Krise des Systems antworteten die dienstwilligen Eliten mit einem »Modernisierungsschub«, der es den Westdeutschen erlaubte, trotz der totalen Niederlage bald wieder zu einer ökonomischen Potenz ersten Ranges aufzusteigen – mit aktiver Hilfe der NS-Täter und SS-Intellektuellen, die in das neue demokratische System integriert wurden. Die Opfer blieben vergessen oder wurden verspätet und widerwillig entschädigt.

Nach der »friedlichen Revolution« von 1989 und dem Zusammenbruch des »Staatssozialismus« durfte wieder offen auf »Erfolgsrezepte« der Vergangenheit zurückgegriffen werden, und das unter direktem Verweis auf die »nationale Revolution« von 1933. So empfahl der Herausgeber der »Wirtschaftswoche«, einem dem Bundesverband der Industrie nahe stehenden Organ, am 12. Juli 1992 – ohne öffentlichen Widerspruch – Maßnahmen des NS-Systems zur Lösung heutiger Probleme: »In Deutschland ... herrschte seit 1931 Devisenbewirtschaftung, seit 1932 Lohnstopp, seit 1933 Gewerkschaftsverbot. Ab 1936 wurde, zur Vorbereitung des Krieges, eine Planwirtschaft installiert und 1939 voll in Kraft gesetzt. ... Das Privateigentum blieb erhalten, der Gewinn wurde nicht abgeschafft, das Gewinnstreben vielmehr in den Dienst des Wirtschaftsplans gestellt. Die Arbeitslosigkeit ging von rund sechs Millionen im Winter

1932/33 auf 1,6 Millionen 1936 und hunderttausend 1939 zurück ... Die Wachstumsrate des Sozialprodukts lag bei knapp zehn Prozent, die Preissteigerung bei rund einem Prozent pro Jahr. ... Diese Zahlen sind ... aufregend. Können wir auf Erfolgsrezepte nur deshalb verzichten, weil Adolf Hitler sie angewandt hat? Wir verzichten schließlich auch nicht auf die Teilnahme an Olympischen Spielen, auf deutsche Schäferhunde und auf Chorgesang.«¹¹

Hinzuzufügen ist, dass der Herausgeber und Chefredakteur Professor Dr. Wolfram Engels weder verwandt noch verschwägert ist mit jenem Unternehmersohn aus Wuppertal, der 150 Jahre zuvor einem verarmten jüdischen Intellektuellen aus Deutschland im englischen und französischen Exil half, den Kapitalismus zu durchschauen und eine Zukunftsvision zu entwerfen, die bis 1989 die Welt mit zu beherrschen schien. Sein Hauptwerk »Das Kapital« gewinnt freilich in der Krise des Kapitalismus von heute erneut erhöhte Aktualität.

Der von den Nazis angerichtete Trümmerhaufen – ein Aussichtsturm für Erfolgsrezepte in der Krise? Scheinbar hat die konservative Variante im Gefolge des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses einen solchen Einfluss auf die politische Kultur von heute gewonnen, der es erlaubt, die deutsche Schuld nicht nur zu verdrängen, sondern aus Deutschland eine normale Nation zu machen und jede selbstkritische Erinnerung an Auschwitz auszulöschen. Dabei bleiben auch die Opfer und der Widerstand der kleinen Leute weitgehend ausgeklammert. Selbst mit der Einordnung des schwäbischen Arbeiter-Attentäters Georg Elser als »Teil eines individualisierten Massenwiderstands ohne Organisation« (Timothy Mason)¹² hat das inzwischen geeinte Deutschland nach wie vor Schwierigkeiten. Diese »Schwierigkeiten mit der Wahrheit« (Walter Janka) nutzten schon vor Götz Aly und Jörg Friedrich nicht wenige Deutsche dazu, die »Gnade der späten Geburt« in die Gnade des deutschen Neuanfangs aufgehen zu lassen. Mit verhängnisvollen Folgen. Denn die viel beschworene deutsche Verantwortungsgemeinschaft gerät immer mehr in Gefahr, sich in eine deutsch-deutsche Reinwaschungs-GmbH umzuwandeln.¹³

Anmerkungen

- 1 Sensationsfund im Fall Elser: Die Entdeckung des Gestapo-Protokolls. Vgl. Internetangebot: www.georg-elser-arbeitskreis.de/texts/gruchmann.htm.
- 2 Vgl. u.a. G.A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England. München 1983; Florian Tennstedt u.a. (Hrsg.), Quellensammlung zur Geschichte der Sozialpolitik, Band 1 (1867–1881). Stuttgart 1994.
- 3 Vgl. u.a. Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn 1999; Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im »Dritten Reich«. Göttingen 1989.
- 4 »Ich habe den Krieg verhindern wollen.« Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939. Eine Dokumentation, hrsg. von Peter Steinbach und Johannes Tuchel. Berlin 2001. Internet-Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung: www.georg-elser.de, Text Gruchmann.
- 5 Rüdiger Hachtmann, Lebenshaltungskosten und Realeinkommen während des »Dritten Reiches«, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Band 75, 1988, S. 32–73.
- 6 Tilla Siegel, Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen »Ordnung der Arbeit«. Opladen 1989.
- 7 Günther Morsch, Arbeit und Brot. Studie zur Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37. Frankfurt/M. 1993.
- 8 Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, 2. Auflage. Opladen 1977, S. 238 ff., 294 ff.
- 9 Rüdiger Hachtmann, Öffentlichkeitswirksame Knallfrösche – Anmerkungen zu Götz Alys »Volksstaat«, in: Sozialgeschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Neue Folge, 20. Jahrgang, Oktober 2005, Heft 3, S. 46–66. Dazu auch die weiteren Beiträge zu Alys Buch von Tho-

- mas Kuczynski, Angelika Ebbinghaus, Christoph Buchheim, Michael Wildt und Jane Kaplan in dieser Ausgabe, auf die ich in diesem Beitrag mit zurückgreife. Zu den statistische Angaben: Mason, a.a.O., 1977, S. 149.
- 10 Hachtmann, a.a.O. 1988, S. 32-73.
 - 11 Vgl. dazu Jörg Wollenberg, Trendwende. Entsorgende »Vergangenheitsbewältigung«, in: Ders., Den Blick schärfen. Gegen das Verdrängen und Entsorgen. Bremen 1996, S. 10-29.
 - 12 Timothy W. Mason, Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland, in: Detlev Peukert/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Wuppertal 1981, S. 293-313.
 - 13 Vgl. Michael Schneider, Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma zur DM-Kolonie. Berlin 1990, S. 220.

»Wenn Recht zu Unrecht wird ...« Widerstand, Zivilcourage und sozialpolitisches Engagement gegen Ungerechtigkeit und Willkür im demokratischen Rechtsstaat

»Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist«, so steht es in Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz (GG). Doch, so fragt sich, wie viele tiefgreifende Einschnitte in Grundrechtspositionen und Rechtsstaatsprinzipien, wie wir sie hierzulande gehäuft erleben, verletzen eigentlich die »freiheitliche demokratische Grundordnung« und ein »demokratischer und sozialer Rechtsstaat« (Art. 20 Abs. 1 GG) – ohne in ein illiberales, ein autoritäres System zu verfallen, in dem Sozial- und Bürgerrechte nur noch inhaltslose Hüllen sind?

Diese Frage gewinnt gerade in einer Zeit an Brisanz, in der – im Namen der Sicherheit und unter dem Vorwand des Antiterrorkampfes – bürgerrechtliche Tabus gebrochen und rechtsstaatliche Grenzen systematisch verschoben werden, wobei die zahlreichen verfassungswidrigen Gesetze der letzten Jahre lediglich die Spitzen eines mächtig anwachsenden Eisbergs darstellen.¹ Aber bereits weit unterhalb von politischen Bestrebungen, die liberal-demokratische Verfassungsordnung zu verändern, erleben wir Entwicklungen und Ereignisse, die eine Auslöschung und Demontage von Grund- und Bürgerrechten bewirken; Entwicklungen, die den Verfassungshimmel gehörig verdüstern, die Menschen in ihrer Existenz bedrohen, demütigen und verletzen – und die nach Protest und Verweigerung, nach Gegenwehr und Zivilcourage geradezu schreien. Es sind oft Ereignisse und Vorfälle des alltäglichen Lebens, die mit staatlicher Diskriminierung von sozialen oder ethnischen Minderheiten, mit polizeilichen Übergriffen oder bürokratischen Willkürakten verbunden sind, die einem bestimmten Muster folgen und damit strukturelle Ungerechtigkeiten oder systematische Fehlentwicklungen offenbaren.

Aber warum, so ist zu fragen, reagiert die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung so gleichgültig, fast wie immunisiert, auf solche Unerträglichkeiten; warum regt sich in solchen Fällen so wenig Widerspruch und Gegenwehr? Ist es die verbreitete Auffassung, das alles sei alternativlos, diene nur der Sicherheit und Ordnung, dem Schutz vor Kriminalität, Gewalt und Terror – diene letztlich einem »höheren« Zweck, für den eben Opfer gebracht werden müssten; aber selbst sei man eigentlich gar nicht so recht betroffen und habe demgemäß auch nichts zu befürchten und schon gar nichts zu verbergen – treffen werde es schon die »Richtigen«, die sich im Übrigen ihre Behandlung wohl selbst zuzuschreiben hätten. Zeugt diese Haltung nicht

von einem Mangel an bürgerlich-demokratischer Tradition in diesem Lande, von einem Man-ko, das autoritäre Antworten und sozial unverträgliche »Lösungen« so begünstigt und die »frohe Botschaft der entfesselten Staatsgewalt« (Klaus Günther) mitunter populistische Triumphe feiern lässt?²

Carl-von-Ossietzky-Medaille der »Internationalen Liga für Menschenrechte«: Auszeichnung für Zivilcourage und soziales Engagement

Jedes Jahr seit 1962 verleiht die »Internationale Liga für Menschenrechte«³ anlässlich des Tages der Menschenrechte die Carl-von-Ossietzky-Medaille an Personen und Gruppen, die sich um die Menschenrechte und den Frieden besonders verdient gemacht haben, sowie an Menschen, die sich durch ihre Zivilcourage und ihr soziales Engagement vorbildlich verhalten. Die Auszeichnung erinnert an den engagierten Publizisten und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky. Seinem unkorruptiblen Geist und seinem Einsatz für Frieden und Menschenrechte fühlt sich die Liga verpflichtet.

Am 11. Dezember 2005 hat die Liga die Carl-von-Ossietzky-Medaille an die beiden Berliner Lehrerinnen Mechthild Niesen-Bolm und Inge Wannagat sowie an das Kinder- und Jugendwerk »Die Arche« in Berlin verliehen.⁴

Frau Niesen-Bolm und Frau Wannagat wurden für ihr entschlossenes und mutiges Handeln ausgezeichnet, durch das sie, zusammen mit Schülerinnen und Schülern, die Abschiebung der seit zehn Jahren in Berlin lebenden 13-jährigen Schülerin Tanja Ristic nach Bosnien verhindern konnten. Die vom Bürgerkrieg traumatisierte Tanja war ohne Vorwarnung von der Polizei aus dem Unterricht herausgeholt und in Abschiebehaft genommen worden. Die beiden Lehrerinnen stehen mit ihrem vorbildlichen Einsatz stellvertretend für andere Lehrer und Schüler sowie für Gruppen, die sich hierzulande für Flüchtlinge einsetzen, sich gegen deren Diskriminierung und Ausgrenzung engagieren.

»Die Arche« wurde für ihr umfassendes ehrenamtliches Engagement zur Bekämpfung der Armut, des Hungers und der Perspektivlosigkeit von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen geehrt. Mit ihrer Arbeit stärken die »Arche«-HelferInnen die Menschenwürde Hunderter von Kindern und ihrer Familien, die an den Rand dieser Gesellschaft gedrängt wurden – einer Gesellschaft, die bekanntlich zu den reichsten der Welt gehört.

Mit diesen Ehrungen wollte die Liga – die sich nicht nur den klassisch-bürgerlichen, sondern auch den sozialen Menschenrechten verpflichtet fühlt – auf die zunehmende soziale Kälte in unserer Gesellschaft und den fortschreitenden Abbau des Sozial- und Rechtsstaates aufmerksam machen – und insbesondere auf die oft entsetzliche Situation von Kindern und Jugendlichen, von denen in unserem Land immer mehr verarmen und verelenden. Der menschenwürdige Umgang mit Kindern, ihr Schutz vor Armut und sozialer Kälte, vor Ausgrenzung und Abschiebung ist das gemeinsame Element, das die Geehrten verbindet.

Es ist eigentlich eine alte Weisheit, dass sich gerade im Umgang mit Kindern und Jugendlichen, mit Flüchtlingen und Ausgegrenzten, mit Hilfsbedürftigen und Armen die demokratisch-humane Qualität einer Gesellschaft zeigt – das heißt letztlich: im Willen zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Doch hier weist die Bundesrepublik enorme Defizite auf – Defizite, die eigenverantwortliches Handeln, demonstrativ-widerständiges Einmischen selbstbewusster und aufgeklärter Bürgerinnen und Bürger in öffentliche Belange geradezu herausfordern müssten. Doch Zivilcourage und Engagement gegen unsoziale und menschenfeindliche Zustände, gegen diskriminierende und rassistische Auffassungen in heutiger Zeit sind, wie in allen Zeiten, eher seltene Phänomene – aber es gibt sie doch. Immer wieder hören wir von beeindruckenden Beispielen individuellen und kollektiven Engagements – unverzichtbar in einer Welt struktureller Ungerechtigkeit, in einer Welt der Ökonomisierung menschlicher Beziehungen, in einer Welt bürokratischer und sozialer Kälte; in einer Zeit sozialer Verelendung, Diskriminierung und Ausgrenzung. Auch unser Land ist leider weit davon entfernt, jene Menschenrechtsstandards zu erfüllen, die etwa für junge, besonders schutzbedürftige Menschen nach dem Grundgesetz und der internationalen Kinderrechtskonvention von 1989 gelten.⁵ In dieser Konvention ist die Rede vom Wohl des Kindes, vom Recht auf soziale Sicherheit, auf angemessenen Lebensstandard, auf Bildung und Chancengleichheit.

I. Engagement gegen Kinderarmut – Beitrag für soziale Menschenrechte

Es klingt wie die Litanei aus einer politischen Sonntagsrede – denn diese Rechte werden, trotz ihres verpflichtenden Charakters, in diesem Lande nicht annähernd verwirklicht. Fast ein Drittel aller Kinder kann davon nur träumen. Einzelne soziale Initiativen wie »Die Arche« mit ihren ehrenamtlichen Helfern versuchen, dieses Manko auszugleichen, wenigstens einen Teil dieser Versprechen einzulösen.⁶ Diese Arbeit ist mehr als »nur« karitativ – sie ist für viele der Betroffenen überlebensnotwendig und eröffnet ihnen Chancen und Perspektiven, die ihnen sonst hierzulande verwehrt wären. Letztlich ein miserables Zeugnis für eine ökonomisch hochentwickelte Gesellschaft – oder anders, in Abwandlung eines Satzes von Bertolt Brecht, ausgedrückt: *»Wehe dem Land, das für seine Kinder solche Helfer braucht.«*

»Die Arche« ist, ungeachtet ihrer religiösen Grundierung, ein bewundernswertes Überlebensprojekt, aber keine Dauerlösung. Es ist beeindruckend, wie hoch die private Spendenbereitschaft für Symptombehandlungen zuweilen ist; erschütternd ist jedoch, wie wenig Mittel die öffentliche Hand für eine grundsätzliche und damit dauerhafte Änderung der Verhältnisse zur Verfügung stellt. Wir erkennen darin eine Tendenz: nämlich die Verantwortung für soziale Probleme und deren Folgen zu privatisieren und die Armen der ehrenamtlichen Fürsorge anheimzustellen. Beiläufig bemerkt: Wir reden von Armen und Benachteiligten, nicht etwa von »Schwachen«, wie die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung Ende 2005⁷ – denn das klingt fast, als wäre diese »Schwäche« nicht etwa gesellschaftlich bedingt, sondern naturgegeben; wer arm ist, muss im Gegenteil besonders stark sein, wenn er sich behaupten will.

Wer Brot an Arme verteilt, ist ein Wohltäter. Wer aber nach Verteilungsgerechtigkeit fragt, wer fragt, warum es in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik, die sich laut Verfassung

dem Sozialstaatsprinzip verpflichtet hat, überhaupt Armut gibt und wie strukturelle Abhilfe geschaffen werden kann, der gerät rasch in politischen Verdacht und sieht sich dem Vorwurf von Politikern, auch christlichen, ausgesetzt, er schüre damit Sozialneid.

Wir fragen trotzdem: Wie kann es sein, dass in einem der reichsten Länder der Welt so viele Kinder und Jugendliche der Sozialhilfe und Armenpflege anheimfallen? Wie ist es um die sozialen Grundbedürfnisse der etwa fünf Millionen Kinder bestellt, die in Familien aufwachsen, die mit Langzeitarbeitslosigkeit belastet sind und von Hartz IV leben müssen?

Die »Agenda 2010« hat das Abgleiten von Beschäftigten und Erwerbslosen in Existenzunsicherheit und Armut beschleunigt und setzt sie gewaltig unter Druck – erinnert sei nur an die Sozialmissbrauchskampagne, an verschärfte Überwachungsmethoden, an die Jagd auf angebliche »Abzocker« und »Parasiten«, zu der regierungsamtlich geblasen wurde, an die Enteignung sozialer Rechte und die Einschränkung der Freizügigkeit durch verschärfte Zumutbarkeitsregelungen.⁸ Der Um- und Abbau der sozialen Sicherungssysteme untergräbt die demokratischen Grundlagen dieser Gesellschaft. Die Verwirklichung sozialer Grundrechte rückt für immer mehr Menschen in immer weitere Ferne. Doch wer beruft sich hierzulande schon auf jene sozialen Grundrechte, wie sie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948 und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 niedergelegt und von der Bundesrepublik anerkannt worden sind?⁹

Der klassische Menschenrechtskatalog erfuhr damit eine wichtige Erweiterung: Menschenrechte bleiben nicht länger auf die bürgerlich-politischen Rechte beschränkt, sondern umfassen auch soziale Rechte. Das verweist auf den untrennbaren inneren Zusammenhang von Freiheit und Gleichheit und auf »die Würde des Menschen«, die laut Grundgesetz unantastbar ist: »*Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt*« (Art. 1 Abs. 1 GG). Soziale Sicherheit ist also nicht wie früher als ein Geschenk paternalistischer oder barmherziger Fürsorge zu verstehen, sondern als ein Rechtsanspruch – und zwar unabhängig von traditioneller Erwerbsarbeit.

Doch die Kodifizierung von Menschenrechten führt nicht von selber dazu, Ungerechtigkeiten, Unterdrückung und Ausbeutung zu beseitigen oder auch nur zu minimieren – solange die herrschenden sozioökonomischen Verhältnisse und eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung unangetastet bleiben. Oder anders ausgedrückt: Wer von sozialen Menschenrechten redet und sie einfordert, kann und darf vom herrschenden Kapitalismus und seinen zerstörerischen Kräften, von neoliberalen Marktradikalismus und den Globalisierungsfolgen nicht schweigen. Denn es sind diese ökonomischen Strukturen und Mechanismen, die eine Verwirklichung sozialer Menschenrechte vereiteln. Auch wenn Kanzlerin Angela Merkel es hartnäckig leugnet und behauptet: »Wir leben nicht im Kapitalismus, sondern in der sozialen Marktwirtschaft.«¹⁰ Auch wenn die »Heuschreckenkritiker« der SPD im Wahlkampf 2005 zwar besonders krasse Auswüchse eines enthemmten Kapitalismus geißeln, aber die strukturellen Ursachen von Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit in ihrer Regierungspolitik ignorieren.¹¹ Man muss sich tatsächlich fragen, wie glaubwürdig eigentlich eine Partei ist, die ausländische Investoren als asoziale Heuschrecken bezeichnet, ihrerseits aber rigoros Sozialabbau betreibt, damit soziale Gerechtigkeit zerstört und zugleich deutsche Konzerne zu weltweiten Eroberungszügen animiert.

Armut, besonders aber Kinderarmut ist in der Bundesrepublik ein Wachstumsfaktor geworden. Mit der Armut ist auch der private Reichtum gewachsen – die Schere zwischen Arm

und Reich klafft in bislang nicht gekanntem Maße auseinander. Das zeigt sich an der unterschiedlichen Entwicklung der Einkommen aus Lohnarbeit einerseits und der Einkommen aus Kapital und Vermögen andererseits:¹² Während das sogenannte Arbeitnehmerentgelt seit längerem stagniert, legten die anderen Einkommen beträchtlich zu – hier hatten wir mit fast elf Prozent im Jahr 2004 die höchste Wachstumsrate seit der Wiedervereinigung zu verzeichnen. Die gesellschaftliche Spaltung zeigt sich auch an der extrem ungleichen Verteilung der Privatvermögen: Nur zehn Prozent der vermögendsten Haushalte besitzen fast 50 Prozent der Vermögen, 20 Prozent rund zwei Drittel – Tendenz steigend –, während die unteren 50 Prozent der Haushalte sich mit gerade mal vier Prozent zufriedengeben müssen. Die Steuerpolitik der Regierungen mit mehrfachen Steuersenkungen für Unternehmen und Besizende hat zu dieser Ungleichverteilung entscheidend beigetragen, so dass sich die wahren Besitzstandswahrer der Gesellschaft aus der Finanzierung des Gemeinwesens immer weiter verabschieden konnten und die öffentliche Hand schwach und schwächer geworden ist.

Diese Gesellschaft zerfällt zusehends in zwei, eigentlich sogar in drei Welten: Ein Drittel der Bevölkerung ist voll integriert und hat Arbeitsplätze; ein weiteres Drittel lebt in prekären, ungesicherten Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen, das letzte Drittel wird zur »Armee der dauerhaft Überflüssigen«, wie es Ulrich Beck in zynischer Resignation benennt.¹³ Das Armutsrisiko ist für viele Familien erheblich gestiegen. Die Folgen sind soziale Unsicherheit und Existenznöte, Desintegration und Ausgrenzung, Überschuldung und Verelendung, Mangelerscheinungen und Krankheit, geringe Bildungschancen und Leistungsprobleme, Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. Kulturelle Teilhabe reduziert sich nach Hartz IV & Co. aufs Fernsehen. Ängste ergreifen die Menschen und lähmen sie. Am härtesten trifft es die Jüngsten, die Kinder.

Diese Entwicklung wird sich noch verschärfen, wenn keine gesellschaftlichen Strukturveränderungen im Sinne der sozialen Menschenrechte, der Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität eingeleitet werden. Nichts wird sich zum Besseren ändern, solange die Logik des Wettbewerbs um die besten Bedingungen zur Maximierung der Kapitalrendite oberste Richtlinie der Politik bleibt, also solange nicht endlich die Diktatur des Marktes in Frage gestellt wird.¹⁴

Zusammen mit dem Weltsozialforum und dem Europäischen Sozialforum sind wir davon überzeugt: »Eine andere Welt ist möglich.« Wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufbruch zu mehr gelebter Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, zu mehr Emanzipation und Partizipation. Wir brauchen eine Europa- und Weltbewegung für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, für ethisches und ökologisch-nachhaltiges Wirtschaften, für Demokratie und Frieden.¹⁵

II. Zivilcourage gegen staatlich organisierte Diskriminierung

Staatlich organisierte Diskriminierung ist ein weiteres Kapitel, das mit Ausgrenzung, sozialer Kälte und Menschenrechtsverletzungen zu tun hat und wo Zivilcourage und kritisches Engagement dringend geboten sind. Bekanntlich werden die »Maschen im Grenzzaun« um Europa und die Bundesrepublik ständig enger geflochten.¹⁶ In direktem Zusammenhang mit der massiven europäischen Abschottungspolitik sind seit 1993 europaweit über 6000 Todesfälle dokumentiert.¹⁷ Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher sein. Ein Durchkommen ist für viele Flüchtlinge, die Verfolgung und Elend zu entfliehen suchen, kaum noch möglich. Entspre-

chend nehmen die Asylbewerberzahlen beständig ab; im Jahr 2005, so triumphierte der sieben Jahre dafür zuständig gewesene Innenminister Otto Schily, sei ein Rekordtief zu verzeichnen – 2006 scheint es so weiterzugehen. Die Asylanerkennungsquoten tendieren gegen null – von fast zehn auf etwa ein Prozent (1995–2005).¹⁸ Und die Abschiebegründe sind unter dem Vorwand des staatlichen Antiterrorkampfes wesentlich erweitert worden.¹⁹

Längst ist das Asylgrundrecht ausgehöhlt. Die rot-grüne Koalition hat es in ihrer Regierungszeit von 1998 bis 2005 nicht wiederbelebt – im Gegenteil: Sie hat eine restriktive Asyl- und Flüchtlingspolitik betrieben, die amnesty international zu Recht als »gefährlich und verantwortungslos« kennzeichnet und »Pro Asyl« als »staatlich organisierte Diskriminierung«. Asylbewerber und Flüchtlinge werden hierzulande nach wie vor in ihrer Freizügigkeit eingeschränkt, ihrer Bewegungs- und Berufsfreiheit beraubt. Die Große Koalition scheint hieran nichts zu ändern.

In Deutschland leben viele Kinder ohne Aufenthaltsstatus. Kinder, die zu einem Leben in der Illegalität gezwungen sind. Kinder, die immer im Schatten leben müssen und von den Eltern aus Angst versteckt werden. Kinder, die keinen Kindergarten und keine Schule besuchen können, da die Eltern befürchten, der illegale Aufenthalt der Familie könne über den Kindergarten oder Schulbesuch entdeckt und der Ausländerbehörde gemeldet werden (was in solchen Fällen tatsächlich schon geschehen ist). Kinder, die nicht die notwendigen medizinischen Vorsorgeuntersuchungen und Schutzimpfungen bekommen, weil Eltern ohne Aufenthaltspapiere keine Krankenversicherung abschließen können. Das ist ein unhaltbarer Zustand: Denn alle Kinder haben unabhängig vom Aufenthaltsstatus das Recht, einen Kindergarten und eine Schule besuchen zu können. Sie haben das Recht auf medizinische Versorgung. Dieses Recht der Kinder auf Bildung und Gesundheit ungeachtet der Herkunft ist in internationalen Konventionen verbrieft.²⁰

Nach wie vor weigern sich Bundesländer und Bundesregierung, »Menschen ohne Papiere« eine Chance auf Legalisierung und damit auf Integration zu eröffnen,²¹ und sie weigern sich, langjährig in Deutschland nur geduldeten Flüchtlingen ein Bleiberecht einzuräumen. Nach wie vor ist die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 nicht in vollem Umfang ratifiziert.²² Der deutsche Vorbehalt führt dazu, dass die Rechte von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen und Flüchtlingskindern in Deutschland eingeschränkt werden können: Sie unterliegen faktisch einem Ausbildungsverbot, werden bereits mit 16 Jahren für verfahrensfähig erklärt, können in Abschiebehaft genommen, gewaltsam aus ihrem Umfeld herausgerissen und abgeschoben werden.²³

»ProAsyl«, Flüchtlingsrat Berlin, DGB, das Grips-Theater Berlin und die Internationale Liga für Menschenrechte appellieren immer wieder an die Innenministerkonferenz und die Bundesregierung, die Vorbehaltserklärung zur Kinderrechtskonvention endlich zurückzunehmen und eine großzügige Bleiberechtsregelung zu treffen für die rund 50.000 nur geduldeten Kinder und Jugendlichen, die hier heimisch geworden sind, sowie für deren Eltern. Noch Ende 2005 haben sich die Innenminister auf ihrer Konferenz (IMK) wieder einmal vor ihrer Verantwortung gedrückt – das Damoklesschwert der Abschiebung schwebt weiter über weit mehr als 100.000 längst integrierten Menschen²⁴ (Stand: September 2006).

Wir müssen die politisch Verantwortlichen hier und in ganz Europa endlich daran hindern, angesichts von verzweifelten Menschen, die aus Not und Elend, aus Krieg und Verfolgung flüchten, mit Abschottungsreflexen zu reagieren, abwehrsüchtig höhere Mauern, noch mehr Zäune und exterritoriale Auffanglager zu errichten und so die Festung Europa noch weiter

auszubauen; stattdessen gilt es, endlich eine realistische und humane Politik zu betreiben, die die sozioökonomischen Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft – nicht aber Flüchtlinge und Verfolgte.

Dunkles Kapitel: Abschiebehaft und Abschiebepaxis

In diesem Zusammenhang ist an eines der dunkelsten Kapitel deutscher Gegenwart zu erinnern. Es geht um Menschen, die ohne schuldhaftes Tun in Abschiebehaft geraten und ständig in der Angst leben müssen, ausgewiesen oder abgeschoben zu werden – in Kriegs- oder Krisengebiete, sogar in Länder, in denen ihnen Folter und Hinrichtung drohen.²⁵ Diese Praxis macht selbst vor Schwerkranken und Hilfsbedürftigen, vor Minderjährigen und Heranwachsenden nicht Halt. Sie werden aus dem Schulunterricht gerissen, wie Tanja Ristic, nachts aus ihren Betten geholt oder auf der Straße verhaftet. Ganz in unserer Nachbarschaft und dennoch weitgehend unbemerkt. Sie werden ihrer Zukunftshoffnungen beraubt, in Abschiebehaft gesteckt und abgeschoben – oft mutterseelenallein. Auch in Länder, die sie nicht kennen, mit denen sie nichts verbindet, deren Sprache sie nicht verstehen.²⁶

Es sind diese Szenen, die bei vielen der Betroffenen alte Traumaerlebnisse wachrütteln und panikartige Fluchtreflexe auslösen, die sie mitunter nur schwerverletzt überleben. Es sind diese entsetzlichen Szenen nächtlichen Abholens und Abschiebens, die einen Pastor im Hochsauerlandkreis an »faschistische Methoden« erinnern. Wie gesagt: ganz in unserer Nachbarschaft und dennoch weitgehend unbemerkt.

Haft bedeutet den schwersten Eingriff in ein hochrangiges Grundrecht: die Freiheit der Person. Da Abschiebehaft auch gegen unschuldige Menschen vollzogen wird, kann sie unter menschenrechtlichen Aspekten schwerlich gerechtfertigt werden. Sie verletzt die Würde, die Integrität und das Leben von Menschen, die nichts verbochen haben, außer hier leben zu wollen, und die als Flüchtlinge besonders schutzbedürftig sind. Nach Ansicht des langjährigen Gefängnis Pfarrers Hubertus Janssen stellt die Abschiebehaft ein »außergewöhnliches staatliches Unrecht« dar.²⁷

Bundesweit befinden sich Tausende von Menschen in Abschiebehaft – nicht selten drei Monate lang, aber auch bis zu anderthalb Jahren. Besonders für Minderjährige, Kranke, Traumatisierte und Schwangere bedeutet dies eine besondere Härte – zumal die Haftbedingungen schlecht, nicht selten katastrophal sind.²⁸ In den Sammellagern und Abschiebeknästen, die an Hochsicherheitstrakte erinnern, in den Vollzugsanstalten und Polizeizellen müssen die »Schüblinge«, wie sie behördenintern heißen, auf engem Raum leben, ohne Beschäftigungsmöglichkeit, ohne Anspruch auf psychosoziale Betreuung.²⁹ Die psychischen Belastungen in dieser Extremsituation, die Angst vor drohender Abschiebung zermürbt sie dermaßen, dass es immer wieder zu Verzweiflungstaten kommt.³⁰

Jährlich werden Tausende dieser inhaftierten Menschen aus Deutschland abgeschoben – auch in Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen zum Alltag gehören. Hierzu leisten bundesdeutsche Behörden Beihilfe, ohne dass irgendwer dafür zur Verantwortung gezogen wird.

Sogar asylberechtigte Menschen werden in letzter Zeit »abschiebereif« gemacht: Das bisherige Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge – jetzt: für Migration und Flüchtlinge – widerruft massenhaft seine eigenen Beschlüsse, mit denen es in früheren Jahren

politische Flüchtlinge wegen Verfolgungsgefahr als asylberechtigt anerkannt hatte. 2004 gab es mehr als 18.000 Widerrufsverfahren – seit 1998 eine 800prozentige Steigerungsrate. Auch 2005 kam es zu Tausenden von Widerrufen. Betroffen sind vor allem Asylberechtigte aus Afghanistan, dem Kosovo, Iran und Irak sowie aus der Türkei – allesamt Krisen- oder Folterstaaten.³¹ Der Entzug des Asylstatus beschädigt die soziale Existenz der Betroffenen und schwächt ihren Schutz vor Auslieferung an Verfolgerstaaten. »Abschiebungsreife auf Vorrat herstellen«, so heißt diese Entrechtung im Bürokratendeutsch, die die Betroffenen in Unsicherheit, vielfach in Angst und Verzweiflung stürzt.³²

Zivilcourage und Gegenwehr

In der täglichen Abschiebepaxis, die sich im Zuge der Terrorismusbekämpfung noch erheblich verschärft hat, werden ständig Menschenrechte verletzt, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfährt. Und es sind viel zu wenige, die sich diesem Tabuthema stellen, die hinschauen und eingreifen. Zu ihnen gehören die beiden Berliner Lehrerinnen Mechthild Niesen-Bolm und Inge Wannagat. Sie haben in einem konkreten Abschiebefall Zivilcourage bewiesen. Zusammen mit den Mitschülern haben sie sich energisch für Tanja Ristic eingesetzt und deren Abschiebung nach Bosnien verhindert – und werden dies wohl als selbstverständlich ansehen. Leider ist es das nicht – schon gar nicht bei denen, die die Abschiebemaschinerie qua Amt und auf Befehl am Laufen halten. Ist das wohl die Folge eines unterbliebenen Lernprozesses, wie der Schriftsteller Ralph Giordano auf dem Hintergrund deutscher Gehorsamsgeschichte nahelegt? »Die Deutschen müssen erst noch lernen, dass sie sich nicht nur für ihre Befehle, sondern auch für ihren Gehorsam verantworten müssen.«

Es gibt allerdings rühmliche Ausnahmen: Gruppen, die sich widersetzen, und einzelne Menschen, die demonstrieren, sich auf ihr Gewissen berufen und Nein sagen. In etlichen Fällen ist es ihnen gelungen, Abschiebungen von gefährdeten Personen zu verhindern. Jeder dieser Fälle ist ein Erfolg praktischer Menschenrechtsarbeit.

Nur drei Beispiele seien hier aufgezeigt:

Ein Schutzpolizist im rheinland-pfälzischen Landau konnte es nicht länger mit ansehen, wie ein unschuldiger Mensch Tage und Nächte unter menschenunwürdigen Umständen im Polizeigewahrsam eingekerkert war. Nach vergeblichen Versuchen, die Situation zu ändern, entschloss er sich, der Menschenwürde den Vorrang einzuräumen, der ihr nach der Verfassung gebührt. Er öffnete eigenhändig die Kellerzelle und entließ den jungen Angolaner aus der Abschiebehafte. Seine Zivilcourage trug ihm wegen eigenmächtiger »Gefangenenbefreiung« eine Geldstrafe ein.³³

Zu erinnern ist an den Lufthansa-Piloten, der im Februar 2005 seine Mitwirkung verweigerte, als die Iranerin Zahra K. gegen ihren Willen abgeschoben werden sollte. Zahra K., die Ende der 90er Jahre in Deutschland Zuflucht vor dem iranischen Mullah-Regime gesucht hatte, erlitt während der Abschiebeprozedur auf dem Flughafen Frankfurt/M. einen Kollaps. Hätte der Flugkapitän reibungslos funktioniert und die nicht anerkannte Asylbewerberin in ihr Heimatland ausgeflogen, dann wäre sie im Iran mit Folter und Tod durch Steinigung bedroht gewesen, denn sie hatte sich in Deutschland von ihrem iranischen Mann getrennt und war als Muslima zum Christentum übergetreten. Erst nach diesem Akt von Zivilcourage hat Zahra K. ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten.³⁴

Es sind aber auch Gruppen zu würdigen, die sich bemühen, über menschenrechtswidrige Abschiebungen aufzuklären, die versuchen, unmittelbar auf Flughäfen Abschiebungen zu verhindern: Sie informieren Flugpassagiere, Piloten und Stewardessen über die Hintergründe der Einzelfälle, demonstrieren und protestieren vor Ort und nehmen dafür auch Repressalien und Strafverfahren in Kauf.

Eine Gruppe, die auch im Fall Zahra K. erfolgreich gearbeitet hat, ist das »Aktionsbündnis Rhein-Main gegen Abschiebungen«. Dieses Bündnis konzentriert seine Arbeit auf den Frankfurter Flughafen, von dem aus jedes Jahr über 8000 Menschen abgeschoben werden. Durch die kollektive Einmischung des Aktionsbündnisses konnten schon mehrere Abschiebungen verhindert werden. Doch seit einiger Zeit überzieht der private Flughafenbetreiber Fraport AG die Aktivisten mit Hausverboten und Strafanzeigen – inzwischen in letzter Instanz vom Bundesgerichtshof abgesegnet.³⁵ Begründung des Revisionsurteils vom Januar 2006: Der Flughafenbetreiber darf »Demonstrationen oder ähnliche Aktionen« unterbinden, »wenn diese konkret geeignet sind, eine Störung des Flughafenbetriebs herbeizuführen«. Das Flughafengelände sei nicht für beliebige Zwecke geöffnet, insbesondere nicht für das Verteilen von Flugblättern und für Demonstrationen.

Nicht entschieden hat der BGH jedoch die Grundsatzfrage, um die es in einem demokratischen Rechtsstaat angesichts zunehmender Privatisierungen öffentlicher Räume und Betriebe eigentlich geht: Darf auf einem Flughafen, von dem aus jedes Jahr Tausende von Menschen abgeschoben werden, über drohende Menschenrechtsverletzungen informiert werden – oder ist der Flughafenbetreiber als privater Hausherr berechtigt, den Flughafen zu seinem »Wohnzimmer« zu erklären, Informationen und Proteste durch Hausverbote zu unterbinden und mit Strafanzeigen zu kriminalisieren?

Die Frage, ob ein privater Flughafenbetreiber an die Grundrechte gebunden ist, hat der BGH bewusst offen gelassen. Damit ist weiterhin ungeklärt, ob der Flughafen zum grundrechtsfreien Raum deklariert werden darf, in dem die Meinungs- und Versammlungsfreiheit der Eigentumsgarantie und dem Hausrecht weichen müssen. Das Gericht hat die widerstreitenden Rechtsgüter nicht differenziert gegeneinander abgewogen, sondern der ungehinderten Abwicklung des Flughafenbetriebs – und damit dem reibungslosen Lauf der Abschiebemaschinerie – den absoluten Vorrang eingeräumt. Es hat der Klägerin unterstellt, sie habe es mit ihrer Aktion primär auf eine Störung des Betriebs abgesehen, etwa den Abflug zu verzögern.

Diese Gerichtsentscheidung ist nicht zuletzt deshalb unverständlich, weil sich die *Fraport AG* überwiegend in öffentlicher Hand befindet, auf dem »Privatgelände« des Frankfurter Flughafens sich jährlich über 50 Millionen Menschen bewegen und über 8000 Abschiebungen durchgeführt werden – also hoheitliche Maßnahmen, die nicht selten mit Menschenrechtsverletzungen verbunden sind. Gerade an solchen Orten müsste es doch möglich sein, ungestraft flug- und sicherheitsrelevante Informationen an Crew und Flugpassagiere weiterzugeben und auch gegen einzelne Abschiebungen zu protestieren, die Menschen in die Gefahr von Miss-handlung und Folter bringen.

Die Flüchtlingsorganisation »ProAsyl« befürchtet angesichts des BGH-Urteils, dass die Versammlungsfreiheit zu einem »Grundrecht dritter Klasse« herabgestuft wird, »das nur noch an Orten ausgeübt werden kann, die Privatunternehmen mangels Profitinteresse als Restöffentlichkeit und Demonstrationsgelände übrig gelassen haben«. Die Klägerin und das Aktionsbündnis wollen nun vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Nach Auffassung der Betroffenen muss es möglich sein, an Orten zu demonstrieren und aufzuklären, an denen Menschen-

rechtsverletzungen angebahnt oder begangen werden. Solche Orte müssten dem öffentlichen Blick, der kritischen Aufklärung und dem engagierten Protest zugänglich sein und bleiben.

Das Asylrecht ist ein Menschenrecht, das immer wieder von neuem erkämpft werden muss. Zu den Lehren und zivilisatorischen Konsequenzen aus den schlimmen Erfahrungen mit Faschismus und Krieg gehört ein humaner Umgang mit Menschen, die politischer Verfolgung, Krieg und Elend entfliehen konnten. Dieser Verpflichtung folgend dürfen wir etwa bei Abschiebungen nicht einfach wegschauen, müssen vielmehr sozialen Ungerechtigkeiten und drohenden Menschenrechtsverletzungen Engagement und Widerstand entgegensetzen – jede an ihrem und jeder an seinem Platz.

Dieser Beitrag basiert auf einer Rede, die Rolf Gössner in seiner Eigenschaft als Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille am 11. Dezember 2005 im Haus der Kulturen der Welt in Berlin gehalten hat.

Anmerkungen

- 1 Aus den vergangenen Jahren sind zu nennen: Großer Lauschangriff, verdachtsunabhängige Schleierfahndung (Mecklenburg-Vorpommern), nachträgliche Sicherungsverwahrung, präventive Telekommunikationsüberwachung, Europäischer Haftbefehl und das Luftsicherheitsgesetz, die allesamt vom Bundesverfassungsgericht zumindest teilweise für verfassungswidrig erklärt wurden; nicht zu vergessen: die Beteiligung der Bundesrepublik an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen (Jugoslawien und Beihilfe zum Irakkrieg).
- 2 Zu dieser Problematik: Gössner, Wenn Recht zu Unrecht wird. Über die lange Tradition, Freiheitsrechte im Namen der Freiheit auszuhöhlen, in: Grass/Dahn/Strasser (Hrsg.), In einem reichen Land – Zeugnisse alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. München: dtv, 2004, S. 505 ff.
- 3 Die Internationale Liga für Menschenrechte ist eine traditionsreiche unabhängige und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die sich für Menschenrechte und Frieden einsetzt. Sie ist als deutsche Sektion Mitglied der Fédération Internationale des Ligues de Droits de l'Homme (FIDH) in Paris, ein Zusammenschluss von Ligen in zahlreichen Ländern. Sie ist akkreditiert bei UNO, Europarat und UNESCO. Kontakt: Internationale Liga für Menschenrechte e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin, Telefon: 030-396 21 22, Fax: 030-396 21 47, Homepage: <http://www.ilmr.de>, E-mail: vorstand@ilmr.org.
- 4 Dazu u.a.: Leyssner, Crash-Kurs im Ausländerrecht, in: die tageszeitung (taz) v. 9.12.2005. Die Reden anlässlich der Verleihung sind dokumentiert in: Die Menschenrechte. Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2005 an die Lehrerinnen Mechthild Niesen-Bolm und Inge Wannagat sowie das Freizeit- und Beratungszentrum »Die Arche« in Berlin, Hrsg. Internationale Liga für Menschenrechte, Berlin 2006.
- 5 UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989 (BGBl. 1992 II 121).
- 6 Vgl. zur Arche: Hildebrandt, Dominiks Geheimnis, in: Frankfurter Rundschau (FR) vom 3.1.2006, S. 8.
- 7 FR vom 1.12.2005, S. 7: Auszüge aus der Regierungserklärung (Mehr Freiheit wagen) sowie S. 3: Kommentar von Stephan Hebel, Merkels Freiheitsbegriff.
- 8 Bundeswirtschaftsministerium, »Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, »Abzocke« und Selbstbedienung im Sozialstaat«, www.bmwa.bund.de (2005); auszugsweise dokumentiert in: FR vom 21.10.2005, S. 7. Dazu: Köhler, Der Parasit, in: Freitag 43/2005; Schröder, Clement ermittelt, in: Konkret 12/2005, S. 14 f., Dribbusch, Das Soli-Barometer fällt, in: die taz vom 9.11.2005, S. 11; Hensche, Hartz IV – Arbeitszwang statt Berufsfreiheit, in: Grundrechte-Report 2005, Frankfurt am Main 2005, S. 161 ff.
- 9 BGBl. 1973 II 1569. Vgl. dazu: Schirmer/Kuczynski/Grottian, Soziale Menschenrechte – gibt's die? Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft »Ossietzky« Nr. 21/2005 (Berlin/Hannover).

- 10 FR vom 14.5.2005, S. 2.
- 11 Dazu u.a.: Gute Gründe für kapitale Kritik, in: FR vom 28.4.2005, S. 2.
- 12 Vgl. dazu ausführlich: Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin, S. 48.
- 13 Zit. nach: Oskar Negt, Die Armee der dauerhaft Überflüssigen, in: FR vom 19.11.2005.
- 14 Vgl. Jean Ziegler, Konzerne eignen sich die Welt an, in: FR vom 5.1.2006, S. 10; Greffrath, Kritik des globalen Markttotalitarismus, in: die taz vom 7./8.5.2005.
- 15 Dazu: Wider die Verkürzung sozialer Menschenrechte – Oder: Was wir gegen den Umbau des Sozialstaates unternehmen können, BürgerInnen-Information des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Köln 2005; Behning, Hartz IV und Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2005, S. 217 ff. (Charta von Porto Alegre); Basar gegen den Neoliberalismus, in: FR vom 21.7.2005, S. 2; Armut verhindern, Reichtum nutzen, in: FR vom 8.11.2005, S. 7.
- 16 Habbe, Flüchtlinge müssen draußen bleiben. Europäische Union beschneidet Asylrecht, in: ForumRecht 4/2004, S. 114 ff.
- 17 Für die Bundesrepublik: vgl. Antirassistische Initiative e.V., Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen. 1993–2005, 13. Aufl., Berlin 2006 (Internet: www.anti-rar.de); Herzog/Wälde, Sie suchten das Leben. Suizide als Folge deutscher Abschiebungspolitik. Hamburg/Münster 2004; Röhl, Abschiebung – eine Menschenrechtsfrage, in: ForumRecht 4/2004, S. 112 ff.
- 18 Vgl. Memorandum zur derzeitigen Situation des deutschen Asylverfahrens, ProAsyl. Ffm. 6/2005.
- 19 Würdinger, Terrorismusbekämpfung im Ausländerrecht ... praktisch umgesetzt, in: Grundrechte-Report 2005. Frankfurt/M. 2005, S. 179 ff.
- 20 U.a. in dem UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989 (BGBl. 1992 II 121).
- 21 Jünschke/Paul (Hrsg.), Wer bestimmt denn unser Leben? Beiträge zur Entkriminalisierung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus, ProAsyl. Karlsruhe 2005.
- 22 UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989 (BGBl. 1992 II 121).
- 23 Habbe, Kinder auf der Flucht. Der Schutz von Minderjährigen durch internationale Abkommen und die Realität des deutschen Asyl- und Ausländerrechts, in: ForumRecht 3/2005, S. 86 ff.; Pelzer, Kindeswohl unter Vorbehalt. Minderjährige kommen in Abschiebehaft, in: Grundrechte-Report 2005, a.a.O., S. 204 ff.
- 24 ProAsyl (Hrsg.), Hier geblieben! Recht auf Bleiberecht. Frankfurt/M. 2004 ff.; Rath, Keine Einigung auf Bleiberecht, in: taz vom 10./11.12.2005.
- 25 Röhl, Abschiebung – eine Menschenrechtsfrage, in: ForumRecht 4/2004, S. 112 ff.; Dethloff, Aufwachen erlaubt! Abschiebungen in Krisengebiete, in: Grundrechte-Report 2005. Ffm 2006; Betancur, Jeder Gedanke an Rückkehr unmöglich, in: FR vom 12.7.2004, S. 11.
- 26 Habbe, Hauptsache raus. Abschiebep Praxis am Beispiel Hamburg, in: Grundrechte-Report 2005, a.a.O., 2005, S. 62 ff.
- 27 Gössner, Erste Rechtshilfe. Göttingen 1999, S. 81 ff.
- 28 Erst Anfang 2006 hat das Anti-Folter-Komitee des Europarates die Haftbedingungen für Abschiebehaftlinge in sieben deutschen Bundesländern kritisiert, vgl. FR und die taz vom 1.3.2006.
- 29 Vgl. Christiansen/Vogelskamp, Kaum Luft zum freien Atmen, in: FR vom 28.9.2005, S. 7; Singelstein, Unerhört eingesperrt, in: Grundrechte-Report 2005, a.a.O., S. 66 ff.
- 30 Herzog/Wälde, Sie suchten das Leben. Suizide als Folge deutscher Abschiebungspolitik. Hamburg/Münster 2004.
- 31 Dazu ausführlich: ProAsyl, Widerrufsverfahren – Flüchtlingsschutz mit Verfallsdatum? Frankfurt/M. August 2005; Heinhold, Kurzes Verfallsdatum: Flüchtlingsstatus wird massenhaft widerrufen, in: Grundrechte-Report 2005, a.a.O., S. 150 ff.
- 32 Dazu: Gössner, Anti-Terror der EU – zwei Beispiele, in: Ossietzky 24/2004, S. 847 f.; ders., Kuhhandel auf Kosten von Regimekritikern, in: Freitag vom 26.11.2004, S. 6.
- 33 Fallschilderung und weitere Nachweise in: Gössner, Polizei im Zwielficht. Frankfurt/M. und NY 1996, S. 102 ff.
- 34 Thieme/Mlodoch, »Schluss mit lustig«, in: FR vom 17.2.2005; taz 19./20.2.2005; taz 23.2.2005.
- 35 BGH-Urteil vom 20.1.2006, Az. V ZR 134/05. Zu diesem Fall und der BGH-Entscheidung: Gössner, Sand im Getriebe unerwünscht – Grundrechte im Flughafen außer Kraft, in: Freitag vom 27.1.2006.

Bildteil

Bildteil

Bildteil

Bildteil

Wolfgang Edelstein

Demokratie lernen: Kompetenzen für die Zukunft und Lehren aus der Vergangenheit

Im Hintergrund der Aufforderung, in den Schulen Demokratie zu lernen, steht die deutsche Geschichte, die ihren Schatten über dieses Gebot wirft. Politische Bildung in den Schulen gewann in den frühen Jahren der Bundesrepublik ihre Legitimation aus der Erfahrung des Nationalsozialismus, aus der Verpflichtung zu seiner Überwindung und aus dem Ziel, seiner Wiederkehr pädagogisch vorzubeugen. Die Zustimmung zur Demokratie sollte eine aufgeklärte sein. Daher ging es einmal um Aufklärung über die Demokratie, ihre Prinzipien, Institutionen und Verfahren. Zum anderen ging es um Aufklärung über die Verhältnisse, die von der Demokratie in Deutschland abgelöst worden waren: um Struktur und Geschichte des aggressiven demokratiefeindlichen Systems, das Deutschland zwölf Jahre lang beherrscht hatte. Das Demokratiegebot, und vor allem das *Demokratielern*gebot, war ohne den Imperativ, den Nationalsozialismus moralisch wie kognitiv zu überwinden, als pädagogische Zielsetzung nicht zu begreifen.

Für die Abkehr vom Nationalsozialismus und zur Vorbeugung gegen eine Wiederkehr der Motive und Parolen der extremen Rechten räumte die politische Bildung der jungen Bundesrepublik dem Widerstand gegen Hitler und sein Regime große Bedeutung ein: Nachdrücklich dokumentierte sie den Aufstand des Gewissens, die Bindung des Widerstands an unhintergehbare moralische Normen und Überzeugungen noch in der letzten Vereinzelnung und im Angesicht des Todes. Die politische Bildung trug eine moralische Botschaft in die Schule.

Mit der Zeit ist der Widerstand stärker historisiert, die Rolle des Widerstands in der politischen Bildung perspektivisch relativiert worden. Mit den Jahren und mit zunehmender Distanz von der Ursprungssituation scheint der Anteil, den der Widerstand an der politischen Bildung in der Schule hat, zurückgegangen zu sein. Andere Aufgaben und Aspekte der politischen Wissenschaft – das Gefüge der Institutionen, die verfasste Politik, das soziale, das politische System – nehmen im politischen Unterricht größeren Raum ein, als dies in der Frühzeit der Bundesrepublik der Fall war. Der moralische Grundton ist einem stärker analytischen gewichen. Unverkennbar ist auch, dass in der Rezeption des Widerstands die Rote Kapelle oder die singuläre Aktion eines Georg Elser neben dem militärischen, christlichen oder sozialdemokratischen Widerstand bestenfalls marginal, wenn nicht überhaupt unbeachtet oder sogar fehlgedeutet bleiben. Doch es ist hier nicht der Ort, die Rezeption des deutschen Widerstands in der politischen Bildung oder diese selbst in ihrer Entwicklung kritisch zu kommentieren. Denn der Rekurs auf heroische Zeiten und die Ursprungssituation ist kein guter Ratgeber oder rationaler Wegweiser. Politische Bildung in der Schule soll den umfassenden funktionalen Aufga-

ben genügen, die dieser Begriff bezeichnet, und in deren Zentrum steht heute nicht mehr, wie in den frühen Jahren, die Präsentation moralischer Vorbilder. Doch was im Zentrum steht, ist höchst komplex und in der Struktur keineswegs unumstritten. So halten die Rahmenpläne für den »Politikunterricht« in den deutschen Schulen dafür 23 unterschiedliche Bezeichnungen bereit und über seine Inhalte wird heftig gestritten.

Europaweit sind seit dem Zusammenbruch des Kommunismus der politischen Bildung Aufgaben des Demokratielernens zugewachsen: Zivilgesellschaft, *citizenship learning*, die *civic mission of schools* spielen im politikdidaktischen Diskurs nach dem Untergang des sowjetischen Imperiums eine neu definierte und bedeutsame Rolle. Europarat, Europäische Union und OECD haben das Thema aufgenommen. Während es in den anderen europäischen Ländern mit der affirmativen Kraft einer Innovation vorangetrieben wird, löst es in der konsolidierten Struktur der politischen Bildung in Deutschland auch Widerspruch aus. Denn hier geht es weniger als anderswo um die Förderung einer pädagogischen Innovation als um die Rekalibrierung einer überlieferten Struktur, die ein tradiertes Thema neu fassen und aktualisieren muss. Eine demokratiepädagogische Vorreiterrolle hat dabei, nicht ohne damit Kontroversen in der Politikdidaktik auszulösen, das Modellprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung »Demokratie lernen und leben« erhalten. Ursprünglich entworfen als Antwort auf die zunehmende Beunruhigung durch die Entwicklung einer rechtsextremistischen Jugendkultur insbesondere in Ostdeutschland, sucht das Programm mit seinen Modulen (Unterrichtsgestaltung, Projektdidaktik, partizipative Strukturen der »Demokratie in der Schule«, Öffnung der »Schule in der Demokratie« auf ihr Umfeld) vor allem die partizipativen Strukturen und Prozesse der Teilhabe an Schule als demokratischer Lebensform konstruktiv zu gestalten.

Auch wenn die Handlungsorientierung und der Partizipationsansatz, die dem Programm zugrunde liegen, tatsächlich zu einer demokratiepädagogisch motivierten Rekalibrierung der Politikdidaktik und zur Entwicklung demokratischer Lebensformen in der Schule führen sollten, wie dies den Ansätzen der *citizenship education* in Europa und dem Ansatz des Kompetenzlernens entspricht, für den die OECD eintritt, dann stünde die politische Bildung in deutschen Schulen aus historischen und moralischen Gründen trotzdem zumindest teilweise vor anderen Fragen, als dies in anderen Ländern der Fall ist. Der universelle Anspruch der funktionalen Aufgabe – *citizenship education*, Demokratie lernen – wird in Deutschland zwar wie anderswo historisch und genetisch an die Herkunft der politischen Bildung aus dem Geist der Aufklärung und der Demokratie gebunden sein, aber anders als anderswo seine Inspiration auch aus dem Geist des Widerstands gegen Diktatur und Nationalsozialismus in Deutschland gewinnen. Die politische Bildung steht demnach vor der Aufgabe einer Reform aus drei verschiedenen Quellen: Sie wird den Ansatz des Kompetenzlernens, den die OECD in die Schulen ihrer Mitgliedsländer einzuführen empfiehlt, zur Strukturierung der politischen Bildung in den Schulen aufnehmen müssen; sie wird ferner, gemäß der von der Europäischen Union und insbesondere vom Europarat beschlossenen Perspektive, Kompetenzen für die Zivilgesellschaft und Demokratielernen zu fördern, die Schulen als Gelegenheitsstrukturen zum Erwerb eines demokratischen Habitus gestalten müssen; schließlich wird sie, anders als andere Länder, das Erbe des Widerstands, das die politische Bildung am Beginn ihrer Geschichte in der Bundesrepublik inspiriert und befruchtet hat, in die erneuerte Struktur einer demokratiepädagogisch aktivierten politischen Bildung einzubringen haben. Die Umriss eines solchen an Kompetenz-

erwerb, an Demokratielernen und an den Lehren aus dem Widerstand orientierten Programms sollen im Folgenden in der gebotenen Kürze skizziert werden.

Der Europarat hatte das Jahr 2005 zum *European Year of Citizenship Through Education* ausgerufen. Die Europäische Kommission hat Demokratie und Menschenrechte als Bildungsziele in den Entwicklungsrahmen des Lissabon-Prozesses gestellt, der die Europäische Union zur höchstentwickelten Wissensgesellschaft machen und damit wirtschaftlich, sozial und kulturell an die Spitze der Weltgesellschaft bringen will. Die OECD hat mit dem Programm *Definition and Selection of Competencies* die Ziele ihrer Bildungspolitik in den Kontext einer umfassenden Konzeption demokratieförderlicher und nachhaltiger Lernprozesse gestellt. Dabei hat sie drei Kernkompetenzen definiert: *erstens*, selbstständig handeln können; *zweitens*, moderne Instrumentarien der Information, Kommunikation und des Problemlösens konstruktiv nutzen können; und *drittens*, in heterogenen Gruppen erfolgreich handeln können. Diese Kernkompetenzen wurden in den Rahmen der für die Europäische Union insgesamt definierten Leitwerte Menschenrechte, Demokratie, soziale Integration und Nachhaltigkeit gestellt. Sie sollen die Menschen in die Lage versetzen, das Leben in einer demokratischen Gesellschaft zu gestalten. Demokratielernen gewinnt folglich hohe Priorität, auch im Kontext einer kompetenzorientierten Allgemeinbildung.

Im Blick auf dieses Ziel lassen sich die verschiedenen Ansätze, Wege und Methoden so bündeln, dass Schule einen Erfahrungsraum bieten soll, in dem im Kleinen geübt werden kann, was hernach im Großen die zivilgesellschaftliche Praxis bestimmen soll. Die Schule soll als demokratische Lebensform gestaltet werden, um – mit einem Ausdruck von Jürgen Habermas – entgegenkommende Verhältnisse für die Entwicklung von Kompetenzen herzustellen, die zur Teilhabe, zur Mitwirkung in einer demokratischen Gesellschaft und zu deren Gestaltung befähigen. Wo Schulen entgegenkommende Verhältnisse für die Entwicklung einer zivilgesellschaftlichen Praxis der Kooperation und Partizipation entwerfen, sollen Wachstumskerne der Demokratie entstehen. Dabei bedeutet die Gestaltung der Schule als demokratische Lebensform keineswegs, dass zwischen der partizipatorischen Regulierung der Schulgemeinschaft und der Lösung ihrer Konflikte unter verantwortlicher Beteiligung ihrer Mitglieder einerseits und der demokratisch-parlamentarischen Herrschaftsform mitsamt den für diese repräsentativen Institutionen andererseits eine direkte Analogie besteht. Eine partizipatorisch organisierte Schule erhebt nicht den Anspruch, die demokratisch verfasste staatliche Herrschaftsform zu simulieren. Vielmehr geht es um eine entwicklungsangemessene Praxis der Partizipation, der Deliberation und der Verantwortungsübernahme. Schülerinnen und Schüler sollen auf der Basis gleicher Rechte, Anerkennung und Verantwortung in der Schule einen *demokratischen Habitus* erwerben. Deshalb soll die Schule so gestaltet werden, dass sie einen demokratischen Habitus erzeugt. Die Elemente einer solchen Gestaltung sollen nun in Anlehnung an die von der OECD definierten Kompetenzziele beschrieben werden:

Erfolgreich selbstständig handeln können hat nach der von der OECD verabschiedeten Konzeption drei unterschiedliche Facetten: die Fähigkeit, für eigene Rechte, Interessen, Bedürfnisse und Verantwortlichkeiten einzustehen; die Fähigkeit, eigene Lebenspläne zu entwerfen und persönliche Ziele zu verfolgen; und die Fähigkeit, sich unter Wahrung individueller Autonomie in den größeren institutionellen oder gesellschaftlichen Zusammenhang einzubringen. Wenn Schulen Gelegenheiten für die Entwicklung autonomen Handelns im Sinne dieser drei Perspektiven bieten sollen, müssen sie die Schüler als Subjekte eigener und

zugleich für die schulische Lebenswelt bedeutsamer Rechte, schulisch relevanter Interessen und ernst zu nehmender Bedürfnisse begreifen, die in der partizipatorisch organisierten Schulgemeinde vertreten, argumentativ gerechtfertigt und unter den als Gleiche geachteten Mitgliedern der schulischen Gemeinschaft aus Schülern, Lehrern und Eltern ausgehandelt werden können. Eigene Lebenspläne zu entwerfen und persönliche Ziele in der Schule zu verfolgen, setzt Spielräume für Aushandlungsprozesse voraus, die auf Unterricht, Interaktion und persönliche Projekte altersangemessen Einfluss nehmen können. Und um innerhalb der größeren Gemeinschaft die eigene Perspektive zur Geltung bringen zu können, sind gemeinschaftliche Strukturen erforderlich, die Schulen als partizipatorisch verfasste und nicht als autoritär organisierte Institutionen begreifen. Eine Pädagogik, die selbstständiges Handeln der Schüler fördern will, setzt Gelegenheitsstrukturen für selbstständiges Handeln in der Lebenswelt der Schule und im Unterricht voraus. Dazu gehören Möglichkeiten zur eigenständigen Planung von Aufgaben und Projekten; das Lernen in eigener Verantwortung, etwa durch Einsatz von Lernkontrakten und Lerntagebüchern; Gelegenheiten zur Einübung von Leadership in Gruppen im Wechsel mit anderen Schülern; die Wahrnehmung der Aufgaben von Mentoren und Tutoren; formelle Anerkennung für eigene Initiativen und für selbstständig erbrachte Leistungen. Die Förderung der Selbstwirksamkeit, d.h. einer optimistisch getönten Einschätzung der eigenen Handlungs- und Leistungsfähigkeit, die unerlässlich ist für eine positive Motivation zu schulischer Leistung, hängt ab von der positiven Bewertung individueller Initiative und einer Anerkennung der Bereitschaft zur Anstrengung und nicht bloß der tatsächlich erbrachten Leistung. Aus politischer wie moralischer Perspektive heißt selbstständig handeln können, indessen auch Mut zum Widerspruch, die Bereitschaft, mit Gründen gegen Widerstände, gegen Mehrheiten, gegen Autoritäten handeln – unter Rekurs auf das Gewissen, auf der Basis von Prinzipien. Hier trifft die Bereitschaft, autonom zu handeln, mit sozialem Verstehen und moralischem Urteil zusammen, um verantwortliches Handeln zu motivieren. Eine Schule, die Verantwortung kultivieren will, muss folglich bereit sein und Gelegenheit bieten, die Gründe für das Handeln der Schüler aus deren Perspektive zu prüfen und stichhaltige Gründe anerkennen, auch wenn dies in einem gegebenen Fall nicht im Interesse der Institution oder einer Mehrheit zu liegen scheint. Nur so wird zugleich mit der Überzeugung eigener Wirksamkeit die moralische Sensibilität gefördert und der Person signalisiert, dass sie ihrem Gewissen gemäß auch handeln darf und handeln soll, ohne sich zu verleugnen.

Selbstständig und selbstwirksam handeln können ist folglich eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe an der Zivilgesellschaft in Zukunft. Eine demokratische Gesellschaftsform setzt Teilhabe und Mitwirkung der Bürger am gesellschaftlichen Leben, an der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben im Kleinen der eigenen Lebenswelt wie im Großen der politischen Gemeinschaft voraus. Bürgerschaftliches Engagement muss *gelernt* werden, und Selbstwirksamkeit und Verantwortung sind die Bausteine, aus denen individuelles Engagement gefügt wird. Die Schule muss dies kultivieren, und diese Vorbereitung auf ein aktives Leben kann nur durch die gemeinschaftliche Praxis der Schule selbst erfolgen, indem sie entgegenkommende Verhältnisse für die Erfahrung selbstwirksamen Handelns bereitstellt. Insofern setzt auch und gerade autonomes und eigenverantwortliches Handeln der Individuen die sozialen Kompetenzen voraus, die in der Praxis einer solidarisch organisierten Schulgemeinde erworben werden. Und genau dies meint Demokratie als Lebensform.

Die zweite von der OECD definierte Kernkompetenz ist die konstruktive Nutzung der Werkzeuge kognitiven Handelns – der offizielle Text spricht von interaktiver Nutzung von Wissen unter Einsatz mathematischer Symbole, semantischer Zeichen und Texte unter Anwendung moderner Informationstechnologien. Die PISA-Studien haben bisher vor allem die eher traditionellen Kompetenzen in diesen Bereichen getestet – Lesekompetenz einerseits, mathematische Kompetenzen andererseits. Sie werden als Kompetenzen zur verständigen Handhabung von Werkzeugen zur effizienten Lösung konkreter Probleme begriffen. In Zukunft dürfte die dritte Facette, die Kompetenz zur erfolgreichen Nutzung neuer Informationstechnologien, besondere Beachtung erfahren. Das wird auch neue Anforderungen an den politischen Unterricht stellen. In der Definition der Kompetenz wird die Fähigkeit zu »interaktiver« Nutzung der Werkzeuge hervorgehoben. Das kann zweierlei bedeuten: den konstruktiven Umgang mit dem Instrumentarium selbst und den gemeinsamen Gebrauch der Instrumentarien in Kooperation mit anderen. Dabei spielt die Fähigkeit, die Instrumente in fachlichen und überfachlichen Kontexten problemlösend und erfinderisch einzusetzen, eine besondere Rolle. Die Relevanz der instrumentellen Kompetenzen für die politische Bildung bedarf keiner besonderen Begründung. Zu offensichtlich ist ihre Bedeutsamkeit für eine Orientierung in der modernen Welt.

Als dritte Kernkompetenz hat die OECD die Fähigkeit herausgestellt, in heterogenen Gruppen miteinander umgehen zu können. Als Komponenten dieser Kompetenz hat sie programmatisch drei Schlüsselkompetenzen hervorgehoben, die domänenübergreifend eingesetzt werden können: die Fähigkeit, mit anderen auszukommen, die Fähigkeit, mit anderen zu kooperieren, d.h. gemeinsam und arbeitsteilig zusammenzuarbeiten; und die Fähigkeit, mit Konflikten konstruktiv umzugehen, sie zu bearbeiten und Lösungen in gegenseitigem Einverständnis auszuhandeln.

Diese Definitionen lenken den Blick erneut auf die Doppelfunktion der Schule als Lebensform und als Organisation von Lehr- und Lernprozessen. Einmal spielt dabei die Organisation von Gruppenarbeit im Unterricht eine herausragende Rolle. Vor allem geht es indessen um die Entwicklung sozialer Kompetenzen, für die der Schule nach Auffassung der OECD besondere Verantwortung zukommt. Soziale Kompetenzen sind für einen verständnisvollen Umgang zwischen Individuen in jeder Situation erforderlich. Trotzdem müssen sie von jedem Individuum eigens gelernt und erworben werden. Wir wissen, dass die Lerngelegenheiten und die Lernprozesse, die zum Erwerb sozialer Kompetenzen führen, in den sozialen Umwelten, die Kindern zur Verfügung stehen, also in Familien, Gleichaltrigengruppen, Stadtteilen und Kommunen, in den Institutionen und in den Kulturen, die ihr Leben und ihre Interaktionen prägen, ungleich verteilt sind und ungleich ausfallen. Die Tatsache, dass die OECD der gelungenen Interaktion in heterogenen Gruppen normativen Wert zuschreibt, verweist auf die multikulturelle Komposition aller modernen Gesellschaften und die zunehmenden Probleme sozialer Desintegration, die daraus hervorgehen. Die Forderung, die Entwicklung sozialer Kompetenzen in der Schule zu fördern, antwortet auf die Herausforderungen heterogener sozialer Strukturen und kultureller Differenzen, welche die soziale Integration moderner Gesellschaften zunehmend in Frage stellen. Dabei muss es ironisch erscheinen, dass in Deutschland das Schulsystem darauf abstellt, Heterogenität zu unterbinden und Homogenität zu erzeugen. Für das im Übrigen unerreichbare und psychologisch irreführende Ziel der Herstellung begabungshomogener Lerngruppen in einem entsprechend gegliederten System nimmt die Schule durch die

soziale Selektion privilegierter Gruppen und die soziale Exklusion der weniger Privilegierten die massive Verletzung elementarer Standards eines demokratischen Schulsystems in Kauf.

Die sozialen Kompetenzen, wie sie von der OECD als Richtschnur für die Organisation der Bildungsprozesse in den Schulen vorgeschlagen werden, erscheinen notwendig und geeignet für die Regelung von Interaktionen in Lebenswelten kleiner Gruppen in Schulen, Gemeinden und Betrieben im Einklang mit demokratischen Prinzipien, vielleicht auch hinreichend für die Schlichtung interpersonaler Konflikte im Nahraum. Umso deutlicher widersprechen die Strukturprinzipien und die Praxis des gegliederten Schulsystems den regulativen Prinzipien einer Organisation, deren Aufgabe es sein müsste, ihren Mitgliedern Kompetenzen für die Zivilgesellschaft zu vermitteln.

Aber die Definitionen der OECD bleiben auch unterhalb der Anforderungen an soziale Kompetenzen im Blick auf politische Systeme, für deren Funktionen Interessenkonflikte, Verteilungskonflikte und Gerechtigkeitskonflikte, also Dissens, Auseinandersetzung und der Kampf um Anerkennung und Geltung konstitutiv sind. Insofern verfehlen sie die Forderungen an soziale, moralische und politische Kompetenzen, welche die politische Bildung über die Fähigkeit zur Regelung des Lebens im Nahraum hinaus zu erfüllen hat. Und schon gar nicht können sie den Anspruch erfüllen, den der deutsche Widerstand der schulischen Erziehung als Erbe hinterlassen hat. Aus der Perspektive einer politisch artikulierten Kernkompetenz zum konstruktiven Umgang mit politischen Interessenkonflikten sollten deshalb die von der OECD vorgeschlagenen Kompetenzen durch folgende Aspekte einer Kompetenz zu verantwortlichem Handeln ergänzt werden:

- Fähigkeit und Bereitschaft, in Interessenkonflikten die Perspektiven der beteiligten Parteien zu übernehmen;
- Bereitschaft, gerecht zu teilen;
- Fähigkeit und Bereitschaft, kritisch und konstruktiv an normativ geregelten Prozessen mitzuwirken.

Einerseits eignen sich die sozialen Kompetenzen, die von der OECD für die Lebenswelt der Schule vorgeschlagen wurden, durchaus zur Definition sozialer Kompetenzen im Nahraum der Demokratie und damit als gleichsam vopolitische Ausgangspunkte für die Entwicklung politischer Kompetenzen in der Demokratie. Andererseits erscheinen die Definitionen der OECD mit Blick auf die Kompetenzen, die zur Gestaltung des Lebens in der politisch geregelten Zivilgesellschaft erforderlich sind, strukturell unvollständig. Für ein Leben in der Demokratie und für die Schule in der Demokratie zählen die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Verantwortungsübernahme, zur geregelten Teilhabe aller an gemeinsamen Institutionen und geteilten politischen Prozessen, schließlich die Bereitschaft zum fairen Teilen von zivilen Rechten und Pflichten zu den Schlüsselkompetenzen: Schulen sollen Gelegenheitsstrukturen für eingelebte Formen lokaler Demokratie entwickeln. Die Erfahrungen, die Schüler mit der Konstruktion lokaler Formen der Demokratie machen, sind umso wichtiger, je abstrakter und erfahrungsferner die Demokratie als institutionelle Ordnung und makrosoziales Regelwerk ihnen gegenübertritt. Sie sind umso nachhaltiger, je deutlicher die Schule für die konkrete Erfahrbarkeit der demokratischen Normen Verantwortung, Teilhabe und Fairness Sorge trägt. Niemand sonst, keine andere Institution kann diese Normen verlässlich an alle vermitteln.

Es gibt also ein Repertoire sozialer Kompetenzen, die Schulen zu fördern vermögen, indem sie Normen der Fairness und Anerkennung achten, Praktiken der Kommunikation und

Verständigung mit unterschiedlichen Partnern in unterschiedlichen Situationen kultivieren, der Kooperation in Gruppen, der Arbeit im Team sowie der Planung, Durchführung und Präsentation von Projekten breiten Raum geben. Eine bewusst gestaltete Praxis demokratischer Lebensformen geht indessen über die Einübung und Kultivierung sozialer Kompetenzen hinaus, indem Partizipation, Mitwirkung und Aushandeln eine zentrale Funktion im Leben der Schulen erhalten. Als institutioneller Ausdruck demokratischer Partizipation kann der *Klassenrat* gelten, der gleichzeitig Instrument der Selbstverwaltung einer kooperativen Gruppe, ein Mechanismus der Einübung sozialer Kompetenzen und ein politisches Gremium ist, das im Rahmen elementarer politischer Prozesse Loyalität fordert und Legitimität verwaltet, Regeln entwirft und Sanktionen beschließt, Konflikte schlichtet und die Wahl von Repräsentanten der Gruppe in schulische Gremien regelt. Von den Klassenräten ausgehend können Delegierte in Jahrgangsversammlungen, Sprecherräte, Schulparlamente und andere Gremien partizipatorisch entwickelter Institutionen schulweit entsandt werden.

Doch auch diese Formen einer schuldemokratischen Basisorganisation bleiben das Erbe des Widerstands schuldig, dessen Andenken am Anfang der politischen Bildung in Deutschland eine konstitutive Aufgabe erfüllt hat. Natürlich kann ziviler Ungehorsam in Schulen nicht geprobt werden, um für den Fall gewappnet zu sein, dass Widerstand erforderlich ist. So wird es nach wie vor auf die Erinnerung an den Aufstand des Gewissens ankommen, auf die Vergegenwärtigung des Genozids, auf die Präsenz der Menschenrechte, damit sowohl im Kanon als auch im Leben der Schule der Geist des Widerstands in Erinnerung bleibt.

Facing History and Ourselves, ein Programm, das die Erinnerung an Judenverfolgung und Holocaust, an den Genozid an den Armeniern, an den Khmer, an den Tutsi wachhält und von den Individuen Reaktion und Reflexion darauf fordert, enthält die Vorstellung eines stellvertretend erlebten Widerstands. Programme zur Einübung von Zivilcourage stellen realitätsnahe Gelegenheiten zur Überwindung von Ängsten und zur Intervention in bedrohlichen Situationen dar. Diskursive Verfahren bieten Gelegenheit, Widerspruch zu lernen und Einwände gegen Vorurteile und Stereotype zu artikulieren. Dies alles ist nicht Widerstand, doch näher an den Ernstfall werden wir in der Schule nicht gelangen können. Gleichwohl wird in einer Schule, die soziale Kompetenzen fördert, demokratische Lebensformen kultiviert und neben der Praxis von Deliberation und Diskussion Situationen für die Anwendung von Zivilcourage einübt, die Hoffnung nicht unbegründet erscheinen, dass sie für die zivile Gesellschaft unter Schülern einen demokratischen Habitus zu kultivieren vermag, der auch unter ungünstigen Bedingungen Bestand hat.

Literatur

- G. Breit, G. und S. Schiele (Hrsg.), Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2002
Demokratie lernen und leben (www.blk-demokratie.de)
W. Edelstein, Selbstwirksamkeit, Innovation und Schulreform. Zur Diagnose der Situation, in: Zeitschrift für Pädagogik, 44. Beiheft »Selbstwirksamkeit und Motivationsprozesse in Bildungsinstituten« Weinheim: Beltz, 2002, S. 13–27
W. Edelstein, Demokratie und Verantwortung. Vortrag an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, 14.12.2005

- W. Edelstein und P. Fauser, Gutachten zum Programm »Demokratie lernen und leben« der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Bonn, Heft 96/2001
- W. Edelstein und G. de Haan, Empfehlung 5: Lernkonzepte für eine zukunftsfähige Schule – von Schlüsselkompetenzen zum Curriculum, in: Heinrich-Böll-Stiftung und Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Selbstständig lernen. Bildung stärkt Zivilgesellschaft. Sechs Empfehlungen der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung. Weinheim: Beltz, 2004, S. 130–188
- W. Edelstein, F. Oser und P. Schuster (Hrsg.), Moralische Erziehung in der Schule. Weinheim: Beltz, 2001
- Facing History and Ourselves** (www.facinghistory.org)
- fairplayer** (www.fairplayer.de)
- G. Himmelmann, Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, 2. Auflage. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag, 2005
- G. Himmelmann und D. Lange (Hrsg.), Demokratiekompetenz. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005
- A. Leber, Das Gewissen steht auf. Frankfurt am Main: Mosaik Verlag, 1954
- A. Leber (Hrsg.), Das Gewissen entscheidet. Frankfurt am Main: Mosaik Verlag, 1957
- D. S. Rychen und L. H. Salganik (Hrsg.), Defining and Selecting Key Competencies. Göttingen: Hogrefe & Huber, 2001
- D. S. Rychen und L. H. Salganik (Hrsg.), Key Competencies for a Successful Life and a Well-functioning Society. Göttingen: Hogrefe & Huber, 2003
- F. E. Weinert, Concept of Competence: A Conceptual Clarification, in: D. S. Rychen und L. H. Salganik (Hrsg.), Defining and Selecting Key Competencies, a.a.O., S. 45–65

Christian Gudehus

Helfen lehren

Die Tat Georg Elzers war eine Besonderheit. Selbst im Kontext des Widerstands gegen die nationalsozialistische Herrschaft bleibt sein Handeln exzeptionell: Vom Erkennen der politischen Missstände über den offenbar einsam gefassten Entschluss zum Attentat und bis zu dessen skrupulöser und couragierter Realisierung.¹ Doch eignet sich Elser als personifizierter Orientierungspunkt, als Vorbild? Kann der Blick auf ein fremdes Leben handlungsleitendes Wissen evozieren? Derart radikale Taten scheinen in der Gegenwart Deutschlands nicht notwendig. Darum wohl auch wird der seit 2001 im Zweijahresrhythmus vergebene »Georg-Elser-Preis« nicht politischen Attentätern, sondern engagierten Zeitgenossen zugesprochen. Zuletzt erhielt ihn eine Organisation namens »Verband der Komitees der Soldatenmütter Russlands«. Organisiert hatten die Frauen sich ursprünglich, um zu verhindern, dass ihre Söhne in den wenig populären Tschetschenienkrieg geschickt werden. Inzwischen ist der von den Bedürfnissen ihrer eigenen Kinder losgelöste Kampf gegen Misshandlungen und flächendeckende Unterversorgung in russischen Kasernen das Hauptanliegen der Soldatenmütter. Praktischer Bestandteil dieser Arbeit ist es auch, Rekruten zu verstecken, die aus Angst vor Repressionen aus der Armee geflohen sind. Diese Hilfe beim Untertauchen erinnert, trotz gänzlich unterschiedlicher Kontexte und ohne gleichsetzen zu wollen, an den sogenannten Rettungswiderstand² während des Nationalsozialismus. Seinerzeit wurden vor allem Juden, Widerständler, aber eben auch Deserteure versteckt.

Der hier assoziativ hergestellte Zusammenhang mag für das Handeln der Soldatenmütter vermutlich keine Rolle spielen. Ohne genauere Kenntnis über ihre Motivationen zu haben, gehe ich davon aus, dass ihr Handeln weniger von der Geschichte inspiriert ist als vielmehr von der ausreichend Anlässe bietenden Gegenwart. Wenn dies so ist, dann bedeutet »Helfen lehren« eben nicht »Lernen aus der Geschichte«. Trotz unübersehbarer Lücken in der »Helferforschung« kann ein Blick auf entsprechende geschichtswissenschaftliche und sozialpsychologisch ausgerichtete Studien Faktoren, die Helfen begünstigen beziehungsweise behindern, aufzeigen. Dabei wird sich auch zeigen, dass »Helfen« ein breites Spektrum von Tätigkeiten umfasst. Es beginnt etwa mit dem Aufheben und der Rückgabe eines Gegenstands, den jemand hat fallen lassen, und erstreckt sich bis zum zeitgenössisch als abweichend und kriminell bewerteten Verstecken von Juden.

Die historische Forschung – insbesondere zu Personen, die Juden halfen – hat inzwischen eine ganze Reihe von Fällen beschrieben, an denen sich die Bandbreite von Gründen, Motiven und Bedingungen des Handelns zeigt: »Manche Helfer taten es aus Nächstenliebe, aus religiöser Überzeugung, andere wegen ihrer antifaschistischen Orientierung aus Opposition gegen das NS-Regime, wieder andere wollten Freunde nicht im Stich lassen und viele andere kannten ihre Schützlinge gar nicht, kamen aus reinem Zufall in die Situation, plötzlich jemanden zu verstecken, ohne über die drohende Einweisung in ein Konzentrationslager oder gar die To-

desstrafe nachzudenken. Es gab auch solche Helfer, die sich persönliche Vorteile verschafften, sei es durch Geld- oder Sachleistungen.«³ Auf Grundlage bisher dokumentierter Hilfefälle gelang es weder, distinkte Milieus zu identifizieren, aus denen relativ mehr Helfer oder Retter kamen, noch waren zuverlässig personale Dispositionen zum Helfen auszumachen. Dennoch ließen sich einige Faktoren identifizieren, die für das Hilfeverhalten eine bedeutende Rolle zu spielen schienen. So fand sich eine Vielzahl von Fällen, in denen eine Entscheidung zum Helfen situativ und gelegentlich rein zufällig entstand oder wo sie (zunächst) durch Gegenleistungen motiviert war. Die Erkenntnis, dass niemand anderes helfen kann, verbunden mit Zeit- und damit Handlungsdruck, ist ein weiterer wichtiger Faktor. Weiter spielte soziale Nähe eine erhebliche Rolle: Oft bestanden vorgängige Beziehungen zu Angehörigen der designierten Opfergruppen. Und schließlich handelten einige Helfende vor dem Hintergrund der Überzeugung, dass ihnen nahe stehende Personen, wie etwa Ehegatten oder Eltern, ihr Verhalten billigten oder sogar erwarteten. Während einige Faktoren auf die Bedeutung *situativer Faktoren* hinweisen, deuten andere auf jene von *Referenzrahmen*⁴, also eines Ensembles orientierender Einstellungen und Haltungen von Personen in einer Situation, hin.⁵

Die Begrifflichkeiten weisen auf einen Wechsel der Disziplinen – von der Geschichtswissenschaft zur Sozialpsychologie – und somit der entsprechenden Erklärungsmodi hin. Die Entwicklung situativer Ansätze durch amerikanische Sozialpsychologen begann, ausgelöst durch einen spektakulären Fall unterlassener Hilfeleistung, in den 1960er Jahren. 38 New Yorker hatten in einer Nacht des Jahres 1964 hinter ihren Fenstern stehend beobachtet, wie eine junge Frau erstochen wurde. Zweimal während der halben Stunde, die es dauerte, bis jemand die Polizei rief, unterbrach der Mörder seine Tat, verschleucht von einem sich öffnenden Fenster und Rufen, die Frau doch in Ruhe zu lassen. Ziel der von dieser Tat angeregten, auf Labor- und Feldstudien beruhenden Forschung war die Untersuchung einiger als zentral für das Hilfeverhalten angesehener Variablen. Im Rahmen dieser Experimente wurde eine Reihe von Faktoren identifiziert, die zu einer signifikanten Erhöhung beziehungsweise zu einem signifikanten Abnehmen von Hilfebereitschaft führten. Der Fokus lag auf Situationen, in denen einmaliges auf die Situation beschränktes Helfen, etwa einen Arzt rufen, gefordert war. Die beiden wohl am besten erforschten Faktoren sind die sogenannte *Verantwortungsdiffusion* sowie *Aversionen*.

Die Verantwortungsdiffusion bezeichnet die banal erscheinende Beobachtung, dass je mehr Personen in einer potenziellen Notsituation anwesend sind, desto weniger einzelne zum Helfen neigen. Ein Grund dafür ist eben die Möglichkeit, die Verantwortung anderen zu überlassen. Das geschieht jedoch weniger aus Verantwortungslosigkeit oder gar Feigheit als vielmehr in Folge von Evaluationsprozessen, durch die sich Menschen versichern, das jeweils Richtige zu tun. Die Tatsache, dass »Richtigkeit« im Rahmen immerwährender Aushandlungsprozesse bestimmt wird, führt zusätzlich zu einer Verlangsamung von Entscheidungsvorgängen. Statt sofort zu reagieren, schauen sich die Beteiligten zunächst gegenseitig an; das gilt wortwörtlich als auch metaphorisch. Es kommt zu einer Verzögerung, die bei den Beteiligten erste Zweifel weckt und Fragen aufwirft: Handelt es sich tatsächlich um eine Situation, in der geholfen werden muss, oder ist das alles halb so schlimm? Mache ich mich also lächerlich, wenn ich helfe? Ist jemand anderes kompetenter zu helfen? Wichtig ist allerdings, dass zwar langsamer und seltener geholfen wird, es dennoch weiter Menschen gibt, die handeln. Wie auch Versuche zur Aversion (Ekel) gezeigt haben, gibt es keinen Faktor, der zuverlässig, also bei jeder Person, Hilfeverhalten

auslöst oder behindert. So hilft gut ein Drittel weniger Menschen einem blutenden Mann, der in einer amerikanischen U-Bahn stürzt, als einem, der nicht blutet.⁶ Dennoch wird auch dem blutenden Mann geholfen und dem anderen wird wiederum von einigen Menschen nicht geholfen. Offenbar fließen der Situation vorgängige Faktoren in die Entscheidungsfindung ein. Das zeigt sich etwa in einer bemerkenswerten Veränderung des Hilfeverhaltens bei Menschen, die darüber aufgeklärt wurden, dass betrunkenen und blutenden Personen aufgrund von Ekelgefühlen und Schuldzuschreibungen seltener geholfen wird. Die Hilferate stieg in der so informierten Gruppe signifikant an; zwar halfen auch jetzt nicht alle, aber für einen Teil schienen solche »kognitiven Ressourcen« entscheidungsrelevant zu werden.⁷ Offensichtlich wird bei einer signifikanten Zahl von Personen das Wissen über hemmende Faktoren Bestandteil des Evaluationsprozesses und moderiert ihr Verhalten. Hilfeverhalten ist also grundsätzlich durch Lernen beeinflussbar. Und zwar indem vermittelt wird, was Menschen vom Helfen abhält.

Nun sollte man annehmen, dass jeder weiß, warum er oder sie hilft oder eben nicht. Dass dem nicht so ist, hat mit der Neigung von Menschen zu tun, sowohl ihr eigenes als auch das Verhalten anderer, insbesondere wenn es ungewöhnlich und also erklärungsbedürftig ist, auf Persönlichkeitsmerkmale zurückzuführen. So kommen Aussagen zustande wie: »Der Herr Olivera hat geholfen, weil er ein hilfsbereiter und mutiger Mensch ist.« Die Grenzen solcher Erklärungen zeigen sich, wenn der gute, freundliche und hilfsbereite Nachbar sich überraschenderweise als Mörder entpuppt. In der Sozialpsychologie wird diesbezüglich von »Fehlzuschreibungen« gesprochen. Beschrieben ist damit »die Tendenz, weitgehende Schlussfolgerungen über stabile Persönlichkeitsdispositionen eines Akteurs zu machen, obwohl sein Verhalten durch Situationsbedingungen ausreichend erklärt werden kann«.⁸ Ein anderer Weg, die Bedeutung personaler Dispositionen für Hilfeverhalten zu ermitteln, wies ebenfalls in dieselbe Richtung und zeigte, dass sie erheblich geringer sind als laienpsychologisch angenommen. So erwies es sich als nicht möglich, Verhalten in inszenierten »Notsituationen« auf Grundlage von zuvor erhobenen Persönlichkeitseigenschaften wie Apathie, sozialer Verantwortungsübernahme oder sozialer Entfremdung vorauszusagen.⁹

Das Phänomen der Fehlzuschreibung beschränkt sich nicht auf Aussagen zu Dritten, sondern zeigt sich auch bei Selbsteinschätzungen. Personen, die an den Versuchen teilgenommen hatten, in denen sich die Anzahl der Beteiligten als die zentrale Variable für Hilfeverhalten erwies (Stichwort: Verantwortungsdiffusion), hielten diesen Aspekt in einer nachträglichen Befragung für irrelevant.¹⁰ Ein ähnlicher Effekt ist für die wohl bekannteste Studie zu Judenhelfern anzunehmen. Eine Befragung von als »Righteous Among the Nations« geehrten Personen identifizierte eine »altruistische Persönlichkeit« als zentralen Motor des Helfens.¹¹ Vor dem Hintergrund des Gesagten ist zu vermuten, dass die Interviewdaten bereits während der Erhebung durch Fehlzuschreibungen der Befragten verzerrt worden sind. Das geschieht nicht absichtlich, nur neigen Menschen dazu, Geschichte und Geschichten als sinnvoll, plausibel und kohärent zu erzählen. In Gesprächen kommt es zusätzlich zu einer »gemeinsamen Verfälschung«.¹² Ein Gespräch, in dem das Helfergeschehen durch die Zielrichtung der Befragung biografisch eingebettet wird, führt konsequenterweise zu biografischen und eher nicht zu situativen Deutungen eigenen Verhaltens.

Ganz offensichtlich also sind Unwissen oder gar Fehleinschätzung hinsichtlich der eigenen Handlungsmotivationen weit verbreitet. Hier liegt ein Ansatzpunkt, *Helfen zu lehren*. Es ginge darum, diese Mechanismen, die vom Helfen abhalten, bewusst zu machen und damit in

ihrer Wirkung einzuschränken. Neben den genannten Faktoren Aversion und Verantwortungsdiffusion wurden in verschiedenen Studien weitere identifiziert, die sich signifikant auf das Hilfeverhalten der Versuchspersonen auswirkten. Sie werden deshalb relevant, weil sie, wie die folgenden Beispiele zeigen, Variablen in einem Evaluations- und Entscheidungsvorgang sind.

Eindeutigkeit der Situation: Die Situation muss durch die potenziellen Helfer als eine erkannt werden, in der Hilfe gebraucht wird. Wie angedeutet, kann sich eine größere Anzahl anwesender Personen negativ auswirken, es kommt neben der Verantwortungsdiffusion zur »pluralistischen Ignoranz«. Die Orientierungsphase, während der jeder Einzelne sich versichern will, wie andere die Situation deuten, führt zu einem Handlungsstillstand, der jedoch seinerseits von allen Beteiligten gedeutet wird. Das Nichthandeln erscheint ihnen jeweils als eine Einschätzung der Situation, die Handeln (Helfen) nicht nötig erscheinen lässt.

Verantwortungsattribution: Die potenziellen Helfer fragen sich, inwieweit die Hilfesuchenden selbst für ihre Lage verantwortlich scheinen. Diese Verantwortungszuschreibung orientiert sich an für die Individuen geltenden sozial hergestellten Normen. Wenn jemand annimmt, dass Juden in Deutschland oder Watutsi in Ruanda durch das Verhalten ihres Kollektivs selbst die Schuld an ihrer Verfolgung tragen, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Person helfen wird. Entsprechend kann sich eine *hohe Übereinstimmung mit einem Gruppeninteresse und/oder kollektiven Normen* sowohl negativ als auch positiv auf Hilfsbereitschaft auswirken. Der Historiker Johannes Houwink ten Cate hat beispielsweise für die Niederlande regionale Schwankungen hinsichtlich der Hilfeleistungen für niederländische Juden durch ihre nichtjüdischen Landsleute unter anderem mit dem unterschiedlichen Verhalten prominenter, die lokalen Wertediskurse prägender Personen aus Wirtschaft, Kirche und Kultur erklärt. So war bekannt, dass der Utrechter Erzbischof Johannes de Jong ebenso wie die Eindhovener Direktion des Philips-Konzerns die Verfolgung der Juden ablehnten.¹³

Selbstbilder und unterstellte Außenwahrnehmungen: Personen, die als verantwortungs- und hilfsbereit gelten und/oder sich selbst so sehen, helfen häufiger als solche, bei denen das nicht so ist. Das erscheint zunächst wenig überraschend, ist aber bemerkenswert, weil auch hier die jeweiligen Deutungen handlungsrelevant werden und nicht, ob jemand tatsächlich in der Vergangenheit oft geholfen hat oder nicht. Hinzu kommt, dass *Helfen zum Helfen* motiviert; das gilt für eigenes nicht weniger als für beobachtetes Helfen. Beide Aspekte bieten Ansatzpunkte, junge Menschen in Hilfsbereitschaft gewissermaßen zu sozialisieren. Zwar wird nie jede Person in jeder Situation helfen, die Wahrscheinlichkeit und Bereitschaft jedoch lässt sich gezielt erhöhen. Ein weiteres Beispiel für Interventionsansätze betrifft die *subjektiven und objektiven Unterstützungs- und Hilfemöglichkeiten*. Wer Erste Hilfe sicher beherrscht, wird eher helfen als jemand, der sich diesbezüglich unsicher fühlt.

Es zeigt sich also, dass »Helfen lehren« einerseits bedeutet, über die Entscheidungsvorgänge und die einfließenden Faktoren aufzuklären. Andererseits kann auf diese Faktoren, wie etwa die Selbstbilder oder die Einschätzung der je eigenen Fähigkeit erfolgreich zu handeln, direkt Einfluss genommen werden. Wie gesagt, ist die Entscheidung *zu helfen*, ebenso übrigens wie jene scheinbar weitaus radikalere, Gewalt auszuüben oder *zu töten*, Ergebnis ständiger, nur zum Teil bewusst ablaufender Evaluationsprozesse. Evaluieren vor einer helfenden Handlung beinhaltet wesentlich, Erfolgsaussichten und mögliche Nachteile des Handelns abzuwägen. Nachteilig kann sein, körperlichen Schaden zu nehmen, etwa wenn man einer Person zu Hilfe kommt, die von anderen bedroht wird. Die Gewissheit, einer solchen Situation gewachsen zu

sein, weil man vielleicht einen gewaltlosen Ausweg kennt, erhöht die Wahrscheinlichkeit des Einschreitens. Bestandteil dieser Gewinn- und Verlustrechnungen, die im Rahmen von Situations-evaluationen vorgenommen werden, sind allerdings tatsächlich auch Normenbezüge. Sie tauchen als Kosten des »Nicht Helfens« auf.¹⁴ Internalisierte Normen, vereinfacht ließe sich hier vom Gewissen reden, belasten, um in der Metapher zu bleiben, den individuellen Gefühls-haushalt möglicherweise negativ. Das mag Menschen dazu bringen, trotz des Risikos, körperlich Schaden zu nehmen, einzuschreiten.

Zuverlässig sind die situativ wirksamen Variablen bisher lediglich experimentell und für einen sehr eingeschränkten Korpus von Situationen erforscht worden. Für die Hilfeempfänger, aber vielmehr noch für die potenziellen Helfer sind allein aus forschungsethischen Gründen lebensbedrohliche Situationen nicht zu simulieren. Die experimentelle sozialpsychologische Forschung konstruiert reduzierte und vor allem enthistorisierte Wirklichkeiten. Der Gewinn dieser Perspektive, die Bedeutung von Persönlichkeitsdispositionen zu relativieren, bringt Unschärfen mit sich. Insbesondere die sich historisch verschiebenden Normengefüge, wie sie in Ruanda, NS-Deutschland und dem zerfallenden Jugoslawien gleichermaßen, wenn auch in unterschiedlicher Dynamik, zu beobachten waren, verändern einige der angesprochenen Evaluationsfaktoren. Ein schon genanntes Beispiel ist die Verantwortungsattribuierung. Betrachtet man historische Fallbeschreibungen, zeigt sich eine Regelmäßigkeit: Allen historischen Hilfssituationen scheint gemeinsam zu sein, dass zumindest zum Zeitpunkt des Helfens, die die Verfolgten diskriminierenden, kollektiv gültigen Normen für die Helfenden nicht handlungsleitend waren. Im Beispiel der genozidalen Verfolgung wäre das der Ausschluss der Verfolgten aus dem »Universum der Verbindlichkeiten«.¹⁵ Für solchermaßen stigmatisierte Individuen und Gruppen gelten dann andere Normen als für die sie ausschließende »Wir-Gruppe«.¹⁶ Die Suspendierung dieses Ausschlusses kann situativ oder grundsätzlich erfolgen. Hier wohl unterscheiden sich die Helfenden auch wesentlich voneinander. Das zumeist einmalige ausnahmsweise Helfen geht nicht mit einer grundsätzlichen Infragestellung des dominanten Normengefüges einher. Harald Welzer spricht etwa von einer »nationalsozialistischen Moral«, die während des Nationalsozialismus zunehmend maßgeblich wird.¹⁷ In Ruanda definierten die von einem Journalisten verfassten zehn Gebote der Bahutu das Verhältnis zu den später massenhaft ermordeten Watutsi.¹⁸ Diese normativen Rahmen bleiben gültig, sie werden lediglich situativ außer Kraft gesetzt. Häufigster Grund dafür ist irgendeine Form sozialer Nähe; die Personen kennen sich und zumindest die Helfer schätzen jene, denen sie schließlich helfen. Für alle massenmörderischen Ereignisse liegen Berichte von Personen vor, die mordeten, halfen und dann wieder mordeten. Leider sind diese Fälle zumeist schlecht dokumentiert, oft existiert nur eine knappe Erzählung der Verschonten. Besser erforscht sind Fälle kontinuierlichen Helfens. Einige dieser Helfer entscheiden sich jenseits einer konkreten Situation zur Hilfe. Sie sind entweder nicht mit dem System einverstanden und/oder sie missbilligen die Verfolgung. Das heißt sie entziehen sich entweder als Individuen oder als Gruppe der herrschenden Moral. Diese Personen handeln folglich »abweichend«. Andere werden zum Helfen gebracht, so ist gut die Hälfte von Hilfesuchenden angesprochen worden.¹⁹ Wie auch immer Einzelne kontinuierliche oder gar überzeugte Helfer wurden, auch für sie gilt, sofern sie in einer rassistisch verfassten Gesellschaft agierten, dass ihr Verhalten abweichend war.

Was bedeutet das im Hinblick auf die Möglichkeit, Helfen zu lehren? Hinsichtlich der Bewusstmachung von entscheidungsrelevanten Faktoren war die Frage leicht zu beantworten. Erheblich schwieriger gestaltet sich die Formulierung von Anleitungen bezüglich der vor-

gängigen Herstellung sozialer Nähe und der Sozialisation autonomen, also im Zweifelsfall auch abweichenden Verhaltens. Autonomie zu lehren erscheint paradox. Wie bereits festgestellt, konnten weder religiöse noch bildungsmäßig distinkte Milieus identifiziert werden, aus denen besonders viele Helfer kamen, zumal auch Täter allen Milieus entstammten. Entsprechend erscheint es aus sozialpsychologischer Sicht wenig effektiv, über aufwändige Erziehungs- und Sozialprogramme indirekt Einfluss auf Hilfeverhalten zu nehmen. Der Aufsatz Wolfgang Edelsteins zu »Demokratie lernen« in diesem Band macht die Bemühungen deutlich, die dieses von ihm formulierte Anliegen erfordert und wie unsicher der Ausgang ist. Ungleich vielversprechender sind die direkten Ansätze: Aufklärung über hemmende Faktoren, Helfen vorleben, Helfen einüben, notwendige Kompetenzen schulen.

Der Blick auf Bedingungen des Helfens sollte verdeutlicht haben, dass, solange Ungleichheitsvorstellungen nicht dominant für das Normengefüge einer Gesellschaft sind, Hilfeverhalten gezielt gefördert werden kann. Daher sind diese Ansätze für das jetzige Deutschland adäquat. Die erwähnten russischen Soldatenmütter befinden sich bereits in einer anderen Situation. Zwar opponieren sie noch nicht grundsätzlich gegen das politische System und stellen sich auch nicht gegen ein dominantes Normengefüge – die Misshandlung von Soldaten wird kaum mehrheitlich gebilligt. Allerdings brechen sie Gesetze und handeln außerhalb der gesetzten Rechtsnormen, das heißt kriminell. Im Reden über das Helfen im gegenwärtigen Deutschland denke ich neben klassischen Notsituationen wie Unfällen insbesondere an rassistisch motivierte Gewalt. Wer befähigt wird dagegen einzuschreiten, befindet sich im Konsens mit staatlichen Autoritäten und der publizierten öffentlichen Meinung. Dass es Orte in Deutschland gibt, wo solches Verhalten bereits nicht mehr nur positiv gewertet wird, weist auf regionale Normenverschiebungsprozesse hin. Gerade ob ihrer Ungleichzeitigkeit treten sie klar hervor. Was aber ist mit solchen Veränderungen, die mehrheitlich nicht bemerkt werden? Ein Blick auf gerade zehn Jahre alte Fotografien zeigt, wie sehr sich unser Kleidungs geschmack weitgehend unbemerkt gewandelt hat. Gleiches geschieht kontinuierlich hinsichtlich gesellschaftlicher Normen. Das geforderte Kunststück besteht darin, im Kontext sich wandelnder kollektiver Normen grundsätzlich die Stigmatisierung von definierten Gruppen als möglichen Anfang ihrer Verfolgung zu erkennen. Das gilt im Übrigen auch für jene, die uns aus politischen Gründen zuwider sind.

Hier mag sich Georg Elser doch als Beispiel eignen: Also weniger in Bezug auf die Tat, sondern als jemand, der, wie die Mitglieder der Weißen Rose, nicht nur zu selbstständigen Einschätzungen kommt, sondern daraus auch praktische Konsequenzen zieht. Allerdings sind Zweifel an der Wirksamkeit solch positiver Geschichtsbezüge angebracht. Ihnen wohnt die Tendenz inne, das Negative der Vergangenheit ausschließlich bei den anderen zu sehen. Daher sollten wir uns nicht nur wissenschaftlich, sondern, wie es vereinzelt bereits seit einigen Jahren geschieht,²⁰ vermehrt pädagogisch mit jenen beschäftigen, die in der Mehrheit waren, die sich veränderten, die profitierten und von denen Hunderttausende schließlich mordeten. So zu werden ist wahrscheinlicher, als zu einem Helfer oder gar Widerstandskämpfer zu werden, wie Georg Elser einer war.

Der Beitrag entstand am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen, dessen hervorragende Arbeitsbedingungen steten Dank an die dort Beschäftigten erfordern.

Anmerkungen

- 1 Helmut G. Haasis, »Den Hitler jag' ich in die Luft«. Der Attentäter Georg Elser. Eine Biographie. Reinbek bei Hamburg 2001.
- 2 Peter Steinkamp, Rettungswiderstand: Helfer in Uniform, in: Johannes Tuchel (Hrsg.), Der vergessene Widerstand. Zu Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur. Göttingen 2005, S. 140-157.
- 3 Wolfgang Benz und Juliane Wetzels, Möglichkeiten und Formen der Hilfe für verfolgte Juden, in: Dies. (Hrsg.), Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit. Regionalstudien 1: Polen, Rumänien, Griechenland, Luxemburg, Norwegen, Schweiz. Berlin 1996, S. 7-17.
- 4 Erving Goffman, Rahmenanalyse. Frankfurt am Main 1980.
- 5 Michael E. Hogg und Graham M. Vaughan, Social Psychology. London 1998, S. 261.
- 6 Morton Hunt, Das Rätsel der Nächstenliebe. Der Mensch zwischen Egoismus und Altruismus. Frankfurt am Main 1992, S. 139 ff.
- 7 a.a.O., 198 ff.
- 8 Günter Bierbrauer, Sozialpsychologie. Stuttgart 2005, S. 120.
- 9 Bibb Latané und John M. Darley, The Unresponsive Bystander: Why doesn't he help? New York 1970.
- 10 a.a.O.
- 11 Samuel P. Oliner und Pearl M. Oliner, The Altruistic Personality. Rescuers of Jews in Nazi Europe. New York, London 1988.
- 12 Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall, »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt am Main 2002.
- 13 Johannes Houwink ten Cate, Mangelnde Solidarität gegenüber Juden in den besetzten niederländischen Gebieten?, in: Wolfgang Benz und Juliane Wetzels (Hrsg.), Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit. Regionalstudien 3: Dänemark, Niederlande, Spanien, Portugal, Ungarn, Albanien, Weißrussland. Berlin 1999, S. 107 f.
- 14 Jan Allyn Piliavin, John F. Dovidio, Samuel L. Gaertner und Russel D. Clark III, Emergency Intervention. New York, London, Toronto, Sydney, San Francisco 1981.
- 15 Helen Fein, Genocide. A Sociological Perspective. Newbury Park, London, New Delhi 1993.
- 16 Harald Welzer unter Mitarbeit von Michaela Christ, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden. Frankfurt am Main 2005.
- 17 a.a.O.
- 18 Roger W. Smith, Human Destructiveness and Politics. The Twentieth Century as an Age of Genocide, in: Isidor Wallimann und Michael N. Dobkowski (Hrsg.), Genocide and the Modern Age. Etiologie and Case Studies of the Mass Death. Syracuse 2000, S. 21-39.
- 19 Beate Kosmala, Retterinnen und Retter im »Dritten Reich« 1941-1945, in: Gerd Meyer, Ulrich Dovermann, Siegfried und Günther Gugel (Hrsg.), Zivilcourage lernen. Analysen - Modelle - Arbeitshilfen. Bonn 2004, S. 113.
- 20 Matthias Heyl, »Holocaust Education«: Internationale Tendenzen im pädagogischen Umgang mit der Geschichte des Holocaust, in: Schriftenreihe Probleme des Friedens, 1: Zivilisationsbruch Auschwitz. Idstein 1999, S. 27-43.

Sabine Leidig und Pedram Shahyar

Antifaschistisches Erbe und Globalisierungskritik

Traditionen im Umbruch

Die Verbindung zwischen dem antifaschistischen Widerstand in den 1930er und 1940er Jahren und der heutigen globalisierungskritischen Bewegung erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Wurde doch in den eigenen und fremden Zuschreibungen zu oft nur das Neue betont und der Bruch mit alten, »traditionalistischen« Politikformen hervorgehoben. Wenn wir aber die Bewegung in Westeuropa genauer betrachten, sind einige starke Quellen erkennbar, aus denen sie sich speist: Es sind insbesondere die Arbeiter- und Friedensbewegung, die antiautoritäre Kritik der »Achtundsechziger« und die neuen sozialen Bewegungen der 1980er Jahre (Ökologie, Dritte-Welt-Solidarität), aber auch die christliche Sozialethik.

Im Kern greift die Bewegung der »Altermondialisten«¹ auf die Tradition der Aufklärung und auf die Geschichte emanzipatorischer Bewegungen zurück. Mit der Losung »Eine andere Welt ist möglich!« besteht sie auf der Gestaltbarkeit der Verhältnisse unter den Prämissen der Humanität und der ökologischen Nachhaltigkeit und stellt sich damit dem Dogma der Alternativlosigkeit entgegen. Ihr globales Ziel ist Emanzipation. Konkrete Aktionen sind darauf gerichtet, Demokratie, Partizipation und Selbstbestimmung sowie soziale, kulturelle und wirtschaftliche Rechte durchzusetzen. Zugleich ist Emanzipation der Weg der Wahl: Erkenntnis und Befähigung sollen Menschen in die Lage versetzen, Gesellschaft zu verändern.

Der europäische Faschismus und insbesondere der deutsche Nationalsozialismus waren mit dem Ziel angetreten, die emanzipatorischen gesellschaftlichen Kräfte auszulöschen, um das barbarischste kapitalistische Krisenprogramm zu exekutieren. Der nachhaltige Verlust an geistigen und strukturellen Potenzialen des kritischen und emanzipatorischen Lagers durch die Vernichtungspolitik der Faschisten ist kaum zu ermessen.

In dieser Wüste der Entmenschlichung markieren die vielfältigen Akte des Widerstands, in denen emanzipatorische Räume offensiv behauptet wurden, die Wurzeln, aus denen nach 1945 fortschrittliche Bewegungen, politische, philosophische und künstlerische Initiativen erwachsen konnten. Die Handlungen der Widerständigen unter dem Nationalsozialismus wurden zum Tunnel, durch den die geronnenen Erfahrungen und Traditionen sozialer und politischer Befreiungskämpfe, die in den finsternen Zeiten faschistischer Herrschaft von der völligen Vernichtung bedroht waren, gerettet werden konnten.

Die globalisierungskritische Bewegung ist Kind einer Zeit, die sich zunehmend geschichtslos zeigt und von Augenblicken der Unmittelbarkeit zehrt. Die persönlichen Erfahrungen der Aktiven sind geprägt vom Zusammenbruch des Sozialismus, vom Kniefall der Grünen vor dem

Neoliberalismus oder vom Scheitern der Sozialdemokratie. Vor diesem Hintergrund wird die Identitätsbildung noch stark bestimmt durch die Abgrenzung von gescheiterten Vorbildern. Ein entwickeltes Bewusstsein über die historische Einordnung der Bewegung und ein gemeinsames Erfassen des Bewahrenswerten kann im Prozess der weiteren Reifung entstehen. Zum fragenden Voranschreiten² wird der (selbst)vergewissernde Blick zurück die Spuren zu einer langen Tradition erhellen, die der Nationalsozialismus gänzlich vernichten wollte, aber nicht konnte.

Aktualität

Jenseits der historischen Bewertung ist der Kampf gegen Faschismus leider auch heute noch aktuell und notwendig. In den 90er Jahren, als der neoliberale Umbau der Gesellschaften in Europa mit besonderer Härte vorangetrieben wurde, war der Anstieg der sozialen Probleme von einem Aufstieg einer neuen radikalen Rechten begleitet, den etablierte Parteien mit medialer Stimmungsmache und rassistischer Gesetzgebung forciert haben. Die Pogrome gegen Migrantinnen und Migranten in Deutschland Anfang der 90er Jahre – als Speerspitze einer massiven Zunahme rassistischer und antisemitischer Gewalt – wurden begleitet vom Anwachsen rechtspopulistischer Parteien und Formationen. Abstiegsängste und Perspektivlosigkeit haben die radikale Rechte in Europa für viele Menschen attraktiv gemacht.

Auch wenn es der globalisierungskritischen Bewegung in Westeuropa gelang, eine emanzipatorische Kritik an der Verschärfung sozialer Probleme in der Öffentlichkeit zu etablieren, haben auch reaktionäre Antworten erfolgreich Verbreitung gefunden. Der Antisemitismus als »Antikapitalismus des dummen Mannes« erfährt ebenso eine Renaissance wie die Vorstellung von einer nationalen Volksgemeinschaft, in der die soziale Frage chauvinistisch oder auch offen rassistisch beantwortet wird. Die neue Rechte wächst auf dem Boden der neoliberalen Wettbewerbsideologie, die sie ins Sozialdarwinistische dreht. Das »Recht des Stärkeren« interpretiert sie bis zum Recht zur Vernichtung der Schwachen und knüpft dabei an die wirklichen Verhältnisse an.

Globalisierung und Fundamentalismus

Die Globalisierung des Finanzmarkt-Kapitalismus wirkt sich in vielfältiger Weise destruktiv auf die Entwicklung der Gesellschaften aus: »Die wichtigsten Reproduktionsinstanzen, die Familie (im Sinne eines generationenübergreifenden partnerschaftlichen Zusammenlebens) und der Staat (im Sinne des Repräsentanten eines klassen- und gruppenübergreifenden Gemeinwesens) werden in ihren Kernfunktionen geschwächt und dem Wettbewerb auf den Märkten mit kurzfristiger Renditeerwartung untergeordnet. Die wichtigsten Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums – Natur und Kultur – werden untergraben oder zerstört.«³ Die »Ökonomie der Enteignung« ist für große gesellschaftliche Gruppen weltweit ausgesprochen bedrohlich.

Die führenden Akteure haben supranationale Institutionen gestaltet (WTO, IWF, EU usw.)⁴, deren Regeln von demokratisch gewählten Regierungen exekutiert werden – unter dem Druck ökonomischer Erpressung bis hin zur unmittelbaren politischen und militäri-

schen Einmischung. Demokratie wird auf diese Weise delegitimiert. Zugleich treiben die Herrschenden einen starken »Sicherheitsstaat« und eine Aufwertung von Kriegen voran, um den sich verschärfenden sozialen, ethnischen und ökologischen Konflikten weltweit zu begegnen. Auf diesem Nährboden wachsen starke antidemokratische und fundamentalistische Strömungen. (Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts hatte die Krise des finanzmonopolistischen Kapitalismus ganz ähnlich gewohnte Lebensweisen und Ordnungen in Unsicherheiten gestürzt.) Fundamentalismen verschiedener Couleur ziehen gegen Uneindeutigkeiten und Verunsicherung zu Felde. Sie liefern Ideologien, die dem Leben wieder Ordnung zu geben scheinen, und sind dann anziehend, wenn die gesellschaftlichen Veränderungen die sozialen und kulturellen Fähigkeiten des Einzelnen überfordern. In diesem Sinne war der Faschismus eine fundamentalistische Bewegung mit einer besonders radikalen Ideologie und einzigartig verbrecherischen Energie.

Die Parallelen zur Gegenwart liegen auf der Hand. Auch heute erleben wir eine Zeit von rasanten Veränderungen und »Modernisierungen«, die nicht nur soziale Bedingungen, sondern auch alte Kulturen und Lebenswelten fundamental angreifen. Viele Menschen müssen um ihren Platz in der Gesellschaft fürchten und finden keinen neuen Halt. Alte Verlässlichkeiten zerbrechen und werden auch im Alltag ersetzt durch Prekarität, Flexibilität und Mobilität. Verstärkt wird die tiefe Verunsicherung durch die kulturelle Globalisierung, die ohne Rücksicht auf religiöse oder ethnische Traditionen jeden Winkel mit westlicher, kommerzieller Produktion durchzieht und unzählige Optionen zeigt. Diese kulturelle Krise, gepaart mit sozialen Abstiegs- und Existenzängsten, eröffnet den Weg in den ideologischen Obskurantismus, der die Komplexität der realen Welt auf einfache Konstruktionen reduziert, die den von Krisen geschüttelten Menschen Gewissheiten liefern, mit denen sie ihren Alltag vermeintlich meistern können. Dabei sind der christliche Fundamentalismus in den Vereinigten Staaten, der radikale Islamismus in der arabischen Welt und nationalistisch-rassistische Strömungen in Westeuropa die wichtigsten Fundamentalismen unserer Zeit, die auf unterschiedliche Weise die Errungenschaften von Humanismus und Aufklärung negieren.

Herausforderungen an emanzipatorische Globalisierungskritik

Emanzipatorische Globalisierungskritik ist eine Bewegung, die humane und ökologische Antworten auf die Krisenphänomene sucht, ohne sich der Komplexität der Realität und dem Unbestimmten zu verweigern. Das Infragestellen der vermeintlichen Sachzwänge der Globalisierung geht dem Voranschreiten voraus. Und das Fragen wird nie aufhören, weil keine umfassenden Baupläne für die neue Zeit erstellt werden können, in der die emanzipierten assoziierten Individuen die Gestaltungsmacht haben (*pregundando caminamos*⁵⁵). Das entbindet die Bewegung aber nicht von einer möglichst genauen und beweglichen Analyse der bestehenden Verhältnisse. Das ist nötig, um jeweils den geeigneten Ausgangspunkt zu finden, von dem aus in die richtige Richtung vorangeschritten werden kann, und um strategische Projekte zu identifizieren, die gesellschaftliche Kraft entfalten können.

Der *fordistische wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus*, der sich in der Auseinandersetzung mit der faschistischen »Lösung« der Krise des finanzmonopolistischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg als beherrschende Form durchsetzte, basierte auf der Fähigkeit von produktiven

Großunternehmen, ihre eigene Finanzakkumulation und zufriedenstellende Profite auf der Basis enorm hoher Wachstumsraten zu realisieren. Auf dieser Grundlage entstanden Interessensbündnisse zwischen Management und Beschäftigten und – unterstützt vom Systemkonkurrenzdruck mit dem »real existierenden Sozialismus« – ein klassenübergreifender Konsens für den Sozialstaat.

Zwischen den 1970er und 1990er Jahren wurde der Übergang zum Finanzmarkt-Kapitalismus vollzogen⁶, dessen zentraler institutioneller Mechanismus so zusammengefasst werden kann: Durch eine Rekonzentration des Eigentums wurden die Investmentfonds zu neuen zentralen Akteuren des Systems. Die »neuen« Eigentümer sind instabil, da sie ihre Anteile im Durchschnitt alle 20 Monate wieder verkaufen. Die Investmentfonds stehen in einer globalen Konkurrenz um höchstmögliche Rendite. Sie übertragen diese Konkurrenz in die Unternehmen und zwingen sie, ihre Strategien am Aktienkurs und an der Rendite zu orientieren (shareholder value). Die Kombination von »exit« und »voice«⁷ begünstigt eine spezifische Form des Opportunismus, nämlich die Orientierung an kurzfristiger Profitmaximierung, die eine Krise der (sozialen, ökologischen, kulturellen) Reproduktion hervorbringt.

Dieser neue Kapitalismus leistet sich selbst in den Zentren ein außerordentlich hohes Maß an Instabilität, gesellschaftlicher Spaltung und offener Unterdrückung. Loyalität wird – weltweit – weniger durch Zugeständnisse erkaufte als vielmehr durch ökonomische Erpressung erzwungen. Mario Candeias kommt zu dem Schluss, dass im Unterschied zum Fordismus »der Neoliberalismus die »Krise« auf Dauer stellt, gesellschaftliche Ungleichgewichte befördert und sie gleichzeitig unter »Kontrolle« behalten muss. ... Die scharfen konjunkturellen Krisen im Neoliberalismus gleichen vielmehr dem typischen wirtschaftlichen Verlauf des 19. Jahrhunderts.«⁸ Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus kann unter bestimmten Bedingungen im Rahmen des »Krieges gegen den Terror«, eines verschärften Kampfes um Ressourcen, wachsender sozialer, ethnischer und ökologischer Konflikte in einen Zustand des *entzivilisierten Kapitalismus* münden, der mehr einem Weltbürgerkrieg als einer Weltgemeinschaft ähnelt.

Die Herausforderung besteht darin, die Barbarei zu verhindern und Alternativen zu entwickeln, die die Zwänge des Systems überwinden können. Es geht auch heute wieder darum, die Barbarei zu stoppen, die der UNO-Kommissar für Welternährung, Jean Ziegler, für Teile dieser Welt bereits als mörderische Wirklichkeit beschreibt⁹. Darum macht es Sinn, die Erfahrungen und Fehler der antifaschistischen Kräfte, deren Bündnisfähigkeit häufig dem ideologischen Streit zum Opfer fiel, in Erinnerung zu behalten, um daraus zu lernen.

Vor diesem Hintergrund müssen – in einem Korridor emanzipatorischen Politikverständnisses – möglichst breite, internationale »anti-neoliberale Allianzen« organisiert werden, die den Tendenzen zur gänzlichen Entzivilisierung entgegenstehen. Dabei sind neuartige Bündnisse zu entwickeln, die Schnittmengen zwischen den Interessen der beteiligten Akteure – seien es Gewerkschaften, Umweltverbände, protestierende Kleinbauern oder Studierende – sichtbar und für konkrete Auseinandersetzungen nutzbar machen, ohne dass gemeinsame Programme nötig sind. In den Erklärungen der Sozialforen werden die Prinzipien der Offenheit und Solidarität betont und auf die Pluralität und Diversität der Bewegung als eine Stärke hingewiesen. Nicht um Fraktionierung und Dominanz soll es bei den Auseinandersetzungen in der Bewegung gehen, sondern um das Respektieren der Differenzen und das Sondieren von Konsensmöglichkeiten, die gemeinsames Handeln begründen. Das kann sich auf Richtungsforderungen

beziehen, auf Forderungen nach der weltweiten Umsetzung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten oder auf konkrete Vorhaben wie die Einführung einer Devisen-transaktionssteuer (Tobin-Tax).

Der neoliberale Finanzkapitalismus stellt sich – trotz wachsender Kritik – noch immer als hegemoniales Projekt dar, in sich widersprüchlich, aber durch starke gemeinsame Interessen gefestigt und ideologisch diskursiv verankert. Die aktive Zustimmung zu diesem Projekt bleibt prekär, abhängig von der konjunkturellen Entwicklung, der passive Konsens allerdings ist groß, Alternativen zum neoliberalen Umbau finden im öffentlichen Raum kaum Gehör. Die offiziellen Debatten drehen sich allenfalls um mehr oder weniger aggressive neoliberale oder sozialdemokratisch abgefederte Gestaltung.

Obwohl das Fehlen der ökonomischen, ökologischen und ideologischen Grundlagen eine Rückkehr zum wachstumsbasierten wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus unmöglich (und angesichts seiner exklusiven und autoritären Tendenzen auch nicht wünschbar) macht, kann es sinnvoll und notwendig sein, für sozialdemokratisch-multilaterale Gestaltungsversuche einzutreten, um aggressiv-imperiale Varianten zu verhindern. Solche Erfolge können und werden Menschen dazu ermuntern, für ihre Rechte zu kämpfen. Jede Position gegen den Neoliberalismus wird daran zu messen sein, welche transformatorischen Potenziale, also welche Räume für weitergehende Kritik und Selbstermächtigung bei ihrer Durchsetzung geöffnet werden. Gegen den fundamentalistischen Versuch, Menschen mit anti-aufklärerischen Ideologien zu binden, gilt es gesellschaftliche Räume zu etablieren, in denen solidarisches Miteinanderleben und -handeln und gemeinsames kritisches Denken praktiziert werden und Halt geben.

Zugleich geht es darum, emanzipatorisch-solidarische und ökologisch-nachhaltige Projekte voranzubringen, die die Profitdominanz überwinden. Um die Menschen dafür zu gewinnen, ist nicht nur »ökonomische Alphabetisierung« nötig, die Alltagserfahrung durchschaubar machen und gegen mächtige und subtile Meinungsmaschinen anstehen muss. Es ist auch eine tiefe Skepsis gegen Utopien zu überwinden. Die große Alternative Sozialismus, die im 20. Jahrhundert – bei allen Differenzen – weite Teile der Arbeiterbewegung, der kritischen Intellektuellen, Künstler usw. inspirierte, ist diskreditiert. Neue alternative Projekte müssen behutsam den Eindruck vermeiden, sie seien der große Wurf, der allen übergestülpt werden könne. Sie müssen auf Individualität und Partizipation bauen und dürfen doch die gesellschaftlichen (Re-)Produktionsverhältnisse nicht aus dem Blick verlieren.

Das Vermächtnis der Tat

Das Engagement von Georg Elser steht, gerade weil er sich als Einzelner für die Tat entschied, symbolisch für die individuelle Auflehnung gegen übermächtige Gegner. Dieser Geist durchzog den antifaschistischen Widerstand. Demokratische Strukturen waren zerstört, die neuen Machthaber standen als unangefochtene Sieger da. Angesichts dieser Übermacht ordnete sich die Mehrheit der Bevölkerung unter die nationalsozialistische Herrschaft. Wenn es auch nicht genug waren, so gab es aber auch Unzählige, die sich – in Gruppen oder als Einzelne – gegen die Verhältnisse stemmten. Sie behaupteten nicht nur Humanität in Zeiten der offenen Barbarei, sondern bestanden auch auf individueller Handlungsmöglichkeit, der Freiheit zur Tat und der Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderung für jeden einzelnen Menschen.

Voraussetzung war, dass sich viele dieser widerständigen Persönlichkeiten in kollektiven Zusammenhängen herausbilden konnten. Die Organisationen der Arbeiterbewegung mit ihren Betriebs- und Sportgruppen, Hilfskassen, Bildungsvereinen, Arbeiterschulen und Parteistrukturen stellten ein Netzwerk sozialer Beziehungen dar, das Unterstützung und die (Klassen-)Bewusstseinsbildung gewährte.

Auch wenn die Zeiten nicht so düster sind wie damals, so stehen wir auch in unserer Epoche vor gesellschaftlichen Verhältnissen der Unterdrückung, die so stark und gefestigt scheinen, dass Philosophen das »Ende der Geschichte« ausgerufen haben. Die Bewegung der Altermondialisten dagegen hat sich – neben der Information und Aufklärung – die Befähigung zum Handeln, die Aktion und die Gestaltung konkreter Alternativen vorgenommen.

Die Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse macht eine Vielfalt von politischen Aktionsformen und Instrumenten notwendig. Die Akteure der emanzipatorischen Bewegung müssen aufklären, Wissen vermitteln, Menschen organisieren und politischen Druck entfalten. Von Publikationen über Workshops, Konferenzen und professionelle Öffentlichkeitsarbeit zur Politikbeeinflussung im offiziellen politischen System bis hin zur phantasievollen Performance, zu Arbeitskämpfen, Käuferstreiks, Demonstrationen, Landbesetzungen oder anderen Aktionen des zivilen Ungehorsams – je nach Umständen sollen alle diese Instrumente genutzt werden, ohne eines zu verabsolutieren.

Die größte Herausforderung besteht darin, die gewerkschaftlichen Kämpfe und die Kämpfe der Armen produktiv mit der globalisierungskritischen Bewegung und ihrer Kapitalismuskritik zu verbinden. Dabei stellt sich die Notwendigkeit, einerseits an den unmittelbaren Arbeitsbedingungen und Interessen insbesondere der mehr oder weniger prekär Beschäftigten anzuknüpfen und andererseits die Politisierung dieser Verhältnisse zu betreiben, den Zusammenhang mit der neoliberalen, vom Finanzmarkt dominierten Globalisierung herzustellen.

Weitere Herausforderungen sind die Verbindung von Organisationen und individuellen Aktivist:innen oder die planmäßige Herstellung individueller Handlungsfähigkeit, die Entwicklung neuer, wirksamer Aktionsformen und die Entfaltung von demokratischer Radikalität.

Spannende Lernfelder dafür finden wir z.B. bei den Organizing-Ansätzen¹⁰ in den USA: sowohl bei gewerkschaftlichen Kampagnen wie »jobs with justice«, die, an ihre miserablen Arbeitsbedingungen anknüpfend, die Betroffenen direkt anspricht, die Bündnisse z.B. mit Verbraucher:innen und Verbrauchern sucht und auf öffentlichkeitswirksame (auch konfrontative) Aktionen setzt, als auch bei den Communities. Interessante historische Vorbilder sind die Kämpfe um soziale und politische Rechte der Farbigen, die Praxis gewaltfreier Aktion und die sogenannten Bürgergewerkschaften, deren erste der russische Einwanderersohn Saul Alinsky 1939 in dem berühmten Chicagoer Schlachthofviertel gründete. Auch in Lateinamerika oder in verschiedenen europäischen Ländern finden wichtige widerständige Aktivitäten statt. Im konkreten Austausch und im Bewusstsein, an verschiedenen Orten mit denselben Mechanismen des globalen Herrschaftssystems konfrontiert zu sein, können diese Erfahrungen für eigene Lernprozesse genutzt werden.

Die globalisierungskritische Bewegung hat knapp acht Jahre nach ihrer weltöffentlichen Geburtsstunde bei den Protesten gegen den WTO-Gipfel in Seattle nun ihren ersten Zyklus abgeschlossen. Es gibt viele Erfolge, die diese Bewegung zu verzeichnen hat. Am deutlichsten ist der Fortschritt auf der Ebene des Diskurses, in der Veränderung der öffentlichen Debatte. Der Slogan »Die Welt ist keine Ware!« ist stark popularisiert worden, und auch die Feststellung,

dass eine andere Welt möglich ist oder dass Kapitalismus in Frage gestellt werden kann, führt nicht mehr so leicht wie vor zehn Jahren ins diskursive Abseits. Und dennoch konnten der Neoliberalismus und die zunehmende Herrschaft des Kapitals über weitere Lebensbereiche nicht gebrochen werden.

Neben der Reifung stellt sich im Verlauf von Bewegungen immer auch Müdigkeit und Resignation ein. Der lange Lauf, der für die Veränderung der Gesellschaft nötig ist, hat die Schwierigkeiten des individuellen Lebens und Überlebens im Kapitalismus im Gepäck, die diesen Weg über lange Distanzen mühsam machen. Die notwendige Politisierung und Radikalisierung des Protestes, wie wir ihn z.B. gerade in Frankreich erlebt haben, konnte häufig nicht erreicht werden. Hierzulande sind Formen des zivilen Ungehorsams, Aktionen der Wiederaneignung von offensivem Protest oder Verweigerung noch zu unpopulär, zu ängstlich sind noch allzu viele bei ihrem Aufbegehren.

Der Widerstand in Hitler-Deutschland kann gerade wegen der damals verzweifelten Lage die Menschen bis heute dazu ermutigen, sich gegen übermächtige Gegner aufzulehnen und sich ungerechten Verhältnissen, auch wenn sie schier unveränderbar scheinen, aktiv zu widersetzen. Jede emanzipatorische soziale Bewegung sollte ein wesentliches Interesse daran haben, diese Erinnerung wachzuhalten. Den geschichtlichen Gang nicht hinzunehmen, die Verhältnisse nicht zu akzeptieren, war sicher kaum jemals so gefährlich und so aussichtslos wie für Georg Elser und seine Zeitgenossen. Sie haben den subjektiven Faktor in der Gestaltung von Geschichte behauptet. Ihre Taten sind und bleiben ein Vermächtnis für Auflehnung.

Anmerkungen

- 1 Die »altermondialistische« Bewegung gegen die Globalisierung und die amerikanische Vormachtpolitik entstand weitgehend auf dem Boden der Unzufriedenheit mit der Politik und den offiziellen Vertretern der parlamentarischen Demokratie. Die politischen Parteien sind daher am Forum nur ausnahmsweise als Gäste an einer Debatte über die Beziehung der Bewegung zur Politik geduldet. Die »Altermondialisten« wollen im Namen der Bürgerrechte die Politik »vergesellschaftlichen«. Sie verstehen sich gern als Gegenmacht, die Frage eigener politischer Verantwortung aber haben sie dabei bisher ausgeklammert (Quelle: Bericht von Rudolf Balmer zum »Europäischen Sozialforum« in Paris, Basler Zeitung, 15./16.9.2003).
- 2 »Pregundando caminamos« (fragend schreiten wir voran) ist die programmatische Losung der Zapatisten.
- 3 Michael Brie, Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006.
- 4 WTO – World Trade Organization, IWF – Internationaler Währungsfonds.
- 5 s. Fußnote 2.
- 6 Die Frage, warum die in der Krise der 1970er Jahren entwickelten Alternativen, die immerhin zu bedeutenden Linksregierungen beispielsweise in Chile oder in Frankreich führten, nicht stark genug waren, um das neoliberale »roll back« zu verhindern, ist eine andere historische Baustelle, die der Bearbeitung in der Bewegung bedürfte.
- 7 Voice: Widerspruch, Einflussnahme von Individuen auf Kollektiventscheidungen. Exit: Abwanderung des Kapitals von einem Unternehmen bzw. Wanderung zwischen einzelnen Zusammenschlüssen.
- 8 zit. nach Michael Brie, a.a.O.
- 9 Jean Ziegler, Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung. München 2005.
- 10 Der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO gründete Mitte der 1980er Jahre das Organizing-Institut. Eine seiner Hauptaufgaben besteht darin, hauptamtliche »Organizer« zu rekrutieren. Neu war da-

mals, dass die Gewerkschaften auch an Hochschulen für die Mitarbeit in Organizing-Kampagnen warben. Zudem bietet das Organizing-Institut den Einzelgewerkschaften Aus- und Fortbildungsprogramme für ehren- und hauptamtliche Organizer. In den letzten Jahren wurde in den USA vor allem im Gesundheitswesen, in Alten- und Pflegeheimen, bei Sicherheitsdiensten, im Reinigungs- und Cateringgewerbe, bei Transportunternehmen, im Bildungssektor und im öffentlichen Dienst gewerkschaftlich organisiert. Quelle: http://aktive.verdi.de/organizing_gewerkschaft_als_soziale_bewegung/organizing_in_us_gewerkschaften_ziele_und_ressourcen

Anhang

Die Georg-Elser-Initiative Bremen

1998

Januar 1998:

Gründung der Georg-Elser-Initiative Bremen (GEIB) durch Bernd M. Krause und sechs weitere Privatpersonen. Bürgermeister a.D. Hans Koschnick übernimmt die Schirmherrschaft.

11. November bis 23. Dezember 1998:

Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen in Bremen-Nord und im Staatsarchiv Bremen:

- Präsentation der Wanderausstellung »Ich habe den Krieg verhindern wollen – Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939« – Eine Dokumentation der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Zusammenarbeit mit dem Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim und der Gemeinde Königsbronn, Eröffnung durch Bürgermeister Henning Scherf (Bremen-Nord) und Don Jordan (Staatsarchiv), Führung durch die Ausstellungen mit Diavorträgen für Schulklassen
- »Georg Elser« – Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Peter Steinbach
- ... in memoriam ... Georg Elser: »Einer mußte es ja tun« – eine künstlerische Auseinandersetzung mit Georg Elser
- »ein/er/der/auf/stand« – Performance von Jürgen Müller-Othzen
- »Ein Mahnmal für Georg Elser. Ein Mahnmal für die Welt?« – Essay von Bernhard Wimmer
- »Der einsame Widerstand des Johann Georg Elser« – Melodram für 13 Instrumentalisten und vier Sprecher von Bernd M. Krause, Welturaufführung
- Zwei Filmabende: »Der Attentäter« von Rainer Erlen mit Fritz Hollenbeck
- »Johann Georg Elser. Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Die politische Haltung des Hitler-Attentäters und seine politische Bewertung in Deutschland von 1939 bis 1995« – Vortragsveranstaltung mit Dipl.-Pol. Doris Ehrhardt
- »Georg Elser, der unbequeme Widerstandskämpfer – und warum die deutsche Gesellschaft den Hitler-Attentäter denunzierte und in Vergessenheit geraten ließ – und warum sie sich nun seiner erinnern möchte« – Vortragsveranstaltung mit Dipl.-Pol. Thekla Dannenberg



»Ich habe den Krieg verhindern wollen.« Farbiges Styroporschnitt von Sarah Bauersfeld (Kunstprojekt an der Integrierten Stadteilschule Carl-Goerdeler-Straße 2002/2003)

Präsentation und Verkauf der **Aktie gegen das Vergessen** von Bernhard Wimmer: Der braune Grundton der Aktie symbolisiert die »Volksgemeinschaft«. Die Goldauflage, die diese Fläche diagonal zerschneidet, versinnbildlicht das »andere Deutschland«, den in sich gespaltenen Widerstand.

Die GEIB verfügt über keine eigenen Geldmittel. Die Finanzierung unserer Arbeit erfolgt durch projektgebundene Zuschüsse. Weiter sind wir auf Spenden und den Verkauf der Aktie gegen das Vergessen angewiesen. Die Aktie kann zum Preis von 10 € bei uns erworben werden. Siehe <http://www.schule.bremen.de/medien/lbs/elser/Aktie.doc>.

1999

Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen:

- »... in memoriam ... Georg Elser: »Einer mußte es ja tun« – eine künstlerische Auseinandersetzung mit Georg Elser«, Wiederholung der Aufführung im Theater am Leibnizplatz (Shakespeare Company)
- »Der Attentäter« – Film von Rainer Erler im Bürgerzentrum Neue Vahr
- »Georg Elser, Karl Leisner: Täter und Bekenner« – Ausstellung und Begleitprogramm im Kolpinghaus Bremen in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der Katholiken im Lande Bremen, der Bremer Volkshochschule und Pax Christi
- Eröffnung der Ausstellung »Karl Leisner (1915–1945): Menschentreue, Glaubensfreude, Hoffnungszeichen« durch den Präsidenten des Internationalen Karl-Leisner-Kreises Hans-Karl Seeger
- Zwei Vortragsveranstaltungen, ein Gesprächsabend, ein Tagesseminar und eine Lesung: »Den Hitler jag' ich in die Luft« mit Hellmut G. Haasis

2003

13. bis 19. Januar 2003: Elser-Woche anlässlich des 100. Geburtstages von Johann Georg Elser in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen:

- »Ein Abend für Georg Elser« – Eröffnung der Elser-Woche im Bremer Rathaus, Obere Rathauhalle; Begrüßung durch Bürgermeister Henning Scherf; »Georg Elser's Attentat im Lichte des legalisierten Widerstandes« – Festvortrag von Prof. Dr. Jutta Limbach (durch höhere Gewalt verhindert, der Text wurde verlesen); Elser-Lied »Ich trag' im Herzen drin« – Streichquartett von Bernd M. Krause (Welturaufführung); Schirmherr Bürgermeister a.D. Hans Koschnick: »Georg Elser ist in Bremen angekommen«
- »Geheime Reichssache« – Szenische Collage von Manfred Maier, Heidenheim, u.a. in drei Bremer Schulzentren
- »Der Attentäter« – Film von Rainer Erler im Bürgerzentrum Neue Vahr mit Vorfilm »Schattenraum – Eine szenische Annäherung an Georg Elser«, Willie Burger, Bremer Volkshochschule, und Claudia Strauß, Theaterpädagogin

Georg-Elser-Sonderbriefmarke der Deutschen Post, 2003



- »Eine Briefmarke für Georg Elser« – Öffentliche Erstaussgabe der Georg-Elser-Sonderbriefmarke durch Staatsrat Reinhard Metz im Sonderpostamt im Bürgerzentrum Neue Vahr mit Sonderstempel. Eine Postkartenaktion unserer Initiative in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen in 2001/2002 trug entscheidend mit dazu bei, dass zum hundertsten Geburtstag von Georg Elser eine Sonderbriefmarke erscheint.
- Einweihung des »Georg-Elser-Weges« in Bremen-Neue Vahr, Enthüllung des Straßenschildes durch Bürgermeister a.D. Hans Koschnick
- Eröffnung der Wanderausstellung »Ich habe den Krieg verhindern wollen« durch Bürgermeister a.D. Hans Koschnick im Bürgerzentrum Neue Vahr. Begleitprogramm zur Ausstellung: »Schattenraum – Eine szenische Annäherung an Georg Elser«, Jugendclub des Bremer Theaters; »Schattenraum – Eine virtuelle Begegnung mit Georg Elser«, Video der Bremer Volkshochschule; Präsentation von Schülerarbeiten (Wahlpflichtkurs der IGS Carl-Goerdeler-Straße) in Styroporschnitten zum Thema »Widerstand am Beispiel Georg Elser«
- »... in memoriam ... Georg Elser: Einer musste es ja tun« – Matinee im Bremer Schauspielhaus; »Schattenraum – Eine szenische Annäherung an Georg Elser«, Jugendclub des Bremer Theaters; »Ich jag' den Hitler in die Luft« – Lesung durch Hellmut G. Haasis; »Der einsame Widerstand des Georg Elser« – Melodram für 13 Instrumentalisten und 4 Sprecher von Bernd M. Krause

7. November 1999: »Bedeutung des Eigensinns in einer demokratischen Gesellschaft« – Videovorführung und Podiumsdiskussion für Schulklassen im Bürgerzentrum Neue Vahr. Auf dem Podium u.a. Bürgermeister a.D. Hans Koschnick.

Der Videofilm »Elser ist in Bremen angekommen – Zum hundertsten Geburtstag eines mutigen Bürgers« kann unter der Nr. 4205236 bei der Landesbildstelle Bremen ausgeliehen bzw. für 15 € gekauft werden.

2004

20. November 2004: Treffen der Georg-Elser-Initiativen aus Deutschland im Jugendhof Steinkimmen, u.a. Neufassung des Statuts zur Verleihung des Georg-Elser-Preises

2005

9. und 10. April 2005:

Kurze Erinnerungsveranstaltung zum 60. Jahrestag der Ermordung Georg Elser am Georg-Elser-Weg

Szenische Lesung aus den Gestapo-Verhörprotokollen, Textbearbeitung Jürgen Alberts; »Sophie Scholl – die letzten Tage« – Filmvorführung, anschließend Diskussion mit dem Drehbuchautor Fred Breinersdorf

8. November 2005:

Verleihung des Georg-Elser-Preises 2005 an den »Verband der Komitees der Soldatenmütter Russlands« im Bremer Rathaus, Obere Rathauhalle

Eine umfangreiche Dokumentation über den Besuch der Vertreterinnen des Verbandes und die Preisverleihung mit der Laudatio durch Sonia Mikich und vielen Hintergrundinformationen kann gegen einen Kostenbeitrag von 10 € bezogen werden bei:

Georg-Elser-Initiative Bremen, c/o Achim Rogoss, Karkmeyerstraße 12, 28277 Bremen, Tel. 0421-821346

Adressen

Netzwerk der Georg-Elser-Initiativen und -Arbeitskreise (www.georg-elser.net)

Georg-Elser-Initiative **Berlin**

Schirmherr Dr. h.c. Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages

c/o Pfarrer Jürgen Quandt

Jerusalems-Kirche

Lindenstr. 85

10969 Berlin

Telefon 030/81 49 25 95

Telefax 030/25 89 89 64

E-Mail: berlin@georg-elser.net

<http://www.georg-elser.net/berlin/>

Georg-Elser-Initiative **Bremen**

Schirmherr Hans Koschnick, Bürgermeister a.D.

c/o Achim Rogoss

Karkmeyerstr.12

28277 Bremen

Telefon 0421/82 13 46

Telefax 0421/8 98 27 905

E-Mail: arogoss@t-online.de

<http://www.georg-elser.net/bremen/>

Georg-Elser-Arbeitskreis **Heidenheim**

c/o Herrn Manfred Maier

Hans-Holbein-Straße 53

89520 Heidenheim

Telefon: 07321/96 59 09

Telefax: 07321/96 59 09

E-Mail: mail@georg-elser-arbeitskreis.de

<http://www.georg-elser-arbeitskreis.de/>

Arbeitskreis »Johann Georg Elser **Konstanz**«
c/o Robert Uli Neu
Zasiusstraße 3
78462 Konstanz-Paradies
Telefon 07531/2 11 33
Telefax 07531/9 16 427
E-Mail: konstanz@georg-elser.net
<http://www.georg-elser.net/konstanz/>

Georg-Elser-Initiative **München**
c/o Dr. Hella Schlumberger
Türkenstr. 61 Rgb.
80799 München
Telefon 089/2 72 32 17
Telefax 089/2 72 32 17
E-Mail: schlumberger@georg-elser.net
<http://www.georg-elser.net/muenchen/>

Georg-Elser-Gedenkstätte **Königsbronn**
Herwartstr. 3 (am Rathaus)
89551 Königsbronn
Telefon 07328/96 25-0
Telefax 07328/96 25-27
E-Mail: elser-gedenkstaette@koenigsbronn.de

Gedenkstätte Deutscher Widerstand **Berlin**
Stauffenbergstr. 13-14
10785 Berlin
Telefon 030/26 99 50-00
Telefax 030/26 99 50-10
E-Mail: sekretariat@gdw-berlin.de
<http://www.gdw-berlin.de>

Bisherige Preisträger

2001 (München): Jürgen Quandt

Jürgen Quandt hat sich als Pfarrer der evangelischen Heilig-Kreuz-Gemeinde in Berlin-Kreuzberg um das Kirchenasyl verdient gemacht. Bereits 1983 hat er von Abschiebung bedrohten Familien Kirchenasyl gewährt und ist immer noch aktiv in der Asylbewegung tätig.

2003 (Heidenheim): Dr. Winfried Maier

Winfried Maier war als Staatsanwalt der Ermittler im Steuerstrafverfahren gegen den Waffenhändler Schreiber, Ex-Staatssekretär Pfahls, Max Strauss, CDU-Schatzmeister Kiep und andere. Seine Ermittlungen lösten den CDU-Spendenskandal aus.

Maier setzte sich ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile für die Unabhängigkeit der Justiz ein. Er ist heute Familienrichter in Augsburg.

2005 (Bremen): Verband der Komitees der Soldatenmütter Russlands (s.o.)

Ehrungen: Straßen, Schulen und Gedenkstätten

Berlin-Neukölln	Johann-Georg-Elser-Schule
Tarp	Georg-Elser-Straße
Bremen	Georg-Elser-Weg
Garbsen	Georg-Elser-Hauptschule
Marburg	Georg-Elser-Straße
Hochheim am Main	Georg-Elser-Straße
Stuttgart	Georg-Elser-Staffel
Deggingen	Georg-Elser-Straße
Konstanz	Georg-Elser-Platz, Georg-Elser-Gedenktafel
Freiburg im Breisgau	Georg-Elser-Straße
München	Georg-Elser-Platz, Georg-Elser-Gedenktafel, Georg-Elser-Hallen
Dachau	Georg-Elser-Weg
Ulm	Georg-Elser-Weg
Heidenheim-Schnaitheim	Georg-Elser-Anlage
Königsbronn	Georg-Elser-Gedenkstätte, Georg-Elser-Schule
Hermaringen	Georg-Elser-Straße
Erlangen	Georg-Elser-Weg



Der Schirmherr der Georg-Elser-Initiative Bremen, Hans Koschnick, weiht 2003 den Georg-Elser-Weg im Stadtteil Vahr ein

Quelle: <http://www.georg-elser-archiv.de/>

Literatur

- Ulrike Albrecht, Das Attentat, in: Materialien zur Haidhauser Geschichte, Band 3. München: Haidhauser Dokumentationsverlag Hermann Wilhelm, 1987 (ISBN 3-9800420-5-7)
- Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim (Hrsg.), Georg Elser. Gegen Hitler – gegen den Krieg, 2., erw. Auflage. Heidenheim 2003
Bestellungen: Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim, Manfred Maier, Hans-Holbein-Str. 53, 89520 Heidenheim, Tel. und Fax: 07312/96 59 09
- Andreas Griesinger (Hrsg.), Grenzgänger am Bodensee. Georg Elser – Verfolgte – Flüchtlinge – Opportunisten. Konstanz 2000 (ISBN 3-87940-717-7)
- Anton Hoch/Lothar Gruchmann, Georg Elser. Der Attentäter aus dem Volke. Der Anschlag auf Hitler im Bürgerbräu 1939. Frankfurt am Main 1980 (ISBN 3-596-23485-9)
- Ein gründlicher Arbeiter. Johann Georg Elser und das Attentat auf Hitler, in: Antifaschistisches INFO-Blatt. Nr. 40/1997, S. 32 f.
- Lothar Gruchmann, Johann Georg Elser. Autobiografie eines Attentäters. Der Anschlag auf Hitler im Bürgerbräu 1939. Stuttgart 1989 (ISBN 3-421-06519-5)
- Hellmut G. Haasis, »Den Hitler jag' ich in die Luft.« Der Attentäter Georg Elser. Eine Biographie. Berlin 1999 (ISBN 3-87134-371-4)
- Hellmut G. Haasis, Georg Elser. Der politische Häftling, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.), Politische Gefangene in Südwestdeutschland. Tübingen 2001, S. 212–228 (ISBN 3-87407-382-3)
- Gerhard Kirchner, Splitter und Balken – Literarische Gehversuche, S. 83–86. Lörrach: Verlag Waldemar Lutz, o.J.
- Clemens von Klemperer, Der einsame Zeuge. Einzelkämpfer im Widerstand, mit einem Beitrag von Peter Steinbach. Passau 1990 (ISBN 3-927575-19-4)
- Christian Graf von Krockow, Porträts berühmter deutscher Männer – Von Martin Luther bis zur Gegenwart. München 2004, S. 337–378 (ISBN 3-548-60447-1)
- Willi Münzenberg, Die Zukunft, 2. Jg., Nr. 44 vom 1.12.1939, S. 1; vgl. auch Willi Münzenberg, Propaganda als Waffe. Ausgewählte Schriften 1919–1940, hrsg. von Til Schulz. März Verlag, 1972, S. 338–340
- Helmut Ortner, Der Einzelgänger. Georg Elser – der Mann, der Hitler töten wollte. Rastatt 1989 (ISBN 3-8118-1117-7)
- Helmut Ortner, Der Attentäter. Georg Elser – der Mann, der Hitler töten wollte, überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Tübingen 1999 (ISBN 3-931402-50-2)
- Ulrich Renz, Johann Georg Elser. Der mutigste Einzelkämpfer gegen Hitler, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, Nr. 34 (1995), Heft 135, S. 140–147
- Ulrich Renz, Der mühsame Weg zum Ruhm. Georg Elser – lange vergessener und diffamierter Widerstandskämpfer, in: Johannes Tuchel (Hrsg.), Der vergessene Widerstand. Zur Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur, Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Band 5. Göttingen 2005 (ISBN 3-89244-943-0)
- Stephen Sheppard, Georg Elser – einer aus Deutschland. Roman. München 1989 (ISBN 3-442-09663-4)
- Peter Steinbach, Johannes Tuchel, Ich habe den Krieg verhindern wollen. Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939. Eine Dokumentation. Katalog zur Ausstellung, Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Berlin 1997

Sobo Swobodnik, Fallars Held. Stuttgart 2005 (ISBN 3-608-93735-8)
Peter-Paul Zahl, Johann Georg Elser. Ein deutsches Drama. Grafenau 1996
(ISBN 3-922209-99-8)

Schriftenreihe der Georg-Elser-Gedenkstätte in Königsbronn
Bestellungen: Die Broschüren sind bei der Gedenkstätte zum Preis von 1,50 € erhältlich.
Nähere Auskünfte erteilt: Joachim Ziler im Rathaus von Königsbronn, Tel. 07328/
962511, E-Mail: Elser-Gedenkstaette@Koenigsbronn.de

Band 1: »Die Akte Elser«

Ulrich Renz veröffentlicht darin den Untersuchungsbericht der Berner Bundesanwaltschaft in Sachen »Elser«

Band 2: »Gebt ihm seine Tat zurück« – Erwin Roth findet die Wahrheit zu Georg Elser
1956 verbreitet ein ehemaliger Aufseher Elsers im KZ Sachsenhausen über den Königsbronner Widerstandskämpfer das Gerücht, er sei ein SS-Mann gewesen. Der damalige Journalist der Heidenheimer Zeitung und spätere hochrangige Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes Erwin Roth nahm dies zum Anlass, in der Heimat Elsers zu forschen. Seine Forschungsergebnisse wurden Jahrzehnte später durch die Wissenschaft belegt.

Band 3: »Der Fall Niemöller«

Geschildert und bewertet wird der Briefwechsel, der 1946 zwischen dem von den Nazis verfolgten Pastor Martin Niemöller und der Mutter von Georg Elser stattfand. Die Mutter widersprach dabei energisch der Behauptung des Geistlichen, Elser sei ein Werkzeug Adolf Hitlers gewesen.

Band 4: Ein früher »Anwalt« Georg Elsers kommt zu Wort

Diese Veröffentlichung widmet sich dem Widerständler Gisevius, einen an der Verschwörung beteiligten Chronisten des 20. Juli 1944, der schon bald nach dem Zusammenbruch von 1945 vehement die Ansicht vertrat, Elser sei ein Alleintäter aus laueren Motiven gewesen.

Band 5: »Georg Elsers Heimat«, mit einem Vorwort von Michael Stütz und einem Nachwort von Joachim Ziller

Weblinks

Die Deutsche Bibliothek: <http://dispatch.opac.ddb.de/DB=4.1/REL?PPN=118530046>

Lebenslauf Georg Elsers: <http://www.georg-elser.com/>

Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim mit Links zu den übrigen Georg-Elser-Initiativen:
<http://www.georg-elser-arbeitskreis.de/>

Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Ausstellung 2001: <http://www.georg-elser.de/>

Georg-Elser-Preis: <http://www.georg-elser-preis.de/>

Wo Elser lebte: <http://www.georg-elser-arbeitskreis.de/texts/landkarte.htm>

RealMedia-Audio einer Sendung des Bayerischen Rundfunks: Zahlreiche weitere Materialien, auch für Lehrende: <http://www.br-online.de/wissen-bildung/collegeradio/medien/geschichte/elser/>

Infos zum 100. Geburtstag Georg Elzers, 5. Januar 2003: <http://www.de.indymedia.org/2003/01/38109.shtml>
Biographische Zeittafel zu Georg Elser: <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/ElserJohannGeorg/>
Shoa.de: Artikel über Georg Elser, <http://www.shoa.de/content/view/82/92/>
Das Ökumenische Heiligenlexikon: Artikel über Georg Elser,
http://www.heiligenlexikon.de/?BiographienG/Georg_Elser.html
Der Film »Georg Elser – Einer aus Deutschland« (mit Brandauer) in der Internet Movie
Database <http://german.imdb.com/title/tt0097417/>
Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Elser

Die Autorinnen und Autoren

Jens Böhrnsen

Geboren 1949 in Bremen. Studium an der Universität Kiel, Jurist. War Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft und Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Seit 8. November 2005 Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und seit März 2006 Vorsitzender des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat für die 16. Wahlperiode als Vertreter des Bundesrates.

Wolfgang Edelstein

Prof. Dr. Dr. h.c.; Studium der klassischen Philologie und Linguistik in Paris und Heidelberg. 1938 emigrierte der Neunjährige mit seiner Familie von Freiburg nach Island. 1954 bis 1963 Lehrer und Studienleiter an der ersten deutschen Gesamtschule, der Odenwaldschule, in Heppenheim. Seit Gründung bis 1997 Mitglied des Kollegiums und Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, zu dessen Initiatoren er Anfang der sechziger Jahre gehörte. Ehrendoktor der Sozialwissenschaften der Universität Island. Honorarprofessor der Erziehungswissenschaft der Freien Universität Berlin und der Universität Potsdam. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Sozialwissenschaften und Pädagogik.

Christian Gudehus

Dr. (Sozialwissenschaften), geboren 1968 in Hannover. Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Center for Interdisciplinary Memory Research (CMR) am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen. Er forscht im Bereich der Tradierung von Geschichtsdeutungen und damit verbunden den Prozessen der Rezeption von öffentlichen und offiziellen Vergangenheitskonstruktionen mit dem Schwerpunkt aus Ausstellungen und Film. Ein zweites Forschungsfeld ist die Untersuchung von Aspekten kollektiver Gewalt.

Rolf Gössner

Dr. jur., geboren 1948 in Tübingen. Seit 1980 Rechtsanwalt und Publizist in Bremen. Präsident der „Internationalen Liga für Menschenrechte“; Mitglied im Kuratorium zur Verleihung der »Carl-von-Ossietzky-Medaille« und in der Jury des Negativpreises »BigBrotherAward«; Mitherausgeber der Zeitschrift »Ossietzky«. Sachverständiger in Gesetzgebungsverfahren des Bundestages und von Landtagen, Berater von Bürgerrechtsgruppen im In- und Ausland sowie Prozessbeobachter in politischen Verfahren. Veröffentlichte zahlreiche Aufsätze und Bücher zum Themenspektrum »Innere Sicherheit«, Politische Justiz und Bürgerrechte.

Karl-Heinz Knorr

Geboren 1964 in Bad Harzburg. Physik-Studium an der Technischen Universität Clausthal und der Southern Illinois University Carbondale, 1990 - heute: Beamter der Berufsfeuerwehren Berlin, München und Bremen (seit 1996 als Behördenleiter). Nebenberuflich tätig als Dozent und Fachbuchautor in den Bereichen Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst.

Sabine Leidig

Geboren 1961. Bewegungsaktivistin und seit 1.1.2003 Geschäftsführerin im Attac-Bundesbüro in Frankfurt/Main. Bis dahin über zehn Jahre hauptamtlich beim DGB in Baden-Württemberg tätig – zuletzt als DGB-Regionsvorsitzende für Mittelbaden in Karlsruhe. Davor ehrenamtlich engagiert in der gewerkschaftlichen Frauen-, Bildungs- und Jugendarbeit, in politischen Kulturgruppen, in der Friedensbewegung und bei marxistischen Seminaren.

Jutta Limbach

Prof. Dr. jur., geboren 1934 in Berlin. Ab 1972 Hochschullehrerin an der Freien Universität Berlin, 1982 Gastprofessur in Bremen. Die Rechtswissenschaftlerin bekleidete verschiedene öffentliche Ämter und Funktionen: u.a. war sie 1989 bis 1994 Senatorin für Justiz des Landes Berlin und 1994 bis 2002 Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Am 17. Januar 2002 wurde sie zur Präsidentin des Goethe-Instituts gewählt. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Claus Christian Malzahn

Journalist, geboren 1963 in Göttingen. Gehörte 1986 zu den Gründern des Bremer Lokalteils der »Tageszeitung (taz)«. 1993 Wechsel zum »Spiegel« und Korrespondent in Erfurt, Berlin und Bonn. Zwischen 1999 und 2004 als Reporter des Auslandsressorts vor allem in Kriegs- und Krisengebieten tätig, u.a. im Kosovo, in Afghanistan, Somalia und dem Irak. Seit 2005 Leitung des Politik-Ressorts bei »Spiegel-Inline« und des Berliner »Spiegel«-Büros.

Dietrich Milles

Prof. Dr., geboren 1949 in Kreuztal. Studium der Germanistik und der Geschichte in Heidelberg und Konstanz. Seit 2000 außerplanmäßiger Professor, seit 2005 Professor am Fachbereich 11 der Universität Bremen. Forschungen und Publikationen zur industriellen Pathogenität und sozialen Sicherung im historischen Vergleich, zu Geschichte und Konzeptionen der Gesundheitswissenschaften sowie zur regionalen Gesundheitsförderung.

Kurt Pätzold

Prof. Dr. phil., geboren 1930 in Breslau. Studierte Geschichte, Philosophie und politische Ökonomie in Jena. Habilitierte sich 1973 mit einer Arbeit zu Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich. War bis 1992 Professor für Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin. Faschismusforscher. Veröffentlichte u.a. das Standardwerk »Geschichte der NSDAP« (zusammen mit Manfred Weißbecker).

Karen Parschat

M.A., geboren 1978 in Rheda-Wiedenbrück (NRW). Studium der Geschichte und der Germanistik in Leipzig und Bielefeld. Arbeitet an der Universität Bielefeld an einer Dissertation zum Thema »Widerstand von Frauen im Nationalsozialismus«. Betreut wird die Arbeit von Frau Prof. Dr. Cornelia Rauh-Kühne, Historisches Seminar der Universität Hannover.

Achim Rogoss

Geboren 1940 in Göttingen. Begann als Vierzehnjähriger eine bergmännische Ausbildung, studierte auf dem zweiten Bildungsweg an der Universität Bremen und beendete seine berufliche Laufbahn als Referent beim Landesinstitut für Schule in Bremen im August 2004. Mitglied der Georg-Elser-Initiative Bremen.

Karl Heinz Roth

Dr. med. und Dr. phil., geboren 1942 in Wertheim. Arzt, Historiker und Sozialforscher. Mitarbeiter der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Bremen und Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozial.Geschichte«. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Thomas F. Schneider

Dr. habil., geboren 1960 in Osnabrück. Literaturwissenschaftler. Seit 2000 Leiter des Erich-Maria-Remarque-Friedenszentrums Osnabrück und Privatdozent am Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaft der Universität Osnabrück. Publikationen zu Kriegs- und Antikriegsliteratur des 20. Jahrhunderts.

Pedram Shahyar

32 Jahre alt, Deutscher iranischer Herkunft. Engagiert auf der radikalen Linken seit 1991. Seit 2002 bei Attac aktiv und seit 2003 dort in der Bundeskoordinierung. Germanist. Promoviert zur Zeit am Institut für Theaterwissenschaften an der Freien Universität Berlin. Lehrtätigkeit am Otto-Suhr-Institut der FU. Projektmitarbeiter der Fraktion »Die Linke« im Deutschen Bundestag.

Peter Steinbach

Prof. Dr., geboren 1948 in Lage. Studium der Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Marburg. 1972 Staatsexamen, 1973 Promotion, 1979 Habilitation. Lehrtätigkeit an der Freien Universität Berlin und an der Universität Passau. Seit 1989 wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin und seit 2001 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Karlsruhe (TH).

Jörg Wollenberg

Prof. Dr., geboren 1937 in Ahrensböck. Erziehungswissenschaftler und Historiker. War Volkshochschuldirektor in Bielefeld und Nürnberg. Seit 1978 Professor für Weiterbildung mit dem Schwerpunkt politische Bildung an der Universität Bremen – bis zum Ruhestand am 1. Mai 2002. Autor zahlreicher Veröffentlichungen zur NS-Zeit und Herausgeber der Ausgewählten Schriften von Theodor Lessing, den die Nazis im August 1933 in Marienbad ermorden ließen.

Danksagung

Die Herausgeber bedanken sich für die großzügige und ermutigende Förderung des Essaybandes bei:

- den Autorinnen und Autoren, die ihre Beiträge kostenlos zur Verfügung gestellt haben,
- der Senatskanzlei Bremen für die öffentliche Buchvorstellung,
- Professorin Gabriele Schreckenbach, Hochschule für Künste, Fachbereich Musik, und den beteiligten Studierenden für die musikalische Ausgestaltung der Buchvorstellung,
- der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bremen, der Landeszentrale für politische Bildung Bremen, der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, der Stiftung Die Schwelle – Beiträge zur Friedensarbeit, Bremen, für die finanzielle Unterstützung,
- Hermann Vinke für die Vorstellung der Essays,
- der Bremischen Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau (ZGF), der Landesbildstelle Bremen und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin für die gute Kooperation
- sowie bei den folgenden Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihre Spende die Herausgabe des Buches ermöglicht haben:

Marita und Jürgen Alberts, Johanna Bosse, Herbert Brückner, Ulrike und Georg Dobmaier, Hilke Emig, Ingrid und Rainer Fallar, Gerhild und Jürgen Fiege, Rudolf Geisler, Rolf Göpel, Gunther Hilliges, Günter Hoffmeister, Wolfgang Janz, H.-W. Johannsen, David Klemperer, Koblack GmbH, Sigrid und Peter König, Siegfried Loercher, E. und A. Lübbren, H.-H. Luehr, Jürgen Maly, Annemarie Möller, Waltraud und Rainer Müller, Andreas Neumann, Hildegard Pickert, Jürgen Priemer, Silwia Hartwich und Jochen Rogoss, Herbert und Hiltrud Schelm, Anke und Heiko Schmiedeken-Nürnberg, Hans-Eberhard Schultz, Michael Schwarz, Almut Schwerd, Jürgen Seippel, Elisabeth Sommer, Nadia und David Wecker.

Bildnachweis

Archiv Hellmut G. Haasis: S. 130 oben

Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin (GDW): S. 11, S. 30 (3), S. 31, S. 34, S. 35, S. 59, S. 60, S. 61, S. 62, S. 63, S. 64, S. 65, S. 66, S. 75, S. 79, S. 93,

Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim: S. 129, 130 unten, 131, 132

Georg-Elser-Initiative Bremen: S. 156, S. 157, S. 161

Staatsarchiv Nürnberg, Akten des Ansbacher Prozesses gegen Hermann Joseph: S. 88)

Titelbilder: Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin (GDW), Manfred Maier, Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim